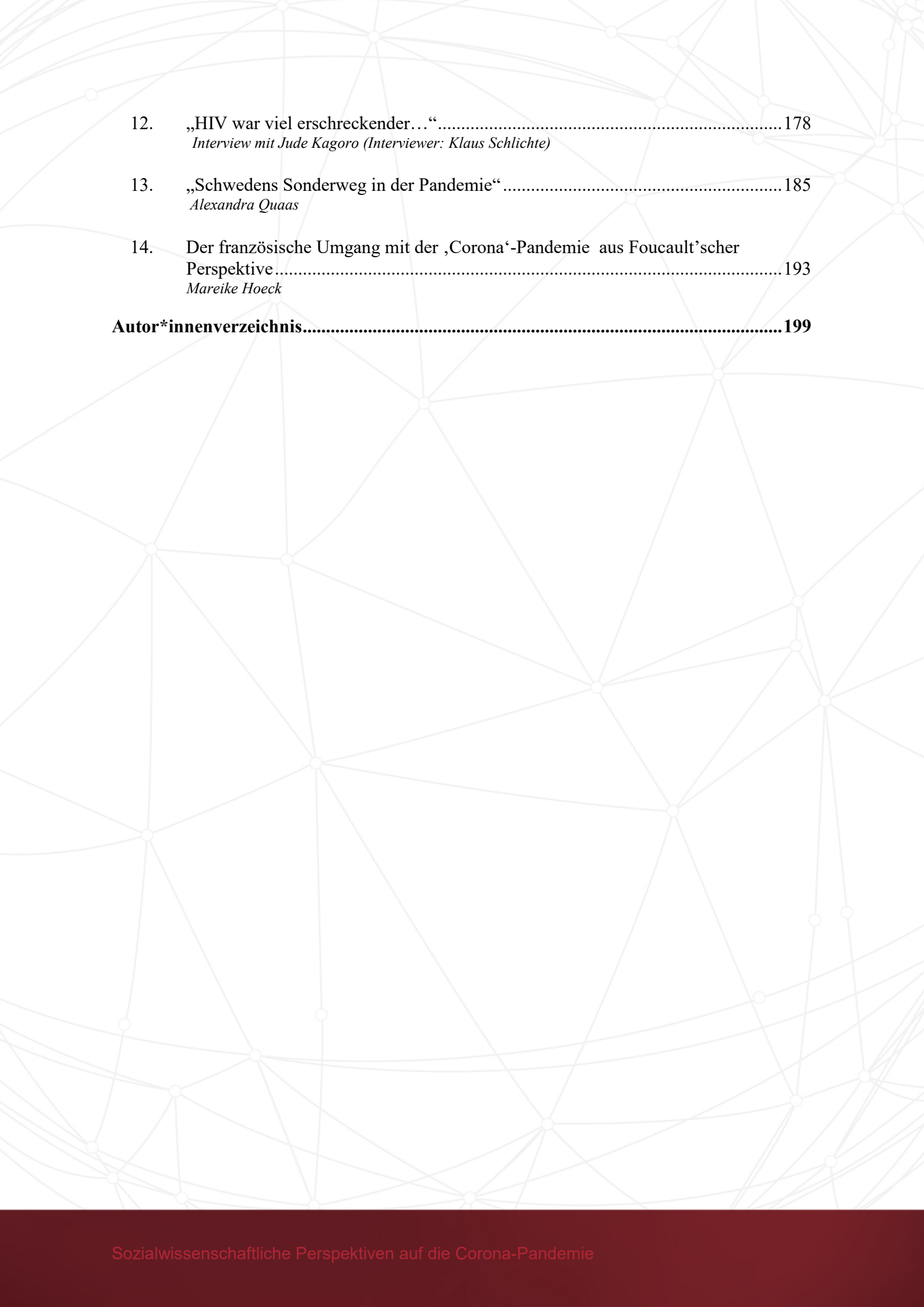


Caterina Bonora, Mara Kruse,
Sylke Meyerhuber, Alexandra Quaas,
Sabine Ritter, Feline Tils (Hrsg.)
**Sozialwissenschaftliche Perspektiven
auf die Corona-Pandemie**

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	1
Teil I: Erwerbs- und Sorgearbeit in der Pandemie	1
1. „Strukturelle Gewalt“ als nicht intendierte Nebenfolge - Reflexionen zur Arbeit unter Pandemiebedingungen an der Universität	3
<i>Sylke Meyerhuber</i>	
2. Studierende und Rentner*innen mit einer Nebentätigkeit in der Corona-Pandemie...30	
<i>Laura Starke und Marie-Denise Peronne</i>	
3. Verlieren die Eltern ihr Vertrauen? Belastungen und Politikvertrauen während der Corona-Pandemie nach Familienkontext	37
<i>Sonja Bastin und Kai Unzicker</i>	
4. Sturmerprobt in die Pandemie. Erste Eindrücke aus der qualitativen Netzwerkanalyse von Alleinerziehenden in der Corona-Pandemie	50
<i>Florian König</i>	
Teil II: Gesellschaftlicher Zusammenhalt	64
5. Querdenken: Rationality through Emotions	64
<i>Nadine Wunderer</i>	
6. Inwiefern ist die Corona-Pandemie eine gesellschaftliche Katastrophe für Bremen ..69	
<i>Mirelle Dierksen</i>	
7. Soziale Auswirkungen der Corona-Pandemie	86
<i>René Böhme</i>	
8. Corona und die Lebensführung der Mittelschichten – ambivalente Effekte	101
<i>Angela Großkopf und Uwe Schimank</i>	
Teil III: Internationale Perspektiven und Fragen globaler Solidarität	112
9. Politische Determinanten für den Erfolg von Impfstrategien - Welchen Einfluss haben Föderalismus, Gesundheitssysteme und bevorstehende Wahlen auf das Impftempo von Ländern im internationalen Vergleich?	112
<i>Sven Lange</i>	
10. Kritische Geopolitik am Beispiel der medialen Darstellung der COVID-19 Impfstrategien der Europäischen Union und Großbritannien	142
<i>Bente Schult</i>	
11. Vaccine diplomacy as a soft power tool for external powers in the Western Balkans	160
<i>Caterina Bonora</i>	



12.	„HIV war viel erschreckender...“	178
	<i>Interview mit Jude Kagoro (Interviewer: Klaus Schlichte)</i>	
13.	„Schwedens Sonderweg in der Pandemie“	185
	<i>Alexandra Quaas</i>	
14.	Der französische Umgang mit der ‚Corona‘-Pandemie aus Foucault’scher Perspektive.....	193
	<i>Mareike Hoeck</i>	
	Autor*innenverzeichnis.....	199

Vorwort

Liebe Studierende, liebe Lehrende am Fachbereich Sozialwissenschaften,

im April 2021 riefen wir im Fachbereichsrat dazu auf, den – eigentlich Fragen und Problemen (der Qualität) von Studium und Lehre gewidmeten – regelmäßigen Studierenden-Lehrenden-Austausch im Sommersemester umzuwidmen. Damals hieß es:

„Als wir vor gut einem Jahr ins Online-Semester gingen taten wir das in einem Zustand zwischen Schock, inkrementellem Tasten und solidarischer Entschlossenheit. Wir wussten, dass harte Zeiten kommen und dass niemand - nicht das RKI, keine Regierung, nicht die WHO, niemand - *die* Musterlösung für die anstehenden gewaltigen Probleme hat. Aber man hatte den Eindruck, dass das Ziel der Regierungen und der Institutionen einigermaßen klar war: So wenig Tote wie möglich zuzulassen und gleichzeitig die Ungleichheitsschere so gering wie möglich weiter aufgehen lassen“ – was sich im Frühjahr 2021 ganz anders darstellte: Die Situation der Menschen in Pflegeberufen und in häuslicher Care-Arbeit war (und ist nach wie vor) bis zum Zerreißen angespannt; die Regierungen in Bund und Ländern fielen durch Kakophonie, Lockerungs-, Masken-, Test- und Impfchaos auf. Wir erlebten (und erleben) massive Grundrechtseinschränkungen bei gleichzeitiger Schonung weiter Teile der Privatwirtschaft. Eine der Regierungsparteien im Bund machte mit Korruptionsaffären Schlagzeilen. Und es wurde immer sichtbarer, dass der globalen Süden bei der Versorgung mit Impfstoffen und Medikamenten, aber auch hinsichtlich seiner coronabedingten ökonomischen Einbrüche auf keine Berücksichtigung, mit keiner, um den damaligen deutschen Finanzminister zu zitieren, „Bazooka“ zur Rettung der Wirtschaft rechnen durfte. Diese Gemengelage, diese – wie wir fanden – hochproblematische Gefährdungslage des gesellschaftlichen Zusammenhalts und ebenso dramatische Verschärfung globaler Ungleichheit wollten wir als Sozialwissenschaftlerinnen diskutieren, gemeinsam mit Lehrenden, Studierenden und allen interessierten Akteur*innen am Fachbereich. Und zwar wirklich auf Augenhöhe, nicht in einer Lehr-Lernsituation und schon gar nicht mit anschließender Bewertung. Um die Inhalte und den Austausch ging es!

Der Vorschlag war, unsere gesamte sozialwissenschaftliche Neugier und Expertise in Form eines Workshops zusammenzutragen und miteinander als Geograph*innen, Historiker*innen, Europaforschende, Politikwissenschaftler*innen und Soziolog*innen Probleme und Fragen zu benennen, zu beschreiben und womöglich hier und da zu erklären. Die Idee stieß auf erfreulich große Resonanz. Im Juni 2021 trafen wir uns zu einem – von einer motivierten Arbeitsgruppe während des laufenden Semesters hervorragend vorbereiteten - Workshop, der in jeder Hinsicht – disziplinär, mit Blick auf Zugehörigkeit zu universitären Statusgruppen und auch von den jeweiligen analytischen und politischen Positionen her – breit und vielfältig aufgestellt war. Unmittelbar im Anschluss an den Workshop fiel dann die Entscheidung, in einem Ad-Hoc-Team dafür zu sorgen, dass die Ergebnisse dieses Austauschs geeignet dokumentiert werden: einerseits protokollarisch, darüber hinaus aber auch in Gestalt eines IPW-Working-Papers. Et voilà, nun liegt das Ergebnis vor! Etliche der Texte, die wir hier

versammelt haben, sind Ausarbeitungen der Impulsreferate, die am 9. Juni 2021 gehalten wurden. Einige Beiträge sind ganz neu hinzugekommen aufgrund der Aufforderung vor allem an Studierende unseres Fachbereichs, thematisch passende Seminarpapiere und Hausarbeiten einzureichen. Hinzu gekommen ist ein spannendes Interview.

Das Ihnen so vorliegende Working Paper ist in sich eine Sammlung von wiederum Arbeitspapieren, die erstens nicht den Anspruch auf erschöpfende Bearbeitung Ihrer jeweiligen Fragestellungen erheben. Sie sind zweitens den Themenfeldern zugeordnet, die grosso modo bereits die Überschriften der Panels beim Juni-Workshop waren, sind aber untereinander nicht weiter verbunden oder unter eine gemeinsame Klammer gesetzt. Sie sind drittens Texte, die von BA-Studierenden, MA-Studierenden, Doktorand*innen und von Kolleg*innen jenseits dieser Qualifikationsstufen verfasst wurden. Was alle Beiträge – neben dem sozialwissenschaftlichen Blick auf die Corona-Politiken – vereint, ist, dass sie mit eben der Neugier, der Offenheit und dem redlichen Bemühen um intersubjektiv nachvollziehbare, sachliche Diskussion einer Facette, eines Ausschnitts der Thematik geschrieben wurden. Sie alle sind überaus lesens- und bedenkenswert, und wir freuen uns im Namen des gesamten Redaktionsteams (mit uns Mara Kruse, Sylke Meyerhuber, Alexandra Quaas und Feline Tils), dass sie erscheinen konnten und mit Ihnen ein interessiertes Publikum gefunden haben.

Wir danken allen Beiträger*innen ganz herzlich für die wunderbare Zusammenarbeit, wir wünschen Ihnen anregende, hier und da erhellende Lektüre – und uns allen wünschen wir, dass die Gesellschaft und die Welt aus dieser Krise sämtlicher Bereiche möglichst bald, möglichst gut und möglichst lernfähig herausfindet.

Caterina Bonora und Sabine Ritter

Teil I: Erwerbs- und Sorgearbeit in der Pandemie

1. „Strukturelle Gewalt“ als nicht intendierte Nebenfolge - Reflexionen zur Arbeit unter Pandemiebedingungen an der Universität

Sylke Meyerhuber

Der Begriff der "strukturellen Gewalt" benennt eine Gewaltförmigkeit, die staatlichen, gesellschaftlichen oder organisatorischen Strukturen inhärent ist, in Ergänzung zum personifizierten Gewaltbegriff. Er geht auf den norwegischen Soziologen und Friedensforscher Johan Galtung (1971, 1975¹) zurück. Beispiele struktureller Gewalt mit Bezug zum universitären Arbeitskontext wären bspw. Ethnozentrismus in der Wissenschaft², die systematische Präkarisierung der Arbeitsverhältnisse von Wissenschaftler*innen jenseits der Professur mit oft hierarchischen und von Abhängigkeit geprägten Arbeitsstrukturen³, Sexismus⁴ und ein akademischer Elitarismus. Der Autor definiert:

„Strukturelle Gewalt ist die vermeidbare Beeinträchtigung grundlegender menschlicher Bedürfnisse oder, allgemeiner ausgedrückt, des Lebens, die den realen Grad der Bedürfnisbefriedigung unter das herabsetzt, was potentiell möglich ist“ (Galtung 1971: 168).

Es lässt sich nicht leugnen, dass sich pandemiebedingte Einschränkungen ab März 2020 in *staatlichen, gesellschaftlichen sowie organisatorischen Struktursetzungen* ausdrückten, welche teilweise *menschlichen Bedürfnissen entgegenstanden*. Dominante institutionelle Setzungen im Namen der kollektiven Gesundheit bringen im Kontext von Arbeit eine Reihe *nicht intendierter Nebenfolgen* hervor, welche sich mit Galtung im Sinne struktureller Gewalt fassen lassen, auch an der Universität. Diese ernst zu nehmen, sie zu identifizieren und möglichst zu reduzieren oder abzustellen wäre wichtig, will sich die Universität als Arbeitgeberin nicht

¹ Vgl. Galtung 1971, 1975.

² Zum Ursprung des Begriffs Ethnozentrismus siehe den Soziologen Sumner: "Ethnocentrism is the technical name for [the] view of things in which one's own group is the centre of everything, and all others are scaled and rated with reference to it" (Sumner 1906: 13).

Der norwegische Anthropologe Thomas Hylland Eriksen (2010: 7-8.) gehört zu jenen Forschern, die Folgen einer unbewusst ethnozentristischen Haltung diskutieren, durch die Ansichten und Verhalten anderer v. a. durch die eigene, kulturell geprägte Brille bewertet werden. Dies kann auch in der Wissenschaft passieren, was in der Postmoderne zunehmend sensibilisiert reflektiert wird.

³ Exemplarisch vgl. bspw. a) Institut für Innovation und Technik u.a. (2021). Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2021; b) Bultmann 2008 zur Prekarisierung der Wissenschaft; c) Scheller 2015 zur politischen Erzeugung von Prekarität im akademischen Mittelbau.

⁴ Aktuelle Studien zum Thema Sexismus im Kontext deutscher Hochschulen siehe bspw.: a) Schütz, Pantelmann, & Lawrenz 2021 zum universitären Umgang mit sexualisierter Diskriminierung und Gewalt, b) ebenso Lipinsky & Pantelmann 2019, c) Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen e.V. (BUKOF) 2021.

nachsagen lassen, fahrlässig mit Gesundheit und Wohlbefinden ihrer Beschäftigten umzugehen. Gerade in belastenden Situationen sind Arbeitszufriedenheit⁵ und -motivation als gesund-erhaltende Faktoren zu pflegen. Als gewählte Interessenvertreterin des Mittelbaus⁶ frage ich: „*Wie sieht es diesbezüglich für den akademischen Mittelbau aus? Entstehen Beeinträchtigungen grundlegender menschlicher Bedürfnisse durch pandemiebedingte Entscheidungen, und (wie) wären diese vermeidbar oder zu mittigieren?*“

Unter dem „*Brennglas der Pandemie*“⁷, findet sich wiederkehrend zu lesen, träten strukturelle Probleme deutlicher hervor. Wenn strukturell angelegte Probleme Züge von struktureller Gewalt ausbilden, also grundlegende menschliche Bedürfnisse beeinträchtigen, was heißt das konkret in der Arbeit als Forschende und Lehrende im Mittelbau an einer Universität und welche *Anforderungen im Sinne sozial nachhaltiger Arbeitsgestaltung* ergeben sich ggf. daraus? Diesen Fragen gehe ich hier exemplarisch nach.

Lehrbelastung nicht nachreguliert

An der Universität Bremen zählen zu den akademischen Mitarbeiter*innen die Universitäts-Lektor*innen⁸ mit 12 Semesterwochenstunden (SWS) an Lehrverpflichtung sowie entfristete Wissenschaftliche Mitarbeiter*innen mit 8-9 SWS Lehre Vollzeit oder 4 SWS auf halber Stelle. Diese bewältigen das Gros der Lehre sowie der studentischen Beratung an der Universität. Etwa 250 Professor*innen und Junior-Professor*innen mit 8-10 SWS Lehrverpflichtung sowie Möglichkeiten zu Lehrreduktion bis hin zum lehrfreien Forschungssemester stehen hier schätzungsweise dreimal so vielen akademischen Mitarbeiter*innen in unhinterfragbarer Lehre gegenüber: Wissenschaftliche Mitarbeiter*innen auf Landesstellen (WiMis) sowie Universitätslektor*innen und Lehrbeauftragte für besondere Aufgaben (LfbA); dazu kommen externe Lehrbeauftragte sowie nicht regelhaft lehrende Kolleg*innen aus Drittmittelprojekten (ohne Lehrverpflichtung, lehren gelegentlich in kleinem Umfang).

Während also Professor*innen rechtlich verankerte Möglichkeiten haben, ihr Lehraufkommen bis zu einem gewissen Grad zu regulieren, entfällt diese Möglichkeit in der Regel für akademische Mitarbeiter*innen. Sie müssen den Umfang ihrer vertraglich festgelegten Lehre erfüllen (und werden teilweise auch darüber hinaus in der Lehre eingesetzt⁹). Wie im Folgenden

⁵ Zum arbeitspsychologisch gut ausgearbeiteten Konzept der Arbeitszufriedenheit sei auf die wegweisende Studie von Agnes Bruggemann et al. 1975 verwiesen.

⁶ Die Autorin ist Mitglied und Vorsitzende des Kollegiums-Rats Akademischer Mitarbeiter*innen (KRAM) der Universität Bremen. Dies ist ein fachbereichs- und institutsübergreifendes Gremium zur Vertretung von Interessen des akademischen Mittelbaus der Universität Bremen seit 1995, mehr siehe: <https://www.uni-bremen.de/kram>

⁷ Meine Recherche ergibt kein klares Bild zu dieser Diskursformel: Handelt es sich um eine urban legend, buzzword, wer hat den Terminus zuerst für die Pandemie eingebracht? Nach meiner Einschätzung kann man dennoch sagen, dass pandemische Ungleichheitsforschung bisher nahelegt, dass diese griffige Einschätzung etwas für sich hat. Daher ziehe ich sie hier heran.

⁸ Bei den Universitätslektor*innen handelt es sich um eine Stellenkategorie im akademischen Mittelbau der Universität Bremen seit 2007, bei der nach aktuellem Stand 2021 überwiegend auf entfristeten Stellen Regellehre im Umfang von 12 SWS erbracht wird. Lektor*innen haben keine*n fachvorgesetzte*n Hochschullehrer*innen, sondern kooperieren mit Fachkolleg*innen; während Dekane der Fachbereiche ihre Dienstvorgesetzten sind.

⁹ In Gesprächen wird dies deutlich, während meines Wissens diese Überhin-Lehre nicht offiziell verzeichnet wird. Überwiegend sind es Frauen, die davon berichten, gehalten zu sein, eine weitere Gruppe zu übernehmen, für Vorgesetzte einzuspringen (auch regelhaft); etc.; hier geht es um Formen der Überredung zur Mehrarbeit, die an sich Anweisungen darstellen.

jedoch aufgezeigt werden wird, haben sich unter den Pandemiebedingungen *lehrbezogene Aufgaben vermehrt*, und zwar gerade in der grundständigen Lehre (Bachelor Pflichtmodule), welche oft vom Mittelbau realisiert wird. Hier sah sich die Universität selbst an die Lehrverpflichtungs- und Lehrnachweisverordnung (LVNV) gebunden, welche den Umfang und den Nachweis der Erfüllung der Lehrverpflichtung an staatlichen Hochschulen regelt. M.E. hätte es nach der Erfahrung des ersten digitalen Semesters in den folgenden beiden digitalen Semestern einer Aussetzung der LVNV durch den Gesetzgeber bedurft, im Sinne einer Notstandsregelung, um hier Arbeitsaufkommen und Anzahl von Lehrveranstaltungen neu zueinander zu balancieren. So wurde es versäumt, die kapazitäts- und zulassungsrechtlichen Anforderungen und die Sicherung von Ausbildungskapazitäten einerseits sowie die berechtigten Belange der Lehrenden hinsichtlich einer angemessenen Berücksichtigung des nachweislich erhöhten Aufwandes für die Digitalisierung von Studien-, Lehr- und Prüfungsformaten sowie Beratung Studierender andererseits neu in ein ausgewogenes Verhältnis zu setzen. Bspw. hätte die politische Entscheidung eines generellen Anrechnungsfaktors von 1,5 sowie für große Gruppen (bspw. < 30) von 2 nach Erfahrungen aus dem ersten Digitalsemester im Sommersemester 2020 als Notstandsregelung entschieden werden können. Statt zu erkennen, dass „weiter wie bisher“ nicht angemessen ist, wurde nicht reagiert – dies illustriert strukturelle Gewalt infolge einer Behäbigkeit des Systems zwischen Überforderung und Desinteresse seiner Rollenträger*innen.

Hierarchische Abhängigkeit und Gestaltungsspielräume

Überwiegend bestehen für Beschäftigte im akademischen Mittelbau individuell unterschiedliche Grade an *hierarchischen Abhängigkeiten* zu Fach- oder Dienstvorgesetzten, teilweise intensiviert durch laufende Qualifikationsarbeiten¹⁰. Hierarchisch vorgesetzte Personen an der Universität machen, so meine Einsicht aus 25-jähriger Zugehörigkeit zum Mittelbau und als Interessenvertretung, von ihrem Weisungsrecht verschieden stark Gebrauch. Diesbezügliches Handeln kann individuell die strukturell angelegte Abhängigkeit betonen sowie *Gestaltungsspielräume* akademischer Mitarbeiter*innen zusätzlich einschränken, oder es kann *erlebte Autonomie* und die individuelle Ausgestaltung von Handlungsspielräumen gemäß eigener Bedürfnisse unterstützen.

Ob Belastung und Beanspruchung in Überlastung münden, ist nach arbeitspsychologischen Erkenntnissen auch davon abhängig, inwiefern Menschen Autonomiespielräume nutzen können, und inwiefern sie auf echte Unterstützung ihrer direkt vorgesetzten Person bauen können. In diesem Kontext gewinnt das Führungsverhalten *direkt vorgesetzter Personen* den Status eines Züngleins an der Waage. Ein belastendes Sozialklima sowie wenig unterstützendes Vorgesetztenverhalten erhöht Studien zufolge das Risiko für Erschöpfungsdepressionen und ähnliche Erkrankungen um ein Vielfaches (vgl. Klemens et al.2004). Denn ernst gemeinter, spürbarer „sozialer Rückhalt gehört zu den wichtigsten protektiven Faktoren, die gegen Krankheit durch Stress schützen“, fasst es der Psychologe Oetting (2008: 57) zusammen und mahnt:

„Sicherlich sind die Mittel in jeder Organisation begrenzt. Es müssen aber mit den Mitarbeitern

¹⁰ Dies betrifft v.a. Landstellen und gelegentlich Lektor*innen: Die Vergabe von Landstellen an wissenschaftliche Mitarbeiter*innen ist in der Regel an Qualifikationsvorhaben gebunden. Es gibt auch den Ausnahmefall von Lektor*innen, deren Promotion noch nicht abgeschlossen ist.

vertretbare Regelungen bezüglich der Mittelzuweisung getroffen werden, um sie nicht mit unlösbaren Problemen allein zu lassen, für die sie später die Konsequenzen tragen müssen“ (Oettinger 2008: 57).

Im „Fehlzeitenreport 2011 Führung und Gesundheit“ betonen auch der renommierte Gesundheitsforscher Badura und Co-Autor*innen:

„In diesem Zusammenhang spielen Führungskräfte eine zentrale Rolle. Zum einen tragen sie Verantwortung für die Mitarbeiter, und zwar nicht nur im Hinblick auf die Leistungen, sondern auch für ihre Gesundheit, denn nur gesunde und motivierte Mitarbeiter sind auch produktive Mitarbeiter“ (Badura et al 2011: V).

Akademische Mitarbeiter*innen verfügen generell sowie individuell in geringerem Umfang über *arbeitsbezogene Ressourcen*: zu denken ist bspw. an Unterstützungs- und Delegationsmöglichkeiten (verlässliche Hilfskräfte und Zuarbeit), Zeitautonomie (wer setzt Termine, bestimmt die Arbeitsmenge, weist Seminare und Zeitfenster zu), eine ergonomische und technisch optimale Ausstattung, Zugang zu Laboren und Arbeitsmitteln, Räumen, etc. Unter anderem deshalb fanden sich, wie kollegiale Gespräche nahelegen, diese Beschäftigten faktisch während der Pandemie oft weniger als Professor*innen in der Lage, jene Bedingungen, unter denen sie arbeiten, auch aktiv gesunderhaltend zu gestalten. Da sich Universitäts-, Fachbereichs- und Arbeitsgruppenleitungen überwiegend aus Professor*innen formieren, mag hier ein gewisses Unverständnis bestehen, da die eigene Situation diesbezüglich beeinflussbarer ist, und dazu beitragen, dass Leitungsseitig auf die strukturell angelegten und sich im Arbeitsalltag des Mittelbaus manifestierenden Probleme kaum regulierend reagiert wurde. Eine Tendenz zur *Bagatellisierung statt Anerkennung* unintendierter Nebenfolgen der sich herausbildenden Arbeitsbedingungen in der Pandemie und daraus resultierender Nöte im Arbeitsalltag wären zugleich als *Aspekt und Ausdruck struktureller Gewalt* zu lesen. Sie verstärken die sich manifestierenden Kränkungspotenziale menschlicher Bedürfnisse. An der Universität Bremen boten bspw. eine interne Befragung der Beschäftigten im Sommer 2020 sowie ein Brandbrief der Lektor*innen nach dem dritten Digitalsemester Anlässe, strukturelle Lösungen für strukturell bedingte Problemlagen zu entwickeln. Stattdessen wurden diese eher als mangelnde Resilienz missverstanden und individualisiert¹¹.

Spontane Voll-Digitalisierung der Arbeit

Zu den generellen Rahmenbedingungen abhängig Beschäftigter Wissenschaftler*innen kam mit Beginn der Pandemie hinzu, dass sich die universitäre Arbeit durch „spontane Voll-Digitalisierung“, für den akademischen Mittelbau überwiegend in Kombination mit „*langzeitlichem Homeoffice*“, für viele massiv und unvermittelt veränderte. Diese Veränderungen werden im Folgenden auf ihr Potenzial für strukturelle Gewalt untersucht. Hier geht es zunächst um die spontane Voll-Digitalisierung von Lehre und arbeitsbezogener Kommunikation mit ihrem Wirkpotenzial im Sinne struktureller Gewalt – also eine Arbeitsstruktur, die menschlichen Bedürfnissen auf Dauer entgegensteht.

¹¹ Die Individualisierung von Auswirkungen struktureller Probleme im Zusammenhang von Arbeit und Gesundheit durch Führungskräfte kann als durchaus typisch gelten, wie bspw. Echterhoff 2011: 92-93 auf Basis ihrer Studienergebnissen darlegt.

Die Lehre sowie alle arbeitsbezogenen Kommunikationen mussten (zunächst drei Semester lang) komplett digitalisiert abgehalten werden. Die didaktische Umgestaltung ihrer Lehre stellte dabei für die meisten Lehrenden eine Mammutaufgabe dar. Ich spreche hier von „spontaner Voll-Digitalisierung“ in Abgrenzung zur ohnehin stattfindenden, graduellen Digitalisierung von Arbeit, welche einer gänzlich anderen Psycho- und Sozialdynamik unterliegt und die daher m. E. nicht vergleichbar ist mit der pandemisch induzierten Situation.

Es entstanden vom März 2020 – Juli 2021 Lehrformate von aufwendig-interaktiver Lehre Online bis hin zu Videoaufzeichnungen wiederholt abspielbarer Vorträge, bei denen Kontakt zu Studierenden geradezu weggelassen wird und viel dazwischen – ein breites Möglichkeitsspektrum. Es mussten diverse Tools auf ihre Brauchbarkeit sowie Verknüpfbarkeit untereinander sowie auf ihre Kompatibilität mit der Lehrperson und ihren didaktischen Zielen ausgelotet werden. Neben deutlicher Eigeninitiative vieler Lehrenden im ersten Digitalsemester entwickelt sich innerhalb der Universität circa ab dem zweiten Digitalsemester eine sehr lebendige, bei Nutzung jedoch auch zusätzlich zeitaufwendige *Weiterbildungs- und Austauschlandschaft*. Wer technisch gut ausgestattet sowie versiert ist und ggf. auf Unterstützung bauen kann, wurde mit der Situation konstruktiver fertig als Kollege*innen, die sich ggf. aufgrund ihres Interesses, ihrer Kenntnisse sowie der Ausstattung überfordert sahen/sehen. (Auf die Genderdimension des Themas wird weiter unten gesondert eingegangen¹²).

Einher gehen digitale Arbeitsformen zur Umsetzung der pandemiebedingt angestrebten, sozialen Distanzierung mit einer starken physischen Isolation, oft auch mit stärkerer sozialer Isolation sowie deutlich mehr sitzender Bildschirmtätigkeit. Insgesamt sind hierin menschlichen Bedürfnissen¹³ entgegenstehende Arbeitsbedingungen zu verzeichnen.

Die *erzwungene spontane Voll-Digitalisierung* der Arbeit kann als Qualifikation-on-the-job, zugleich jedoch auch als strukturelle Gewalt gelesen werden, denn sie war *alternativlos und auch kompromisslos* – eine Aneignung im eigenen Tempo und im Zuge von diskursiven Prozessen der Klärung und des Auslotens fanden nicht statt. Umso mehr sollte im Weiteren eine kritische Reflexion innerhalb der Universität und ihrer Entwicklungsforen erfolgen, welche digitalen Möglichkeiten die universitäre Lehre auch künftig bereichern und welche als Notlösung nicht *exzellenter akademischer Praxis* entsprechen sowie *humaner Arbeitsgestaltung* widersprechen und daher zurückgefahren werden sollten. Auch muss gefragt werden, wer sich mit welchen Arbeitsformen und digitalen Tools wohlfühlt (siehe auch Genderdimension). Der sich auftuende, lehrbezogene Entscheidungshorizont von Präsenz über Hybrid zu Digital inklusive unzähliger Tools (routinierte Bedienung) steht gemäß den seit März 2020 gewonnenen Erfahrungen in individueller Ausprägung zur Verfügung. Hierauf aufzubauen wird sich anbieten. Im Sinne der Abwendung struktureller Gewalt wäre allerdings zu warnen vor einseitiger Digitalisierungsbegeisterung, wodurch mittelfristig Gruppen Beschäftigter sowie Studierender

¹² Diesbezügliche Interessen, Kenntnisse sowie Ausstattungen können mit Alter und Geschlecht von Beschäftigten korrelieren. Zu Geschlecht und Digitalisierung siehe bspw. Hummel/ Stieß/ Sauer 2020.

¹³ Einerseits geht es hier um Ergonomie (Zwangshaltungen). Andererseits geht es um psychische Bedürfnisse. Hierzu siehe Marie Jahoda 1983; die Autorin beschreibt die sozialpsychologische Bedeutung von Arbeit in fünf objektiven Erlebensdimensionen, die als gut beforscht gelten.

Eine Kränkung der sozialpsychologischen Bedürfnisbefriedigung in Arbeit entsteht Studien zufolge bei Beschäftigten, die vermehrt auf das heimische Umfeld beschränkt sind. Wegweisende Veröffentlichungen vgl. Selenko/ Batinic/Paul 2011 sowie Paul/Batinic 2011.

womöglich verloren gehen. Politische, strukturelle, soziale, interindividuelle, psychologische und ethische Dimensionen dieser Debatte müssen die Universität in Zukunft beschäftigen.

Nicht von ungefähr scheint in der Arbeitsforschung zur Corona-Pandemie ein neuer Begriff auf, „digitaler Stress“. Henner Gimpel leitet die Projektgruppe Wirtschaftsinformatik des Fraunhofer FIT und forscht seit einigen Jahren zu spezifischen Belastungsfaktoren, die digitalem Arbeiten innewohnen. Zentrale Ergebnisse stellen Gimpel et al. 2020¹⁴ vor. In ihrer Studie konnten die Autor*innen für das Arbeiten mit digitalen Medien und Technologien zwölf zentrale Belastungsfaktoren identifizieren. Dabei gilt: während mit dem Begriff der *Belastung* objektive Arbeitsbedingungen benannt werden, thematisiert der Begriff der *Beanspruchung* die subjektive, individuelle Verarbeitung einer objektiv bestehenden Belastung. Gimpel et al. (2020: 6) erläutern: „Abhängig von den individuellen, technikspezifischen Voraussetzungen und Coping-Maßnahmen führt die Belastung zu psychischer Beanspruchung. Übersteigt die Belastung die individuellen Voraussetzungen, ist die physische Belastung zu hoch.“ Die Autor*innen bieten eine Definition für digitalen Stress an:

„*Stress* beschreibt den Zustand eines Menschen mit erhöhter psychischer oder physischer Aktivierung aufgrund einer fehlenden Balance zwischen einwirkender Belastung und den individuellen Voraussetzungen, diesen Anforderungen gerecht zu werden, sowie die daraus unmittelbar resultierenden negativen Folgen (DIN EN ISO 10075-1: 2018-01). Entstehender Stress kann schließlich gesundheitsgefährdend wirken, wenn die Dauer und Intensität sowie die Häufigkeit und Vielfalt der Fehlbeanspruchung hoch sind ... Die verstärkte Nutzung von neuen IKT¹⁵ in der veränderten Arbeitswelt kann zu spezifischer Belastung und Fehlbeanspruchung führen und somit zu digitalem Stress. *Digitaler Stress* bezeichnet somit *negative Beanspruchungsfolgen* durch Belastungsfaktoren im Umgang mit digitalen Technologien und Medien“ (Gimpel et al. 2020: 8).

Im Folgenden werden jene *zehn* der zwölf von Gimpel et al. (2020) identifizierte *Belastungsfaktoren digitalen Arbeitens* diskutiert, welche sich auf die Arbeit als akademische Mitarbeiter*innen in den Digitalsemestern an der Universität beziehen lassen:

Der von den Autor*innen (2020: 11) herausgearbeitete Belastungsfaktor 2 *Privatsphäre* bezieht sich auf:

„[...] Bedenken, dass die Nutzung digitaler Technologien und Medien die Privatsphäre verletzt (Ayyagari et al., 2011). Dieses Gefühl geht oft mit erhöhter Erschöpfung und größerer emotionaler Irritation einher.“

Lehre und Videomeetings aus dem Homeoffice heraus konfrontierte Beschäftigte mit Bedenken, was Teilnehmende aus dem heimischen Umfeld mitbekommen könnten oder sollen. Beobachtbar war ein Spektrum: Mir-Egal-Haltung, inszeniert ästhetische Raumhintergründe, Einblenden falscher Hintergründe oder von Hintergrundwezeichnern sowie Paravents. Irritierend her stach diese Kameraeinstellung mittels Laptop: von unten Richtung Decke und der Person in die Nasenlöcher gefilmt oder nur ihre obere Gesichtshälfte zeigend, wurde versucht,

¹⁴ Gimpel et al. legen ihre Studie „Gesund digital arbeiten?!“ des Forschungsprojekts „PräDiTec – Prävention für sicheres und gesundes Arbeiten mit digitalen Technologien“, gefördert durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Programm „Innovation für die Produktion, Dienstleistung und Arbeit von morgen“ (Fördernummer O2L16D030) vor. Sie untersuchten in einer Befragung von über 5.000 Erwerbstätigen die Verbreitung von digitalem Stress inkl. Einflussfaktoren und Folgen in der BRD.

¹⁵ IKT = Informations- und Kommunikationstechnologien

die Umgebung möglichst unsichtbar zu halten. Fühlt sich eine Person unwohl, dass Menschen aus dem Arbeitskontext Einblicke in ihr Privatleben gewinnen könnten, steigen Belastung und Erschöpfung.

Gimpel et al. (2020: 12) führen als Belastungsfaktor 3 eine gewisse *Unzuverlässigkeit* von Technik an:

„Fehlfunktionen oder instabile Systeme führen zu einem *stressverursachenden Gefühl, dass die verwendeten digitalen Technologien und Medien unzuverlässig sind* und nicht ihrer Aufgabe gerecht werden (Ayyagari et al., 2011). Dieses Gefühl der Unzuverlässigkeit tritt oft gemeinsam mit dem Zustand auf, nur *schwer von der Arbeit abzuschalten* zu können. Ebenso geht es mit *erhöhter emotionaler und kognitiver Irritation* einher.“

Je nach Lage des Homeoffice, der verwendeten Hardware, dem Netzanbieter sowie der Tageszeit hatten Kolleg*innen (sowie auch Studierende) erkennbar Stress mit instabilen Systemen. Vor allem in der Rolle der Leitung eines Seminars oder Meetings kann dies, zumal auf Dauer, als extrem belastend erlebt werden. Professionelle Sitzungsgestaltung und Aus-dem-System-Fallen passen nicht zusammen und kann ein großer Stressfaktor sein. Ich erlebte einmal eine Studierende, die sich in einem Seminar sage und schreibe zwanzigmal neu einloggen musste. Unter solchen Bedingungen bspw. ein Referat zu halten muss unsäglich sein. Trifft dies bspw. eine*n akademische*n Dozent*in, so sind Stress und Irritationen vorprogrammiert. Auszugehen ist von neuen Disparitäten und Themen für die Ungleichheitsforschung.

Als 4. Belastungsfaktor nennen die Autor*innen (2020: 13) *Unterbrechungen* durch digitale Kommunikationsmedien und erläutern:

„Spontane Benachrichtigungen oder Informationen führen vermehrt zu *Unterbrechungen der momentanen Arbeitstätigkeit* und stören somit die *Konzentration* (Galluch et al., 2015). Diese Unterbrechungen gehen mit einer geringeren Arbeitsfähigkeit, aber auch mit einer *erhöhten Erschöpfung* und *kognitiver Irritation* einher. Zusätzlich aber können Beschäftigte, die über Unterbrechungen klagen, oft schlechter von der Arbeit abschalten.“

Während im normalen Alltag der Gang in den Lehrveranstaltungs- oder Meetingraum vom Bildschirm wegführt und auch gedankliche Pausen sowie zwischenmenschliche Begegnungen bieten, haben Beschäftigte im digitalisierten Homeoffice nicht selten Emailprogramm, Lehrcontent-Management-Messenger und Videokonferenzsystem parallel laufen. So können die genannten Unterbrechungen leichter entstehen im Bestreben, mehr zu schaffen, alles im Blick zu behalten, während faktisch Konzentration und Arbeitsfähigkeit dadurch sinken. Hier wären Good-Practice-Tipps und kurze Einheiten an Weiterbildung denkbar, um eine gesunderhaltende Medienkompetenz zu unterstützen. In der Teamkultur von Arbeitsgruppen könnte bspw. statt Allerreichbarkeit verabredet werden, Emails binnen 48 Stunden zu beantworten.

Auch der 5. Belastungsfaktor der *Überflutung*, den die Autor*innen vorstellen, ließ sich in den digitalen Semestern beobachten, Gimpel et al. (2020: 14) erklären:

„Der Belastungsfaktor Überflutung beschreibt das *Gefühl*, aufgrund des Einsatzes digitaler Technologien und Medien *mehr und schneller arbeiten zu müssen* (Ragu-Nathan et al., 2008). So wird durch die *höhere Menge an bereitgestellten Informationen* das *Gefühl von Beschleunigung und Zunahme von Arbeit* ausgelöst. Ein stärkeres *Gefühl der Überflutung* kann eine *geringere Arbeitszufriedenheit* bedingen. Ebenso kann verstärkte *kognitive Irritation* sowie ein allgemein *schlechterer Gesundheitszustand* einhergehen.“

Lehrende Kolleg*innen im Mittelbau berichteten während der drei digitalen Semester bspw. von einem stark erhöhten Kommunikationsaufkommen aufgrund hoch-individualisierter und vermehrter Anfragen Studierender, denen sie nur mit Mühe gerecht werden konnten. Öfters wurde von Erschöpfung bis „kurz vor dem Burnout“ gesprochen. Die Arbeitszufriedenheit sank spürbar und war, so der Eindruck der Verfasserin, nach der nur sehr kurze Pause zwischen Winter- und Sommersemester zu Beginn des Sommersemesters 2021 an einem Tiefpunkt angelangt. Beschäftigte benötigen Unterstützung, sich von der digital angetragenen Beschleunigung und Arbeitsverdichtung zu distanzieren. Dies ist im Homeoffice besonders schwierig, zumal die soziale Distanzierung dazu einlädt, sich kompensatorisch in Arbeit zu versenken.

Ein 6. Belastungsfaktor betrifft laut den Autor*innen (2020: 15) ein Klima der *Verunsicherungen* durch immer neue Technologie und Medien bei der Arbeit:

„Durch den ständigen *Wechsel und Veränderungen* der digitalen Technologien und Medien wird *Verunsicherung* ausgelöst. Dadurch kann ein Gefühl entstehen, dass die eigenen *Kompetenzen regelmäßig angepasst und weiterentwickelt* werden müssen (Ragu-Nathan et al., 2008). Höhere Verunsicherung tritt vermehrt gemeinsam mit einer höheren *Erschöpfung* der Beschäftigten auf.“

Das „Learning-By-Doing“ in drei digitalen Semestern betraf die meisten Mittelbaukolleg*innen, vor allem bezogen auf die universitäre Lehre. Tools neu erlernen, sie zugleich einzuschätzen, mit deren Updates umgehen – permanentes Lernen war/ist gefragt. Nicht wenige Kolleg*innen zeigten sich diesbezüglich erschöpft und technikmüde. Einige nutzten Videokonferenzsysteme nur rudimentär oder ließen sich vom Filmteam ihre Vorträge aufzeichnen wie vor Publikum, während andere komplexe technikgestützte Konstrukte oder auch interaktive Lern-Lehr-Szenarien entwickelten. Wer lebenslanges Lernen für selbstverständlich hält, technik-affin ist und/oder nicht allzu oft mit Belastungsfaktor 3 – Unzuverlässigkeit – zu kämpfen hatte, dürfte hier individuell besser zurechtkommen als andere. Diesen Typus zur Regel zu machen hieße hingegen, vielen Kolleg*innen nicht gerecht zu werden.

Als 7. Belastungsfaktor führen Gimpel et al. (2020: 16) *Restriktionen* an:

„Wenn durch die Anwendung von Technologien und Medien Arbeitsprozesse erleichtert oder Probleme umgangen werden könnten, diese jedoch *aufgrund von z. B. organisatorischen Restriktionen untersagt* sind, fühlen sich Beschäftigte beeinträchtigt in ihrer Tätigkeit. Dieses Gefühl, dass durch die *Nicht-Verfügbarkeit* von Technologien entsteht, geht oft mit einer erhöhten *emotionalen Irritation* einher sowie mit einer höheren *Arbeitsunzufriedenheit*.“

Die Universität Bremen hat m. E. versucht, viel zu ermöglichen und Anwendungen zu erleichtern. Kolleg*innen reagierten dennoch erkennbar genervt, wenn einzelne Studierende oder Kolleg*innen bspw. das Videokonferenzsystem „Zoom“ ablehnten, während es doch stabiler lief als bspw. Big-Blue-Button. Einige wollten gern das Tool Concept-Board nutzen, doch die Universität benötigte ein wenig Zeit, die Anwendung sowie Finanz- und Lizenzfragen zu prüfen. Immer dort, wo jemand das Gefühl entwickelte, mit einem Tool gute Passung zum eigenen Arbeitsfluss und -zielen zu entfalten und dies durch Dritte infrage gestellt wurde, waren die von Gimpel et al. beschriebenen Reaktionen beobachtbar. Datenschutzrechtliche und finanzielle Erwägungen sowie der Zeitfaktor standen dem freiheitlichen Anspruch von Akademiker*innen, so zu arbeiten, wie sie es am besten können, entgegen – dies muss als ein Spezifikum der universitären Arbeitskultur gelten.

Weitere Belastungen resultieren aus *technischen Problemen*, so die Autor*innen (2020: 17):

„Die Digitalisierung der Arbeitsplätze geht auch mit technischen Problemen einher. Die Notwendigkeit der *Behebung dieser Probleme* rückt im Arbeitskontext teils in den *Vordergrund*. Der *Fokus der Tätigkeit* liegt somit nicht mehr allein auf der Fachrolle, sondern die Erwerbstätigen fühlen sich in einem *Zwiespalt* zwischen den fachgebundenen und technischen Aufgaben (Ayyagari et al., 2011). Das Gefühl, sich in Bezug auf seine Arbeitsrolle im Zwiespalt zu befinden, tritt meist gemeinsam mit einer erhöhten *kognitiven Irritation* auf.“

Auch im universitären Alltag verschob sich im Digitalsemester der Fokus von einer Didaktik orientiert an der Lerngruppe und/oder am Inhalt teilweise zu einer Ausrichtung an den zeitlichen Reaktionen der genutzten Technik (bspw.: Wie lange braucht es, Breakouträume einzurichten? Wissen Studierende, wie man das Zoom-Whiteboard der Kleingruppe bedient? Wer je AG speichert das Gruppenergebnis, kann es rasch im Plenum teilen und lädt es später in den Chat?). Wenn immer wieder Studierende aus dem System fallen und sich erneut einloggen, fragt sich, ob man weitermachen kann als sei nichts geschehen – eine surreale Situation. Würden bspw. Studierende im Seminarraum in Ohnmacht fallen, würde man erste Hilfe leisten und das nicht ignorieren – ist der Systemkollaps nicht etwas ähnliches, ein soziales und inhaltliches Herausfallen? Für einige Kolleg*innen resultierte hieraus Stress, wenn ihnen ihr inhaltsgebundener Zeitplan mit den Studierenden durch Technikfragen entglitt. Teilweise entwickelten sie Strategien zur Reaktion auf unliebsame Pannen und Zeitverluste, während andere sich für generell nicht zuständig erklärten, sich um derlei Dinge zu bemühen. Auswirkungen im studentischen Sozialgefüge stellen ein gesondertes Thema dar.

Da im Homeoffice von akademischen Mitarbeiter*innen oft vorwiegend privat finanzierte Technik zum Einsatz kommt, sind diese auch für deren Wartung zuständig. Sicher kamen hier einige Kolleg*innen an ihre Grenzen. Auch so drückt sich strukturelle Gewalt aus – ich soll daheim arbeiten, aber wie, ist mir überlassen. IT-Techniker der Universität haben sicher nicht Privathaushalte betreut, aber einen TechniksUPPORT als Universität auch für heimisches Arbeitsgerät anzubieten wäre richtig.

Auch eine hohe *Komplexität* als 9. Belastungsfaktor diskutieren Gimpel et al. (2020: 18); das erklären sie wie folgt:

„Die hohe Komplexität digitaler Technologien und Medien, die die *eigenen Fähigkeiten übersteigt*, kann Erwerbstätigen das Gefühl *unzureichender Kompetenzen* vermitteln (Ragu-Nathan et al., 2008) und in einem hohen *Zeitaufwand* münden, neue Fähigkeiten zu erlernen. Mit dem Gefühl der hohen Komplexität geht ein *schlechterer allgemeiner Gesundheitszustand* sowie eine *niedrigere Arbeitszufriedenheit* einher.“

Während technik-affine Kolleg*innen, in deren Fachlichkeit ggf. auch Programmierung und IT fallen, sich mit den digitalen Lehr- und Meetingmedien vertraut fühlen mögen, bezieht sich die Komplexitätskompetenz von akademischen Mitarbeiter*innen technikferner Fächer auf ihre spezifische Fachlichkeit. Dort können sie als Akademiker*innen in der Regel mit hoher Komplexität gut umgehen und blühen diesbezüglich geradezu auf. Es kann insofern eine Kränkung des Selbstwirksamkeits- und Kompetenzerlebens darstellen, sich mit notwendigen Arbeitsmitteln plötzlich als Anfänger*in zu erleben oder auch, zwar ein System bedienen zu können, es allerdings nicht wirklich zu verstehen und sich bei Fehlern hilflos zu fühlen. Ein beiläufiges „Ach, hast Du das Update nicht gemacht?“ oder „Das musstest Du doch nur in den Grundeinstellungen von Zoom voreinstellen!“ können entsprechende negative Impulse schüren. Diesbezügliche Kränkungspotenziale im Kontext der Arbeit können, weil sie kaum

thematisiert werden, problematische Manifestationen (Ressentiments, Rückzug) nach sich ziehen (siehe auch Abschnitt zur Genderdimension).

Ein 10. Belastungsfaktor betrifft laut den Autor*innen das *Gefühl, irgendwie ständig bei der Arbeit zu sein*. Dazu schreiben sie (2020: 19):

„Omni- und Dauerpräsenz beschreibt das *Gefühl der ständigen Erreichbarkeit* und einer erwarteten kürzeren Reaktionszeit durch das *Auflösen der Grenzen zwischen Arbeits- und Privatleben* aufgrund der Nutzung digitaler Technologien und Medien (Ragu-Nathan et al., 2008). Das Gefühl der Omni- und Dauerpräsenz geht mit kognitiver Irritation einher, sprich die Beeinträchtigung, nicht von der Arbeit abschalten zu können.“

Die beschriebenen Impulse sind ohnehin typisch für Wissenschaftler*innen, denn die akademische Sozialisation bedingt eine häufig vorlaufende innere Beschäftigung mit den Gegenständen, an denen man arbeitet. Diese Tendenz wird in den digitalen Semestern durch langzeitliches Homeoffice mit weitgehender sozialer Isolation sowie der Nutzung digitaler Medien als ständigem Arbeitsmittel vermehrt und manifestiert sich in den problematischen Nebenfolgen des Work-Life-Blending¹⁶ sowie ggf. auch in Computersucht¹⁷. Im nächsten Abschnitt wird auf das langzeitliche Homeoffice daher gesondert eingegangen. Die Thematik der Omni- und Dauerpräsenz verweist auch auf Überlegungen, die im Abschnitt Entgrenzung von Arbeit, Arbeitszeit und -verdichtung weiter unten ausgeführt werden.

Die exemplarische Reflexion der Belastungsfaktoren, aus denen sich „digitaler Stress“ zusammensetzt sind, zeigt, dass sich akademischen Mitarbeiter*innen mit hoher Wahrscheinlichkeit in den Digitalsemestern mit ihnen konfrontiert sahen; zehn der zwölf bei Gimpel et al. 2020 genannten Belastungsfaktoren haben sich für universitäres digitales Arbeiten als zutreffend erwiesen. Medienkompetenz bedeutet in diesem Zusammenhang nicht nur zu wissen, wie man ein digitales Tool nutzt, sondern auch, wann man es abschalten sollte. In praxi resultiert hieraus bspw. die Notwendigkeit, als Universität Angebote von Personalentwicklung, betrieblichem Gesundheitsmanagements usw. auf die neuen Belastungen anzupassen. Da Dauererreichbarkeit und entgrenztes Arbeiten auch als typische Symptome des Arbeitens im Homeoffice gelten, geht es im nächsten Punkt darum.

Langzeitliches Homeoffice

Akademische Mitarbeiter*innen verlegten ihre Arbeitstätigkeit ab März 2020 bis Oktober 2021 überwiegend ins „langzeitliche Homeoffice“¹⁸, welches sich von einem gelegentlichen Homeoffice-Tag grundsätzlich strukturell sowie psycho- und soziodynamisch stark unterscheidet. Es handelt sich nicht um eine selbstgewählte und kurzzeitige Situation, sondern um eine

¹⁶ Mit Work-Life-Blending wird das Ineinander-Verschachteln von Privat- und Berufsleben (wie bspw. im Homeoffice) thematisiert, in Abgrenzung zu der früheren Idee getrennter Sphären von Arbeit und Leben mit dem Term Work-Life-Balance.

¹⁷ Ein Bericht des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages (2009) belegt, wie suchtauslösend längere Zeiten vor dem Bildschirm sich auswirken können. Zusammen mit dem physischen Distanzieren von Menschen wird verstärkt das Ein- und Abtauchen in Arbeit (Sublimierung) gefördert. Eine erhöhte Gefährdung für das Ausbilden von Arbeitssucht und auch Computersucht sind hier erwartbar (vgl. Meyerhuber 2021: 104; Meyerhuber 2012; Robinson 2007; Meißner 2005).

¹⁸ Den Begriff „langzeitliches Homeoffice“ zur Unterscheidung von gänzlich anders gelagerten, auf Wunsch genommenen Homeoffice-Tagen pro Woche habe ich entwickelt in Meyerhuber 2021 (artec-paper 228, Kapitel 3).

langfristig angeordnete und alternativlose Maßnahme zur Eindämmung des Pandemiegeschehens. Hieraus resultiert – je nach privater Lebenssituation, Motivlagen und innerem Strukturierungsgrad – eine individuelle Gemengelage von Chancen und Risiken durch die Strukturvorgabe des langzeitlichen Homeoffice. Denn neben den schon genannten universitären Bedingungen finden sich Potenziale für das Ausbilden struktureller Gewalt auch im langfristig angeordneten *Homeoffice*, und zwar in verschiedener Hinsicht:

Die *Vergütung* akademischer Mitarbeiter*innen, vor allem, wenn es sich nicht um eine Vollzeitstelle handelt, bedingt tendenziell weniger großzügigen Wohnraum, und wenn neben der Beschäftigung an der Universität auch Familienpflichten bestehen, engt dies finanzielle und räumliche Möglichkeiten noch weiter ein. In Videokonferenzen waren entsprechend einige Kolleg*innen über Monate mit Laptop am Küchentisch zu sehen, was keinesfalls einem dem Arbeitsschutz¹⁹ entsprechenden Arbeitsplatz entspricht. Wer privat wie viel in einen ergonomischen und technisch hochwertigen Arbeitsplatz investiert, bleibt unbesprochen. Und offiziell stattet die Universität akademische Mitarbeiter*innen nicht mit einem Telearbeitsplatz²⁰ daheim aus.

In der Tat stellt sich die *räumliche Situation im Privathaushalt* sehr unterschiedlich dar: eine aktuelle Studie des Fraunhofer-Instituts (IAO) belegt nach Bockstahler et al. (2020: 11), dass 48 Prozent der befragten Personen in einem separaten Arbeitszimmer, 34 Prozent in Küche, Wohn- oder Esszimmer sowie jeweils 9 Prozent im Schlafzimmer arbeiteten oder keinen festen Arbeitsplatz im Privathaushalt haben; sie improvisieren an wechselnden Orten innerhalb des Haushalts. In der Studie (2020:11.) wird herausgestellt, dass Befragte, die in einem separaten Arbeitszimmer arbeiten, deutlich leistungsstärker sind, verglichen mit Beschäftigten, die andere Orte innerhalb ihrer Wohnstatt zum Arbeiten nutzen. Zum einen ist dies den Autor*innen (2020: 13) zufolge zurückzuführen auf die Gestaltung des Arbeitszimmers als einem Raum, der für den Zweck der Arbeit optimal ausgestattet ist. Ein Schlafzimmer hingegen ist a) keinesfalls optimal zum Zwecke der Arbeit zu nutzen, b) ist dieser Raum der privateste/intimste eines Menschen; und c) wäre das Arbeiten vom Bett aus keinesfalls als Dauerlösung akzeptabel. Ob auch Akademiker*innen zu den 9% zählen, die im Bett Homeoffice betreiben, geht aus der Studie nicht hervor, sie zeigt aber ein bedenkliches Spektrum auf, welches realisiert werden muss.

Des Weiteren muss auf das von menschlicher Bedürfnisbefriedigung in und durch Arbeit *deprivierende Potenzial des langzeitlichen Homeoffice* hingewiesen werden. Der Arbeit wohnen spezifische psychologische Strukturfunktionen inne, welche sich auf fünf objektive Erlebensdimensionen beziehen, wie die Arbeitsforschung nach Jahoda (1983) zeigt. Dies sind: erzwungene Aktivität, Zeitstruktur, soziale Anteilhabe, Identität und Status sowie kollektive Anteilhabe. Paul & Batinic (2010) sowie Selenko et al. (2011) konnten in Studien zeigen, wie eine *latente Deprivation* von diesen durch Arbeit optimal bereitgestellten Erlebensdimensionen stattfindet, wenn man – wie bspw. Studierende, Hausfrauen, Rentner*innen – seinen Arbeiten

¹⁹ Vgl. Bundesministerium für Justiz: Arbeitsschutzgesetz und seine Anlage 6, die Bildschirmarbeitsplatzverordnung.

²⁰ Der Begriff der Telearbeit nach § 2 Abs. 7 Satz 2 ArbStättV bedeutet rechtlich, dass in den Privaträumen von Beschäftigten ein durch den/die Arbeitgeber*in komplett eingerichteter, separater Arbeitsraum ausgestattet wird. Oft ist dies mit einer sogenannten Tunnelsoftware verbunden, die den Intranet-Zugang vom Privatraumbüro in das Firmennetzwerk erlaubt.

vorwiegend im Zuhause nachgeht. In meiner mit Studierenden im Wintersemester 2020/21 unternommenen Studie konnte geschlossen werden:

„Es wird dabei deutlich, dass nur reguläre Erwerbsarbeit eine Befriedigung entsprechender menschlicher Bedürfnisse in ausreichender Regelmäßigkeit und Intensität bereitstellt. Das *Homeoffice* trägt trotz der regelmäßigen Arbeitsaktivität Züge einer latenten Deprivation von den Erlebensdimensionen, wie herausgearbeitet werden konnte; Reaktionsbildungen ganz ähnlich wie bei Arbeitslosigkeit können die Folge sein“ (Meyerhuber 2021: 150).

Dabei bestehen psychologisch Probleme im Sinne der strukturellen Gewalt darin, dass das *langzeitliche Homeoffice alternativlos war, insofern nicht selbstgewählt sowie ohne einen klaren Zeithorizont (Ende nicht absehbar)*. Menschen sind diesbezüglich seltsam: was sie selbst wählen, hat auf sie eine andere Wirkung als etwas, das ihnen aufoktroziert wird – selbst wenn es das Gleiche ist, so ist es für das Individuum doch nicht dasselbe. Die erlebte Autonomie des Menschen hat Auswirkungen darauf, wie gesund sich ein Mensch fühlt. Und was unendlich dauert, führt nicht selten in Resignation (erlernte Hilflosigkeit²¹). Entsprechend stellt die WHO schon in ihrer Ottawa-Charta 1986 für das Ziel von Gesundheit und Wohlbefinden fest:

„Gesundheitsförderung ist auf *Chancengleichheit auf dem Gebiet der Gesundheit* gerichtet. Gesundheitsförderndes Handeln bemüht sich darum, bestehende soziale Unterschiede des Gesundheitszustandes zu verringern sowie gleiche Möglichkeiten und Voraussetzungen zu schaffen, damit alle Menschen *befähigt* werden, ihr größtmöglichstes Gesundheitspotential zu verwirklichen. Dies umfasst sowohl Geborgenheit und Verwurzelung in einer unterstützenden sozialen Umwelt, den Zugang zu allen wesentlichen Informationen, die Entfaltung von praktischen Fertigkeiten, als auch die Möglichkeit, selber Entscheidungen in Bezug auf ihre persönliche Gesundheit treffen zu können. *Menschen können ihr Gesundheitspotential nur dann weitestgehend entfalten, wenn sie auf die Faktoren, die ihre Gesundheit beeinflussen, auch Einfluss nehmen können*. Dies gilt für Frauen ebenso wie für Männer“ (Ottawa Charta 1986²²: 2). Der *Ottawa-Charta* zufolge wären also a) eine unterstützende soziale Umwelt (hier: Universität, Arbeitsgruppe), b) Zugang zu wesentlichen Informationen, c) das Erlernen gesundheitspraktischer Fertigkeiten sowie d) die Möglichkeit, die eigene Gesundheit beeinflussende Dinge mitentscheiden zu können wichtig, um langfristig gesunderhaltend zu handeln. M. E. kann die Universität insgesamt als eine unterstützende soziale Umwelt verstanden werden; es gibt eine meist offene Diskurskultur und auch in vieler Hinsicht Unterstützung. Auch die Corona-Updates, die die Universitätsleitung regelmäßig versendet und auf ihrer Homepage bereitstellt, unterstützen eine Orientierung aller Universitätsangehörigen auf aktuellem Stand. In den Arbeitsgruppen kam es darauf an, wie verständlich das Führen auf Abstand²³ gestaltet wurde. Daneben wurde die Aneignung praktischer Fertigkeiten für die digitalen Semester unterstützt, sofern Lehrende sich aktiv auf Maßnahmen und/oder Mittel bewarben (bspw. studentische Hilfskräfte oder Tutor*innen, Schulungen und Austauschrunden, bewegte Pausen, etc.). Dennoch

²¹ Der Begriff der erlernten Hilflosigkeit geht auf den amerikanischen Sozialpsychologen Martin E. P. Seligman (1975) zurück. Wenn Menschen nicht erkennen können, wie sie eine negative Lebenssituation nicht verändern können, resignieren sie und versuchen es dann auch nicht mehr. U.a. daraus kann das Krankheitsbild der Depression resultieren.

²² Weltgesundheitsorganisation (1986): Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung.

²³ Gutes Führen auf Abstand – Remote Leadership – muss anders gestaltet werden als unmittelbare Führung; hierzu vgl. Forschungen des Fraunhofer IAO und zusammenfassend in Meyerhuber 2021: 451-515 (Kapitel 11).

das nicht selbstgewählte, langzeitliche Homeoffice, womöglich mit nicht optimalen ergonomischen und technischen Arbeitsbedingungen, das deutlich längere und einseitige Arbeiten am Bildschirm²⁴ usw. kann im Sinne struktureller Gewalt wirken und sowohl die psychische als auch physische Gesundheit und Wohlbefinden Betroffener beeinträchtigen. Hier reichen „bewegte Pausen“ am Bildschirm mit Kolleg*innen nicht, sie könnten jedoch ein Anfang sein, Beschäftigte zu schulen, wie sie korrekt im langzeitlichen Homeoffice für sich Sorge tragen (müssen). Vermutlich ist es unterstützend, wenn die Universität deutlich macht, dass ihr gesunde Beschäftigte wichtig sind – solange die *Aufgabenerfüllung mehr zählt als die körperliche Fitness*, wird die Aufgabe erfüllt und die Fitness bleibt dabei ggf. auf der Strecke. Hier benötigen akademische Mitarbeiter*innen womöglich Unterstützung durch die Universität als Arbeitgeberin bzw. durch direkt vorgesetzte Personen, denn so, wie die *strukturellen Arbeitsbedingungen* sich in der Pandemie entwickelt haben, beschrieben viele Kolleg*innen, dass sie *keinen Einfluss zu nehmen wüssten* auf durch langzeitliches Homeoffice und digital zu vermittelnde *Lehre an Raubbau grenzende Belastungen*, die nicht nur kurzfristig wirkten, sondern über etwa 1,5 Jahre anhielten. Im Abschnitt „Arbeitsverdichtung, Ausweitung der Arbeitszeit und Entgrenzung von Arbeit“ wird hierauf zurückzukommen sein.

Genderdimension

Digitale Arbeitsformen berühren inhärent verschiedene Bias: 1. ältere Beschäftigte können gesundheitlich oft nicht so lange vor dem Bildschirm verweilen wie Jüngere, ohne Probleme mit Verspannungen, Muskelabbau, den Augen usw. zu bekommen. 2. technische Gadgets sind in der Regel von Männern gestaltet und halten nicht selten für männliche Kollegen eine höhere Faszination als für Kolleg*innen – sie kommen also in der Tendenz oft ersteren mehr entgegen. Es entsteht ein neuer Bereich der Verstärkung des „Digital Gender-Gaps²⁵“. Aber das Digital Gender-Gap bedeutet noch sehr viel mehr, wie Zacharia et al. (2020: 4) für einen Bericht an die Europäische Union zusammentragen, sie schreiben einleitend:

„This study, commissioned by the European Parliament’s Policy Department for Citizens’ Rights and Constitutional Affairs at the request of the FEMM Committee, *provides evidence that there is still gender bias and inequality in STEM* (Science, Technology, Engineering, Mathematics) *fields and the digital sector* (e.g., digital technologies, Computer Science, Information Technology, Information and Communication Technology, Artificial Intelligence, cyber-security).“

Entsprechend wäre generell auch an der Universität im Weiteren kritisch zu schauen, dass zur Reduktion struktureller Gewalt in dieser Hinsicht die vorherrschende Definitionsmacht nicht zu einer neuerlich männlich geprägten, einseitig digitalisierungsbegeisterten Hochschullehre und -forschung führt, welche für Kolleginnen und Studentinnen (sowie ggf. auch ältere

²⁴ Sogenannte Zwangshaltung, denn die Bildschirmarbeit wird in der Regel im Homeoffice nicht von anderen Tätigkeiten und Gängen unterbrochen, wie es die Bildschirmarbeitsplatzverordnung (Anlage 6 des Arbeitsschutzgesetzes) vorsieht, sondern ist oft einseitig und lange angelegt. Atrophierte Oberschenkelmuskulatur, Verspannungen, Rückenprobleme, Kopfschmerz und Probleme mit den Augen sind typische Folgen. Langzeitprobleme werden erst zeitversetzt sichtbar werden.

²⁵ Das Digital Gender-Gap besteht weltweit. Laut Europäischer Union geht es hier um gleiche Chancen der Anteilnahme, aber auch um eine Technikgestaltung, die den Bedürfnissen beider Geschlechter gerecht wird, ebenso wie Arbeit im IT-Sektor und gleiche Bezahlung. Die diesbezügliche Liste der EU ist wirklich beunruhigend lang und differenziert, siehe: https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0026_EN.html.

Kolleg*innen oder Kolleg*innen aus technikfernen Fachlichkeiten) unattraktiv wird bzw. ihnen das Forschen und Lehren resp. das Lernen an der Universität verleidet. Entsprechende diesbezügliche Tendenzen sind erkennbar.

UN-Women (2021: Blog o. S.) zufolge stellt *die Corona-Krise* v. a. eine Krise für Frauen dar. Die Organisation schreibt:

„Die Pflege von Familienmitgliedern, die Kinderbetreuung, Home Schooling und Haushaltstätigkeiten lasten überwiegend auf den Schultern von Frauen. Durch die Corona-Pandemie wird die klassische Rollenverteilung weiter zementiert. Viele Frauen sind durch die zusätzliche Aufgabenlast unbezahlter Arbeit nicht mehr in der Lage, in vollem Umfang ihrer bezahlten Arbeit nachzugehen, was unmittelbar und langfristig erhebliche *ökonomische Konsequenzen* hat und haben wird.“

Entsprechend beschrieben auch Kolleg*innen im Mittelbau während der Digitalesemester, wie sie durch Care-Aufgaben, Home Schooling, einem Zuviel an Beisammensein Daheim usw. mit ihren beruflichen Aufgaben (v.a. Publikation schreiben, Forschung voranbringen, etc.) ins Hintertreffen gerieten. Während für die Studierenden und ihre Belange Mehrarbeit geleistet wurde (digitale Lehre plus häufigere und individualisiertere Anfragen), blieb für Qualifikationsaufgaben kaum Zeit und Kraft. *Dieses Nicht-schaffen-können stellte einen zusätzlichen Stressor dar*. Dieser kam zuvor schon bei den Belastungsfaktoren für digitalen Stress vor (s.o.), hier liegt also eine thematische Interdependenz vor.

Eine explorative Studie mit 150 Nachwuchswissenschaftler*innen in 2020 durch die Soziologin Anne Suphan (2021) zeigt auf, wie kräftezehrend ein entgrenztes Arbeiten im Homeoffice bei gleichzeitigen Care-Aufgaben wirkte – auch dies kann als strukturelle Gewalt gefasst werden. Denn die strukturellen, durch die Pandemie induzierten Bedingungen, unter denen Arbeit und Care-Aufgaben zu leisten sind, sind es, welche diese Effekte für das Individuum zeitigen. Sander & Grauer (2020: o. S.) schreiben entsprechend in einem Blog der Friedrich-Ebert-Stiftung von erschöpften Wissenschaftlerinnen, die „zu müde sind, auch nur einen Blick in die Forschung zu werfen“ und fassen zusammen: „Mütter haben in den Monaten März und April 2020 tendenziell weniger Beiträge zur Veröffentlichung in internationalen wissenschaftlichen Fachzeitschriften eingereicht als in den Jahren zuvor – Männer dagegen bis zu 25 Prozent mehr.“ Waren/sind die männlichen Kollegen womöglich die Gewinner im universitären Pandemiegeschehen? Die Struktur eines pandemisch erzwungenen Work-Life-Blending wirkt sich, so legen die einschlägigen Befunde nahe, womöglich benachteiligend v. a. auf Nachwuchs-Wissenschaftlerinnen aus.

UN-Women (ebd.2021: Blog o. S.) weist zudem darauf hin:

„Existentielle Sorgen, Quarantäne und eine Einschränkung der Bewegungsfreiheit führen zu einem deutlichen Anstieg von häuslicher Gewalt. Die Leidtragenden sind in den meisten Fällen Frauen. Da sie das Haus zum Teil nur eingeschränkt verlassen können, sind sie dem gewalttätigen Familienmitglied außerdem stärker ausgeliefert.“

Arbeit und Schule erlauben es Menschen unter „normalen Bedingungen“, ihrer eigenen Wege zu gehen und rational angelegte Rollen zu gestalten (im Gegensatz primär emotional angelegten zu familialen Rollen²⁶) sowie sich dann, durch externe Aktivitäten und Begegnungen belebt,

²⁶ Um Missverständnisse zu vermeiden: beide Rollenformationen sind sehr rational! Beide haben auch funktionale und emotionale Seiten. Psychodynamisch meine ich hier die *primär* erlebte Beziehungsformation: angelegt

wieder als Familie aufeinander zuzubewegen. Die externe *Aktivität* mit den ihnen entsprechenden *Zeitstrukturen*, ein dadurch gestärktes Erleben von *Identität und Status*, die *kollektive Anteilhabe* an größeren Zielen sowie *soziale Begegnungen* und Anforderungen wirken sich positiv auf die psychische Stabilität der Familienmitglieder aus²⁷. In Familien, denen ein Gewaltpotenzial inhärent ist, kann dem externen Arbeitsort eine Schutzfunktion zukommen. Entsprechend kann das langzeitliche Homeoffice das gewaltbezogene Gefahrenpotenzial vor allem für Frauen erhöhen²⁸. Schutz vor Gewalt im Kontext Arbeit sind politisch aktuelle Themen (vgl. Istanbul-Konvention 2011²⁹ sowie die Übereinkunft 190 der International Labour Organisation (ILO) 2019³⁰); im langzeitlichen Homeoffice gehen diese auch Arbeitgeber*innen etwas an, wie die Juristin Zimmer (2021: 6) in einer Analyse unlängst aufzeigt.

Hummel et al. (2020: 62) resümieren für den Dritten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung zu Technikfolgenabschätzung (TFA) und Geschlecht unter besonderer Berücksichtigung der Digitalisierung:

„Expert*innen mit Gender-Kompetenz sind in der Lage, mittels ihres fachspezifischen Wissens, Gender-Wissens und ihrer Kenntnisse der feministischen Theoriebildung relevante, qualitätsvolle Empirie ausfindig zu machen und kontextspezifisch einzuordnen. Sie sollten Teil eines jeden TFA-Teams sein oder zumindest zur TFA hinzugezogen werden. Nur so wird Technologieentwicklung nicht technik-, sondern anwendungsgesteuert („Moving from a techno-logy-driven to a user-driven development“, Buchmüller/Bath/Henze 2018: 171), nur so werden *demokratieethische Aspekte der TFA geschlechtergerecht* und die Technik an sich *gesellschafts- und zukunftsfest*.“

Auch in universitären Entwicklungsprozessen könnte eine Umsetzung dieser Empfehlung wegweisend sein, um nicht in Digitalisierungseuphorie neue, einseitig „männliche Arbeitsstruktursetzungen“ zu manifestieren, an denen Kolleginnen sowie Studentinnen die Lust an der Wissenschaftswelt verlieren. Weichen gegen solche Muster struktureller Gewalt müssen in naher Zukunft gestellt werden!

Arbeitsverdichtung, Ausweitung der Arbeitszeit und Entgrenzung von Arbeit

Die bisher diskutierten Themen spielen ineinander und kulminierten während der drei digitalen Semester für viele akademische Mitarbeiter*innen in Arbeitsverdichtung, eine deutliche Ausweitung ihrer Arbeitszeit sowie ein insgesamt entgrenztes Arbeiten.

Die normale *Kommunikation* unter Studierenden, bei der eine Menge wichtiger Informationen auch beiläufig untereinander zirkuliert wird, kam nahezu zum Erliegen. Die überwiegend

wird Arbeit von der Aufgabe her und man lernt sich dann schätzen, und im deutschen Kulturkreis werden Partnerschaften überwiegend aus Zuneigung/Liebe eingegangen (trotz der auch funktionalen Seiten, Institution Ehe usw.) und formen sich dann bspw. in funktionaler Arbeitsteilung aus.

²⁷ Vgl. zu den hier herangezogenen, fünf objektiven Erlebnisdimensionen von Arbeit Marie Jahoda 1983.

²⁸ Fälle häuslicher Gewalt sind in der Pandemie gestiegen, vgl. Kriminalstatistik des Bundesministeriums des Inneren, Bau und Heimat 2020/21 sowie Bundeskriminalamt 2021.

²⁹ Die Istanbul-Konvention ist ein 2011 ausgearbeiteter, völkerrechtlicher Vertrag, ein Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt.

³⁰ Die internationalen Arbeits- und Sozialstandards der International Labour Organisation *ILO* sind Rechtsinstrumente, die von den Mitgliedsgruppen ratifiziert werden. Die ILO-Übereinkunft 190 liefert die erste internationale Definition von Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt, einschließlich geschlechtsspezifischer Gewalt und Belästigung.

schriftlichen Informationen ihrer Lehrenden überflutete sie nicht selten (Menge und Zusammengehörigkeit je Sub-Kontext), während in der Kommunikation via Videokonferenzsystem oft die hohe Konzentration auf dem Wahrnehmungskanal „hören“ (statt ganzheitlicher Informationsaufnahme) zu Merkdefiziten beitrug³¹. So wandten Studierende sich mit ihren kleinen und großen Fragen, oft in langen und stark individualisierten E-Mail-Anfragen, an ihre Lehrpersonen, wie viele Kolleg*innen berichteten. Und während einige Kolleg*innen – wie Studierende zu berichten wussten – gefühlt gar nicht antworteten, erhielten jene Lehrenden, die verbindliche Kommunikation zu ihrem Rollenbild zählen, noch mehr Nachrichten. Kolleg*innen sprachen daher von einer erheblichen Mehrbelastung durch die E-Mail-Kommunikation. Auch statt zu *Meetings* zu gehen sowie dort am Rande *informellen Austausch und Kontakte zu pflegen*, wurde über drei Semester hinweg vorwiegend am Homeoffice-Bildschirm gesessen und an Videokonferenzen teilgenommen. Akademischen Mitarbeiter*innen fehlten ihre bilateralen Kontakte, die so wichtigen Nebengespräche, ein persönlich verbindender Blickkontakt und eine ganzheitliche Situationswahrnehmung. Teilweise wurden in Videomeetings kompensatorisch-informelle Kommunikationen möglich, allerdings vorwiegend in kleinerer Runde und dann, wenn Anlässe dafür gefunden wurden sowie genügend Zeit zur Verfügung stand. Für das Thema der strukturellen Gewalt muss gefragt werden: War den Verantwortlichen (Universitätsleitung, Dekane und professorale Arbeitsgruppenleitungen) bewusst, in welchem Umfang sich Arbeitsverdichtung und eine deutliche Ausweitung der Arbeitszeit für lehrende akademische Mitarbeiter*innen entwickelten? Dies muss bejaht werden:

Eine universitätsinterne Befragung aller Lehrenden nach dem ersten digitalen Semester im Sommer 2020³² illustriert eindrücklich, wie es um übervertragliches Arbeiten an der Universität bis März 2020 bestellt war und wie sich dieses bis zum Ende des ersten Semesters unter Pandemiebedingungen ausweitete. Gaben über die Hälfte der Lehrenden an, vor der Pandemie deutlich über die vereinbarte Arbeitszeit hinaus zu arbeiten (41% 41-50 Stunden sowie 18% über 50 Stunden pro Woche), so hatte sich den Angaben zufolge ihr Arbeitsaufwand im Digitalsemester erhöht (44%) oder deutlich erhöht (43%), insgesamt also für 87% aller Lehrenden. Was dies zeitlich für sie im Lichte der zuvor genannten Zahlen im Alltag konkret hieß, wurde nicht benannt. Es kann jedoch demnach von einer monatelangen zeitlichen Mehrbelastung ausgegangen werden, die über arbeitsmedizinische Empfehlungen³³ sowie das Arbeitsrecht³⁴ deutlich hinausreichte.

Die Lehrenden gaben überwiegend an, ihre Ressourcen stärker in der Lehre eingesetzt zu haben (89%). Dies betrifft einerseits im ersten Digitalsemester das Erproben und Einarbeiten in überwiegend neue Tools sowie die Erarbeitung oder Anpassung von Materialien für den digitalen Lehr-Lern-Kontext. Andererseits nannten zwei Drittel (66%) der Kolleg*innen einen erhöhten Betreuungsaufwand, wie er oben schon thematisiert wurde.

Die *Arbeitszufriedenheit*, welche sich nach Bruggemann et al. (1975) an der erlebten Qualität des Geleisteten bemisst, dürfte darunter gelitten haben: Etwa ein Drittel der Lehrenden gaben

³¹ Vgl. hierzu Meyerhuber (Hrsg.) (2021), artec-paper 228.

³² Vgl. Lehrendenbefragung 2020 durch das Referat 13 Lehre und Studium der Universität Bremen.

³³ Arbeitsmedizinische Empfehlungen der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin: <https://www.baua.de/DE/Aufgaben/Geschaeftsfuehrung-von-Ausschuessen/AfAMed/AME.html>

³⁴ Vgl. Bundesministerium für Justiz und für Verbraucherschutz, Bundesamt für Justiz (2021). Arbeitsschutzgesetz.

an, ihre Lehrziele im Onlinesetting nicht erreicht zu sehen. Fast zwei Drittel berichteten von Qualitätsminderungen im wissenschaftlichen Austausch und nahezu 80% konstatierten eine verringerte Kommunikation im Arbeitskontext. Je etwa ein Drittel nannte Verzögerungen bei der Bearbeitung von Qualifikationsarbeiten sowie bei der Fertigstellung ihrer zur Publikation terminierten Texte. Hiermit werden einige der bei „digitalem Stress“ genannten Themen nochmals konturierter und in ihrer Reichweite für das Individuum besser zu fassen: Wenn die Arbeitsqualität leidet, betrifft dies auch das Selbstbild des Menschen! Eine erlebte mangelnde Kompetenz, bisherigen Standards zu entsprechen, stellt eine Kränkung dar, die Identität wird geschwächt (vgl. Meyerhuber 2009).

All das kulminiert in strukturelle Gewalt, also die Beeinträchtigung grundlegender menschlicher Bedürfnisse. Auch ihren *Gesundheitsschutz* bekamen in den drei Digitalsemestern viele akademische Kolleg*innen, so scheint es, allein nicht mehr gut hin: „Innerhalb des sich durch Digitalisierung verdichtenden Arbeitsalltags, mit erhöhtem Aufkommen an individualisierten E-Mail-Anfragen, arbeite ich deutlich entgrenzter – was soll ich liegenlassen? Ich kann mich nicht schützen, außer ich melde mich krank. Aber das kann ich mit meinem Gewissen nicht vereinbaren“, so ein Kollege³⁵ im Gespräch. Private Care-Aufgaben und der Mangel an Möglichkeiten für einen ergonomisch ausgestatteten Arbeitsplatz im Privathaushalt belasten, wie weiter oben diskutiert, die pandemisch-langzeitliche Homeoffice-Situation zusätzlich. Allerdings wird in den seltensten Fällen jemand direkt zur Mehrarbeit angewiesen worden sein. Vielmehr ergibt sie sich aus der Arbeit selbst, die erledigt sein will und für die man ja bezahlt wird. Hierbei handelt es sich um ein typisches Merkmal entgrenzt-subjektivierter Arbeit (vgl. Pongratz/Voss 2000). Es fragt sich, ob die nicht intendierten Neben- und Folgewirkungen in der Universität wirklich hingenommen werden müssen oder nicht vielmehr eine soziale, gemeinsame Verantwortung konstatiert werden kann, im Sinne der Gesundheit aller Beschäftigten und im Sinne eines sozial nachhaltigen Handelns tätig zu werden? Diese Frage wäre einerseits an die Fachbereiche (Dekane, Arbeitsgruppenleitungen) und andererseits an die Universitätsleitung zu richten, denn die/der Einzelne sieht, wie im Zitat aufgezeigt, nur die Möglichkeit, sich krank zu melden, also die Arbeit niederzulegen. Dies aber wird kaum ein*e Wissenschaftler*in guten Gewissens tun.

Die Public Health Experten Schmidt & Schmidt-Semisch schreiben im ipp-info des Instituts für Public Health und Pflegeforschung der Universität Bremen im Herbst 2020 (S. 2):

„Gesundheitsdiskurse verhandeln den Grenzverlauf zwischen ‚gesund‘ und ‚ungesund‘. [...] Dieser Aspekt von Gesundheit [...] verweist darauf, dass Gesundheit an Macht gebunden ist: Welche Gesundheitsthemen auf der politischen Agenda stehen, wessen Gesundheitsvorstellungen dominieren und welche Maßnahmen ergriffen werden, entscheidet sich an den Machtverhältnissen, also daran, welchen Akteuren es gelingt, ihre Themen (machtvoll) öffentlich zu platzieren.“

Die Kolleg*innen verweisen in ihrem Text darauf, dass Fragen der Arbeitsbedingungen und der Gesunderhaltung in der Arbeit stets verknüpft sind mit Fragen der Macht. An der Universität Bremen bspw. treten Vertreter*innen der Universitätsleitung in den Dialog mit den Anspruchsgruppen, u. a. im Videomeeting-Format „Das Rektorat im Gespräch“ unter Teilnahme von Beschäftigten und Studierenden. Dabei wurde auf meine Frage, wie Mittelbaukolleg*innen

³⁵ Anonymisiert, Gespräch am 21.05.2021 (16:30h).

angesichts der strukturell angelegten Problemlage Unterstützung im Sinne struktureller Antworten aus dem Hause erhalten könnten, nicht reagiert. Müsste man sich nicht angesprochen fühlen, gemeinsam nach Lösungen zu suchen? Handelt es sich um Verständnislosigkeit, um Hilflosigkeit, um mangelnde Einfühlung³⁶? Da Beamte im Krisenfall gehalten sind, ihren Dienst aufrecht zu erhalten, diese universitären Kolleg*innen jedoch häufig auch jene sind, die über einen Mitarbeiterstab verfügen, also delegieren können, gehen sie ggf. von der eigenen Situation aus? Wenn Lehre Sache der Fachbereiche ist, verspüren Mitglieder des Managements vielleicht keinen Handlungsdruck? Entsprechend sagte einer der Gesprächspartner: „Darauf haben wir keine Antwort.“ Ja. Abhängig Beschäftigte sind auf eine gesunderhaltende Gestaltung von Arbeitsbedingungen maßgeblich auf ihre*n Arbeitgeber*in angewiesen. Hier die Augen zu verschließen, was die strukturellen Veränderungen von Arbeitsbedingungen mittelfristig mit sich bringen und auch ganz konkret für Beschäftigte bedeuten, wäre sinnvoll. Entsprechend könnte sich die Universitätsleitung bspw. gegenüber Wissenschaftsbehörde und Bürgerschaft für ein Aussetzen restriktiver Rahmenbedingungen einsetzen, die unter Pandemiebedingungen Strangulierungspotenzial entfalten: bspw. wäre m. E. ein Aussetzen der Lehrverpflichtungs- und Lehnachweisverordnung LVNV zu erwägen gewesen. Die *psychische* Gesundheit Beschäftigter, neben SARS-CoV-2, stand *nicht* auf der politischen Agenda, eine Problematik passte nicht zu den Gesundheitsvorstellungen der Leitung (Akademiker*innen sind privilegiert und ihr Homeoffice ist natürlich gut ausgestattet sowie ruhig), ergriffene Maßnahmen waren fokussiert auf das Pandemiegeschehen. Das ist verständlich, griff jedoch zu kurz. Im Kontext von Arbeit stellt die *Arbeitszufriedenheit* einen wesentlichen Gradmesser der Arbeitsforschung dar, um abzuschätzen, wie gut es um die gesunderhaltenden Ressourcen Beschäftigter bestellt ist. Gespräche erweckten seinerzeit den Eindruck, dass die Stimmung Lehrender im akademischen Mittelbau zum Sommersemester 2021 oft gedrückt bis nahezu verzweifelt war. Ein weiterer Aspekt, an dem sich bemisst, *wann Belastung zu Überlastung wird*, stellt die unmittelbar erfahrbare *soziale Unterstützung* dar, vor allem durch direkte Vorgesetzte, aber auch kollegial und im Hause insgesamt³⁷. In der Pandemie an der Universität zu arbeiten, bedarf einer klaren Wahrnehmung von Solidarität. Übermäßige Belastungen müssen ernst genommen und wo es geht auch gelöst werden. Ein „gut und weiter so“ reichte nach über einem Jahr der Mehrbelastung nicht mehr aus.

Wie wurde und wird über deutliche *zeitliche und aufgabenbezogene Mehrbelastungen* gesprochen, mittels derer der akademische Mittelbau als größte Beschäftigtengruppe etwa eineinhalb Jahr auffing, was die Pandemie der Universität antrug? *Nicht* darüber zu sprechen mutet fragwürdig an, passt jedoch in die ohnehin tendenziell *entgrenzende Arbeitskultur* des Wissenschaftsbetriebs. Unter entgrenzten Arbeitsbedingungen wird es typischerweise schwieriger, „Nein“ zu sagen und das eigene Aufgabenpensum auf einem in der Arbeitszeit bewältigbaren Level zu halten. Die Arbeitssuchtforscherin Meißner führt dazu aus (mit Verweis auf Pongratz/Voß 2003: 22-23; Pickhaus 2001: 12):

³⁶ Eine mangelnde Einfühlung von Leitungspersonen ist in der psychologischen Arbeitsforschung sehr gut beforscht (Machtrollen verändern das psychische Erleben gravierend); verwiesen sei hierzu auf Van Kleef/ Lange (2020) sowie auf eine aktuelle Zusammenfassung entsprechender Befunde in Meyerhuber 2021, Kapitel 11 Macht und Einfluss, S. 409-419.

³⁷ Zur Bedeutung sozialer Unterstützung durch direkte Vorgesetzte für die Gesunderhaltung in der Arbeit und wann Belastung in Überlastung wird, vgl. Klemens/ Wieland/ Krajewski 2004.

„Die Kontrolle wird direkt auf die Mitarbeiter übertragen, indem durch gruppenspezifische Prozesse entsprechender Druck von Kollegen auf Kollegen ausgeübt wird, die nicht den erwarteten Arbeitseinsatz bzw. die erwartete Arbeitsleistung erbringen. [...] Das Management steuert indirekt durch die strategische Vorgabe von Leistungsbedingungen und -zielen und überträgt ihre bisherige Führungsaufgabe der Arbeitssteuerung in wesentlichen Teilen auf die Arbeitnehmer, denen somit auch die Eigenverantwortung obliegt. [...] Dies verlangt von ihnen, steigende Flexibilität und Ausdehnung der Arbeitszeit weit über die normale Arbeitszeit hinaus, hohe Leistungsbereitschaft sowie häufig weitest gehende Verfügbarkeit für die Unternehmen, damit sie sicherstellen, dass ihre Fähigkeiten gebraucht und effektiv genutzt werden. Damit einhergehende, einschneidende Veränderungen im Privatleben, welches sich verstärkt auf die Arbeit ausrichtet, werden von den Arbeitnehmern toleriert“ (Meißner 2005: 61).

Meißner nennt diese Form der Führung auch „Management of Emotions“ (2005: 61), da in diesem Arbeitsstil aus psychologischer Perspektive nicht nur die fachliche Rationalität, sondern auch die innerliche Gestimmtheit von Mitarbeitenden an die Aufgabenerfüllung gebunden wird. Durch die Verinnerlichung bzw. Identifizierung wird zugleich das Über-Ich für die Leistungserfüllung in Anschlag gebracht. Dann, so die Autorin (2005: 62), „[...] wird das schlechte Gewissen instrumentalisiert, in dem der Druck erhöht wird“, bspw. durch langsame Erhöhung von Zielvorgaben, Personaleinsparung bei gleicher Aufgabenlast, knappe Ressourcenzumessung und Zurücknahme von Ressourcen und Gratifikationen bei Misserfolgen. „Das Neue [...] besteht darin, dass die Beschäftigten dies aus eigenem Willen exekutieren und mit einem Denken verbinden, welches vollständig von der unternehmerischen Logik bestimmt wird“, führt die Autorin (2005: 62) dazu seinerzeit aus. Der Exkurs erklärt, wie es dazu kommen kann, dass von Akademiker*innen ganz selbstverständlich im Homeoffice erhebliche Mehrarbeit bewältigt wird bis an und über persönliche Grenzen hinaus.

Da die Pandemie nicht übermorgen vorbei sein dürfte, benötigt die Universität m. E. auch weiterhin ein „strukturell antwortendes“ Konzept. Hierzu wäre wohl ein „Ausnahmestandard“ auch mit der Wissenschaftsbehörde sowie Politik im Bundesland einvernehmlich zugrunde zu legen, anstatt sich weiter unbeirrt im bestehenden Rechtsrahmen zu bewegen und dabei zu verschleifen. Denn bricht der Mittelbau zusammen, so bricht die universitäre Lehre zusammen.

Rechte vs. solidarische Akte

Unter strukturelle Gewalt fallen laut Galtung (1975) alle Formen von Diskriminierung, bspw. *eingeschränkte Lebenschancen* und die Behinderung emanzipatorischer Bestrebungen sowie eine *ungleiche Verteilung von Chancen und Ressourcen*, um sich im Kontext seiner Arbeit gesunderhaltend zu verhalten. In diesem Zusammenhang registrierte in 2020 eine Gruppe von Kolleg*innen im Mittelbau mit Befremden einen Passus in der Novelle des Bremischen Hochschulgesetzes 2019, welcher im Lichte der pandemiegetriebenen Digitalisierung der Lehre ungleiche Entlastungschancen thematisiert und so in einem geschmäckerischen Licht gelesen wurde:

„Der Rektor oder die Rektorin [...] kann [...] Hochschullehrern und Hochschullehrerinnen auf ihren Antrag für begrenzte Zeit ausschließlich oder überwiegend Aufgaben der Forschung oder künstlerischen Entwicklung [...] oder die Entwicklung digitaler Studien- und Prüfungsformate übertragen, wenn in dem Fachbereich das Lehrangebot und die Wahrnehmung der sonstigen Dienstaufgaben im Rahmen der vorhandenen Haushaltsmittel gewährleistet sind. Für die Dauer

der Aufgabenübertragung kann die Lehrverpflichtung abweichend von der Lehrverpflichtungs- und Lehrnachweisverordnung geregelt werden“ (BremHG § 16 (5)³⁸).

Verstanden wurde dies mit großem Unmut so, dass speziell Professor*innen Deputatsreduktionen zur Entwicklung digitaler Studien- und Prüfungsformate beantragen können und dafür von ihrer originären Lehre befreit werden könnten. Ihre Lehraufgaben würden im Fachbereich auf andere Schultern verteilt, vermutet wurden hier v. a. Mittelbau-Schultern.

In einer Stellungnahme für eine Anhörung im Wissenschaftsausschuss der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) zum Thema Digitale Lehre hatte auch der Personalrat der Universität Bremen den Passus scharf kritisiert und ließ die Abgeordneten wissen:

„[...] Für viele Universitätsangehörige ist nicht nachvollziehbar, dass bei der letzten Änderung des Bremischen Hochschulgesetzes eine Lehrreduktion für die Entwicklung digitaler Studien- oder Prüfungsmodule ausschließlich für Hochschullehrer*innen vorgesehen wurde (BremHG § 16 Abs. 5) und nicht vergleichbar für andere Personengruppen mit Lehraufgaben (wie z.B. Lektor*innen, Lehrkräfte für besondere Aufgaben, Wissenschaftliche Mitarbeiter*innen). Eine Entscheidung über mögliche Entlastungen sollte aufgabenkritisch erfolgen – und nicht abhängig von der jeweiligen Statusgruppe. Solch eine strukturelle Ungleichbehandlung stößt bei intensiv in der Lehre engagierten Kolleg*innen nicht berücksichtigter Statusgruppen auf massiven Unmut und keinerlei Verständnis. [...].“

Was in 2019 von der Politik wohl als ein Anreiz für Hochschullehrer*innen gedacht war, sich mit Möglichkeiten einer stärkeren Digitalisierung ihrer Lehre zu befassen (Strukturentwicklungsmaßnahme), hielt also im hochschulinternen Diskurs des pandemiegetriebenen Digitalisierungsbooms seit Sommersemester 2020 eine aufgeladen-problematische Note. Es fragte sich, ob Professor*innen den Passus der BremHG-Novelle 2019 in Anspruch nähmen. Exemplarisch sei von einer konkreten Situation berichtet: In einem der Fachbereichsräte wurde hierzu sehr emotional diskutiert sowie daraufhin im Sinne einer Solidaritätsnote ein Beschluss gefasst, welchem zufolge sich Professor*innen des Fachbereichs solidarisch mit ihren Mittelbaukolleg*innen erklären, indem sie schriftlich versicherten, die im BremHG genannten Privilegien bis auf weiteres *nicht* in Anspruch zu nehmen. Hierin drückte sich womöglich ein wahrgenommenes systemisches Schuldgefühl darum aus, wie belastet akademische Mitarbeiter*innen mit hohem Lehrdeputat – hier vor allem Universitäts-Lektor*innen – durch die pandemische Digitalisierung faktisch waren. Professor*innen erkannten, dass sie es sich nicht würden erlauben könnten, eine Auszeit zu nehmen für eine Aufgabe, die Mittelbaukolleg*innen ohne Unterbau, mit der höchsten Lehrverpflichtung und im laufenden Betrieb zu bewältigen haben. Auch aus der Universitätsleitung war zu vernehmen, dass der Rektor, welcher über Deputatsreduktionen von Professor*innen entscheidet, zu diesem Zeitpunkt einem solchen Antrag keinesfalls zustimmen würde.

Dieses Beispiel ist interessant, weil sich strukturelle Gewalt u. a. in universitären Strukturen durch konkret gelebte Werte, Normen, Machtverhältnisse, Diskurse und Institutionen ausdrückt. Der gefühlte Ethikkompass im Hause reagierte auf den Passus der BremHG-Novelle von 2019 im Sinne einer Distanzierung vom professoralen Privileg, welches unter anderen

³⁸ Bremisches Hochschul-Gesetz §16(5) siehe: https://www.transparenz.bremen.de/metainformationen/bremisches-hochschulgesetz-in-der-fassung-vom-9-mai-2007-102974?asl=bremen203_tpgesetz.c.55340.de&temp-late=20_gp_ifg_meta_detail_d.

Bedingungen problemlos hätte in Anspruch genommen werden können, nicht jedoch im Anlitz einer erkannten Mehrbelastung durch Digitalisierung bei laufendem Lehrbetrieb, gerade auch für Mittelbaubeschäftigte mit hohem Lehrdeputat. Ihnen gegenüber wäre eine Inanspruchnahme der Deputatsreduktion als unsolidarisch – ja unanständig – empfunden worden. Das Beispiel illustriert nur eine Episode aus einem Fachbereich, und eine schriftliche Erklärung heilt akute Belastungen nicht, aber sie bedeutet zumindest eine formelle *Anerkennung* der Belastungssituation und stellte insofern einen wichtigen *symbolischen Akt* dar.

Ausblick

Der akademische Mittelbau bildet keine Minderheit, er stellt vielmehr unter den akademischen Beschäftigten der Universität die größte Beschäftigtengruppe. Allerdings spiegelt sich dies nicht in den Machtverhältnissen und er ist, will er nicht in den expliziten Widerstand (Streik) eintreten, auf das Wohlwollen vorgesetzter Personen (Professor*innen, Dekan*innen) sowie Vertreter*innen der Universitätsleitung als Dienstherrin angewiesen. Die bestehende kooperative Diskurskultur der Universität Bremen müsste dazu noch mehr auch auf die internen Prozesse angelegt werden.

Dem Wissenschaftsbetrieb ist generell eine gewisse Entgrenzung der Arbeit inhärent, nicht nur in Deutschland. Es kann deshalb als fraglich gelten, ob das System die Bedürfnisse der dort arbeitenden Menschen, ihre Gesundheit und Wohlbefinden, angemessen zu berücksichtigen erlaubt. Man könnte konstatieren, dass der entgrenzten und oft prekären Arbeitskultur generell strukturelle Gewalt innewohnt. Denn es wird überwiegend stillschweigend erwartet, dass die Arbeit erledigt und nicht auf die Stunden geschaut wird. Darum werden akademische Mitarbeiter*innen bisher von offizielle Arbeitszeitregelungen ausgenommen; sie genießen nicht jenen Schutz, welcher Beschäftigten in der Verwaltung selbstverständlich ist. Allerdings könnte sich das ändern, wenn ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom 14. Mai 2019 (EuGH C-55/18) irgendwann in deutsches Recht übersetzt würde und dann womöglich auch an deutschen Universitäten zum Tragen kommt. Thomas Skowronek, der sich mit der Bedeutung des Urteils für das Wissenschaftssystem auseinandersetzt, fasst hierzu zusammen:

„Unbezahlte Überstunden stellen eine gerechte und effektive Steuerung organisatorischer Abläufe in Frage. Die sich darin äußernden Machtverhältnisse betreffen nicht nur die Wirtschaft, sondern auf spezifische Weise auch die Wissenschaft. Ausgehend vom Urteil des EuGH C-55/18 vom 14. Mai 2019 zur Arbeitszeiterfassung fragt der Artikel nach dessen Auslegungsmöglichkeiten und etwaigen Auswirkungen auf ein arbeitsrechtlich kontrovers aufgeladenes Terrain. Die *arbeitsrechtliche Ausnahmestellung der Professorinnen als ein wesentliches Merkmal des deutschen Wissenschaftssystems kollidiert nämlich mit den Grundrechtsansprüchen befristeter Mitarbeiterinnen*. Inwiefern eine dem EuGH-Urteil entsprechende Beachtung der Grundrechte möglichst aller Beteiligten Erfolg haben kann, hängt aber nicht nur von der Dynamisierbarkeit etablierter Machtstrukturen einzelner Personengruppen ab. Sie ist maßgeblich auch an die Frage gekoppelt, inwiefern sich habitualisierte Karrieremuster einer leistungsorientierten Forschungs- und Publikationspraxis in der Breite des Wissenschaftssystems verändern lassen können“ (Skowronek 2002: o. S.).

Ob es gelingen wird, dem Geist des EuGH-Urteils für die Umsetzung eines arbeitszeitbegrenzenden Arbeitsschutzes auch an Universitäten der Zukunft Geltung zu verschaffen? Im Lichte der fortschreitenden Digitalisierung und auf Basis eines nun eineinhalb Jahre währenden,

pandemieinduzierten „Feldversuchs“ wäre es den Kolleg*innen im akademischen Mittelbau an Universitäten womöglich zu wünschen. Ihnen allein die Verantwortung zur Eindämmung entgrenzenden Arbeitens zuzusprechen, verkennt die strukturelle Gewalt, die diesen als unsichtbarer Motor hinterlegt ist. Schon ernsthafte Diskurse dazu könnten das *sozial nachhaltige Handeln* im Sinne der abhängig beschäftigten, akademischen Mitarbeiter*innen unterstützen. Es besteht ein Anspruch auf zwischenmenschlich-soziale Anteilnahme als Ausgangspunkt des gemeinsamen Nachsterns für *humane Arbeitsbedingungen* auch an Universitäten. Die Pandemie hat gezeigt, dass die Digitalisierung eine weitere Entgrenzung der Arbeit beschleunigen wird und die Unsichtbarkeit im langzeitlichen Homeoffice die Situation individuell nicht besser handhabbar macht, sondern Tendenzen der Arbeits- (und Computer)sucht inkl. digitalem Stress verstärkt. Es besteht ein Recht auf *strukturelle Unterstützung* zur Wahrung menschlicher Bedürfnisse in der Arbeit. Es besteht ein Recht auf Widerstand, wo eine Befriedigung menschlicher Bedürfnisse über einen längeren Zeitraum nicht realisierbar bleibt. Und es besteht ein Recht auf gesunderhaltende Unterstützung vorgesetzter Personen sowie die Fürsorge der Dienstherr*in.

Was „strukturelle Maßnahmen der Unterstützung“ in Abwendung von struktureller Gewalt weiter – auch unter den noch weiter bestehenden Pandemiebedingungen – konkret bedeuten kann und sollte, mit diesen Fragen werden sich universitäre Akteur*innen in Zukunft vermehrt auseinandersetzen müssen. Die hier dargelegten Themen sind exemplarisch (unvollständig) und sie emergieren in praxi situativ und verwoben. Sie hier linear aufzugliedern hat bedeutet, sie künstlich zu trennen. Dass objektive Bedingungen von Arbeit für Menschen psycho- und sozialdynamische Realitäten hervorbringen, welche sie zu verarbeiten haben (vgl. Meyerhuber 2009), ist nicht trivial – die Digitalsemester haben Beschäftigte mehr gekostet, als sichtbar ist. In ihrer Gänze und Folgeschwere für das Individuum waren und sind stark belastende Effekte nicht intendiert – sie wurden bislang aber in Kauf genommen.

Literatur

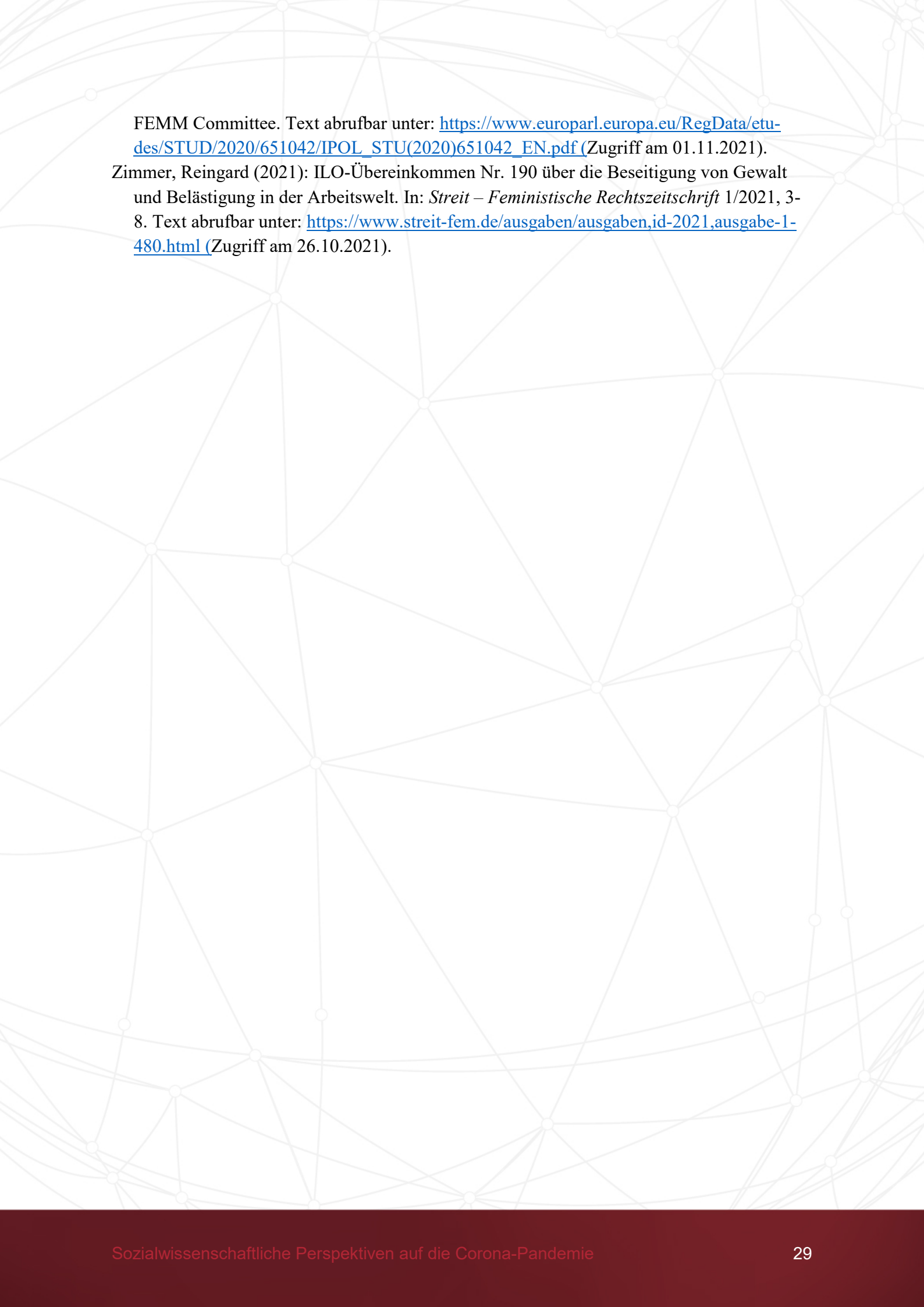
- Ayyagari, Ramakrishna/Grover, Varun/Purvis, Russel (2011): Technostress. Technological Antecedents and Implications. In: *MIS Quarterly*, 35(4), 831-858.
- Badura, Bernhard/Ducki, Antje/Schröder, Helmut/Klose, Joachim/Macco, Katrin (Hrsg.) (2011): Fehlzeiten-Report 2011 – Führung und Gesundheit. Berlin, Heidelberg: Springer.
- Bockstahler, Milena/Jurecic, Mitja/Rief, Stefan. (2020): Working from home experience. An empirical study from the user perspective during the Corona pandemic. Bauer, Wilhelm/Riedel, Oliver/Weisbecker, Anette (Hrsg.). Stuttgart: Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation. Text abrufbar unter: http://publica.fraunhofer.de/e-prints/urn_nbn_de_0011-n-6055969.pdf (Zugriff am 17.12.2020).
- Bremisches Hochschulgesetz (Fassung 2021): BremHG §16(5). https://www.transparenz.bremen.de/metainformationen/bremisches-hochschulgesetz-in-der-fassung-vom-9-mai-2007-102974?asl=bremen203_tpgesetz.c.55340.de&template=20_gp_ifg_meta_detail_d (Zugriff am 01.11.2021).
- Bruggemann, Agnes/Groskurt, Peter/Ulich, Eberhard (1975): Arbeitszufriedenheit. Bern: Hans Huber Verlag.

- Buchmüller, Sandra/Bath, Corinna/Henze, Roman (2018): To whom does the driver's seat belong in the future? A case of negotiation between gender studies and automotive engineering. GenderIT, May 14-15, 2018. Heilbronn, 165-174. Text abrufbar unter: https://publikationsserver.tu-braunschweig.de/servlets/MCRFileNodeServlet/dbbs_derivate_00045351/Buchmueller-Drivers_seat.pdf (Zugriff am 01.11.2021).
- Bultmann, Torsten (Hrsg.) (2008): Prekarisierung der Wissenschaft. Berlin: Karl Dietz Verlag.
- Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (2021): Arbeitsmedizinische Empfehlungen. Text abrufbar unter: <https://www.baua.de/DE/Aufgaben/Geschaeftsfuehrung-von-Ausschuessen/AfAMed/AME.html> (Zugriff am 01.11.2021).
- Bundeskonzferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen e.V. (2021): Standpunkte für eine gendergerechte Hochschule. Text abrufbar unter: <https://bukof.de/wp-content/uploads/2021-bukof-Standpunkte-fuer-eine-geschlechtergerechte-Hochschulpolitik.pdf> (Zugriff am 25.10.2021).
- Bundeskriminalamt (2021): Auswirkungen von COVID-19 auf die Kriminalitätsslage in Deutschland 2020. Text abrufbar unter: <https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/CovidAuswirkungen/covidAuswirkungen.html> (Zugriff am 01.11.2021).
- Bundesministeriums des Inneren, Bau und Heimat (2021): Dritter periodischer Sicherheitsbericht. 05.11.2021. Text abrufbar unter: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2021/11/3-periodischer-sicherheitsbericht.pdf?__blob=publicationFile&v=6 (Zugriff am 01.11.2021).
- Bundesministerium für Justiz und für Verbraucherschutz, Bundesamt für Justiz (2021): Arbeitsschutzgesetz. Text abrufbar unter: <https://www.gesetze-im-internet.de/arbschg/> (Zugriff am 01.11.2021).
- Bundesministerium für Justiz und für Verbraucherschutz, Bundesamt für Justiz (2021): Verordnung über Arbeitsstätten (Arbeitsstättenverordnung ArbStättV). Text abrufbar unter: https://www.gesetze-im-internet.de/arbst_ttv_2004/BJNR217910004.html (Zugriff am 01.11.2021).
- DIN EN ISO 10075-1:2018-01 (2018): Ergonomische Grundlagen bezüglich psychischer Arbeitsbelastung - Teil_1: Allgemeine Aspekte und Konzepte und Begriffe (ISO_10075-1:2017); Deutsche Fassung EN_ISO_10075-1:2017. Berlin: Beuth Verlag GmbH, DOI: 10.31030/2654667. Text abrufbar unter: <https://doi.org/10.31030/2654667>.
- Echterhoff, Mechthild (2011): Blickpunkt Führungskräfte. Führungskräfte tragen Verantwortung – auch für die Gesundheit der Beschäftigten!? Eine empirische Untersuchung zur Selbsteinschätzung von Führungskräften hinsichtlich ihrer gesundheitsrelevanten Einflussmöglichkeiten im Betrieb. In: Badura, Bernhard/Ducki, Antje/Schröder, Helmut/Klose, Joachim/Macco, Katrin(Hrsg.), Fehlzeitenreport 2011: Führung und Gesundheit. Berlin: Springer Verlag, 89-96.
- Eriksen, Thomas Hylland/Bal, Ellen/Salemink, Oscar (2010): World of Insecurity: Anthropological Perspectives on Human Security. London & New York: Pluto Press.
- Europäischer Gerichtshof (2019): Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) 14.Mai 2019 in der Rechtssache C-55/18: Sozialpolitik– Schutz der Sicherheit und der Gesundheit der Arbeitnehmer – Arbeitszeitgestaltung– Art. 31 Abs. 2 der Charta der Grundrechte der

- Europäischen Union – Richtlinie 2003/88/EG – Art. 3 und 5 – Tägliche und wöchentliche Ruhezeit – Art. 6 – Wöchentliche Höchstarbeitszeit – Richtlinie 89/391/EWG – Sicherheit und Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer bei der Arbeit – Verpflichtung zur Einrichtung eines Systems, mit dem die von einem jeden Arbeitnehmer geleistete tägliche Arbeitszeit gemessen werden kann. Text abrufbar unter: <https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=214043&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1> (Zugriff am 01.11.2021).
- Galluch, Pamela S./Grover, Varun/Thatcher, Jason B. (2015): Interrupting the Workplace: Examining Stressors in an Information Technology Context. In: *Journal of the Association for Information Systems*, 16 (1).
- Galtung, Johan (1971): Violence, Peace and Peace Research / Gewalt, Frieden und Friedensforschung. In: Dieter Senghaas (Hrsg.), *Kritische Friedensforschung*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 168.
- Galtung, Johan (1975): Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Gimpel, Henner/Berger, Michelle/Regal, Christian/Urbach, Nils/Kreilos, Mathias/Becker, Julia/Derra, Nicholas D. (2020): Belastungsfaktoren der digitalen Arbeit: Eine beispielhafte Darstellung der Faktoren, die digitalen Stress hervorrufen. Augsburg: FIT. Text abrufbar unter: <https://www.fim-rc.de/Paperbibliothek/Veroeffentlicht/1091/wi-1091.pdf> (Zugriff am 01.11.2021).
- Hummel, Diana/Stieß, Immanuel/Sauer, Arn (2020): Technikfolgenabschätzung und Geschlecht: Bestandsaufnahme und Identifizierung von Diskursschnittstellen mit besonderem Fokus auf Digitalisierung. Expertise für den Dritten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. Frankfurt a. M., Berlin: Institut für sozial-ökologische Forschung.
- Institut für Innovation und Technik u. a. (2021): Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2021 WBV. Text abrufbar unter: <https://www.buwin.de/> (Zugriff am 25.10.2021).
- Jahoda, Marie (1983): Die sozialpsychologische Bedeutung von Arbeit und Arbeitslosigkeit. In: Jahoda, Marie/Kieselbach, Thomas/Lauthäuser, Thomas(Hrsg.), *Arbeit, Arbeitslosigkeit und Persönlichkeitsentwicklung. Bremer Beiträge zur Psychologie (Reihe A: Psychologische Forschungsberichte) Nr. 23*. Bremen: Universität Bremen, 1-8.
- Klemens, Stefan/Wieland, Rainer/Krajewski, Jarek (2004): Fähigkeits- und führungsbezogene Risikofaktoren in der IT-Branche. In: Gesellschaft für Arbeitswissenschaft (Hrsg.), *Dokumentation des 50. Arbeitswissenschaftlichen Kongresses im März 2004 in Zürich*. Dortmund: GfA-Press, 295-300.
- Lipinsky, A./Farneti, A./Pantelmann, H. (2019): Schwerpunktthema: Gender-based violence in academia – from practical interventions to research and back. In: *CEWSjournal* Nr. 120 vom 29.10.2019: 31-36. Text abrufbar unter: <https://www.gesis.org/fileadmin/cews/www/CEWSjournal/CEWS-journal120.pdf> (Zugriff am 25.10.2021).
- Meißner, Ulrike Emma (2005): Die „Droge Arbeit“. Unternehmen als „Dealer“ und als Risikoträger. *Personalwirtschaftliche Risiken der Arbeitssucht*. Frankfurt a. M.: Peter Lang.
- Meyerhuber, Sylke (Hrsg.)(2021): Sozial nachhaltiges Handeln in der Online-Kommunikation und -kooperation? Langzeitliches Homeoffice – Konfliktpotenziale und Lösungsansätze in digitalen Gruppen sowie für deren Leitung. *artec-paper 228*. Bremen: Universität

- Bremen. Text abrufbar unter: https://www.uni-bremen.de/fileadmin/user_upload/sites/artec/Publikationen/artec_Paper/228_paper.pdf (Zugriff am 26.10.2021)
- Meyerhuber, Sylke (2012): Soziale Nachhaltigkeit im Spannungsfeld postmoderner Arbeit. Systemische Zusammenhänge von Entgrenzung, Arbeitssucht, Burnout und Mobbing sowie Vertrauen, Verantwortung und Achtsamkeit in Organisationen. In: Molter, Hayo/Schindler, Rose/Schlippe, Arist von (Hrsg.), Vom Gegenwind zum Aufwind. Der Aufbruch des systemischen Gedankens. Göttingen: Vanderhoeck & Ruprecht, 86-155.
- Meyerhuber, Sylke (2009): Das dynamische Paradigma der Arbeits- und Organisationspsychologie und analytische Konsequenzen. In: Leithäuser, Thomas/Meyerhuber, Sylke/Schottmayer, Michael(Hrsg.), Sozialpsychologisches Organisationsverstehen. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 95-115.
- Oetting, Manfred (2008): Stress und Stressbewältigung am Arbeitsplatz. In: Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen e. V. (Hrsg.), Psychische Gesundheit am Arbeitsplatz in Deutschland. Reihe Psychologie Gesellschaft Politik. Berlin: BDP, 55-71.
- Paul, Karsten I./Batinic, Bernard (2010): The need for work: Jahoda's manifest and latent functions of employment in a representative sample of the German population. In: *Journal of Organizational Behavior*, 31 (1), 45-64. Text abrufbar unter: https://www.researchgate.net/publication/229915902_The_need_for_work_Jahoda%27s_latent_functions_of_employment_in_a_representative_sample_of_the_German_population (Zugriff am 18.01.2021).
- Pickhaus, Klaus (2001): Das Phänomen des „Arbeitens ohne Ende“. Arbeitsverhältnisse im „flexiblen Kapitalismus“ und gewerkschaftliche Arbeitspolitik. In: Pickhaus, Klaus/Schmittthener, Horst/Urban, Hans-Jürgen (Hrsg.), Arbeiten ohne Ende. Neue Arbeitsverhältnisse und gewerkschaftliche Arbeitspolitik. Hamburg: VSA-Verlag.
- Pongratz, Hans J./Voß, G. Günter (2000): Vom Arbeitnehmer zum Arbeitskraftunternehmer – Zur Entgrenzung der Ware Arbeitskraft. In: Minssen, Heiner (Hrsg.), Begrenzte Entgrenzung. Wandlungen von Organisation und Arbeit. Berlin: Edition Sigma, 225-247.
- Pongratz, Hans J./Voß, G. Günter (2003): Arbeitskraftunternehmer. Erwerbsorientierung in entgrenzten Arbeitsformen. Berlin: Edition Sigma.
- Ragu-Nathan, T. S./Tarafdar, Monideepa/Ragu-Nathan, Bhanu S./Tu, Qiang (2008). The Consequences of Technostress for End Users in Organizations. Conceptual Development and Empirical Validation. *Information Systems Research*, 19 (4), 417-433, DOI: 10.1287/isre.1070.0165. Text abrufbar unter: <https://doi.org/10.1287/isre.1070.0165>.
- Robinson, Bryan E. (2007). *Chained to the desk*. New York: University Press.
- Sander, Alena/Grauer, Claire (2020): Forschen und Schreiben in der Krise. Blog 20.08.2020 auf der Website der Friedrich-Ebert-Stiftung. Text abrufbar unter:<https://www.fes.de/themenportal-gender-jugend-senioren/gender-matters/gender-blog/beitrag-lesen/forschen-und-schreiben-in-der-krise> (Zugriff am 26.10.2021)
- Scheller, Melanie (2015): Die politische Erzeugung von Prekariat im akademischen Mittelbau. Zentrum für ökonomische und soziologische Studien (ZÖSS). Text abrufbar unter: <https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/59772/ssoar-2015-scheller->

- [Die politische Erzeugung von Prekarität.pdf?sequence=1&isAllowed=y&lnkname=ssoar-2015-scheller-Die politische Erzeugung von Prekarität.pdf](#) (Zugriff am 25.10.2021).
- Schmidt, Bettina/Schmidt-Semisch, Henning (2020): Gesundheitsdiskurse und Public Health. In: *IPP-Info*, 15 (17), Bremen: Institut für Public Health und Pflegeforschung (IPP), 2-3.
- Schütz, Hannah-Sophie/Pantelmann, Heike/Wälty, Tanja/Lawrenz, Nina. (2021): Der universitäre Umgang mit sexualisierter Diskriminierung und Gewalt. Eine Bestandsaufnahme. *Open Gender Journal*, 5. DOI: 10.17169/ogj.2021.120. Text abrufbar unter: <https://doi.org/10.17169/ogj.2021.120>.
- Selenko, Eva/Batinic, Bernard/Paul, Karsten I. (2011): Does latent deprivation lead to psychological distress? Investigating Jahoda's model in a four-wave study. In: *Journal of Occupational and Organizational Psychology*, 84 (4), 723-740. Text abrufbar unter: https://www.researchgate.net/publication/230114088_Does_latent_deprivation_lead_to_psychological_distress_Investigating_Jahoda%27s_model_in_a_four-wave_study (Zugriff am 18.01.2021).
- Seligman, Martin E. P. (1975): Helplessness. On Depression, Development and Death. San Francisco: Freeman and Comp.
- Sumner, William Graham (1906): Folkways. A Study of the Sociological Importance of Usages, Manners, Customs, Mores, and Morals. Michigan: University of Michigan. Text abrufbar unter: <https://archive.org/details/folkwaysstudyofs00sumnuoft/page/n7/mode/2up?view=theater> (Zugriff am 25.10.2021).
- Suphan, Anne (2021): Veränderte Arbeitsbedingungen von Wissenschaftler*innen in Zeiten der Corona-Pandemie – Ergebnispräsentation. Universität Hohenheim: Lehrstuhl Soziologie. Text abrufbar unter: https://soziologie.uni-hohenheim.de/fileadmin/einrichtungen/soziologie/Download/Download_Studien/Ergebnispra_sentation_Vera_nderungen_Coronapandemie.pdf (Zugriff am 26.10.2021).
- UN-Women (2021): Corona: Eine Krise der Frauen. Text abrufbar unter: <https://www.unwomen.de/aktuelles/corona-eine-krise-der-frauen.html> (Zugriff am 25.10.2021).
- Van Kleef, Gerben A./Lange, Jens (2020): How hierarchy shapes our emotional lives: effects of power and status on emotional experience, expression, and responsiveness. In: *Current Opinion in Psychology* 2020, 33: 148-153. Text abrufbar unter: https://www.researchgate.net/publication/334471193_How_Hierarchy_Shapes_Our_Emotional_Lives_Effects_of_Power_and_Status_on_Emotional_Experience_Expression_and_Responsiveness (Zugriff am 01.11.2021).
- Weltgesundheitsorganisation (1986): Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung. Text abrufbar unter: https://www.euro.who.int/_data/assets/pdf_file/0006/129534/Ottawa_Charter_G.pdf?ua=1 (Zugriff am 18.01.2021).
- Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages (2009): Medien- und Computerspiel-sucht, Ausarbeitung WD9-3000-37/2009. Text abrufbar unter: <https://www.bundestag.de/blob/411990/c6c797252393bfb4b64b16048cd99338/wd-9-037-09-pdf-data.pdf> (Zugriff am 26.02.2021).
- Zacharia, Zacharias C./Hovardas, Tasos/Xenofontos, Nikoletta/Pavlou, Ivoni/Irakleous, Maria (2020): Education and Employment of Women in Science, Technology and the Digital Economy, Including AI and Its Influence on Gender Equality: Study Requested by the



FEMM Committee. Text abrufbar unter: [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2020/651042/IPOL_STU\(2020\)651042_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2020/651042/IPOL_STU(2020)651042_EN.pdf) (Zugriff am 01.11.2021).

Zimmer, Reingard (2021): ILO-Übereinkommen Nr. 190 über die Beseitigung von Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt. In: *Streit – Feministische Rechtszeitschrift* 1/2021, 3-8. Text abrufbar unter: <https://www.streit-fem.de/ausgaben/ausgaben,id-2021,ausgabe-1-480.html> (Zugriff am 26.10.2021).

2. Studierende und Rentner*innen mit einer Nebentätigkeit in der Corona-Pandemie

Laura Starke und Marie-Denise Peronne

Einleitung

Seit nun mehr als einem Jahr ist die Corona-Pandemie Auslöser für weitreichende gesellschaftliche Einschränkungen. Personen aller Altersklassen sind in jeglicher Art und Weise von den Maßnahmen betroffen. Über Kindertagesstätten- und Schulschließungen bis hin zu der Insolvenz von einzelnen Betrieben und den daraus resultierenden Verlusten der Erwerbsarbeit. Jede Situation ist verschieden und jedes Wohlbefinden ist anders.

Bereits vor der Corona-Pandemie waren es vermehrt Studierende und Rentner*innen, die neben dem Studium und der Rente einer Nebentätigkeit nachgegangen sind. Aufgrund der Maßnahmen war es vielen von ihnen jedoch nicht mehr möglich, diese weiter auszuüben. Da ein gesellschaftlicher Vergleich einer Gruppe von Studierenden und einer Gruppe von Rentner*innen selten dem öffentlichen Diskurs unterliegt, soll sich diese Kurzarbeit eben diesen annehmen. Unter der Fragestellung: „Inwiefern sind Studierende und Rentner*innen mit einer Nebentätigkeit von der Corona-Pandemie betroffen?“, soll systematisch herausgearbeitet werden, inwiefern die einzelnen Gruppen Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Bereichen des persönlichen Wohlbefindens und der Nebentätigkeit aufweisen. Dafür wurden jeweils zwei Studierende und zwei Rentner*innen anhand eines leitfadengestützten Interviews zu ihrer aktuellen Situation befragt und die Erkenntnisse anschließend ausgewertet.

An dieser Stelle wird darauf hingewiesen, dass diese Arbeit im Zuge eines Lehrforschungsprojektes entstanden ist. In diesem Rahmen liegt der Fokus auf der ersten empirischen Bearbeitung einer eigenen Fragestellung, die nicht den Anspruch der Vollständigkeit hat.

Der Verlauf dieser Kurzarbeit beginnt mit einer Erläuterung der Methode. Darunter wird das Konzept und die Erhebungsmethode vorgestellt sowie das Sampling und der Feldzugang verdeutlicht. Ferner wird die Auswertungsmethode schrittweise dargestellt. Anschließend werden die Ergebnisse präsentiert. Dabei wird das Kapitel separiert in die Gruppe der Studierenden, der Rentner*innen und einen Vergleich beider Gruppen. Abgeschlossen wird diese Arbeit mit einem Resümee, welches sowohl die wichtigsten Ergebnisse zusammenfasst sowie einen Ausblick über weitere Perspektiven geben wird.

Methode

Erhebungsmethode

Das Erkenntnisinteresse, wie ergeht es Studierenden und Rentner*innen mit einer Nebentätigkeit in der Corona-Pandemie, zielt auf die persönliche Wahrnehmung. Was ist für diese beiden Gruppen in dieser Situation wichtig? Dafür eignet sich ein qualitatives Vorgehen. Grund dafür ist, dass qualitative Verfahren den Einzelfall interpretieren, was auf zwei Ebenen stattfindet: „auf der Ebene des Einzelfalls und auf der Ebene der Generalisierung“ (Oswald 2010: 187).

Dabei liegt der Fokus auf der „Entdeckung neuer Zusammenhänge“ und es geht keine Theorie voraus, sodass daher Teile der Grounded Theory berücksichtigt sind (Oswald 2010: 193).

Qualitative Interviews bieten noch andere Möglichkeiten. Ein wesentlicher Aspekt ist das „Prinzip der Offenheit“ (Hopf 1995: 180). Dadurch sind die Fragen möglichst offen gestellt und die Interviewperson kann in ihrer Erzählung eigene Schwerpunkte setzen. Deshalb ist die Fragestellung „Inwiefern sind Studierende und Rentner*innen mit einer Nebentätigkeit von der Corona-Pandemie betroffen“ bewusst offen formuliert. Um die Situation der Studierenden und Rentner*innen möglichst genau zu erfragen und die Nebentätigkeit nicht zu vernachlässigen, wird ein Leitfadenterview mit einer narrativen Einstiegsfrage geführt.

Wie wird der Leitfaden entwickelt? Auch wenn ein leitfadengestütztes Interview vorgesehen ist, wird auf eine Eigenschaft von narrativen Interviews zurückgegriffen. „Das Instrument besteht hier aus der vorab formulierten Erzählaufforderung für den Hauptteil des Interviews“ (Helfferich 2011:178). Diese Erzählaufforderung wird in dem leitfadengestützten Interview die narrative Einstiegsfrage bilden. Sie zielt auf die eigene Schwerpunktsetzung der Interviewperson, die im Verlauf des Interviews berücksichtigt wird. Dadurch soll das oben genannte Prinzip der Offenheit und die Entdeckung neuer Zusammenhänge beachtet werden.

Ein Vorteil von Leitfadenterviews ist, dass sie Offenheit zu lassen und gleichzeitig können Interviewende in der Gesprächssituation Themen strukturiert einbringen (Helfferich 2011: 179). In dem Interview kann somit ein Schwerpunkt auf die Nebentätigkeit gesetzt werden.

Bei der Entwicklung des Leitfadens werden verschiedene Anforderungen berücksichtigt. Neben der schon angesprochenen Offenheit, sollte der Leitfaden zudem nicht zu viele Fragen beinhalten und ein roter Faden erkennbar sein, damit das Gespräch nicht sprunghaft wird (Helfferich 2011: 180). Des Weiteren ist zu beachten, dass die spontane Erzählung Priorität hat, auch wenn etwas angesprochen wird, was im Leitfaden nicht berücksichtigt wurde (Helfferich 2011: 180). Dafür dient unter anderem das Instrument der narrativen Einstiegsfrage.

Für die Umsetzung dieser Anforderungen wird bei der Erstellung des Leitfadens nach dem SPSS Prinzip vorgegangen, das heißt im ersten Schritt werden Fragen gesammelt, dann werden die Fragen nach Vorwissen und Offenheit geprüft (Helfferich 2011: 182). Als nächstes erfolgt das Sortieren von Fragen und abschließend das Subsumieren dieser (Helfferich 2011: 182). Die entwickelten Fragen sind einzelnen Themenblöcken untergeordnet. Das Ergebnis des Subsumierens sind die Themenblöcke, die aus ausformulierten Fragen und Stichpunkten für mögliche Nachfragen oder Präzisierungen bestehen. Oberpunkte sind Studium/Rente, Nebentätigkeit, Auswirkung Corona-Pandemie, Finanzieller Aspekt, Unterstützung, persönliches Wohlergehen und abschließend der Ausblick bezüglich Wünsche und Zukunft.

Das Erkenntnisinteresse wird dabei im Leitfaden beziehungsweise in den einzelnen Themenblöcken deutlich. Das Interview beginnt mit der narrativen Einstiegsfrage: „Seit Beginn des letzten Jahres ist die Corona-Pandemie in Deutschland präsent. Erzählen Sie bitte, wie es Ihnen seitdem ergeht.“ Beendet die Interviewperson ihre Anfangserzählung, knüpft die interviewende Person an die gesagten Inhalte an und berücksichtigt dabei die Themenblöcke des Leitfadens, wobei keine vorbestimmte Reihenfolge eingehalten werden muss. Angesprochene Aspekte, die nicht im Leitfaden stehen, werden im Interview aufgegriffen, wodurch das Prinzip der Offenheit beachtet wird. Im Verlauf des Interviews wird über alle Themenblöcke gesprochen. Das Interview-Ende wird mit einem Ausblick eingeleitet, indem die Interviewperson

nach ihren Zukunftswünschen gefragt wird. Abschließend hat die Interviewperson die Möglichkeit, selbst noch etwas anzusprechen oder zu ergänzen.

Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Zeit werden insgesamt vier Personen interviewt, zwei Studierende und zwei Rentner*innen. Sie sollten zum Zeitpunkt des Interviews eine Nebentätigkeit ausüben oder ausgeübt haben. Die Art und der Umfang der Nebentätigkeit ist hier nicht ausschlaggebend. Außerdem ist der Studienanfang der Studierenden vorzugsweise vor Beginn der Corona-Pandemie, damit ein Vergleich von der aktuellen Situation und vor Pandemiebeginn erfolgen kann.

Die Interviewpersonen werden über den Bekannten- und Familienkreis rekrutiert. Die zwei Studierenden sind weiblich, im Alter von 20 und 24 Jahren und befinden sich im sechsten Bachelor- beziehungsweise im zweiten Mastersemester. Die zwei Rentner*innen sind männlich und im Alter von 70 Jahren. Alle vier Interviewpersonen üben oder übten eine Nebentätigkeit aus und entsprechen somit den Anforderungen.

Die Interviews werden per Video-Anruf und via Telefon geführt und über die Diktierfunktion des Smartphones aufgezeichnet (Tonaufzeichnung). Wichtig ist, dass es sich um eine Audioaufzeichnung handelt, da eine Bildaufnahme in diesem Rahmen nicht notwendig ist und dafür das Risiko der Unsicherheit bei der Interviewperson erhöhen könnte.

Auswertungsmethode

Die Audioaufzeichnungen werden im Anschluss an die geführten Interviews transkribiert. Die Transkription ist eine Verschriftlichung von, in diesem Fall, Tondokumenten und bereits eine Interpretation der Daten (Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014: 164). Ziel einer Transkription ist die Nachvollziehbarkeit des gesprochenen Interviews und deren Ergebnisse (Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014: 166). Je nach Forschungszusammenhang muss entschieden werden, wie genau transkribiert werden soll, beziehungsweise was von Relevanz ist (Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014: 165-166). Die geführten Interviews werden in Anlehnung an das Transkriptionssystem TiQ (Talk in Qualitative Social Research) transkribiert, da es leicht umzusetzen und anzupassen ist (Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014: 167). Es werden Sprechpausen, Wortabbrüche, Dehnungen von Lauten, unverständliche Äußerungen und Lachen berücksichtigt. Zudem werden die Interviewpersonen sowie genannte Orte, Personen und Jahreszahlen anonymisiert.

Die Transkripte werden anschließend codiert. Dafür werden zwei Interpretationsansätze, die „konsequente Idiographik“ und die „Quasi-Nomothetik“, berücksichtigt (Flick 1995: 163). Im ersten Schritt wird der Einzelfall betrachtet (konsequente Idiographik), das heißt jedes Transkript wird unabhängig von den anderen Transkripten codiert. Die Interpretation einer Textstelle erfolgt ohne Bezug auf spätere Aussagen (Flick 1995: 164). Anschließend werden die Codes kategorisiert. Einerseits dienen die Themenblöcke aus dem Leitfaden als Kategorien. Andererseits lassen sich einige Codes nicht zuordnen, wodurch neue Sub-Kategorien entstehen. Im zweiten Schritt werden die Einzelfälle innerhalb einer Gruppe verglichen (Quasi-Nomothetik). Das heißt sowohl die Transkripte der Studierenden als auch die Transkripte der Rentner*innen werden gegenübergestellt. Hierfür werden zunächst die einzelnen Codes berücksichtigt und im Anschluss die (Sub-)Kategorien, um mögliche neue Aspekte einbeziehen zu können. Im dritten Schritt erfolgt ein Vergleich der beiden Gruppen miteinander, wobei dann ausschließlich auf die entwickelten (Sub-) Kategorien der beiden Gruppen zurückgegriffen wird.

Ergebnisse

Die im Folgenden präsentierten Ergebnisse sind wichtige Erkenntnisse der Vergleiche der befragten Studierenden und Rentner*innen. Zunächst werden die Antworten der Studierenden untereinander verglichen und Ergebnisse zusammengefasst, anschließend die Antworten der Rentner*innen. Im letzten Schritt werden jeweils die erfassten Ergebnisse der Studierenden sowie die erfassten Ergebnisse der Rentner*innen gegenübergestellt, um so auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu schließen. Dieses Vorgehen wird in den nachfolgenden Unterkapiteln deutlich. Die Ergebnisse werden zudem in Kategorien eingeteilt. Diese belaufen sich auf die Aspekte zur Auswirkung der Corona-Pandemie sowie zur Nebentätigkeit. Zusätzlich werden Erkenntnisse zum Studium bei den Studierenden aufgegriffen. Anhand dieser Kategorisierung unterliegt der Vergleich einem simpleren Zugang der Ergebnisse beider Gruppen und lässt sich punktuell verdeutlichen. Dennoch wird erkennbar, dass die einzelnen Kategorien der Befragung Überschneidungen aufweisen und eine klare Abgrenzung der Themenblöcke nicht im vollen Ausmaß umsetzbar ist. Des Weiteren sollte vermerkt werden, dass die Studierenden und Rentner*innen im Nachfolgenden Stud. I, Stud. II, Rent III und Rent IV genannt werden.

Studierende

Bei der anfänglichen Befragung zum Studium wird bereits eine differenzierte Wahrnehmung bezüglich der Online-Lehre erkennbar. Stud. I verdeutlicht, dass sie keine großen Unterschiede zum Präsenzunterricht empfindet, während Stud. II einen Zeitverlust aufgrund technischer Schwierigkeiten vermerkt. Bezogen auf den Wegfall der Nebentätigkeit betonen jedoch beide Studierenden, dass sie mehr Zeit für ihr Studium haben und äußern sich dem gegenüber positiv. Der Themenblock zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie birgt ebenfalls Gemeinsamkeiten und Unterschiede. Stud. I betrachtet den Alltag im Lockdown als „kleine“ Umstellung und schlussfolgert „so viel mehr hat sich dann tatsächlich nicht geändert“ (Stud. I: Interview 1). Stud. II hingegen erzählt von einer Abnahme der gewohnten Tagesstruktur, die jedoch in mehr Zeit für neue (kreative) Sachen endet. Dennoch berichten beide Studierende von Höhen und Tiefen bezüglich ihres persönlichen Wohlergehens während der Corona-Pandemie und den damit verbundenen Maßnahmen sowie Lockdowns.

Die Nebentätigkeit spielt für beide Studierenden in dem Sinne eine wichtige Rolle, da sie sich mit diesem verdienten Geld die Freizeitaktivitäten finanzieren. Jedoch betonen beide, dass sie die Nebentätigkeit nicht zwingend benötigen. Ein differenzierter Aspekt wird durch die Priorisierung von Studium und Nebentätigkeit erkennbar. Während Stud. I ihr Studium als ihren Hauptberuf ansieht und sich ihre Nebentätigkeit so einteilen kann, dass sie nur arbeitet, wenn es das Studium zeitlich zulässt, betrachtet Stud. II die Hochschule und die Nebentätigkeit als gleichrangig und zieht die Nebentätigkeit bei zeitlicher Überschneidung vor. Dies betont sie durch die Aussage „dann muss ich halt ein bisschen früher gehen“ (Stud. II: Interview 3). Gemeint ist damit, dass sie den Unterricht früher verlässt, um pünktlich bei der Arbeit zu sein.

Die einzelnen Themenblöcke verdeutlichen sowohl Überschneidungen als auch Unterschiede beider Studierenden. Bei der Auswertung fällt auf, dass beide Studierenden unterstreichen, dass sie aus finanziellen Gründen nicht arbeiten müssen und beide dankbar für die vermehrte Zeit des Studiums nach dem Wegfall der Nebentätigkeit sind. Da der Widerspruch dessen mit der

von den Studierenden betonten Wichtigkeit einer Nebentätigkeit erst in der Analyse deutlich wird, ist im Interview nicht näher darauf eingegangen worden.

*Rentner*innen*

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie wird von beiden Rentner*innen jeweils verdeutlicht dargestellt. Dabei muss vorweg erläutert werden, dass aufgrund der Schließungen beide Rentner*innen nicht mehr vollständig ihre Nebentätigkeit nachgehen können und somit unter der Woche mehr Zeit zur Verfügung haben. „Man hat viel mehr Zeit, aber man gewöhnt sich dran“ (Rent. III: Interview 2), erklärte Rent. III bei der Frage nach den persönlichen Veränderungen seit der Corona-Pandemie. Sowohl Rent. III als auch Rent. IV nutzen diese Zeit jedoch für Garten- und Hausarbeiten sowie körperliche Aktivitäten wie Fahrradfahren und Spaziergehen. Zudem sprechen beide Rentner*innen die (eigene) Impfung an und verweisen auf die Risiken der Corona-Pandemie. Als größte Belastung wird von beiden Rentner*innen das Fehlen der sozialen Kontakte und das Miteinander angesprochen. Rent. IV verdeutlicht das folgendermaßen:

„Was vielleicht jetzt ähm abhandengekommen ist, ist äh die ja diese innere Umarmung die man mal früher so hatte, die äh ist dann nicht mehr, man sagt guten Tag, hallo, weit weg. Das ist dann schade und das wird auch nicht so schnell wiederkommen“ (Rent. III: Interview 4).

Letztlich ist von beiden Rentner*innen der größte Wunsch die Rückkehr zur Normalität und das Ende der Corona-Pandemie.

Bei der Befragung zur Nebentätigkeit werden bei beiden Rentner*innen Parallelen zu früherer Erwerbsarbeiten deutlich. Zudem betonen beide, dass sie während der Corona-Pandemie regelmäßig „üben“ müssen, um ihre Nebentätigkeit zu ihrer Zufriedenheit nachgehen zu können: „[...] man kann zwar ein bisschen lernen, aber man gerät aus der Übung, man muss tatsächlich praktisch machen [...]“ (Rent. III: Interview 2); „Jaja und naja der Arbeitgeber war daran interessiert das wir dann rettungsfähig bleiben [...] Das ist für uns wichtig und für mich ja ich muss ja was tun dafür, ich bin ja nicht mehr der Jüngste [...]“ (Rent. IV: Interview 4). Bezogen auf die Nebentätigkeit betonen beide Rentner*innen, dass der finanzielle Aspekt nicht im Vordergrund für eine Nebentätigkeit steht.

Bezogen auf die Rentner*innen ist es besonders auffällig, dass es nahezu keine Unterschiede bezüglich der einzelnen Themenblöcke gibt und sich viele Äußerungen ähneln.

*Studierende und Rentner*innen im Vergleich*

Ein Vergleich der Aussagen der Studierenden und der Rentner*innen lässt auf folgende Gemeinsamkeiten sowie Unterschiede schließen. Betrachtet man die Ergebnisse der Auswirkungen der Corona-Pandemie, betonen beide Gruppen, dass sie aufgrund des Lockdowns und der Schließungen der Betriebe mehr Zeit zur Verfügung haben. Diese Zeit nutzen beide Gruppen jedoch differenziert. Während die Studierenden die Zeit in das Studium investieren, nutzen die Rentner*innen diese Zeit für Arbeiten im eigenen Haus. Als weiterer Unterschied wird deutlich, dass die Studierenden keine Risikobewertung der Corona-Pandemie und Maßnahmen vornehmen sowie die Impfungen nicht betonen, wohingegen beide Rentner*innen diesen Themenbereich aufgreifen. Da nicht explizit danach gefragt wird, wird geschlussfolgert, dass dieses Thema für die Rentner*innen von größerer Bedeutung und Wichtigkeit ist, als für die

Studierenden. Des Weiteren fokussieren sich die Rentner*innen verstärkt auf das Fehlen von sozialen Kontakten und gehen nicht näher auf das eigene persönliche Wohlergehen ein, wohingegen die Studierenden sich weniger auf die sozialen Kontakte beschränken und den Pandemieverlauf als wechselhaft bezüglich des persönlichen Wohlergehens beschreiben. Was jedoch gemein ist, ist der Wunsch nach Rückkehr zur Normalität und nach dem Ende der Pandemie. Bis auf Stud. I wird dieser Wunsch von jeder Interviewperson angesprochen. Ein weiterer wichtiger Vergleich bezieht sich auf die Nebentätigkeit. Beide Gruppen betonen, dass sie die Nebentätigkeit, beziehungsweise das resultierende Geld aus der Nebentätigkeit nicht zwingend benötigen. Im selben Zuge erläutern sie jedoch auch die Ausgaben des Geldes für Freizeitaktivitäten.

Resultierend wird erkennbar, dass es sowohl Übereinstimmungen als auch Unterschiede beider Gruppen gibt. Dennoch ist ein Vergleich schwierig, da sich in der Auswertung verschiedene Sub-Kategorien in den jeweiligen Gruppen bilden. Folglich ändert sich die Schwerpunktsetzung der Oberkategorie, da die beiden Gruppen die Themenblöcke nach unterschiedlichen Prioritäten beantworten. Das wird bei den Auswirkungen der Corona-Pandemie deutlich, indem die Studierenden die Corona-Pandemie vor dem Hintergrund ihres Studiums erläutern, während die Rentner*innen insbesondere auf die Risiken und die sozialen Kontakte eingehen.

Resümee

Im Hinblick auf das Erkenntnisinteresse verdeutlichen die Ergebnisse, dass die Studierenden und die Rentner*innen die Corona-Pandemie auf unterschiedlichen Ebenen wahrnehmen. Während die Studierenden die Corona-Pandemie unter dem Gesichtspunkt des Studiums betrachten, verweisen die Rentner*innen insbesondere auf die Maßnahmen und die Risiken. Hinsichtlich der Nebentätigkeit befinden sich die beiden Gruppen jedoch in einer ähnlichen Situation, sodass diese Betrachtung auf einer Ebene erfolgt. Aufgrund des Wegfalls einer Nebentätigkeit bei allen Interviewpersonen wird die Zeit bei den Studierenden für das Studium und bei den Rentner*innen für Haus- und Gartenarbeit genutzt.

Die Ergebnisse basieren auf Methoden qualitativer Verfahren. Vor dem Hintergrund des Prinzips der Offenheit und der Entdeckung neuer Zusammenhänge wird einerseits der Einzelfall betrachtet und andererseits werden diese generalisiert. Die Interpretation der Daten erfolgt auf Grundlage der Konsequenten Idiographik und der Quasi-Nomothetik.

Jedoch muss deutlich hervorgehoben werden, dass das Sampling für eine Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse zu klein ist. Somit lassen sich die Aussagen nicht auf die Gruppen der Studierenden und Rentner*innen beziehen, es können sich lediglich Überschneidungen ergeben.

Dieses Forschungsprojekt kann ein Ansatz für weitere Perspektiven in dem Bereich der Studierenden und Rentner*innen mit Nebentätigkeit in der Corona-Pandemie darstellen.

Literatur

Flick, Uwe (1995): Interpretation von Daten. In: Flick, Uwe/von Kardorff, Ernst/Keupp, Heiner/von Rosenstiel, Lutz/Wolff, Stephan (Hrsg.), Handbuch Qualitative Sozialforschung, Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen. Weinheim: Beltz/PVU, 163-167.

- Helfferrich, Cornelia (2011): Die Qualität qualitativer Daten. Manual für die Durchführung qualitativer Interviews. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hopf, Christel (1995): Qualitative Interviews in der Sozialforschung. Ein Überblick. In: Flick, Uwe/von Kardorff, Ernst/Keupp, Heiner/von Rosenstiel, Lutz/Wolff, Stephan (Hrsg.), Handbuch Qualitative Sozialforschung. Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen. Weinheim: Beltz/PVU, 177-182.
- Oswald, Hans (2010): Was heißt qualitativ forschen? Warnungen, Fehlerquellen, Möglichkeiten. In: Friebertshäuser, Barbara/Langer, Antje/Prenzel, Annedore (Hrsg.), Handbuch qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft. Weinheim: Juventa, 183-201.
- Przyborski, Aglaja/Wohlrab-Sahr, Monika (2014): Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag.

3. Verlieren die Eltern ihr Vertrauen? Belastungen und Politikvertrauen während der Corona-Pandemie nach Familienkontext

Sonja Bastin und Kai Unzicker

Die Erstveröffentlichung dieses Beitrags erfolgt in: EREV-Fachzeitschrift Evangelische Jugendhilfe, 1/2022.

Krisenpolitik, gesellschaftliches Vertrauen und die Familie

Die Politik hat seit März 2020 durch Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie sowie Instrumente zur Abfederung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Folgen auf kaum gekannte Weise tief in gesellschaftliche Prozesse eingegriffen. Seitdem wird diskutiert, ob dabei die Bedürfnisse aller Bevölkerungsgruppen gleichermaßen berücksichtigt wurden. Diese Frage interessiert aus sozio-ökonomischer Perspektive, aber auch deshalb, weil individuell wahrgenommene Ungleichbehandlungen auf struktureller Ebene zu einem mangelnden Politikvertrauen und mithin zu einer Abnahme des gesellschaftlichen Zusammenhalts führen können (Faus/Storks 2019; Arant et al. 2017: 89). Familien nehmen in dieser Hinsicht eine besondere Rolle ein.

Familien sichern aus Makroperspektive die biologische Reproduktion der Gesellschaft und deren Humanvermögen und stellen eines der wesentlichsten Elemente der Stabilisierung intergenerationaler Solidarität und Unterstützung dar (Huinink/Konietzka 2007). Vertrauensverluste in der Gruppe der Familien könnten sich in einer geringeren Bereitschaft zur Übernahme der genannten Funktionen sowie in einer direkten Vererbung an die nächste Generation äußern. Zudem haben Familien zwar nachweislich besondere Belastungen erfahren, aber die kulturell und institutionell festgeschriebene Individualisierung von Risiken aufgrund von Sorgeverpflichtungen könnte dazu führen, dass diese Belastungen als unvermeidbar und deshalb als gerecht wahrgenommen werden. In diesem Fall fielen sie für eine Politikbewertung nicht ins Gewicht.

Die Fragen, die uns hier bewegen, lauten: Sind bei Eltern von Kindern und Jugendlichen Vertrauensverluste in die Politik im Verlauf der Pandemie zu beobachten? Wie fallen diese im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen aus? Mit Hilfe von Paneldaten des „Radars gesellschaftlicher Zusammenhalt“ der Bertelsmann Stiftung wird diesen Fragen nachgegangen (Brand et al. 2021).

Zwischen Benachteiligung und Rollenkonformität

Die besonderen Belastungen von Familien durch die Pandemie sind mittlerweile vielfach belegt. Bezogen auf Kinder werden individuelle und volkswirtschaftliche Langzeitfolgen von Bildungsverlusten und psychosozialen Risiken aufgrund von Kita- und Schulausfall berichtet (für eine Übersicht siehe Bujard et al. 2021). Stärkere Benachteiligung erfahren Kinder und Jugendliche in besonderen Problemlagen und einkommensschwachen Haushalten (Bujard et

al. 2021: 66-67). Eindrücklich ist auch, dass 2021 über 70 Prozent der Jugendlichen erwarteten, durch die Corona-Pandemie schlechtere Aussichten auf einen Ausbildungsplatz zu haben und sich der Anteil an Jugendlichen mit klinisch relevanten depressiven Symptomatiken bereits nach dem ersten Lockdown mehr als verdoppelt hatte - mehr als jede dritte junge Frau unter 20 weist diese vor (Bujard et al. 2021: 28). Über 40 Prozent der Jugendlichen haben in der Pandemie den Eindruck, dass ihre Sorgen nicht gehört werden (Andresen et al 2021: 15). Einsamkeit und Zukunftssorgen sind ebenfalls in der jüngeren Generation stärker verbreitet (Brand et al. 2021: 20f).

In Bezug auf Eltern wird eine Abnahme von Gesundheit, Wohlbefinden und Lebenschancen beobachtet, unter anderem aufgrund der zusätzlichen Privatisierung von Sorgetätigkeiten im Zuge von Kita- und Schulschließungen. So hatten Eltern nicht nur wegbrechende Infrastrukturangebote aufzufangen, sondern waren (und sind noch immer) auch mit den oben geschilderten Benachteiligungen ihrer Kinder konfrontiert. Da angemessene alternative Unterstützungskonzepte ausblieben, gingen hiermit insgesamt geminderte Kapazitäten für Erwerbsarbeit (Zucco/Lott 2021) und eine Individualisierung der damit verbundenen, auch langfristigen, Folgen einher und/oder ein erhöhtes Risiko für mentale Überlastung (Fuchs-Schündeln/ Stephan 2020; vgl. für eine Übersicht Bujard et al 2021). Unsicherheiten hinsichtlich des Infektionsrisikos an Schulen und Kitas, bei fehlendem bundeseinheitlichem Vorgehen, führten zu einer zusätzlichen Individualisierung der Verantwortung für das Wohl aller Familienmitglieder (vgl. Bujard et al 2021: 45). Mit Ausnahmen zeigen Studien, dass der Erschöpfungsgrad besonders hoch war, wenn beide Elternteile erwerbstätig waren, wenn von zu Hause gearbeitet wurde und/oder mehrere Kinder im Haushalt lebten. Auch ein geringes Einkommen oder Bildungsniveau sind mit einem höheren Belastungslevel assoziiert. Alleinerziehende werden in einigen Studien als besonders betroffen identifiziert (Bujard et al 2021), in anderen nicht (Bujard et al 2021; ; Fuchs-Schündeln/ Stephan 2020, Hiekel/Kühn 2021; Craig/Churchill 2021). Eine Annahme ist, dass für Alleinerziehende häufiger Notbetreuungsplätze zur Verfügung standen (Fuchs-Schündeln/ Stephan 2020.). Wie stark die Auswirkungen der Pandemie auf Kinder wie auf Eltern miteinander verschränkt sind, wird auch daran deutlich, dass im Jahr 2020 ein Höchststand an häuslicher Gewalt und Kindeswohlgefährdung zu verzeichnen war (Statistisches Bundesamt 2021). Auch dies kann als Ausdruck einer gesellschaftlich alleingelassenen, überforderten Elternschaft verstanden werden (Clemens et al. 2021).

Da in unserer Gesellschaft Sorgeverantwortung nach wie vor überwiegend Frauen zugeschrieben wird und diese bereits vor der Pandemie hierdurch wirtschaftlich und/oder psychisch besonders belastet waren (BMFSFJ 2021a), tragen die genannten Dynamiken insbesondere zu einer Prekarisierung von Müttern bei (Kohlrausch/Zucco 2020; Zoch et al. 2020; vgl. Bujard et al. 2021: 61). Hinzu kommt, dass Mütter, auch aufgrund ihrer Sorgeverantwortung, häufig in durch die Pandemiemaßnahmen verstärkt betroffenen Branchen, wie beispielsweise dem Einzelhandel und der Gastronomie sowie in unabgesicherten Arbeitsverhältnissen tätig sind. Schließlich erhöhten häusliche Quarantäne, die Betreuung von kleinen Kindern und bestehende finanzielle Sorgen das Risiko für Frauen während der Pandemie Opfer männlicher, häuslicher Gewalt zu werden (Ebert/Steinert 2020). Die gleichzeitig zunehmende ökonomische und soziale Abhängigkeit vom Partner, wirft ein besonderes Schlaglicht auf Alleinerziehende, deren Situation grundsätzlich als Gradmesser für unabhängige Lebenschancen von Frauen gesehen werden kann. All diese sich über den Lebenslauf hinweg kumulierenden individuellen Folgen

für Mütter gefährden im Aggregat gleichstellungspolitische Errungenschaften der vergangenen Jahrzehnte.

Resümierend kann festgehalten werden, dass die Instrumente zur Abfederung der Corona-Folgen nicht geeignet waren, um Familien vor mehrfachen Belastungen zu schützen. Gruppenvergleiche legen zudem nahe, dass Kinder, Jugendliche, Väter und noch mehr Mütter gar zu den am meisten von den Belastungen der Pandemie betroffenen Bevölkerungsgruppen zählen (Hiekel/Kühn 2021; Hövermann 2021; Kowal et al. 2020; Brand et al. 2021).

Die Forschung zum gesellschaftlichen Zusammenhalt identifiziert auch jenseits der Corona-Pandemie Frauen und insbesondere Alleinerziehende als besonders in ihren Teilhabechancen bedrohte Bevölkerungsgruppen (Dragolov et al 2020: 44). Umgekehrt zeigt sich, dass erfolgreiche Unterstützungsangebote für Familien einen positiven Effekt auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt vor Ort haben (Dragolov et al 2020: 93-94.). Dies legt nahe, dass Belastungen für Familien womöglich zu einer Schwächung des gesellschaftlichen Zusammenhalts beitragen: geringere soziale Vernetzung, größeres Empfinden von Ungerechtigkeit, Enttäuschung und Abkehr von der Politik.

Gleichzeitig gilt in Deutschland familiäre Fürsorgearbeit in besonderem Maße als privat zu bewältigende Aufgabe, die als romantisierte "Arbeit aus Liebe" (Bock/Duden 1977) in ihrem Umfang und ihren Anforderungen abgewertet ist. Wie in anderen Industrienationen wurde dieses Verhältnis insbesondere im Rahmen der Industrialisierung verfestigt, indem Erwerbs- und Sorgearbeit verstärkt getrennt wurde sowie als zu bezahlen und nicht zu bezahlen definiert wurde. Sich daran orientierende Größen wie das Bruttoinlandsprodukt zementieren die Individualisierung und Marginalisierung von Sorgeverantwortung zusätzlich. So wird das Bruttoinlandsprodukt als wirtschaftliche Gesamtrechnung und häufig auch als "Wohlstandsindikator" genutzt und ist damit oft vorrangig bedeutsam für politische Entscheidungen, bei weitgehender gesellschaftlicher Akzeptanz. Da es tatsächlich aber nur Teile der gesellschaftlich geleisteten Arbeit und Produktion abbildet, übt diese Praxis beispielsweise auf die nicht integrierte innerhäusliche Produktion Druck aus. In Krisensituationen umso mehr. Hinzu kommt für Deutschland, dass Regulierungen und soziale Normen sich an vergleichsweise konservativen wohlfahrtsstaatlichen Logiken orientieren. Die Bevölkerung ist in diesem Sinne daran gewöhnt, dass familiäre Unterstützungen gemäß dem Subsidiaritätsprinzip eingefordert werden bevor staatliche Leistungen für Einzelne greifen. Insbesondere in Westdeutschland wirken, im europäischen Vergleich, starke, traditionelle Rollenerwartungen, die die Letztverantwortung für Kinder und Haushalt häufig bei Müttern sehen (Buber-Ennsner/Panova 2014). Schon vor der Pandemie herrschte also ein unausgeglichenes, weitgehend akzeptiertes, Verhältnis zwischen der Last von Personen mit und ohne Kindern (vgl. auch Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen des BMFSFJ 2021: 16) sowie zwischen Müttern und Vätern.

Familien im Verlauf der Pandemie

In Hinblick auf die vermutete Bewertung der Maßnahmen durch Familien ist zudem zu berücksichtigen, dass sowohl das Infektionsgeschehen als auch die politischen Reaktionen und der gesellschaftliche Diskurs einer erheblichen Dynamik unterworfen waren. In den ersten Wochen der Eindämmungsmaßnahmen im März und April 2020 wurde noch wenig über die spezifischen Herausforderungen für Kinder und Familien gesprochen. Vielmehr herrschte eine allgemeine Stimmung des Miteinanders und der Solidarität (Brand et al. 2020). Es standen

direkt messbare wirtschaftliche Folgen sowie die Situation der Arbeitenden in systemrelevanten Bereichen im Fokus - zu denen privat sorgearbeitende Eltern nicht hinzugerechnet wurden (Bastin 2020). Seitdem wurden etliche Instrumente zur Regulierung der Corona-Folgen implementiert und der Blick auch auf entstehende, sichtbar werdende und sich verstärkende soziale Ungleichheiten gerichtet. Es ist anzunehmen, dass auch aus Sicht der Familien im Laufe der Pandemie zuvor verdeckte Ungleichheiten offenkundiger geworden sind. So waren zu Beginn der ersten Lockerungen Biergärten und Möbelhäuser in Teilen Deutschlands eher wieder zugänglich als Schulen und Kitas. Unternehmenshilfen waren schneller verfügbar, effektiver und passgenauer ausgestaltet als Unterstützung für Eltern. Über den Sommer 2020 angekündigte Versprechen einer Priorisierung von Kindern, Kitas und Schulen wurden nicht gehalten. Zudem nahmen ökonomische Belastungen im Verlauf der Krise bis zum Winter zu - besonders Familien stellen diese vor Herausforderungen.

Erhebung zu Demokratievertrauen und Zusammenhalt im Pandemieverlauf

Im Jahr 2020 hat die Bertelsmann Stiftung im Februar und März, noch bevor die ersten einschneidenden Eindämmungsmaßnahmen eingeleitet wurden, über 3.000 Personen telefonisch befragt. Im Mai und Juni wurden 1.000 von diesen sowie im Dezember erneut 611 befragt. Somit liegen für diese letzten 611 Personen Informationen zu drei Messzeitpunkten vor (siehe auch Brand et al 2020; Brand et al 2021). Diese Daten wurden für den vorliegenden Beitrag mit dem Fokus auf Familien erneut ausgewertet. Dabei wurden fünf Befragtengruppen differenziert: (1) Befragte mit Kindern im Alter bis 15 Jahren, (2) jüngere Befragte bis 59 Jahre mit Kindern älter als 15 Jahre, (3) ältere Befragte über 59 Jahre mit Kindern älter als 15 Jahre, (4) jüngere Befragte bis 39 ohne Kinder und (5) ältere Befragte über 39 ohne Kinder (siehe Tabelle 1). Während die erste Erhebung aufgrund von Stichprobenziehung und -umfang repräsentativ für die deutsche Bevölkerung war, gilt dies für die beiden Nacherhebungen nicht mehr. Es können somit keine Aussagen über Verteilungen in der Gesamtbevölkerung getroffen werden, jedoch sind Aussagen über Veränderungen und über Unterschiede zwischen den untersuchten Gruppen durchaus zulässig. Für die Panelbefragung wurde eine entsprechende Gewichtung vorgenommen, die auch den hier präsentierten Ergebnissen zugrunde liegt.

Untersuchungsgruppe	Anteil		davon Frauen
	absolut	in %	in %
1. Kinder bis 15 Jahre (Durchschnittsalter Befragte 43,5 Jahre)	124	20,3 %	64,9 %
2. Kinder über 15 Jahre, Befragte bis 59 Jahre	95	15,5 %	41,8 %
3. Kinder über 15 Jahre, Befragte über 59 Jahre	172	28,1 %	51,3 %
4. Keine Kinder, Befragte bis 39 Jahre	143	23,5 %	47,6 %
5. Keine Kinder, Befragte über 39 Jahre	76	12,4 %	48,2 %

Tabelle 1: Übersicht über die Untersuchungsgruppen, Welle 1 (Februar/März 2020), gewichtet und gerundet, eigene Berechnungen

Die Einteilung in die fünf Gruppen ist so erfolgt, dass sie bestimmte Lebensphasen abbildet und vergleichbar macht. Gruppe 1 stellt die typische Familienphase dar: mittleres Alter mit Kindern, die mutmaßlich im gleichen Haushalt leben. Gruppe 2 ist selbst älter und lebt vermutlich mit jugendlichen Kindern zusammen (leider gibt der Datensatz das konkrete Alter der Kinder nicht her). Die Gruppe 3 hat die Familienphase hinter sich und die Kinder sind wahrscheinlich erwachsen, während Gruppe 4 jünger und kinderlos ist und die Familienphase gegebenenfalls noch vor sich hat. Zahlreiche Befragte aus dieser Gruppe sind Studierende. Gruppe 5 wiederum ist voraussichtlich dauerhaft kinderlos.

Die empfundene Belastung durch die Pandemie

Dass die Corona-Pandemie für Familien belastender ist, zeigt bereits der Blick auf das Ausmaß der empfundenen Sorgen (siehe Tabelle 2). Im Sommer 2020 geben 44 Prozent der Befragten aus Gruppe 1 an, große Zukunftssorgen zu haben. In den anderen Gruppen sind es mit 10 bis 18 Prozent deutlich weniger. Zum Jahresende hin, als sich die Pandemielage wieder verschärft, nehmen in vier von fünf Gruppen die Zukunftssorgen deutlich zu. Mit 59 Prozent liegt die Gruppe 1 der Familien weiterhin vor den anderen, wobei die Gruppe 4, die jüngeren Kinderlosen, jetzt mit 52 Prozent fast aufgeschlossen hat.

Aber nicht nur die Sorge um die eigene Zukunft ist in der Gruppe 1 besonders stark ausgeprägt, sondern ebenso die Sorge um Personen in der eigenen Familie und dem engeren Umfeld: 83 Prozent der Befragten mit Kindern bis 15 Jahren geben im Dezember an, von diesen Sorgen umgetrieben zu werden. Höher liegt nur der Wert der älteren Kinderlosen (88 Prozent). Die drei anderen Gruppen rangieren zwischen 54 und 61 Prozent.

Die befragten Familien (Gruppe 1) sind ebenfalls deutlich stärker der Meinung, dass die Pandemie ihren Lebensstandard einschränkt und sind pessimistischer, was ihre persönlichen Lebensbedingungen in fünf Jahren angeht als die Vergleichsgruppen. Auch insgesamt bewerten sie die sozio-ökonomische Lage in Deutschland negativer als die anderen Gruppen, so stimmen sie der Aussage „Die Corona-Pandemie beschränkt die Chancen der ‚kleinen Leute‘“ im Mittel stärker zu, als die anderen Gruppen. Kurzum: In den Befragungsdaten bestätigen sich die bereits oben skizzierten besonderen Belastungslagen für Familien.

	Gruppe 1	Gruppe 2	Gruppe 3	Gruppe 4	Gruppe 5
	Kinder bis 15 Jahre	Kinder über 15 Jahre, Befragte bis 59 Jahre	Kinder über 15 Jahre, Befragte über 59 Jahre	Keine Kinder, Befragte bis 39 Jahre	Keine Kinder, Befragte über 39 Jahre
Sehr große Sorgen um die eigene Zukunft [0-nicht genannt 1-genannt]					
Mai/Juni 2020	0,44	0,18	0,10	0,25	0,11
Dezember 2020	0,59	0,10	0,26	0,52	0,39
Sorgen um Personen in Familie und Umfeld [0-nicht genannt 1-genannt]					
Mai/Juni 2020	0,74	0,42	0,61	0,71	0,62

Dezember 2020	0,83	0,54	0,63	0,61	0,88
Ich erwarte durch die Corona-Pandemie eine Einschränkung des Lebensstandards [1-stimmt gar nicht 5-stimmt völlig]					
Mai/Juni 2020	3,11	3,12	2,94	2,54	2,49
Dezember 2020	3,70	2,76	2,89	3,38	2,34
Lebensbedingungen in 5 Jahren [1-sehr schlecht 10-sehr gut]					
Mai/Juni 2020	6,85	7,57	6,45	7,3	7,3
Dezember 2020	6,22	7,70	6,54	7,06	7,37
Die Corona-Pandemie beschränkt die Chancen der „kleinen Leute“ [1-stimmt gar nicht 5-stimmt völlig]					
Mai/Juni 2020	3,75	3,23	3,53	3,69	2,88
Dezember 2020	4,14	2,57	3,66	3,61	2,90

Tabelle 2: Belastungen in der Corona-Pandemie je Untersuchungsgruppe (Mittelwerte) im Zeitverlauf, eigene Berechnungen

Politische Einstellungen

Spiegeln sich nun die empfundenen Belastungen von Eltern in ihren politischen Einstellungen wider?

Tabelle 3 zeigt jeweils die Mittelwerte der Antworten in den unterschiedlichen Gruppen zu den verschiedenen Messzeitpunkten. Dabei ist anzumerken, dass nicht alle Fragen zu allen Messzeitpunkten gestellt wurden. Insgesamt zeigen sich auffällige Unterschiede zwischen den fünf Gruppen. Teils verstärken sich Unterschiede im Verlauf, teils entstehen sie erst. So weist die Gruppe 1, mit Kindern bis 15 Jahren, zu Beginn des Jahres keine besonderen Differenzen beim Vertrauen in die Bundesregierung zu den anderen Gruppen auf. Im Sommer, als alle Gruppen einen Anstieg des Vertrauens verzeichnen, fällt dieser in Gruppe 1 jedoch bereits eher schwach aus. Im zweiten Halbjahr sinken bzw. stagnieren die Vertrauenswerte in allen Gruppen. Der Rückgang in der Gruppe 1 ist aber am stärksten, sodass diese am Ende des Jahres das mit Abstand geringste Vertrauen in die Bundesregierung aufweist. Gleichzeitig liegt es noch immer höher als zu Jahresbeginn. Ähnlich ist die Entwicklung vom Sommer bis zum Jahresende im Hinblick auf die Landesregierungen. Im Kontrast dazu, sind die Vertrauenswerte für die lokale Verwaltung über das ganze Jahr hinweg eher stabil oder ansteigend, auch in der Gruppe 1.

Bei der Demokratiezufriedenheit beobachten wir eine Verstärkung bestehender Unterschiede. Eltern mit Kindern bis 15 Jahren gehen bereits mit geringerer Demokratiezufriedenheit als die anderen Gruppen in die Pandemie hinein. Anschließend steigt die Zufriedenheit in allen Gruppen zum Sommer hin und geht unter Eltern zum Jahresende wieder zurück. Während die Demokratiezufriedenheit für Eltern mit Kindern oder Jugendlichen im Haushalt (Gruppen 1 und 2) am stärksten zurückgeht und gar unter das Niveau zu Beginn der Pandemie fällt, steigt sie unter kinderlosen Personen über 40 gar an. Konsistent zu diesen Befunden nimmt die Gruppe 1 größere Einschränkungen der eigenen Rechte durch die Maßnahmen wahr als die anderen Gruppen.

Auch jenseits der konkreten Politik, im Hinblick auf die Bewertung der allgemeinen gesellschaftlichen Situation weichen Familien von den anderen Gruppen ab: Sie sehen am Ende des Jahres eine größere Gefährdung des Zusammenhalts, bewerten den Zusammenhalt vor Ort etwas schlechter und empfinden die Pandemie häufiger als eine Belastung für das Zusammenleben als die anderen Gruppen. Auffällig ist dabei jedoch eine positive Abweichung der Familien: Die innergesellschaftliche Solidarität bewerten sie - ähnlich wie Gruppe 2 und 5 - eher positiv.

	Gruppe 1	Gruppe 2	Gruppe 3	Gruppe 4	Gruppe 5
	Kinder bis 15 Jahre	Kinder über 15, Befragte bis 59 Jahre	Kinder über 15 Jahre, Befragte über 59 Jahre	Keine Kinder, Befragte bis 39 Jahre	Keine Kinder, Befragte über 39 Jahre
Vertrauen in die Bundesregierung [1-überhaupt kein Vertrauen 5-sehr großes Vertrauen]					
Februar/März 2020	2,61	2,39	2,95	2,74	2,77
Mai/Juni 2020	3,22	3,41	3,57	3,28	3,65
Dezember 2020	2,65	3,19	3,25	3,03	3,66
Vertrauen in die Landesregierung [1-überhaupt kein Vertrauen 5-sehr großes Vertrauen]					
Februar/März 2020	3,26	3,42	3,47	3,21	3,53
Welle 3	2,89	3,33	3,19	3,24	3,74
Vertrauen in die Stadt-, Kreis-, Gemeindeverwaltung [1-überhaupt kein Vertrauen 5-sehr großes Vertrauen]					
Februar/März 2020	3,36	2,65	3,42	3,21	3,69
Mai/Juni 2020	3,34	3,08	3,45	3,45	3,61
Dezember 2020	3,36	3,16	3,34	3,34	3,87
Zufrieden mit der Demokratie [1-stimmt gar nicht 5-stimmt völlig]					
Welle 1	3,07	3,63	3,61	3,12	3,73
Mai/Juni 2020	3,29	3,74	3,82	3,46	4,11
Dezember 2020	2,91	3,35	3,67	3,35	4,08
Bürger- und Freiheitsrechte werden eingeschränkt [1-stimmt gar nicht 5-stimmt völlig]					
Mai/Juni 2020	3,46	3,05	2,48	2,43	2,52
Dezember 2020	3,68	3,16	2,40	2,63	2,18

Tabelle 3: Politische Einstellungen je Befragtengruppe (Mittelwerte) im Zeitverlauf, eigene Berechnungen

Abbildung 1 verweist zudem darauf, dass eine Großzahl der Mütter mit Kindern bis 15 Jahren Zukunftssorgen und gleichzeitig Vertrauensverluste aufweisen. Weitaus mehr als jede andere

Gruppe. Trotz der geringen Fallzahlen und der fehlenden Repräsentativität weisen die Ergebnisse hier also auf deutliche Geschlechter-, und Lebensphasenunterschiede hin, die vermutlich mit der Fürsorgeverantwortung für Kinder zusammenhängen.

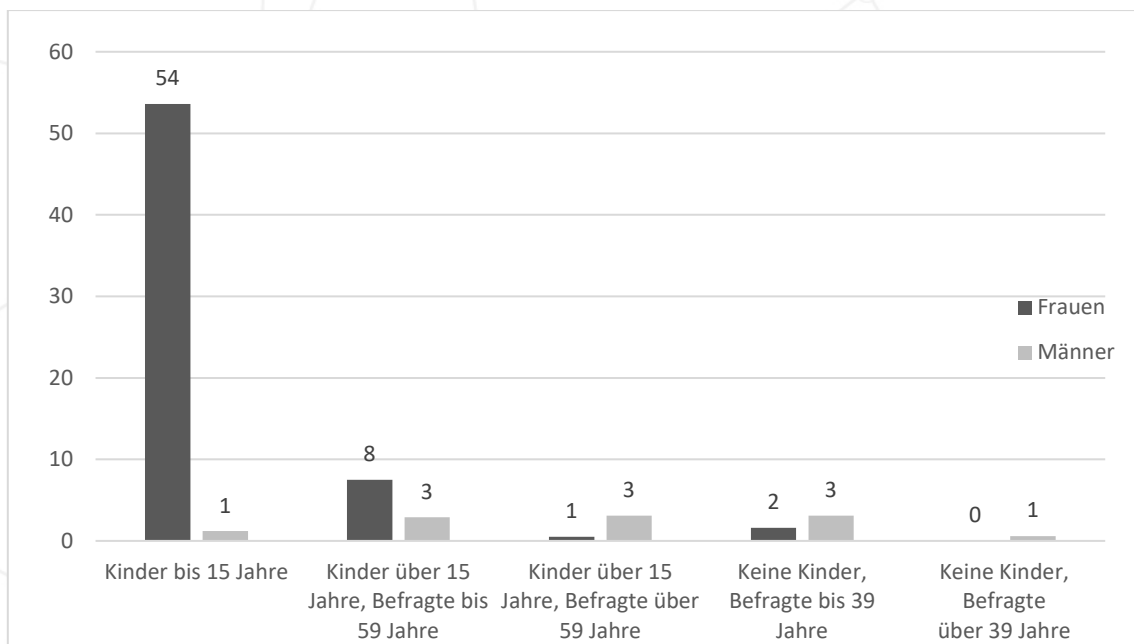


Abbildung 1: Rückgang des Vertrauens in die Bundesregierung zwischen Februar/März und Dezember 2020 und gleichzeitiges bestehen von Zukunftsorgen nach Lebensphase und Geschlecht, in Prozent, gerundet, eigene Berechnungen

Differenzierter Blick auf die Befragten mit Kindern bis 15 Jahre

Differenziert man die Befragten der hier besonders fokussierten Gruppe der Eltern mit Kindern bis 15 Jahre (Gruppe 1), nach weiteren sozio-demographischen Merkmalen, wird sichtbar, dass sie hinsichtlich der Entwicklung ihres Vertrauens in die Bundesregierung auch jenseits der Geschlechtszugehörigkeit eine heterogene Gruppe sind (siehe Abbildung 2).

Wie bereits in Abbildung 1 angedeutet, zeigt sich, dass Mütter deutlich stärker als Väter Vertrauen einbüßen. Zudem sind es insbesondere Paareltern, Eltern mit Einwanderungsgeschichte, niedrigem Bildungsniveau und/oder niedrigem Haushaltseinkommen, die im Dezember 2020 niedrigere Vertrauenswerte in die Bundesregierung aufweisen als noch kurz vor Einführung der Eindämmungsmaßnahmen. Entsprechende Tendenzen lassen sich weitgehend auch für die Gesamtbevölkerung finden (Brand et al. 2021). Die eingangs beschriebenen Verstärker ökonomischer und sozialer Belastungen von Familien spiegeln sich hier im Großen und Ganzen wieder - gleichwohl lassen sich eine Reihe von Faktoren aufgrund der Datenlage nicht näher untersuchen.

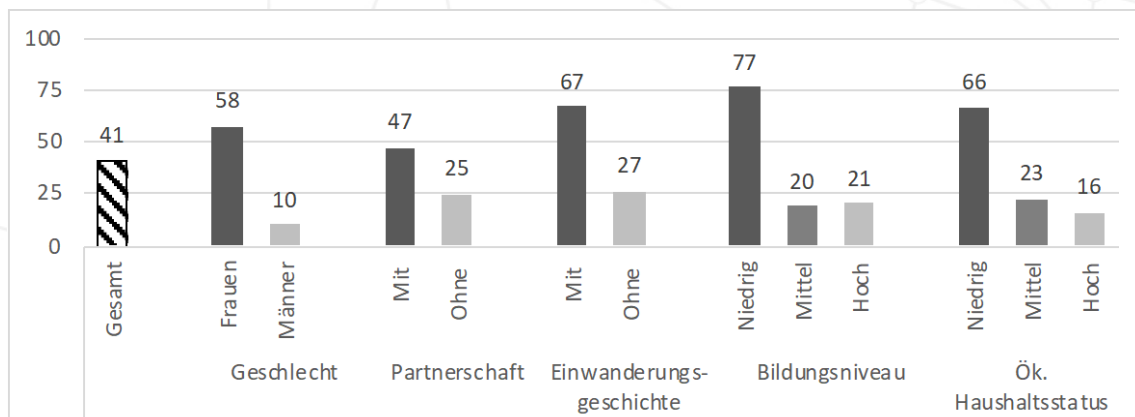


Abbildung 2: Rückgang des Vertrauens in die Bundesregierung von Eltern mit Kindern bis 15 Jahren zwischen Februar/März und Dezember 2020 nach sozio-demographischen Merkmalen, in Prozent, gerundet, eigene Berechnungen

Das elterliche Vertrauen ist angeknackst. Tendenz steigend?

Unsere Analysen unterstützen bisherige Befunde, nach denen Familien in der Corona Pandemie besonders belastet sind. So äußert mehr als die Hälfte der im Dezember 2020 befragten Mütter von Kindern bis 15 Jahren große Sorgen und gleichzeitig ein geringeres Vertrauen in die Bundespolitik als vor Beginn der Eindämmungsmaßnahmen.

Insgesamt zeigt sich, dass Institutionenvertrauen und politische Zufriedenheit während der Sommermonate 2020 in allen Gruppen gewachsen sind und in einigen Gruppen anschließend abnehmen. Gleichzeitig ist hier spätestens zum Winter hin teils eine Ausdehnung von bereits vor der Pandemie bestehender Ungleichheit bzw. teils eine nun entstehende Ungleichheit zwischen Personen mit Kindern und ohne Kinder im Haushalt zu beobachten. Besonders Eltern mit geringerem sozio-ökonomischem Status und/oder mit Einwanderungsgeschichte weisen ein abnehmendes Vertrauen auf. Mit Abstand sind Mütter stärker als Väter von Vertrauensverlusten betroffen und Paareltern stärker als Alleinerziehende.

Dass das abnehmende elterliche Institutionenvertrauen insbesondere auf Mütter zurückzuführen ist, ist mit den eingangs geschilderten theoretischen Überlegungen zur geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung sowie der (strukturell bedingt häufig damit einhergehenden) größeren mütterlichen Vulnerabilität hinsichtlich unabhängiger Lebenschancen zu plausibilisieren. So liegen die familienspezifischen kurz- und langfristigen Belastungen, Auswirkungen und Sorgen noch immer vielfach insbesondere auf den Schultern der Mütter. Die Befunde unterstreichen, dass Familien nicht als homogene Einheiten, sondern als Systeme aus Elementen mit je sehr eigenen Gefährdungspotenzialen zu betrachten sind. Und dass die gesellschaftspolitische Unterstützung der Unabhängigkeit von Müttern weiterhin deutlichen Verbesserungsbedarf zeigt.

Die im Niveau auf den ersten Blick eher geringen Abfälle von Zufriedenheit mit und Vertrauen in Politik und Demokratie unter Eltern sind nach einer Kontextualisierung als durchaus deutlich zu interpretieren: So zeigen sich eindeutige Tendenzen, obwohl es uns aufgrund fehlender Informationen oder geringer Fallzahlen nicht möglich ist, (weitere) besonders gefährdete Familien gesondert zu betrachten. Merkmale wie Wohnungsgröße, Anzahl oder Alter der Kinder, regional geltende Beschränkungen, Zugang zu Notbetreuung oder Unterstützung durch das Umfeld, Arbeitskonstellation des Elternpaares oder Zugehörigkeit zur Risikogruppe eines der

Haushaltsmitglieder konnten in diesem Sinne nicht in die Untersuchung einbezogen werden. Zudem waren die Pandemie sowie damit zusammenhängende Einschränkungen zum dritten Erhebungszeitpunkt, im Dezember 2020, keinesfalls beendet. Gerade Familien erlebten über etliche weitere Monate starke Belastungen aufgrund unzuverlässiger Strukturen und mangelnder Planungssicherheit sowie eine erneut ungenügende Berücksichtigung in der politischen Kommunikation und Entscheidungsfindung. Etwa blieb bei der Festlegung der Impfpriorisierung unberücksichtigt, dass Familien nicht nur eine Vielzahl nicht vermeidbarer Kontakte haben (Mahler 2021), sondern auch eine stärkere Belastung durch die Gesamtsituation oder drohende Quarantänen. Regelungen zu Tests und Lockerungen erhöhten abermals den Infektions- und Eindämmungsdruck auf Kinder und Familien, während die vielfach nachgewiesenen Lasten kaum noch Repräsentanz in den Wahlkampfmonaten im Sommer 2021 fanden. Vor diesem Hintergrund und der oben dargestellten Situation, in der Strukturen eine Kultur geformt haben, die familiäre Belastungen individualisieren und Ungerechtigkeitsempfinden tendenziell damit eher verringert, sind die beobachteten Gruppenunterschiede bis Dezember 2020 als substantiell zu betrachten und es ist nicht auszuschließen, dass sie bis heute gewachsen sind.

Trotz der eingeschränkten Datenlage zeigen unsere Verlaufs- und Gruppenanalysen wie auch unsere theoretischen Überlegungen, dass Eltern, und hier insbesondere Mütter, eine, hinsichtlich des Demokratievertrauens und der politischen Zufriedenheit, herausstechende Gruppe sind, die sensibel auf potenziell vernachlässigende gesellschaftspolitische Dynamiken reagieren. Daraus ergeben sich für uns insbesondere zwei Schlussfolgerungen:

Erstens empfehlen wir gerade auch in familienformbezogenen, international vergleichenden Längsschnitterhebungen Fragen zum Institutionenvertrauen über den Lebenslauf hinweg systematischer nachzugehen. Eine sich anschließende Fragestellung ist zum Beispiel, inwiefern konservative Einstellungen mit geringerem politischen Unmut auf tatsächliche familiäre Lastenvergrößerungen einhergeht. Dies mag zu größerer Akzeptanz und stärkerem gesellschaftlichem Zusammenhalt führen, in der Folge aber auch zu einer Festigung von für Familien, und hier insbesondere für Kinder und Frauen, nachteiligen politischen Entscheidungspraxen. Dies zöge weitere Fragen hinsichtlich der Funktionsfähigkeit bestehender demokratischer Prozesse nach sich.

Zweitens verweisen unsere Befunde auf gesamtgesellschaftliche Implikationen. Familie übernimmt eine Basisfunktion für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die gesellschaftliche Reproduktion als Ganzes. Die zu verzeichnenden Vertrauensverluste in die staatlichen Institutionen innerhalb dieser Gruppe, bergen die Gefahr besonders nachhaltige Effekte zu haben, da Einflüsse darauf wie leistungsfähig Familie den genannten Funktionen nachkommt als auch darauf, welche Einstellungen politischer Legitimität an die nächste Generation weitergegeben werden, denkbar sind. Unsere Befunde unterstreichen die Notwendigkeit einer gesellschaftspolitischen Aufarbeitung des Umgangs mit Eltern und Kindern in der Pandemie. Hierzu zählt auch die Erarbeitung angemessener geschlechtersensibler Anerkennungs- und Entlastungsstrategien - innerhalb wie auch außerhalb von Krisenzeiten. Beispiele für Elemente solcher Strategien sind hier eine tatsächlich priorisiert verlässliche und sichere Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur, Unterstützung durch Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen und flexible, gegen Diskriminierung langfristig abgesicherte Möglichkeiten zur Erwerbsreduktion zur Übernahme von Sorgetätigkeiten bei vollem Lohnausgleich.

Literatur

- Andresen, Sabine/Heyer, Lea/Lips, Anna/Rusack, Tanja/Schröer, Wolfgang/Thomas, Severine/Wilmes, Johanna (2021): Das Leben von jungen Menschen in der Corona-Pandemie. Erfahrungen, Sorgen, Bedarfe. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Arant, Regina/Dragolov, Georgi/Boehnke, Klaus (2017): Sozialer Zusammenhalt in Deutschland 2017. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Bastin, Sonja (2020): Die Systemrelevanz von unbezahlter Elternarbeit. In: Themenportal Gender, Jugend. Friedrich Ebert Stiftung. Blogartikel am 21.04.2020. Text abrufbar unter: <https://www.fes.de/themenportal-gender-jugend-senioren/gender-matters/gender-blog/beitrag-lesen/die-systemrelevanz-von-unbezahlter-elternarbeit> (Zugriff am: 12.10.2021).
- Brand, Thorsten/Follmer, Robert/Unzicker, Kai (2020): Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland 2020. Eine Herausforderung für uns alle. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsstudie. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Brand, Thorsten/Follmer, Robert/Hölscher, Jana/Unzicker, Kai (2021): Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Zeiten der Pandemie. Ergebnisse einer Längsschnittstudie in Deutschland 2020 mit drei Messzeitpunkte. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Bock, Gisela/Duden, Barbara (1977): Arbeit aus Liebe - Liebe als Arbeit : zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus. In: Gruppe Berliner Dozentinnen (Hrsg.), Frauen und Wissenschaft : Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen, Juli 1976, Berlin: Courage Verlag, 118-199.
- Buber-Ennser, Isabella/Panova, Ralina (2014): Attitudes towards Parental Employment across Europe, in Australia and in Japan. Vienna Institute of Demography Working Paper 5/2014, Österreich: VID.
- Bujard, Martin/von den Driesch, Ellen/Ruckdeschel, Kerstin/Laß, Inga/Thönnissen, Carolin/Schumann, Almut/Schneider, Norbert F. (2021): Belastungen von Kindern, Jugendlichen und Eltern in der Corona-Pandemie. Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.
- Bundesministerium für Familien Senioren, Frauen und Jugend (2021a): Kinder, Haushalt, Pflege – wer kümmert sich? Ein Dossier zur gesellschaftlichen Dimension einer privaten Frage. Berlin: BMFSFJ.
- Bundesministerium für Familien Senioren, Frauen und Jugend (2021b): Allein- und getrennt Erziehende fördern und unterstützen. Ort. Text abrufbar unter: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/familie/chancen-und-teilhabe-fuer-familien/alleinerziehende/> (Zugriff am: 12.10.2021).
- Clemens, Vera/Andresen, Sabine/Fegert, Jörg M. (2021): Den Kreislauf der Gewalt durchbrechen. In: Spieß, Katharina C./Deckers, Daniele/Fegert, Jörg M. (Hrsg.), Politikberatung kompakt. Zusammenhalt in Corona-Zeiten: familienwissenschaftliche Perspektiven. Berlin: DIW Berlin, 42-39.

- Craig, Lynn/Churchill, Brendan (2021): Unpaid Work and Care During COVID-19: Subjective Experiences of Same-Sex Couples and Single Mothers in Australia. In: *Gender & Society*, 35(2), 233-243.
- Dragolov, Georgi/Arant, Regina/Boehnke, Klaus/Unzicker, Kai (2020): Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Ebert, Cara/Steinert, Janina (2020): Gewalt an Frauen und Kindern in Deutschland während COVID-19-bedingten Ausgangsbeschränkungen: Zusammenfassung der Ergebnisse. München. Text abrufbar unter: https://www.gesine-intervention.de/wp-content/uploads/Zusammenfassung-der-Studienergebnisse_6_2020.pdf (Zugriff am: 12.10.2021).
- Faus, Rainer/Storks, Simon (2019): Gesundes Misstrauen oder Vertrauenskrise? In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), *Schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien. Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt?*, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, 62-93.
- Fuchs-Schündeln, Nicola/Stephan, Gesine (2020): Bei drei Vierteln der erwerbstätigen Eltern ist die Belastung durch Kinderbetreuung in der Covid-19-Pandemie gestiegen. IAB-Forum am 18.08.2020. Text abrufbar unter: <https://www.iab-forum.de/bei-drei-vierteln-der-erwerbstaetigen-eltern-ist-die-belastung-durch> (Zugriff am: 12.10.2021).
- Hiekel, Nicole/Kühn, Mine (2021): Mental Health Before and During the COVID-19 Pandemic: The Role of Partnership and Parenthood Status in Growing Disparities Between Types of Families. MPIDR Working Paper WP 2021-013, Rostock: MPIDR.
- Huinink, Johannes/Dirk, Konietzka (2007): *Familiensoziologie. Eine Einführung*. Frankfurt/New York: Campus.
- Hövermann, Andreas (2021): Belastungswahrnehmung in der Corona-Pandemie. Erkenntnisse aus vier Wellen der HBS-Erwerbspersonenbefragung 2020/21, WSI Policy Brief, No. 50, Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI).
- Kohlrausch, Bettina/Zucco, Aline (2020): Die Corona-Krise trifft Frauen doppelt: Weniger Erwerbseinkommen und mehr Sorgearbeit, WSI Policy Brief, No. 40, Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI).
- Kowal, Marta/Coll-Martín, Tao/Ikizer, Gözde/Rasmussen, Jesper/Eichel, Kristina/Studzińska, Anna/Koszałkowska, Karolina/Karwoski, Maciej/Najmussaqib, Arooj/Pankowski, Daniel/Lieberoth, Andreas/ Ahmed, Oli (2020): Who is the Most Stressed During the COVID-19 Pandemic? Data from 26 Countries and Areas. In: *Applied psychology Health and well-being*, 12 (4), 946–966.
- Mahler, Michaela (2021): Eltern sind der letzte Rest. In: *magZWEI. Texte über Gesellschaft* am 19. März 2021. Text abrufbar unter: <https://www.magzwei.de/eltern-sind-der-letzte-rest/> (Zugriff am: 12.10.2021).
- Statistisches Bundesamt (2021): Pressemitteilung Nr. 350 vom 21. Juli 2021: 9% mehr Fälle: Jugendämter melden 2020 Hochstand an Kindeswohlgefährdung. Text abrufbar unter: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/07/PD21_350_225.html (Zugriff am: 12.10.2021).
- Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2019): *Familiengerechtigkeit in den Sozialversicherungen. Ein Diskussionsbeitrag*. Essay. Berlin: BMFSFJ.

Zoch, Gundula/Bächmann, Ann-Christin/Vicari, Basha (2020): Care-arrangements and Parental Well-being During the Covid-19 Pandemic in Germany. LifBi Working Paper. 91/2020, Bamberg: Leibniz Institute for Educational Trajectories.

Zucco, Alina/Lott, Yvonne (2021): Stand der Gleichstellung. Ein Jahr mit Corona. WSI Report Nr. 64/03/2021. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.

4. Sturmerprobt in die Pandemie. Erste Eindrücke aus der qualitativen Netzwerkanalyse von Alleinerziehenden in der Corona-Pandemie

Florian König

Einleitung

Die COVID-Pandemie betrifft unser aller Leben, nicht nur individuell, wie die Bedrohung durch die Krankheit selbst oder die sozioökonomischen Folgen der Pandemie, sondern sie betrifft auch unser soziales Netzwerk. Neue Freunde kennenzulernen, den Kontakt zu den vorhandenen zu pflegen oder Verwandte zu besuchen wird in der Pandemie zu einer Frage der Risikokalkulation. Mit diesem Gedanken im Hinterkopf scheint es mir mehr als angemessen, die Auswirkungen der COVID-Pandemie auch durch die Linse der sozialen Netzwerkanalyse zu untersuchen. Zudem haben erste Studien gezeigt, dass das Coronavirus nicht „the great equalizer“ ist, wie es der New Yorker Gouverneur Andrew Cuomo genannt hat. Vielmehr ist zu beobachten, dass Menschen aus niedrigeren sozioökonomischen Schichten stärker vom Virus, den Auswirkungen auf Gesellschaft und Wirtschaft durch das Virus und die Maßnahmen dagegen betroffen sind (Hövermann 2020: 20-21; Andresen et al. 2020: 22-23).

Um diese Aspekte der Pandemie zu beleuchten, habe ich im Rahmen meiner Masterarbeit die Erlebnisse und Erfahrungen von Menschen untersucht, die in ihrem Alltag in hohem Maße auf ihr soziales Netzwerk angewiesen sind und sich bereits vor der Pandemie in einer schlechten sozioökonomischen Situation befanden: Alleinerziehende mit geringem Einkommen.

Bisher gibt es kaum wissenschaftliche Publikationen zu diesem Thema. Eine Ausnahme sind die ersten Ergebnisse des Sozioökonomischen Panels (SOEP), die zeigen, dass Alleinerziehende verstärkt unter Einsamkeit leiden (Entringer/Krieger 2021). Dies erscheint alarmierend, zeigen doch detaillierte Studien, dass Alleinerziehende in normalen Zeiten weit davon entfernt sind, allein zu sein. Sie sind eingebettet in ein soziales Netzwerk auf das sie als Quelle sozialer Unterstützung in hohem Maße angewiesen sind (Bräutigam et al. 2012: 14; Keim-Klärner 2020: 336) - insbesondere Alleinerziehende mit geringem Einkommen (Cook 2012: 346-347). Mittels qualitativer Leitfadeninterviews habe ich Alleinerziehende von Ende 2020 bis Anfang 2021 befragt. Zusätzlich habe ich im Interview ihr soziales Netzwerk mittels einer Netzwerkkarte erhoben. Das Sample aus 9 Personen besteht dabei hauptsächlich aus Alleinerziehenden, die in Stadtteilen von Bremen mit geringem Durchschnittseinkommen leben.

Dieser Artikel soll nun einen Einblick in den Forschungsstand, den theoretischen Rahmen und verwendeten Methode geben und erste Eindrücke der Auswertung der Masterarbeit vorstellen, die allerdings nicht mit endgültigen Ergebnissen zu verwechseln sind.

Forschungsstand

Über die Situation Alleinerziehender in der Corona-Pandemie in Deutschland existiert noch wenig gesichertes Wissen. Die Rolle sozialer Netzwerke in diesem Kontext ist faktisch noch nicht untersucht. So existiert meines Wissens in Deutschland lediglich eine Auswertung der

Covid-Zusatzbefragung des Sozio-ökonomischen Panels, die in Bezug auf Alleinerziehende feststellt, dass diese noch stärker unter dem Gefühl der Einsamkeit leiden, ohne dabei konkreter auf soziale Netzwerke einzugehen (Entringer/Krieger 2021). Die Wichtigkeit und die unzureichende wissenschaftliche Beachtung des Themas wird auch dadurch deutlich, dass bereits Beratungs- und Selbsthilfenetzwerke für Alleinerziehende, wie das Netzwerk für Alleinerziehende in Bremen, erste eigene Umfragen gestartet haben (Netzwerk für Alleinerziehende in Bremen 2020). Diese konstatieren negative Auswirkungen auf Gesundheit, Finanzen, Familienleben und zunehmende soziale Isolation (Netzwerk für Alleinerziehende in Bremen 2020). Aufgrund der unzureichenden wissenschaftlichen Erkenntnisse zum konkreten Forschungsgegenstand, werde ich mich dem Thema über einen Umweg nähern. So stelle ich zuerst die Forschung zu Alleinerziehenden – mit besonderem Fokus auf die Bedeutung sozialer Netzwerke – vor, um dann im zweiten Schritt erste wissenschaftliche Erkenntnisse zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie mit dem Fokus auf soziale Netzwerke vorzustellen.

Alleinerziehende und soziale Netzwerke

Das Statistische Bundesamt bezeichnet Mütter und Väter als alleinerziehend, die ohne Ehe- oder Lebenspartner mit minder- oder volljährigen Kindern in einem Haushalt leben (Destatis 2018: 8-13). Somit gelten Eltern, die mit einer*m neuen Lebenspartner*in zusammenleben, der*die nicht Vater bzw. Mutter des Kindes ist, nicht als alleinerziehend. Äquivalent wird daher auch von Ein- Eltern-Haushalten gesprochen. Es ist also unerheblich, wer im juristischen Sinn für das Kind sorgeberechtigt ist, sondern es zählt der aktuelle Lebens- und Haushaltszusammenhang. Alleinerziehende bzw. Ein-Eltern-Haushalte sind kein Randphänomen, sondern machten 2016 rund ein Fünftel aller Haushalte in Deutschland aus. Die Mehrheit der Alleinerziehenden (rund 90 %) sind Frauen (Destatis 2018: 8-13). In Bremen liegt der Anteil von Ein-Eltern-Haushalten mit rund 29% deutlich über dem Bundesdurchschnitt (Schröder 2017: 9). Alleinerziehende gehören in Deutschland zu den am meisten von Armut betroffenen Gruppen (Hübgen 2020: 21). Während die Armutsrisikoquote der gesamten Bevölkerung 2016 bei 16,5% lag, waren rund doppelt so viele Alleinerziehende (32,6%) von Armut bedroht (Destatis 2018: 40). Rund 40% der Alleinerziehenden sind auf Mittel der Grundsicherung angewiesen, bei Kindern unter 3 Jahren im Haushalt sind es sogar 75% (Heimer/Knittel/Steidle 2009: 24-25). Davon sind rund ein Viertel sogenannte „Aufstocker*innen“, die zusätzlich zu ihrer Lohnarbeit noch ALG-II-Leistungen erhalten, weil der Lohn nicht zur Existenzsicherung ausreicht (Heimer/Knittel/Steidle 2009: 27). Bremen zeichnet sich dahingehend im Besonderen aus, da es mit knapp 70% den bundesweit höchsten Anteil an arbeitslosen Alleinerziehenden vorweist, die keine abgeschlossene Berufsausbildung haben und damit auch wenig Chancen verfügen, aus der Armutspirale herauszukommen (Schröder 2017: 11).

Diese standardisierten Erhebungen geben zwar einen guten Einblick in die strukturelle Benachteiligung von Alleinerziehenden, allerdings können noch keine Aussagen darüber gemacht werden, was es im Alltag konkret bedeutet, alleinerziehend zu sein und inwiefern die strukturelle Benachteiligung auch Auswirkungen auf die Alltagsrealität der Alleinerziehenden hat. So stellt eine Studie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2011) heraus, dass die meisten befragten Frauen den Begriff „alleinerziehend“ nicht zur Beschreibung ihrer Lebenssituation benutzen (BMFSFJ 2011: 30-32). Ihre Ablehnung des Begriffes begründen sie – neben der negativen Konnotation in der Gesellschaft – damit, dass der Begriff

irreführend sei, denn er deute darauf hin, dass man die alleinige Verantwortung für das Kind habe. Tatsächlich aber ist dies oft nicht der Fall, sondern Alleinerziehende werden von ihrem Umfeld (v.a. Familie und neue*m Partner*in) unterstützt. Alleinerziehend, so die Argumentation vieler Mütter in der Studie, hat also nichts mit der Haushaltssituation, sondern vielmehr mit der Verteilung von Verantwortung für das Kind zu tun (BMFSFJ 2011: 30-32). Auch stellt die Studie heraus, dass für die meisten befragten Mütter alleinerziehend zu sein keine Familienform oder Selbstkonzept ist, sondern vielmehr eine Phase bzw. ein Prozess mit offenem Ausgang (BMFSFJ 2011: 7). Der Ausgang und Verlauf dieses Prozesses hängen stark von den materiellen und sozialen Ressourcen ab (BMFSFJ 2011: 35-37). Gerade bei Alleinerziehenden hängen dabei die materiellen Ressourcen stark von den sozialen ab. Denn so ist die zentrale Herausforderung bei fast allen Alleinerziehenden die Vereinbarkeit von Familienaufgaben und Lohnarbeit. Dabei helfen, neben strukturellen Bedingungen wie flexiblen Arbeitszeiten, einer guten Betreuungssituation und Beratungsnetz, auch ein funktionierendes soziales Netzwerk aus unterschiedlichsten Akteur*innen, die flexibel unterstützen können (BMFSFJ 2011: 35-37). Durch den Einsatz qualitativer Methoden gibt die Studie ein weitaus detailreicheres Bild der Lebenssituation alleinerziehenden Müttern als es die standardisierten Erhebungen liefern. Allerdings ist das Sample auf alleinerziehende Mütter mit einem mittleren bis hohen Haushaltseinkommen begrenzt. Daher muss sich jedoch die Frage gestellt werden, inwiefern die Ergebnisse auch auf andere Alleinerziehende zu verallgemeinern sind. Die Autor*innen geben diesbezüglich keine Hinweise. Sie argumentieren lediglich anhand Auswertungen des SOEPs, dass für alleinerziehende Mütter mit niedrigen Einkommen die Bedeutung der sozialen Netzwerke noch größer seien als für Mütter mit mittleren oder hohen Einkommen (BMFSFJ 2011: 12-13). So finden bei über 50% der alleinerziehenden Mütter mindestens einmal die Woche gegenseitige Besuche von Nachbar*innen, Freund*innen und Bekannten statt, dieser Wert erhöht sich auf 62% bei Müttern mit niedrigen Einkommen (BMFSFJ 2011: 12-13)

Die Relevanz sozialer Beziehungen für die Alltagsbewältigung und das Wohlbefinden Alleinerziehender sind auch an anderer Stelle belegt (vgl. Bräutigam/Enste/Evans 2012: 14; Keim-Klärner 2020). Dabei wurde im Besonderen die Rolle sozialer Unterstützung für das Wohlbefinden Alleinerziehender untersucht (Keim-Klärner 2020: 336). So können Alleinerziehende durch soziale Unterstützung die vielen stressreichen Lebenssituationen abfedern – z.B. in Form einer spontanen Betreuung des Kindes. (Keim-Klärner 2020:336)¹. In Bremen nehmen zwar ein Großteil der Alleinerziehenden staatliche Unterstützung in Form von Kinderbetreuung in Kindertagesstätten, Krippen und Horten an, jedoch fehlt gerade bei diesen oftmals die notwendige Flexibilität, die z.B. für eine berufliche Tätigkeit vorausgesetzt wird. So greifen rund 13 % der befragten Alleinerziehenden daher regelmäßig auf die Betreuung der Kinder durch die Großeltern zurück und rund 8% lassen ihr Kind regelmäßig von Freund*innen, Bekannten oder Nachbar*innen betreuen. Allerdings geben nur rund 23 % der befragten Alleinerziehenden an, dass sie in einer Notfallsituation kurzfristig in der Lage wären, eine Kinderbetreuung zu organisieren (Schröder 2017 : 53-55).

Des Weiteren stellen Studien heraus, dass Alleinerziehende unterer Einkommensschichten im besonderen Maße auf soziale Unterstützung angewiesen sind (Keim-Klärner 2020: 336). So

¹ So ist es auch nicht verwunderlich, dass auf Selbsthilfeseiten und Beratungsstellen von Alleinerziehenden empfohlen, ein Netzwerk aufzubauen (z.B. von Wildner 2019).

stellt Kay E. Cook (2012) in ihrer Untersuchung zum Übergang von erwerbslosen Alleinerziehenden in Erwerbstätigkeit die Abhängigkeit unterer Einkommensschichten von sozialer Unterstützung heraus. Allerdings stellt auch die Annahme von Unterstützung alleinerziehende Mütter vor Herausforderungen, weil sie auch Kosten verursache. Denn schließlich muss geleistete Unterstützungsarbeit auch wieder – im Sinne der Reziprozität – mit einer Gegengabe zurückgezahlt werden (Cook 2012: 346- 347). Dies bringe alleinerziehende Mütter unterer Einkommensschichten in eine noch schwierigere Situation, da sie sich neben finanziellen Sorgen auch Sorgen um die Rückzahlung der von anderen geleisteten Unterstützungsarbeit sorgen müssen, auf die sie aber angewiesen sind (Cook 2012: 346-347).

Dezidiert soziologische Netzwerkforschung, die sich konkret mit den sozialen Netzwerken, deren Bedeutung und strukturellen Eigenschaften, Wirkungsmechanismen sozialer Beziehungen beschäftigt, die über soziale Unterstützung hinausgehen, sind in der Alleinerziehendenforschung eher selten (Keim-Klärner 2020: 334). Bisherige Studien stellen heraus, dass die Netzwerke Alleinerziehender sehr unterschiedlich in Struktur und Funktion sind. So gibt es große und kleine, dichte und weniger dichte, unterstützende und weniger unterstützende Netzwerke. Komplette sozial isolierte Personen sind allerdings eher die Ausnahme (Keim-Klärner 2020: 334). Über die Zusammensetzung und Leistung sozialer Netzwerke von Alleinerziehenden finden sich widersprüchliche Befunde. Zwar stellen viele Studien fest, dass vor allem Frauen bei Alleinerziehenden Unterstützung leisten, über die Bedeutung bestimmter Rollenbeziehungen herrscht jedoch Unklarheit. So stellt die Studie von Rosaria Lumino et al. (2016: 192-193) die herausragende Bedeutung von Familienbeziehungen heraus, während die Studie von Gabriele Niepel (1994: 99-100) die Dominanz von Freundschaftsbeziehungen feststellt.

Corona-Pandemie und soziale Netzwerke

Über die Auswirkungen der Corona-Pandemie und der Eindämmungsmaßnahmen lassen sich noch keine gesicherten Aussagen machen. Allerdings legen verschiedene Studien dar, dass die Maßnahmen nicht alle gleich treffen, sondern ungleich verteilt sind und zu einer Verschärfung bestehender sozialer Ungleichheit führen (Hövermann 2020: 20-21; Andresen et al. 2020: 22-23). So argumentiert Andreas Hövermann (2020: 20-21), dass benachteiligte Schichten nicht nur deutlich stärker gesundheitlich durch das Virus gefährdet seien, sondern auch im besonderen Maße unter den sozialen, physischen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie leiden. Neben Personen in prekären Beschäftigungsverhältnissen und mit niedriger Schulbildung stellt er auch eine stärkere Betroffenheit von Frauen, Personen mit Migrationshintergrund und Befragten mit Kindern fest (Hövermann 2020: 20-21). Der erhöhte Unterstützungsbedarf durch die Pandemie kann allerdings auch zum Teil von ihrem bestehenden sozialen Netzwerk (Familie, Freundeskreise, Nachbarschaften) aufgefangen werden kann, aber es finden sich auch Hinweise, dass sich zudem auch neue Unterstützungsbeziehungen in der Pandemie entwickeln (Koos/Bertogg 2020: 6-7).

Dabei ist festzuhalten, dass die Pandemie nicht nur Individuen und Familien als solche trifft, sondern auch – v.a. durch Maßnahmen zur Eindämmung des Virus – ihre sozialen Netzwerke, aus denen sie Unterstützung erhalten (Knabe et al. 2021). Somit treffen die Familien nicht nur die höheren Belastungen durch die Pandemie, sondern auch die wegfallenden Unterstützungsleistungen müssen möglicherweise kompensiert werden. In einer Studie über die

Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die sozialen Netzwerke von Risikofamilien² (darunter auch ein Ein-Eltern-Haushalte), stellten die Autor*innen fest, dass vor allem die Beziehungen zur Kernfamilie aufrechterhalten werden, während die Kontakte zur erweiterten Familie reduziert, aber nur sehr selten komplett abgebrochen wurden. Aus Angst vor der Ansteckung wurden die Kontakte zu Großeltern weitestgehend telefonisch und nicht persönlich aufrechterhalten. Kontakte zu Freunden und Bekannten werden in der Regel nur wenig reduziert. Durch den Wegfall der (Betreuungs-) Institutionen ist die wichtigsten Quelle der Unterstützung der Befragten die Kernfamilie und die erweiterte Familie (Knabe et al. 2021).

Fazit

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass es sich beim Alleinerziehend-Sein nicht um eine Lebensform, sondern vielmehr eine Lebensphase handelt. Dabei unterscheiden sich Selbst- und Fremdbild von Alleinerziehenden deutlich. Eine wichtige Rolle spielt dabei ihre Einbettung in soziale Netzwerke. Die Alleinerziehendenforschung stellt heraus, dass Alleinerziehende in hohem Maße auf Unterstützung aus ihren sozialen Netzwerken angewiesen sind, allerdings nicht im gleichen Maße. So zeigt sich soziale Ungleichheit auch im Unterstützungsbedarf alleinerziehender Mütter. Es sind besonders Alleinerziehende mit wenig Einkommen hochgradig auf Unterstützung angewiesen. Auch die Auswirkungen der Corona-Pandemie scheinen nicht alle gleich zu treffen, sondern vielmehr bestehende soziale Ungleichheit zu verschärfen. Die Corona-Pandemie und die Eindämmungsmaßnahmen gegen sie schränken soziale Beziehungen ein. Es ist also wahrscheinlich, dass die Corona-Pandemie starke Auswirkungen auf die Lebensrealität Alleinerziehender hat, da sie auf Unterstützung aus ihren Netzwerken angewiesen sind – besonders aber Alleinerziehende mit wenig Haushaltseinkommen.

Theoretischer Rahmen

Die Alleinerziehendenforschung (vgl. *Kapitel 2.1*) fokussiert die Untersuchung sozialer Unterstützung. Es ist daher nur naheliegend, dass auch das Forschungsprojekt diesem theoretischen Rahmen folgt. Dafür bedarf es im ersten Schritt einer grundlegenden Begriffsklärung. Als *Soziale Unterstützung* definieren die Unterstützungsforscher Martin Diewald und Sebastian Sattler Leistungen im sozialen Netzwerk einer Person (im Folgenden: *Ego*³), die durch seine Kontakte (im Folgenden: *Alteri*⁴) erbracht werden, die „Relevanz für die Verfolgung allgemein anerkannter oder auch idiosynkratisch wichtiger Lebensziele bestimmter Personen besitzen.“ (Diewald/Sattler 2010: 690). Unterstützungsleistungen reichen dabei von konkreten Interaktionen (wie z.B. Arbeitshilfen), der Vermittlung von Kognitionen (z.B. Anerkennung, Zugehörigkeit, Rückhalt) und Emotionen (z.B. Geborgenheitsgefühl, Zuneigung) (Diewald/Sattler 2010: 691-

² Als Risikofamilien bezeichnet die Psychologie Familien mit einer Vielzahl von Problemen wie Armut, niedrigen Bildungsstand, Paarkonflikte oder Erkrankungen eines Elternteils, die ihrer Ansicht nach das Risiko einer schlechten Entwicklung des Kindes mit sich führen würde (Petermann, Petermann und Ulrich 2020: 1-2).

³ Als Ego bezeichnet man in der Netzwerkforschung die zentrale Person aus der das Netzwerk erhoben wird (Diewald 1991: 61).

⁴ Als *Alteri* werden in der Netzwerkforschung Akteur*innen bezeichnet, die von *Ego* als seine Kontakte im seinem (*egozentrierten*) Netzwerk, genannt werden. Die *Alteri* müssen dementsprechend untereinander nicht bekannt sein, sondern ihre einzige notwendige Gemeinsamkeit ist die Beziehung zu *Ego* (ebd.: 61).

692)⁵. Sie wirken auf drei Arten: Als *Direkteffekt*, indem soziale Unterstützung generell - also unabhängig von Belastungen - das Wohlbefinden von *Ego* steigert, als *Puffereffekt*, indem sie Belastungen von *Ego* mildert bzw. ausgleicht oder als *Präventionswirkung*, wenn durch sie im Vorhinein das Auftreten von Belastungen verhindert bzw. deren Intensität reduziert wird (Diewald/Sattler 2010: 691-694).

Bei einer Fokussierung auf soziale Unterstützung besteht allerdings die Gefahr, dass wichtige Aspekte der Bedeutung von sozialen Netzwerken für Alleinerziehende nicht beachtet werden (Keim-Klärner 2020: 334). Dazu gehört die Bedeutung sozialer Beziehungen über die Unterstützungsleistung hinaus, aber auch die strukturellen Eigenschaften von sozialen Netzwerken (Keim-Klärner 2020: 334). Dadurch verliert Unterstützungsforschung oftmals auch den Blick auf die bestehende soziale Ungleichheit und die Rolle von Unterstützungsleistungen bei ihrer Reproduktion (Diewald/Sattler 2010: 697). Soziologische Netzwerktheorie, die Netzwerke im Kontext sozialer Ungleichheit betrachtet verwendet dabei i.d.R. den Begriff des Sozialkapitals, von dem verschiedene theoretische Auslegungen existieren (z.B. Bourdieu 1983, Coleman 1990, Putnam 1995)⁶. Der wohl am systematischsten entwickelte Begriff des Sozialkapitals findet sich bei Nan Lin (2001), der systematisch die Rolle sozialer Beziehungen und Netzwerke bei (Re-)Produktion sozialer Ungleichheit in den Blick nimmt. Daher werden seine Überlegungen ebenfalls in das Forschungsprojekt einfließen.

Methodisches Vorgehen

Insgesamt habe ich 9 qualitative Leitfadeninterviews mit anschließender Erhebung von Netzwerkdaten mittels der Netzwerkkarte durchgeführt. Aufgrund der Pandemie habe ich die Interviews ohne direkten persönlichen Kontakt, sondern über Videokonferenzsoftware (Zoom und Big Blue Botton) durchgeführt⁷. Ich strebe eine Auswertung mittels der qualitativen Inhaltsanalyse (Mayring 1994) an, wie sie bereits auch in der Studie zu Alleinerziehenden von Keim (2018) verwendet wird. Als Sampling- und Forschungsstrategie habe ich mich an der Grounded Theory (Glaser und Strauss 1967) orientiert. Außerdem habe ich zur Feldexploration vor der Hauptbefragung zwei Expert*inneninterviews (Meuser und Nagel 1991; Ullrich 2006) mit Beratungsstellen für Alleinerziehende durchgeführt.

Leitfadeninterviews

Der Leitfaden der Erhebung gliedert sich in zwei thematische Blöcke, die durch eine Erzählaufforderung eingeleitet werden. Im ersten Block soll eine allgemeine Erzählung der persönlichen Erlebnisse und der Alltagsbewältigung enthalten werden. Dabei ist die Erzählaufforderung zwar sehr offen formuliert, soll aber eine Erzählung anregen, die mit Beginn der Pandemie startet. Im zweiten Block gehe ich konkreter auf die (vermutlich) schwerwiegendste Belastung in der Corona-Pandemie für Alleinerziehende ein: Die Schließung der Betreuungseinrichtungen und dadurch aufkommende zusätzliche Betreuungsarbeit. Ähnlich wie im ersten Block werde ich den Block mit einer Erzählaufforderung beginnen, die eine möglichst chronologische

⁵ Allerdings sind soziale Beziehungen in hohem Maße multifunktional – so kann z.B. eine Arbeitshilfe auch Rückhalt vermitteln und die Motivation stärken (Diewald/Sattler 2010: 691-694).

⁶ Eine Übersicht und geschichtliche Einordnung des Begriffs findet sich bei Portes 1998.

⁷ Die konkreten Gründe dafür und eine detaillierte Vorgehensweise werde ich im Kapitel 4.2 erläutern.

Erzählung generieren soll. Beginn der Erzählung soll dabei die Schließung der Betreuungseinrichtungen sein.

Als primäres Erhebungsinstrument für die Interviews mit den Alleinerziehenden, habe ich das teilnarrative Leitfadenterview nach Cornelia Helfferich (2011) ausgewählt. Es eignet sich besonders für die Rekonstruktion von Alltagswissen und -praxen bei gleichzeitigem strukturierenden Eingriff der forschenden Person in den offenen Erzählraum (Helfferich 2011: 179). Da gerade die veränderten Alltagspraxen der Alleinerziehenden in diesem Forschungsprojekt von Interesse sind, fiel meine Wahl auf diese Interviewform. Zentrales Element des Interviews sind thematische Blöcke, die durch Erzählaufforderungen eingeleitet werden und mittels Fragen und Nachfragen vertieft werden (Helfferich 2011: 180-181). Dabei ist eine flexible Handhabung des Leitfadens zu bevorzugen. Ein starres, chronologisches Abarbeiten der Fragen des Leitfadens⁸ soll vermieden werden, sondern die Fragen sind flexibel den Erzählpassagen anzupassen (Helfferich 2011: 179-181).

Netzwerkkarte

Die Erhebung egozentrierter Netzwerke ist ein schwieriges und anstrengendes Unterfangen für Interviewer*innen und befragte Personen (Hollstein/Töpfer/Pfeffer 2020: 1-3). Visuelle Erhebungsmittel wie Netzwerkkarten können den Befragten dabei helfen, den Überblick über das soziale Netzwerk zu behalten, sich an die vielen Alteri zu erinnern und die Aufmerksamkeit und Konzentration auf einem hohen Niveau zu halten. Gleichzeitig dienen sie – in der qualitativen Erhebung – auch als *Narrationsgeneratoren*, indem sie zu Diskussion, Reflektionen und Vergleichen über die Beziehungen und Alteri anregen. In der Forschung werden verschiedene visuelle Werkzeuge zur Erhebung benutzt. Das wohl bekannteste und verbreitetste Werkzeug sind die konzentrischen Kreise von Robert Louis Kahn und Toni Claudette Antonucci (1980). Dabei wird der befragten Person ein Zettel mit mehreren Kreisen gegeben, in den sie die Alterieintragen soll. Im Zentrum der Kreise stehen sie selbst, die äußeren Kreise repräsentieren den Grad der emotionalen Nähe. Zentrales Element ist dabei ein standardisierter Stimulus für jeden Kreis⁹. Andere Erhebungen verwenden auch andere visuelle Formen, wie z.B. einen Trichter (Hollstein/Pfeffer/Behrmann 2013) oder überlassen den Befragten komplett die Gestaltung des Netzwerkes, indem sie ihnen einen leeren Zettel vorlegen. Die Wahl der Visualisierung unterliegt v.a. forschungstheoretischen Überlegungen. So erlauben nicht standardisierte und unstrukturierte Visualisierungen wie das freie Zeichnen eine maximale Entfaltung des Relevanzsystems des*der Befragten, können aber nur schwer untereinander verglichen werden. Stärker standardisierte Werkzeuge, wie die konzentrischen Kreise, schränken die befragte Person zwar stärker in ihrem Antwortverhalten ein, ermöglichen aber den Vergleich der Netzwerke zwischen verschiedenen Teilnehmer*innen (Hollstein/Töpfer/Pfeffer 2020: 1-8). So lässt sich ein unterschiedliches Antwortverhalten je nach dem Grad der Strukturierung des visuellen Werkzeuges feststellen (Hollstein/Töpfer/Pfeffer 2020: 18-23). Außerdem kommt die experimentelle Studie von Betina Hollstein, Tom Töpfer und Jürgen Pfeffer (2020: 18-23) zum Ergebnis, dass Visualisierung mittels

⁸ Prominent bei Christel Hopf als „Leitfadenbürokratie“ benannt (Hopf 1978: 101).

⁹ So werden Teilnehmer*innen z.B. aufgefordert in den inneren Kreis nur Personen zu platzieren, denen man sich so sehr verbunden fühlt, dass eine Leben ohne sie nicht vorstellbar ist (Hollstein, Töpfer und Pfeffer 2020: 5).

konzentrischer Kreise von den meisten Teilnehmer*innen bevorzugt wird. Ich habe mich daher für diese Methode entschieden.

Bei der Ausformulierung des Anfangsstimulus und der konkreten Darstellung der konzentrischen Kreise habe ich mich an der Studie von Laura Bernardi, Sylvia Keim und Holger von der Lippe (2006: 365-367) orientiert, die auch von Keim (2018: 119) später in ihrer Studie zu erwerbslosen Alleinerziehenden in ähnlicher Form übernommen wurde. Dabei verwenden die Autor*innen einen sehr offenen Stimulus – die Wichtigkeit des Kontakts – und überlassen die konkrete Auslegung dessen den Befragten. Im nächsten Schritt werden dann konkrete inhaltliche Dimensionen von Beziehungen abgefragt.

In diesem Projekt soll die Erhebung mittels der Netzwerkkarte klar vom Leitfadeninterview abgetrennt sein, damit auch Kontakte erwähnt werden, die im Kontext von Corona vielleicht eine untergeordnete Rolle gespielt haben (z.B. Beziehungen, die nicht durch Corona-Pandemie verändert wurden oder Beziehungen, die im Zuge der Kontaktbeschränkungen nicht mehr gepflegt wurden). Daher habe ich den Stimulus dahingehend erweitert.

Nun möchte ich das Thema Corona-Pandemie einmal zur Seite lassen und würde gern ein wenig mehr über ihr soziales Netzwerk, also mehr über ihre sozialen Beziehungen erfahren. Hier sehen Sie eine Karte in der drei Kreise eingezeichnet sind. In der Mitte sind Sie und in den Kreisen außen herum können Sie die Menschen anordnen, die Sie so kennen und dabei auch wie wichtig diese zurzeit für Sie sind. In den ersten Ring kommen sehr wichtige Personen, in den nächsten Menschen, die wichtig für Sie sind, und in den äußeren, Personen, die zumindest ein wenig wichtig sind. Außerhalb des letzten Kreises können Sie solche Personen anordnen, die Ihnen zurzeit überhaupt nicht wichtig sind oder die eher problematisch sind.

Die Studie von Bernardi et al. verwendet insgesamt sechs Kreise in der Netzwerkkarte und zusätzlich noch zwei Randkategorien in die Befragten Kontakte legen können, die „Überhaupt nicht wichtig“ und „problematisch“ für sie sind.

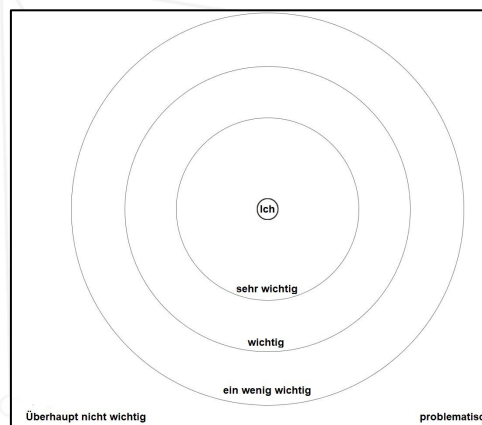


Abbildung 1: Netzwerkkarte, eigene Darstellung

Statt der dort verwendeten sechs Kreise verwende ich jedoch nur drei (Abbildung 1). Die Randkategorien erachte ich auch für meine Erhebung als sinnvoll, da in diesen Kategorien Personen wie z.B. der/die Vater/Mutter des Kindes und deren Familie erfasst werden, die ansonsten möglicherweise nicht im Netzwerk genannt werden. Dabei werde ich die Befragten ermuntern, ein

wenig mehr über die Kontakte zu erzählen, die sie eintragen. Im nächsten Schritt folgen vertiefende inhaltliche Fragen zum Netzwerk. Ich habe mich dazu entschieden, den Stimulus von Bernardi et al. zu übernehmen, weil er einen offenen Ansatz verfolgt, indem er nur die Unterstützung in Bezug auf das Kind abfragt (vgl. Bernardi/Keim/von der Lippe 2006: 378). Dazu könnten neben der Kinderbetreuung z.B. auch Hausaufgabenbetreuung zählen.

Und wenn ich jetzt konkreter danach frage, wer Sie unterstützt hinsichtlich Ihres Kindes, würde das etwas an der Wichtigkeit der Personen hier auf der Karte ändern? Gibt es Personen, die noch nicht auf der Karte sind und dazu kommen würden

Des Weiteren erhalte ich es für sinnvoll, auch die emotionale Unterstützung noch zu erheben, da diese auch für Alleinerziehende ebenfalls von Bedeutung ist (Keim 2018: 116). Auch hier habe ich den Stimulus von Bernardi et al. übernommen (vgl. Bernardi/Keim/von der Lippe 2006: 378).

Wenn ich jetzt konkreter danach frage, mit wem Sie auch über sehr persönliche Dinge von sich reden können, auch über vielleicht schwierige oder problematische, und von wem Sie sich dann so verstanden fühlen, wie Sie sind, würde das etwas an der Wichtigkeit der Personen hier auf der Karte ändern? Gibt es Personen, die noch nicht auf der Karte sind und dazu kommen würden?

Des Weiteren sollen in der Untersuchung auch Erkenntnisse zu den Veränderungen des Netzwerkes erhoben werden. Dazu habe ich einige Nachfragen aus der Studie zur Netzwerkveränderungen nach der Verwitwung von Betina Hollstein (2002: 356) übernommen.

Wenn Sie an die Zeit vor der Corona-Pandemie denken, hätte diese Zeichnung damals genauso ausgesehen? Hat sich insgesamt die Anzahl der Beziehungen vermehrt, verringert oder ist gleich geblieben? Sind die Beziehungen zu ihrer Familie/zu Freund*innen und Bekannten heute wichtiger, weniger wichtig oder genauso wichtig wie damals?

Ein weiteres Interesse der Forschungsarbeit ist die Bedeutung von Reziprozität für Alleinerziehende in der Corona-Pandemie¹⁰. Um dies zu erfragen, verwende ich eine Nachfrage, die ich ebenfalls aus der Studie von Hollstein übernommen habe (Hollstein 2002: 358):

Wenn man einmal daran denkt, was andere für Sie tun und was Sie für andere tun, haben Sie insgesamt das Gefühl, sehr viel für andere Menschen getan zu haben oder zu tun?

Zuletzt werde ich die soziostrukturellen Merkmale (Geschlecht, Alter, Beruf, Wohnort) der interviewten Person und der genannten Alteri abfragen. Des Weiteren werde ich die Dichte des Netzwerkes messen, indem ich danach fragen werde, ob die fünf wichtigsten Kontakte sich untereinander kennen. Da dies eine sehr ermüdende Befragungsform darstellt, werde ich sie am Ende des Interviews erheben.

Erste Ergebnisse

Insgesamt habe ich neun Interviews mit alleinerziehenden Müttern¹¹ geführt. Zusätzlich habe ich zwei Expert*innen-Interviews in Vorbereitung auf die Erhebung geführt. Eine ausführliche Analyse mittels der qualitativen Inhaltsanalyse (Mayring 1994) steht noch aus. Die hier geschilderten Eindrücke sind daher nicht mit finalen Ergebnissen zu verwechseln.

¹⁰ Über die Rollen von Reziprozität für Alleinerziehende aus einkommensschwachen Haushalten: Cook 2012: 346-347.

¹¹ Alleinerziehende Väter konnte ich leider nicht für ein Interview gewinnen.

Aussortieren unwichtiger Alteris in der Pandemie

Alle Befragten gaben an, den Kontakt zu den für sie wichtigen Alteri in der Pandemie nicht verloren zu haben. Oftmals wurde dann der Kontakt über Telefon o.ä. beibehalten. Allerdings erzählten viele der interviewten alleinerziehenden Mütter, dass sie einige Kontakte während der Pandemie aussortiert haben. Dabei handelt es sich vor allem um Freund*innen und Bekannte die schon vorher eher Probleme bereitet haben bzw. Unterstützung eingefordert haben statt diese zu geben.

B: Ähm, vor Corona hatte ich noch ein paar mehr Freundinnen, aber die habe ich dann nach und nach aussortiert.

I: Inwiefern aussortiert? 00:35:49-4

B: Naja ein Beispiel, ich hatte, naja ne Freundin Merleund die ist halt, anstrengend, anstrengend, und manchmal, ehrlich gesagt, auch ein bisschen doof. Dann meldet mal sich eine Woche nicht und anstatt, dass sie dann schreibt: Hey, Süße, wie geht's? Wir haben uns voll lange nicht gesprochen! Kommt dann erstmal: Eh, was bist du denn für eine Freundin, dumdest dich gar nicht! Und wenn ich sowas schon höre, ne, ich kriege so einen Hals, ne. Ja und die hat halt nur sone Dinger gebracht und ja die habe ich dann irgendwann aus meinem Leben rausgekickt, weil ich mir einfach gesagt habe: Eh, ganz ehrlich Mädels, du machst mir nur Kopfschmerzen! Du bringst mich absolut 0 weiter! Darauf kann ich verzichten!

In diesem Sinne kann dieses Aussortieren auch als Entfernen von Alteri verstanden werden, die gegen das Prinzip der Reziprozität verstoßen haben. Tatsächlich geben alle Befragten an, dass sie mit den verbliebenen Alteri weitestgehend reziproke Beziehungen pflegen.

In Bestätigung der Ergebnisse von Knabe et al. 2021 wurden bei den meisten Befragten v.a. die Familienmitglieder als die wichtigsten Alteri aufgezählt (wurden also i.d.R. in den inneren Kreis der Netzwerkkarte eingezeichnet), zu denen auch in der Pandemie Kontakt gehalten wurden. Allerdings geben die Befragten auch an, dass sie keine neuen Personen in ihr Netzwerk aufgenommen haben und das vorhandene Potential an Unterstützungsleistungen dementsprechend gleichgeblieben ist. Allerdings kam durch die Pandemie und die Eindämmungsmaßnahmen (im Besonderen der Lockdown) weiterer Unterstützungsbedarf auf die alleinerziehenden Mütter zu, der teilweise durch ihr Netzwerk aufgefangen werden konnte.

Soziale Netzwerke

So waren während des Lockdowns die befragten Mütter größtenteils auf sich selbst gestellt, konnten aber Teile der zusätzlichen Arbeit (z.B. Kinderbetreuung) durch ihre vorhandenen Netzwerkressourcen/Unterstützung abfedern (im Sinne des Puffereffekts sozialer Unterstützung). In der Konsequenz lässt sich auch feststellen, dass gerade die Befragten mit der Pandemie am meisten zu kämpfen hatten, die über kein sehr starkes Netzwerk vor der Pandemie verfügten. Die Stärke des Netzwerkes bemisst sich dabei nicht allein an der Anzahl der Alteri, sondern auch den möglichen Unterstützungsleistungen und der geographischen Nähe der Alteri.

So erzählt eine junge alleinerziehende Mutter, dass sie vermutlich ihre Ausbildung abbrechen muss, weil sie es nicht geschafft hat, während der Lockdowns im Homeoffice zu arbeiten und gleichzeitig auf ihre beiden Söhne aufzupassen. Ein Grund dafür, so stellt auch sie nüchtern

fest, ist, dass sie auf kaum Unterstützungsleistungen in ihrem kleinen Netzwerk rechnen kann: „Also Unterstützung so großartig habe ich halt nicht.“ So konnten weder ihre Eltern, noch ihr Bruder gelegentlich auf ihre Kinder aufpassen, sodass sie faktisch keine Zeit hatte, in Ruhe arbeiten zu können.

Und die Fähigkeit mit Wenigem zurecht zu kommen

Allerdings erscheinen die Anzahl der Alteri und die Unterstützungsleistungen auch nicht ausschließlich zur Erklärung der Situation der befragten Alleinerziehenden zu genügen. So gab es auch befragte Alleinerziehende, die mit deutlich weniger Alteri und Unterstützung die Pandemie (bislang) erfolgreicher gemeistert haben. Vielmehr war ich überrascht, wie effektiv viele der befragten Alleinerziehenden ihre wenigen sozialen Ressourcen gehandhabt haben. Eine befragte Alleinerziehende beispielsweise musste immer früh morgens, bevor ihre Kinder aufstehen, zur Arbeit fahren. Um sicher zu gehen, dass ihre Kinder auch tatsächlich aufstehen, wies sie ihre Schwester an, jeden Morgen ihre Kinder anzurufen, damit diese auch tatsächlich aufstehen. Dabei ist anzumerken, dass ihre Schwester nicht in Deutschland lebt und auch nicht die deutsche Sprache beherrscht. Da sie kaum weitere Alteri in ihrem Netzwerk hat, ist der Einsatz ihre Schwester dabei eine einfache, aber zielführende Lösung für das Problem.

Fast alle Netzwerke der befragten Alleinerziehenden weisen ein gewissen Grad an funktionaler Ausdifferenzierung nach den Unterstützungsleistungen auf. Oftmals wird dabei klar unterschieden zwischen Alteri, die Kontakt mit dem Kind haben (v.a. Familienangehörige) und Alteri, die man ohne Kind sieht und dies auch in der Regel so beibehält (v.a. Freund*innen und Bekannte). Als Grund dafür geben viele Alleinerziehende an, dass sie die Zeit mit den Freund*innen brauchen, um sich von den Kindern zu entspannen und mal an etwas anderes zu denken. Bei einigen Alleinerziehenden geht jedoch die Ausdifferenzierung noch weiter. So hat eine Befragte verschiedene Alteri, die sie für bestimmte Freizeitaktivitäten anfragt. So hat sie z.B. eine Freundin, mit der sie Einkaufen geht und eine weitere, mit der sie gerne auf Partys geht.

Es deutet sich also an, dass nicht allein die vorhandenen Netzwerkressourcen, sondern auch der Umgang mit dem Netzwerk von entscheidender Rolle für die Bewältigung des Pandemiealltags für die befragten Alleinerziehenden ist.

Vorläufiges Fazit

Die ersten Ergebnisse sind mit Vorsicht zu betrachten, da die detaillierte Analyse noch aussteht. Es scheint sich herauszukristallisieren, dass die Corona-Pandemie keine relevanten Veränderungen bei den sozialen Netzwerken und den vorhandenen Unterstützungsleistungen bei den befragten Alleinerziehenden bewirkt hat. Gleichzeitig wird auch deutlich, dass Alleinerziehende bei der Bewältigung des Alltags in der Pandemie auf ihr Netzwerk und die Unterstützungsleistungen angewiesen sind. Dabei ist zu unterscheiden zwischen den vorhandenen Ressourcen im Netzwerk und der Fähigkeit, sie möglichst effektiv zu handhaben.

Insgesamt hat mich überrascht, mit welcher Stärke die befragten alleinerziehenden Mütter durch die schwierigen Situation in der Pandemie gemeistert haben bzw. vermutlich noch weiterhin meistern. Sie wurde von Vielen als eine weitere Krise erlebt, die es zu meistern gilt. So schilderte eine Befragte, dass sie die Pandemie im Vergleich zum Jahr davor, in dem sie sich vom Kindsvater getrennt hatte, nicht sonderlich belastet habe. In einem Interview vor der

Haupterhebung bezeichnete eine Expert*in Alleinerziehende als sturmerprobt. Während der Erhebung und den ersten Analyseschritten merkte ich, dass diese Beschreibung äußerst passend ist. Sturmerprobt sind allerdings nicht nur die alleinerziehenden Mütter, sondern auch ihre Netzwerke, sowie ihre Fähigkeit, diese möglichst effektiv handzuhaben.

Literatur

- Andresen, Sabine/Lips, Anna/Möller, Renate/ Rusack, Tanja/ Schröder, Wolfgang/Thomas, Severine/Wilmes, Johanna (2020): Kinder, Eltern und ihre Erfahrungen während der Corona-Pandemie. Hildesheim. Text abrufbar unter: <https://hildok.bsz-bw.de/frontdoor/index/index/docId/1081> (Zugriff am 10. 03. 2021).
- Bernardi, Laura/Keim, Sylvia/von der Lippe, Holger (2006): Freunde, Familie und das eigene Leben. Zum Einfluss sozialer Netzwerke auf die Lebens- und Familienplanung junger Erwachsener in Lübeck und Rostock. In: Hollstein, Bettina/Straus, Florian (Hrsg.), Qualitative Netzwerkanalyse. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 359–390.
- Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital, Kulturelles Kapital, Soziales Kapital. In: Kreckel, Reinhard (Hrsg.), Soziale Ungleichheiten. Göttingen: Schwartz, 183–198.
- Bräutigam, Christoph/Enste, Peter/Evans, Michaela(2012): Welche Hilfen brauchen Alleinerziehende? Chancen kooperativer Dienstleistungen auf kommunaler Ebene. Bochum. Text abrufbar unter: <https://www.iat.eu/forschung-aktuell/2012/fa2012-11.pdf>(Zugriff am 14. 03. 2021).
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2011): Lebenswelten und -wirklichkeiten von Alleinerziehenden. Berlin. Text abrufbar unter: <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/94210/dd2e6d006328026c0f4d9b335d27ca82/lebenswelten-und-wirklichkeiten-von-alleinerziehenden-data.pdf> (Zugriff am 01.03.2021)
- Coleman, James Samuel (1990): Foundations of Social Theory. Cambridge: Belknap Press of Harvard University Press.
- Cook, Kay E. (2012): Social Support in Single Parents' Transition from Welfare to Work: Analysis of Qualitative Findings. In: *International Journal of Social Welfare* 21 (4), 338–350.
- Diewald, Martin (1991): Soziale Beziehungen: Verlust oder Liberalisierung? Soziale Unterstützung in informellen Netzwerken. Berlin: Edition Sigma.
- Diewald, Martin/Sattler, Sebastian (2010): Soziale Unterstützungsnetzwerke. In: Stegbauer, Christian/Häußling, Roger (Hrsg.), Handbuch Netzwerkforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 689–699.
- Entringer, Theresa/Krieger, Magdalena (2021): Alleinlebende verkraften die Pandemie erstaunlich gut. Berlin. Text abrufbar unter: https://soep-cov.de/.cm4all/mediadb/SOEP_CoV_Spotlight_3.pdf(Zugriff am 10.03.2021).
- Glaser, Barney Galland/Strauss, Anselm Leonard (1967): The Discovery of Grounded Theory. Strategies for Qualitative Research. Chicago: Aldine.
- Heimer, Andreas/Knittel, Tilmann/Steidle, Hanna (2009): Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Alleinerziehende. Materialien aus dem Kompetenzzentrum für familienbezogene

- Leistungen im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Dossier. Basel/Berlin: Prognos AG.
- Helfferich, Cornelia (2011): Die Qualität qualitativer Daten: Manual für die Durchführung qualitativer Interviews. 4. Auflage. Wiesbaden: VSVerlag.
- Hollstein, Betina (2002): Soziale Netzwerke nach der Verwitwung. *Forschung Soziologie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hollstein, Betina/Pfeffer, Jürgen/Behrmann, Laura (2013): Touchscreen-Gesteuerte Instrumente zur Erhebung egozentrierter Netzwerke. In: Schönhuth, Michael/Gamper, Markus, Kronenwett, Michael/Stark, Martin (Hrsg.), *Visuelle Netzwerkforschung. Qualitative, Quantitative und partizipative Zugänge*. Bielefeld: Transcript, 121–136.
- Hollstein, Betina/Töpfer, Tom/Pfeffer, Jürgen (2020): Collecting Egocentric Network Data with Visual Tools: A Comparative Study. In: *Network Science*, 8 (2), 223–250.
- Hopf, Christel (1978): Die Pseudo-Exploration - Überlegungen zur Technik qualitativer Interviews in der Sozialforschung. In: *Zeitschrift für Soziologie*, 7 (2), 97–115.
- Hövermann, Andreas (2020): Soziale Lebenslagen, soziale Ungleichheit und Corona - Auswirkungen für Erwerbstätige: Eine Auswertung der HBS-Erwerbstätigenbefragung im April 2020. Research Report 44. WSI Policy Brief. Düsseldorf: WSI.
- Hübgen, Sabine (2020): Armutsrisiko alleinerziehend. Die Bedeutung von sozialer Komposition und institutionellem Kontext in Deutschland. Berlin: Budrich.
- Kahn, Robert Louis/Antonucci, Toni Claudette (1980): Convoys over the Life Course: Attachment, Roles, and Social Support. In: Baltes, Paul B./Orville, G. Brim (Hrsg.), *Life-Span Development and Behavior*. New York: Academic Press, 253–286.
- Keim, Sylvia (2018). Are Lone Mothers also Lonely Mothers? Social Networks of Unemployed Lone Mothers in Eastern Germany. In: Bernardi, Laura/Mortelmans, Dimitri (Hrsg.), *Lone Parenthood in the Life Course. Life Course Research and Social Policies*. Cham: Springer International Publishing, 111–140.
- Keim-Klärner, Sylvia (2020): Soziale Netzwerke und die Gesundheit von Alleinerziehenden. In: Klärner, Andreas/Gamper, Markus/Keim-Klärner, Sylvia/Moor, Irene/von der Lippe, Holger/Vorneilich, Nico (Hrsg), *Soziale Netzwerke und gesundheitliche Ungleichheiten: Eine neue Perspektive für die Forschung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 329–346.
- Knabe, André/Kölch, Michael/Spritzer, Carsten/Reis, Olaf (2021): Auswirkungen der Coronapandemie auf soziale Netzwerke in Risikofamilien. In: *Psychotherapeut*, 66, 225-232.
- Koos, Sebastian/Bertogg, Ariane und Ariane Bertogg (2020): Lokale Solidarität während der Corona-Krise : Wer gibt und wer erhält informelle Hilfe in Deutschland? KOPS Working Paper. Konstanz: K O P S .
- Lin, Nan (2001): *Social Capital: A Theory of Social Structure and Action*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Lumino, Rosaria/Ragozini, Giancarlo/Vitale, Maria Prosperina (2016): Investigating Social Support Patterns of Single Mothers from a Social Network Perspective. In: *International Review of Social Research*, 6 (4), 182–194.
- Mayring, Philipp (1994). Qualitative Inhaltsanalyse. In: Boehm, Andreas/Mengel, Andreas/Muhr, Thomas (Hrsg.), *Texte verstehen: Konzepte, Methoden, Werkzeuge*. Bd. 14. Schriften zur Informationswissenschaft. Konstanz: UVK Uni.-Verlag Konstanz, 159–175.

- Meuser, Michael/Nagel, Ulrike (1991). ExpertInneninterviews — vielfach erprobt, wenig beachtet: Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. In: Garz, Detlef/Kraimer, Klaus (Hrsg.), *Qualitativ-empirische Sozialforschung* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 441–471.
- Netzwerk für Alleinerziehende in Bremen (2020). Erklärung Auswirkungen Der Corona-Krise Auf Ein-Eltern-Familien. Bremen. Text abrufbar unter: https://www.faw-bremen.de/wp-content/uploads/2020/07/Erkl%C3%A4rung_Corona-Auswirkungen.pdf(Zugriff am 10. 03. 2021).
- Niepel, Gabriele (1994): Soziale Netze und soziale Unterstützung alleinerziehender Frauen: Eine empirische Studie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Petermann, Ulrike/Petermann, Franz/Ulrich Franziska (2020): Risikofamilien. In: *Kindheit und Entwicklung*, 29 (1), 1–4.
- Portes, Alejandro (1998): Social Capital: Its Origins and Applications in Modern Sociology. In: *Annual Review of Sociology*, 24 (1), 1–24.
- Putnam, Robert D (1995): Bowling Alone: America’s Declining Social Capital. In: *Journal of Democracy*, 6 (1), 65–78.
- Schröder, Esther (2017): Alleinerziehend – ein Kaleidoskop von Lebens und Arbeitssituationen. Eine Befragung von alleinerziehenden erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im Land Bremen. Bremen. Text abrufbar unter: https://www.arbeitnehmerkammer.de/fileadmin/user_upload/Downloads/Politik/Familie_Soziales/Alleinerziehend_Ein_Kaleidoskop_2017_09_web.pdf(Zugriff am 01. 03. 2021).
- Statistisches Bundesamt (2018): Alleinerziehende in Deutschland 2017 - Begleitmaterial Zur Presskonferenz Am 2. August 2018. Wiesbaden. Text abrufbar unter: <https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressekonferenzen/2018/Alleinerziehende/pressebroschuere-alleinerziehende.pdf?blob=publicationFile> (Zugriff am 10. 03. 2021).
- Ullrich, Peter (2006): Das explorative ExpertInneninterview: Modifikationen und konkrete Umsetzung der Auswertung von ExpertInneninterviews nach Meuser/Nagel. In: Endgartner, Tim/Kuring, Diana/Teubl, Thorsten (Hrsg.), *Die Transformation des Politischen: Analysen, Deutungen und Perspektiven; siebentes und achtes DoktorandInnenseminar der Rosa-Luxemburg-Stiftung*. Berlin: Karl Dietz, 100–109.
- Von Wildner, Silke (2019): Netzwerk aufbauen als Alleinerziehende. Gut alleinerziehend. Bad Neuheim. Text abrufbar unter: <https://gut-alleinerziehend.de/gutes/netzwerk-aufbauen-als-alleinerziehende/>(Zugriff am 10. 03. 2021).

Teil II: Gesellschaftlicher Zusammenhalt

5. Querdenken: Rationality through Emotions

Nadine Wunderer

Introduction

During the COVID-19 pandemic, many countries imposed new forms of behavior such as mask mandates and social distancing, the curtailment of the freedom of movement through travel bans and curfews, and the restriction of economic freedom through the closure of non-essential business and the ordering of remote work. This was further compounded by the urgency of minimizing the spread of the virus, whereby the executive branch of many democratic countries shortened or bypassed processes of deliberation and legitimation. This has sparked a public debate engaged in by academics, politicians, and the public alike: what is more important, the protection of life or that of fundamental democratic rights (Habermas/Günther 2020)? Naturally for democratic societies, these debates were taken to streets and protests against COVID restrictions were held all over the world. Especially the so-called *Querdenken* movement in Germany stands out: it gained many participants¹² who cannot be ascribed to one political movement¹³. Rather, *Querdenken* consists of an unusual alliance of different political factions, among them populists, conspiracy theorists, (far) right-wing groups, leftists, and those skeptical of medical progress (such as anti-vaxxers) - effectively building a cross-front¹⁴ (Blume 2020; Bialasiewicz/Eckes 2021).

Essentially, these protests mark a conflict about the knowledge of the reality of COVID: protestors find the dangers of the virus to be overestimated and the restrictions therefore to be exaggerated (Reichardt et al. 2021: 4; Nachtwey et al. 2020: 14). However, their form of protest with little to no mask-wearing and no social distancing poses a danger to their own health and that of others. This leads to a “trade-off” between the freedom of assembly and the infection laws in Germany (Nachtwey et al 2020: 1). Therefore, this paper aims to consider how far these protests can be explained within a framework of rationality. Randall Collins’ theory of emotional energy as the common denominator of rational action will be employed to analyze this behavior which seemingly “escapes cost/benefit calculations” (Collins 1993: 203). The data for the arguments will be taken primarily from a study conducted by Nachtwey et al. (2020).

¹² For example, around 30,000 people joined the *Querdenken* protest in Berlin on August 1, 2020, in Berlin (Koos 2021: 2).

¹³ Furthermore, the demographics of the protest movement are interesting: it is a relatively old (with 75 percent being older than 38), educated (34 percent holding a university degree), and relatively female (60 percent) movement. What stands out especially is the high number of self-employed workers within the movement (Nachtwey et al. 2020: 6-9).

¹⁴ Cross-front refers to an alliance between two opposite political positions and translates to *Querfront* in German (the term originally dates back to an alliance between nationalism and socialism in the Weimar Republic). *Querdenken* can be translated to cross-thinking and is the self-imposed name of the movement protesting the COVID restrictions in Germany.

Emotionality will be utilized to explain the protest movement: *Querdenken* constitutes a high intensity interaction ritual that creates emotional energy and collective symbols, creating a sense of group solidarity that outweighs the costs of perceived self-sacrifice.

***Querdenken* as an Interaction Ritual (IR)**

Querdenken fulfills all the characteristics of an IR (as postulated by Collins 1993: 205-206): (1) it is physically dense (as is natural for a protest but particularly the *Querdenken* protestors had to assemble in demarcated areas due to pandemic restrictions); (2) it has a high group boundness (especially given to physical barriers set up by police); (3) there is a high focus of attention (all are protesting the restrictions); (4) and participants share an emotional mood (the resentment against restrictions, media, science, and politicians). The focus of attention and the sharing of emotional mood increase during an IR, thereby producing emotional energy (EE). Hence protestors become conscious of themselves constituting a group. This leads to (5) group solidarity, while the protest as an IR produces (6) emotional energy and (7) collective symbols. Particularly *Querdenken* as a new type of protest movement with mobilization mostly happening online can be considered an especially high intensity IR: by using and subscribing to social media (particularly the messenger app Telegram that does not censor content) people find themselves in constant excitement (Blume 2020; Reichardt et al. 2021: 3). And the protests themselves are also high-intensity IRs, as they have a festive character with people gathering on picnic blankets, selling merchandise, and playing music (Reichardt et al. 2021: 3). The protests are characterized by a highly affective potential throughout the IR as there are attempts to conjure up a sense of community (Nachtwey et al. 2020: 55). Furthermore, emotionality is a motivating factor for those participating in the protests: when asked if they trust their “own feelings and institutions more than so-called experts,” the majority either partly or fully agreed with the statement (Nachtwey et al. 2020: 22). Reichardt et al. (2021: 5) have furthermore shown that emotions are the origin of protestors’ way of explaining their alternative views about the pandemic, terming it “emotional evidence.” Emotionality is the “crucial dynamic of group experience” as it is emotions that are aroused and increased during IRs (Collins 1993: 208). Emotions are contagious and EE leads to enthusiastic feelings that peak during an IR. This explains why there was not one protest but many: repetition of an IR can render this EE long-term, leading to people seeking the same level EE, hence repeating a specific IR (Collins 1993: 211-212). Along with the production of EE, collective symbols need be created to ensure the longevity of IRs. As the next section will illustrate, *Querdenken* has successfully done so.

Collective Symbols

Collective symbols are a way of representation and a means to focus attention during an IR, facilitating its repetition due to its production of feelings of solidarity within a group as well as outside the particular IR. Within *Querdenken*, two types of collective symbols can be identified, both of which are typical for political rallies (Collins 1993: 212-213): a common policy (of mistrusting media, science, and politics) is evoked but there are also tangible collective symbols, such as the refusal to wear a mask. The mistrust of media, science, and politics renders *Querdenken* as an alternative producer of knowledge (Reichardt et al. 2021: 3), which creates a feeling of solidarity even outside of the protest IR, namely in the virtual space within Telegram chat groups and on YouTube. The ‘alternative facts’ propagated among *Querdenken* on

these platforms evoke this solidarity feeling by making people not feel alone in their skepticism. They furthermore feel ‘awakened,’ which ensues in feelings of exceptionality or even superiority compared to those who have not been ‘enlightened’ by the ‘alternative facts’ on the pandemic (Reichardt et al. 2021: 3). And it also renders the IR as constantly present, as these virtual exchanges happen outside of the actual physical IR.

One tangible collective symbol which is constantly present during the IR is the refusal to wear masks. Masks have become the central symbol of resistance within *Querdenken*: throughout the protests, the abusive function behind mask mandates is alleged, whether as it being counterproductive to well-being and health or its equation to symbolically covering one’s mouth, therefore invoking masks to be a mechanism to prevent people from speaking (out). Nachtwey et al. (2020: 56) explain that the collective symbol of (the refusal to wear) masks has a symbolic character as well, as other pandemic restrictions are not so easy to boycott (e.g., the closure of restaurants and schools). But the refusal to wear a mask can be individually implemented. It furthermore serves as an identification mark and its visibility serves to create a common identity within the group, therefore creating a feeling of group solidarity. These two types of collective symbols explain why the protests were held repeatedly: “Where collective symbols of the participants match up well, IRs are successful, and the EE payoff attracts them towards such situations” (Collins 1993: 213), hence repeating the IR.

The Costs of Self-Sacrifice Outweighed by Group Solidarity

Given that rationality entails the weighing of benefits in relation to costs, those participating in *Querdenken* must have some costs that they deem worthy enough to produce the benefits, or that the payoff is enough to recoup the costs (Collins 1993: 210). As hinted at in the introduction, those costs might be risking one’s health for freedom, however, *Querdenken* gravely underestimates the dangers of the virus so there are other costs involved - namely a perceived self-sacrifice. As explained, *Querdenken* is a festive IR, however, a community of suffering is also invoked. But most importantly it also sees itself as a community of resistance: “a resistance against established authorities and discourses [that] can be staged as an honorable act of self-sacrifice” (Nachtwey et al. 2020: 57). Other collective symbols employed during the protests explicitly evoke this narrative of self-sacrifice, for example through the idolization (and misuse) of anti-authoritarian resistance fighters such as Sophie Scholl. But protestors have also reported that they feel socially excluded and marginalized due to their participation in *Querdenken*, which shows that participating in the IR also has a social price (Reichardt et al. 2021: 7).

The benefit of IRs in general and for *Querdenken* in particular is a feeling of group solidarity, as mentioned throughout this paper. And group solidarity outweighs the costs of the perceived self-sacrifice. Group solidarity is the “positive and energizing feeling that comes from participating in high-intensity [IRs]”, (Collins 1993: 208), which *Querdenken* has proven to be. And this feeling of group solidarity is what motivates actors to participate in the IR again and again – they want to relive those feelings (Collins 1993: 209). And as the speaker of *Querdenken*, Michael Ballweg, in proclaiming the QAnon slogan “Where we go one we go all” (Blume 2020) exemplifies, *Querdenken* is aware of how group solidarity ties people together and onto itself.

Conclusions and Limitations

This paper analyzed how the rationality of *Querdenken* could be ascertained as the protests are a trade-off between protecting one's health and upholding democratic freedoms. Given the emotional and affective character of the protests, Collins' (1993) theory on emotionality as a common denominator of rational action was employed. *Querdenken* was identified as a high-intensity interaction ritual (IR), that is physically dense, has a high group boundness and focus of attention, and a common emotional mood which produce group solidarity, emotional energy, and collective symbols. The benefit of group solidarity outweighs the costs of protestors' perceived self-sacrifice. *Querdenken* stands out because the IR is constantly present to those subscribing to the group's ideology online. This, together with the high emotional payoff and the creation of collective symbols, explains why the protests were repeatedly held. Emotionality therefore served to explain the protestors' rationalization of their social action.

However, there are manifold limitations and caveats, some of which can be ascribed to the limited scope of the paper and the limited amount of data on *Querdenken*. Concerning the former, it was not possible to analyze the market of IRs (Collins 1993), which could explain if protests have subsided because people were able to resume their work due to the easing of restrictions, or because they now can derive their EE again from work situations (ibid.: 219-220). However, it is not clear whether the *Querdenken* protests have stopped altogether or merely subsided for the time being. It is possible that the protest movement will flare up again with the emergence of the Delta variant and ensuing restrictions. Another limit is presented by the data: as Nachtwey et al. (2020: 4) concede, there are possible data biases in their study. As *Querdenken* participants are generally skeptic of science, they might have willingly not participated in the conducted study. Furthermore, there is the possibility of an over coverage of persons who wanted to portray the protests in a more positive light, therefore not answering truthfully. Possible future research could analyze how the market of IRs affected the protest (once the pandemic is over) and why the protests against COVID restrictions were particularly strong in German speaking countries (Nachtwey et al. 2020: 63).

References

- Bialasiewicz, Luiza/Eckes, Christina (2021): 'Individual Sovereignty' in Pandemic Times – A Contradiction in Terms? In: *Political Geography*, 85.
- Blume, Michael (2020): Querdenken 2020: Der neue Süd-Nord Konflikt. In: *Blätter für Deutsche und Internationale Politik*, Dezember 2020, 69-74.
- Collins, Randall (1993): Emotional Energy as the Common Denominator of Rational Action. In: *Rationality and Society*, 5 (2), 203-230.
- Habermas, Jürgen/Günther, Klaus (2020): Kein Grundrecht gilt grenzenlos. In: *Die Zeit* am 06.05.2020. Text abrufbar unter: <https://www.zeit.de/2020/20/grundrechte-lebensschutz-freiheit-juergen-habermas-klaus-guenther/komplettansicht> (Zugriff am 03.05.2021).
- Koos, Sebastian (2021): Die 'Querdenker.' Wer nimmt an Corona-Protesten teil und warum? Ergebnisse einer Befragung während der „Corona-Proteste“ am 04.10.2020 in Konstanz. Text abrufbar unter: <https://kops.uni-konstanz.de/handle/123456789/52497> (Zugriff am 10.12.2021).

Nachtwey, Oliver/Schäfer, Robert/ Frei, Nadine (2020): Politische Soziologie der Corona Proteste. Grundausswertung. DOI: 10.31235/osf.io/zyp3f. Universität Basel. Text abrufbar unter: https://edoc.unibas.ch/80835/1/20210118133822_6005813e51e0a.pdf.

Reichardt, Sven/Pantenburg, Johannes/ Sepp, Benedikt (2021): Corona Proteste und das (Gegen-) Wissen sozialer Bewegungen. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 71 (3-4), 22-27.

6. Inwiefern ist die Corona-Pandemie eine gesellschaftliche Katastrophe für Bremen

Mirelle Dierksen

Einleitung

Die Verbreitung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 wurde Ende Januar 2020 zunächst von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) als „eine gesundheitliche Notlage von internationaler Tragweite“ und im März 2020 als Pandemie eingestuft (Auswärtiges Amt 2020; WHO 2020). Auch Deutschland ist von der weltweiten Verbreitung des neuen Coronavirus betroffen. Bayerns Ministerpräsident Marcus Söder hatte aufgrund der starken Verbreitung des Virus zeitweise den Katastrophenfall für Bayern ausgerufen (Bayerische Staatskanzlei 2020: 6). Mit Beendigung des Katastrophenzustands warnte Bayerns Innenminister Joachim Hermann, dass die Gefahr nicht gebannt sei und es sich „von Beginn [an] [...] um eine Katastrophe in einer noch nie dagewesenen Dimension“ handelte (Bayerisches Staatsministerium des Inneren, für Sport und Integration 2020). Kein anderes Bundesland ist in diesen Ausnahmezustand übergegangen. Gerade in Anbetracht der aktuellen Entwicklungen der Pandemie und der unterschiedlichen Reaktionen darauf, stellt sich die Frage, inwiefern es sich bei der Corona-Pandemie um eine gesellschaftliche Katastrophe handelt. Da die regionale Betroffenheit und die Maßnahmen unterschiedlich ausfallen, wird sich auf die Stadt Bremen fokussiert (WHO 2020). Außerdem wird sich auf den ersten Lockdown¹⁵ von Anfang März bis Mitte April 2020 als Herunterfahren des öffentlichen und privaten Lebens beschränkt, da sich die Situation sehr dynamisch verändert und dies ein abgrenzbarer Zeitraum mit eigener Eindämmungsstrategie und eigenem Geschehen ist (Klosa-Kückelhaus 2020). Außerdem war hier das soziale Leben stark beschränkt. Um die Relevanz der Ausbreitung des Virus für das soziale Leben analysieren zu können, muss zunächst eine Risikoeinschätzung und -bewertung zur Erfassung der Ereignisschwere erfolgen. Anschließend wird der Lockdown als Maßnahme zur Eindämmung des Infektionsgeschehens und damit der Reduktion des Risikos betrachtet. Auf dieser Grundlage können Schwere und Ausmaß als Basis einer Beurteilung als Katastrophe dienen. Im Weiteren wird die Frage, ob die SARS-CoV-2-Pandemie eine gesellschaftliche Katastrophe in Bremen während des ersten Lockdowns darstellt, diskutiert. Dafür wird zunächst analysiert, inwiefern es sich um ein modernes Risiko als Antizipation einer Katastrophe nach Becks Modernisierungstheorie handelt und inwieweit die Pandemie zu einem sozialen Wandel in Bremen geführt hat. Nachdem diese Aspekte dargestellt wurden, wird diskutiert, inwiefern die Pandemie eine Katastrophe als besondere Form des sozialen Wandels darstellt. Dazu wird der Begriff der Katastrophe theoretisch verortet. Der besondere Charakter des katastrophalen Wandels wird durch die

¹⁵ Die Bezeichnung „Lockdown“ bedeutet im Englischen „a state of isolation, containment, or restricted access, usually instituted for security purposes or as a public health measure“ (Oxford English Dictionary 2020). Alternativ wurde parallel der Begriff des Shutdowns verwendet, der die dauerhafte oder zeitweise Schließung eines Unternehmens bezeichnet (Collins o.J.). Im Folgenden wird der Begriff Lockdown genutzt, da sich dieser in seiner Häufigkeit durchgesetzt hat und den Zustand während der Pandemie treffender ausdrückt, da durch die Maßnahmen mehr als Unternehmen betroffen waren (Klosa-Kückelhaus 2020).

Herausarbeitung des hervorgerufenen Entsetzens deutlich. Anschließend wird geprüft, welche Katastrophenprozesse im ersten Lockdown in Bremen durchlaufen wurden. Hierbei wird die Katastrophenentstehung durch das FAKKEL-Stadienmodell von Clausen dargestellt. Abschließend wird eine zusammenfassende Aussage in Bezug auf die Fragestellung getätigt und ein Ausblick dazu gegeben, was die Erkenntnisse für die Einschätzung der Pandemie bedeuten.

Bewertung des Risikos durch SARS-CoV-2 und COVID-19 sowie des Lockdowns als Antwort auf das Risiko

Die Risikobewertung beschreibt die Situation für die gesamte Bevölkerung, nicht für einzelne Individuen (RKI 2020d). Um das Risiko zu bestimmen, werden gemäß des Robert Koch-Instituts die Übertragbarkeit, die Krankheitsschwere und die Belastung des Gesundheitssystems zugrunde gelegt. Das Übertragungsrisiko ist generell hoch (RKI 2020d). Bei infizierten Personen werden hauptsächlich milde Erkältungserkrankungen ausgelöst, es können aber auch schwere und tödliche Krankheitsverläufe auftreten (RKI 2020c). Außerdem sind Langzeitfolgen derzeit nicht vollständig abzuschätzen (RKI 2020c). Hinzu kommt, dass während des Lockdowns kein Impfstoff zum Schutz vorhanden gewesen ist (RKI 2020c). Die Auslastungsgrenze der intensivmedizinischen Kapazitäten wurde im ersten Lockdown in Bremen nicht erreicht (DIVI Intensivregister 2020). Hierbei ist zu beachten, dass auch die personelle Situation für die Behandlung und Versorgung entscheidend ist. So beschrieb die Bremer Gesundheits-senatorin die medizinische Personalauslastung „zwar [als] angespannt, aber zu bewältigen“ (Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz (SGFV) 2020). Bremer Behörden und andere Institutionen, die sich für die Bekämpfung der Pandemie einsetzen, standen allerdings an ihrer Belastungsgrenze (SGFV 2020). Nach diesen Faktoren handelt es sich um „eine sehr dynamische und ernst zu nehmende Situation“ (RKI 2020d). Das Risiko für die deutsche Bevölkerung ist im ersten Lockdown hoch, für Risikogruppen sehr hoch eingestuft worden (RKI 2020d).

Auf das Risiko reagierte Deutschland mit einem bundesweiten Lockdown (RKI 2020e: 7). Im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie hat sich der Begriff als Bezeichnung für die getroffenen Maßnahmen zur Eindämmung des Virus etabliert (Klosa-Kückelhaus 2020). Hierunter wird das Herunterfahren des öffentlichen, gesellschaftlichen und privaten Lebens bis hin zum Stillstand verstanden (Klosa-Kückelhaus 2020). Erste generelle Eindämmungsmaßnahmen wurden in Bremen, nachdem die ersten Infektionen verzeichnet wurden, durch Allgemeinverfügungen des Ordnungsamtes ab dem 10.03.2020 erlassen (RKI 2020h; Ordnungsamt Bremen 2020a). Ziel des Lockdowns war die Verbreitung des Virus zu verlangsamen, um die Erkrankungswelle zeitlich zu strecken und die Auslastung medizinischer Versorgung an Hochständen besser bewältigen zu können (RKI 2020b: 3). Außerdem konnten dadurch mehr wissenschaftliche Erkenntnisse über das Virus erarbeitet werden, um besser reagieren zu können. Während des Lockdowns war in Bremen ein linearer Anstieg der Infektionszahlen zu verzeichnen (vgl. RKI 2020f). Auch zu Todesfällen ist es gekommen (SGFV 2020). Erste Lockerungen der Maßnahmen fanden ab dem 20.04.2020 statt (vgl. Freie Hansestadt Bremen 2020b: 205-223). Anschließend wurde das öffentliche und gesellschaftliche Leben sukzessiv wieder fast vollständig geöffnet. Die Ausbreitung des Virus sollte eingedämmt und gleichzeitig das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben möglichst wenig eingeschränkt werden, um weitere Folgen hierfür zu verhindern, weshalb der Lockdown zeitlich beschränkt und ein höheres

Infektionsgeschehen akzeptiert wurde (RKI 2020g). Insgesamt wurden zur Eindämmung der Verbreitung des Coronavirus in Bremen grundlegende Einschränkungen der Grundrechte legitimiert und soziale und wirtschaftliche Folgen hingenommen.

Frage der sozialen Katastrophe durch die Corona-Pandemie in Bremen

Inwiefern ist die Corona-Pandemie ein modernes Risiko?

Da Risiken die Antizipation von Katastrophen sind, ist zunächst zu prüfen, ob die Pandemie ein modernes Risiko ist (Beck 2017: 29). Die aktuell stattfindende Modernisierung verläuft den Rahmenbedingungen der Industriegesellschaften entgegengesetzt (Beck 2020: 19). Dies führt in eine andere, zweite Moderne (Volkman 2000: 24). Es sind gerade die Erfolge der Modernisierung, die die Moderne mit ihren eigenen Folgen konfrontiert (Beck 2017: 24). Dadurch wird sie reflexiv, das heißt, sie thematisiert sich selbst (Beck 2020: 26). Diese reflexive Modernisierung ist der Wandel in eine zweite Moderne, die als Konfrontation latenter Nebenfolgen in Form von Modernisierungsrisiken der Industriegesellschaft den Übergang in die Risikogesellschaft bildet (Volkman 2000: 24; Beck 2020: 17). Fraglich ist, ob die Corona-Pandemie in der Übertragung eines Krankheitserregers von einem Tier auf den Menschen oder durch die Freisetzung aus einem biotechnologischen Labor ihren Ursprung hatte (Wiesendanger 2021). Diese Frage ist allerdings auch nicht zentral für die Bewertung als modernes Risiko. Ausschlaggebend ist, ob sich eine Infektionskrankheit, die von Mensch zu Mensch übertragbar ist, durch moderne Umstände weltweit verbreitet hat. Eine weltweite Verbreitung in der Geschwindigkeit und Intensität wie bei der Corona-Pandemie ist nur durch eine globale Vernetzung möglich. Eine solche ist geschaffen durch die Globalisierung, die eine Erhöhung der Intensität globaler sozialer Beziehungen darstellt, wodurch Ereignisse Vorgänge an entfernten Orten beeinflussen (Giddens 1997: 85). Diese Globalisierung ist durch die Moderne ermöglicht (Giddens 1997: 30). Durch die Globalisierung hat das Schaffen von Gefahren und Risiken an einem Ort Konsequenzen für einen anderen, auch wenn dieser nicht zwangsläufig von den Chancen profitiert (Beck 2020: 29). Dadurch wird eine Weltgefahrgemeinschaft geschaffen, die auch nur als solche bekämpft werden kann (Beck 2017: 27). Dies wird in der Corona-Pandemie vielfach deutlich. So bestand während des ersten Lockdowns ein Mangel an medizinischer Schutzausrüstung in Bremen (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (BPB) 2020). Verschärft wurde dieser Zustand insbesondere durch die Angewiesenheit Deutschlands von Importen an Schutzausrüstung aus Asien (BPB 2020). Ein Mangel hiervon, der durch fehlende Importe bedingt sein kann, kann zu - vor allem unter medizinischem Personal - erhöhten Infektionszahlen führen, welches dann wiederum bei der Versorgung von COVID-19 Patient*innen fehlt (vgl. BPB 2020). Dadurch kann das Gesundheitssystem überlastet werden (vgl. BPB 2020). Durch unterschiedliche regionale Auslastungen wird auch die Globalität der Pandemie deutlich, da in der Globalität die Möglichkeit der gegenseitigen humanitären Hilfe liegt. So hat Bremen beispielsweise zwei französische Staatsbürger*innen mit COVID-19 aufgenommen, um die dortige medizinische Versorgung der schwer Erkrankten zu gewährleisten (Gesundheit Nord Klinikverbund Bremen 2020). Insofern ist die Pandemie wohl auch Produkt der Nebenfolgen der modernen Erfolge. Diese Konfrontation mit nicht intendierten Folgen von Handlungen kann katastrophal sein (Beck 2020: 26; Dombrowsky 1981: 751).

Diese Nebenfolgen bestimmen das Leben in der Welt (vgl. Beck 2020: 10). Die Verbreitung des neuartigen Coronavirus bestimmt, insbesondere durch die Eindämmungsmaßnahmen, ebenfalls das gesamte gesellschaftliche Leben. Das öffentliche Leben wird durch die Bekämpfungsstrategien dominiert (vgl. Freie Hansestadt Bremen 2020a). Alle gesellschaftlichen Teilbereiche sind von den Bestimmungen und Beschlüssen mindestens indirekt betroffen (vgl. Freie Hansestadt Bremen 2020a). Hier verbindet sich auch, für ein modernes Risiko typisch, bisher Geltendes mit Neuem (Beck/Lau 2005: 122). „Je mehr Ent-Grenzung und Ent-Unterscheidung, desto mehr Ab- und Eingrenzung [...], die die Sowohl-als-auch-Logik eröffnet“ (Beck/Lau 2005: 131). Die „Logiken“ der Teilsysteme sind nicht ausgehebelt, sie werden „lahmgelegt“ von dem Druck der Beteiligung an der Pandemiebekämpfung durch die Einhaltung und das Erstreben von eindämmenden Maßnahmen, der durch das Recht in die anderen Teilsysteme gelangt (Henkel 2020: 41). Aufgrund dieser Verzahnung führen Veränderungen in einem Teilbereich zu Folgeproblemen in anderen (Beck/Lau 2005: 116). Dies führen dazu, dass die Gesellschaft als Gesamtheit unter Veränderungsdruck gerät (Beck/Lau 2005: 116). Das social distancing beispielsweise wird Gegenstand aller Handlungen und verändert und verbindet sich so mit den bestehenden sozialen Erwartungen (Centers for disease control and prevention 2020). Beispielsweise wird deutlich, dass sich die Erwartungshaltung an Eltern durch die Pandemiesituation verändert hat. Der moderne Wandel hin zu einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie erfährt durch die Pandemie eine Veränderung. Da mehr Berufstätige aus dem Homeoffice arbeiten und Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen während des ersten Lockdowns eingeschränkt geöffnet hatten, erhielt die Trennung von Arbeit und Privatleben eine neue Art der Ausgestaltung und konnte weniger durch eine örtliche Trennung erfolgen (Blom et al. 2020: 5; Ordnungsamt Bremen 2020d: 1). Denn so waren viele Eltern gezwungen sowohl die Kinderbetreuung als auch die Arbeit und den Haushalt von Zuhause aus zu übernehmen, was betroffene Familien vor Probleme stellt (Müller et al. 2020). Die Trennung von Familie und Beruf wird so verändert, aber nicht vollständig aufgehoben. Insbesondere, da die Ausübung von Berufen vor Ort durch die Kindernotbetreuung aufrechterhalten wurde (Ordnungsamt Bremen 2020b: 1-2).

Die Corona-Pandemie ist zumindest durch die Moderne begünstigt und führt zu pluralen Strukturen, aber weiterhin ist zu prüfen, ob sie auch ein Risiko für die Gesellschaft darstellt. Die zweite Moderne ist charakterisiert durch ein neues „askriptives Gefährdungsschicksal“, das sie zu einer Risikogesellschaft macht (Beck 2020: 8). Mit der Produktion von Reichtum werden Risiken produziert (Beck 2020: 25). Risiken sind nicht wahrnehmbare globale Gefährdungen, die die Menschheit als Gesamtheit und das Leben auf der Welt bedrohen, da sie nicht mehr an den Ort ihrer Entstehung gebunden sind und potenziell jeden treffen können (Beck 2020: 29). Durch die globale Verbreitung betrifft eine Pandemie alle Menschen und ist gerade nicht an den Entstehungsort gebunden. Dies geht in der Corona-Pandemie insbesondere dadurch hervor, dass sie zwar in Wuhan ihren Ursprung hatte, später aber weltweit auftrat (Auswärtiges Amt 2020). Das Risiko einem tödlichen Virus ausgesetzt zu werden, ist demnach nicht mehr individuell, sondern „aus dem Konsequenzbereich der Wagenden herausgetreten. Insbesondere, da die Ursachen von solchen supranationalen Gefährdungen nicht kausal zugeordnet werden können“ (Dombrowsky: 2014: 20). So ist es beispielsweise heute kaum möglich grenzüberschreitenden Verkehr zu verhindern oder gar die Landesgrenzen völlig zu schließen. Das Virus wurde nach Deutschland und Bremen importiert (RKI 2020e: 7). Die ersten Bremer Fälle sind aus

einem Skigebiet eingereist, das zu dem Zeitpunkt ein Hotspot der Infektionen darstellte (Pressestelle des Senats 2020b; Pressestelle des Senats 2020c). Das Risiko an sich stellt zwar noch keine Katastrophe dar, ist aber die Antizipation einer solchen (Beck 2017: 29). Daher werden Risiken auch unberechenbar (Beck 2017: 34). Bei Corona ist die antizipierte Katastrophe der Zusammenbruch der medizinischen Versorgung.

Verstärkt wird diese generalisierte Gefährdung dadurch, dass ein Virus, so wie moderne Risiken, nicht wahrnehmbar ist (Beck 2020: 29). Ohne einen medizinischen Nachweis, ist unbekannt welche Personen infiziert sind. Verstärkt wird dies durch die Möglichkeit von symptomlosen Infektionen. Dadurch wird auch die Gefährdung durch das Virus wissensabhängig. Die komplexen Zusammenhänge liegen jenseits des alltäglichen Wissens, sodass allein die Wissenschaft über die Definitionsmacht von Risiken verfügt (Volkman 2000: 27-28). Erst durch das Wissen um das Risiko entsteht Betroffenheit (Volkman 2000: 27-28). Es entsteht Ungleichheit in dem Wissen um Risiken und in den Möglichkeiten sich ihnen zu entziehen (Beck 2017: 22; Beck 2020: 47). So entstehen neue Konflikte (Beck 2017: 27). Es hat sich zum Beispiel bundesweit, aber auch in Bremen eine Gruppierung zusammengefunden, die sich als „Querdenker“ verstehen (Pressestelle des Senats 2020a). Sie bezweifeln die Existenz des Virus und kritisieren die Eindämmungsmaßnahmen der Politik (Pressestelle des Senats 2020a). Die Demonstrierenden treffen sich, teilweise ohne die Einhaltung von Hygienemaßnahmen, in großen Gruppen zu Demonstrationen und setzen sich so einem erhöhten Infektionsrisiko aus (Pressestelle des Senats 2020a). Ihr Nichtwissen um die Gefahr erhöht somit ihr Risiko und das unbeteiligter Dritter (Pressestelle des Senats 2020a). Obwohl Risiken durch das Wissen um sie entstehen, erwachsen sie in Unwissenheit (Beck 2017: 22). Um ein Bewusstsein für die Gefahr durch das Coronavirus zu schaffen, arbeitet das Robert Koch-Institut die Situation auf (RKI 2017; vgl. RKI 2020d). Dieses geschaffene Gefahrenbewusstsein soll Grundlage für eine Bekämpfung darstellen. Hinzu kommt, dass neben neuen Verteilungsformen von Risiken auch eine generelle Risikobetroffenheit entsteht (vgl. Beck 2020: 46-58). So hat jeder ein individuelles Risiko und dennoch verbreitet sich das Virus auch in der gesamten Bevölkerung (RKI 2020d). Diese Erkenntnis, dass die Nebenfolgen der Moderne und ihre Gefahren nicht kontrollierbar sind, bestimmt die Risikogesellschaft grundlegend (Beck 2017: 39). Die Welt wird, ohne dass sie sich wahrnehmbar verändert, unfassbar (Beck 1987: 160). Daher entsteht Angst, mit der Menschen auf die produzierten Risiken reagieren (Beck 1987: 160). So haben 37 % der deutschen Bürger*innen Angst an COVID-19 zu erkranken, was COVID-19 an siebte Stelle der gefürchtetsten Krankheiten stellt (FORSA 2020).

Risiken bergen dabei zum einen Chance und zum anderen Gefahr (Beck 2017: 20). Sie beinhalten künftige potenzielle Gefahren als Nebenfolge der Chancen von Erfolgen der Moderne (Beck 2017: 19). Wo es Risikoverlierer*innen gibt, gibt es auch -gewinner*innen (Beck 1987: 167). So auch durch die Corona-Pandemie, die unter anderem Industrien im pharmazeutischen Bereich oder dem Einzelhandel durch Hamsterkäufe Umsatzsteigerungen erbrachte (vgl. Statistisches Bundesamt (Destatis) 2020b). Beispielsweise hat die Pandemie außerdem zu einem Diskurs zur gesellschaftlichen Anerkennung und entsprechender Bezahlung von Pflegekräften geführt (Pressestelle des Senats 2020d). Aber auch andere goods sind aus den bads der Pandemie hervorgegangen. Ein Beispiel hierfür ist, dass andere Atemwegserkrankungen durch die Maßnahmen verringert wurden (RKI 2020h: 7-8).

Insgesamt zeigt sich, dass die Corona-Pandemie ein modernes Risiko darstellt, das durch Nebenfolgen der Moderne bedingt ist. Als solches ist sie während des ersten Lockdowns in Bremen die Antizipation einer Katastrophe (Beck 2017: 29).

Inwiefern führt die Corona-Pandemie zu sozialem Wandel?

Als globale Gefährdung durch ein modernes Risiko, das auch die Stadt Bremen gefährdet, stellt sich die Frage, inwiefern dieses Risiko zu sozialem Wandel in Bremen führt. Zu sozialem Wandel kommt es durch soziale Prozesse. „Soziale Prozesse sind kontinuierliche, langfristige [...] Wandlungen der von Menschen gebildeten Figurationen oder ihrer Aspekte in einer von zwei entgegengesetzten Richtungen“ (Elias 2018: 361). Dabei können auch Entwicklungen in beide Richtungen auftreten (Elias 2018: 361). Der aus diesen sozialen Prozessen resultierende soziale Wandel findet permanent statt (Dahrendorf 1957: 134-135). Sozialer Wandel hat nach Dahrendorf zwei Dimensionen (Clausen 2008: 839). Zum einen ist er gekennzeichnet durch seine Rapidität, also die Intensität des Wandels, die durch die Geschwindigkeit bestimmt, inwieweit bisherige Routinen greifen (Clausen 1994: 23). Die Geschwindigkeit der Veränderungen durch die Verbreitung des Coronavirus ist so schnell, dass bisherige Routinen wenig greifen. So wurde zum Beispiel das Händeschütteln zur Begrüßung als soziale Norm im Sinne des social distancing unterlassen. Es herrscht Unsicherheit in der Bevölkerung, welches Handeln mit der Pandemiesituation vereinbar ist (vgl. Blom et al. 2020: 3-12). Dies zeigen die Hamsterkäufe (Destatis 2020b). Außerdem werden gesetzliche Vorgaben häufig verändert. Allein zur Einführung des Lockdowns und bis zu den ersten Öffnungen des öffentlichen Lebens sind 15 Allgemeinverfügungen und Rechtsverordnungen innerhalb von einem Monat und zehn Tagen in Bremen erlassen worden (vgl. Freie Hansestadt Bremen 2021). Der Wandel ist daher sehr intensiv und in der Geschwindigkeit sehr schnell und somit als rapide anzusehen.

Zum anderen ist der soziale Wandel charakterisiert durch seine Radikalität, womit die Gewaltbarkeit der Veränderungen gemeint ist (Clausen 2008: 839; Clausen 1994: 19). Radikal ist der Wandel durch die Pandemie dadurch, dass die Bremer Bevölkerung sich fortlaufend in ihrem täglichen Leben an neue Situationen anpassen muss. Dies betrifft alle gesellschaftlichen Teilbereiche und das private und öffentliche Leben. So werden beispielsweise Bestimmungen für öffentliche und private Zusammenkünfte in den Rechtsverordnungen und Allgemeinverfügungen getroffen (vgl. Ordnungsamt Bremen 2020c: 208-209). Diese betreffen dann auch andere Teilsysteme wie beispielsweise die Religion, wo Zusammenkünfte unter anderem in Gotteshäusern verboten wurden (vgl. Ordnungsamt Bremen 2020c: 208-209). Indem die Veränderungen in unterschiedliche Teilbereiche hineinragen werden, verweben sich ihre sozialen Probleme (vgl. Dahrendorf 1957: 134-135). Dies ist während des ersten Lockdowns in Bremen in mehrfacher Hinsicht eingetreten. So divergieren beispielsweise wirtschaftliche Interessen mit denen des Infektionsschutzes. Diese gegensätzlichen Interessen müssen abgewogen werden, um gesetzlich geregelt zu werden. Galt es zunächst das öffentliche Leben möglichst wenig einzuschränken und so minimal in andere Teilbereiche einzugreifen, so hat sich die Zielsetzung auf nahezu einen öffentlichen Stillstand geändert, um auf die sich wandelnde Pandemiesituation zu reagieren (Ordnungsamt Bremen 2020a: 5; Ordnungsamt Bremen 2020c: 5-6). Dafür sind Folgen für andere gesellschaftliche Bereiche hingenommen wurden. Um diese abzuwachen, greift der Staat ein. Er unterstützt beispielsweise mit Zahlungen, Steuerbegünstigungen und Fristverlängerungen einige Branchen (Bundesministerium der Finanzen 2020).

Demnach führt die Corona-Pandemie in Bremen während des ersten Lockdowns zu einem sozialen Wandel gesellschaftlicher Strukturen. Inwieweit sich diese Veränderungen auch durchsetzen, wird sich zukünftig zeigen. Inwiefern der durch die Pandemie bedingte Wandel auch katastrophal ist, muss weiter geprüft werden.

Inwiefern weist die Corona-Pandemie Charakteristiken einer Katastrophe auf?

Da Risiken wie die Corona-Pandemie mit ihrer Realisierung zu Katastrophen werden können, muss geprüft werden, inwiefern die Corona-Pandemie in Bremen die Charakteristiken einer Katastrophe erfüllt (Beck 2017: 29). Katastrophen sind eine besondere Form sozialen Wandels, die extrem verläuft (Clausen 2008: 839; Clausen 1994: 17). Insofern sind sie auch aufgrund dessen, dass sie einen „Extremfall der möglichen sozialen Verflechtung“ darstellen, etwas Normales (Clausen 1994: 15). Sie kennzeichnen sich durch einen extrem intensiven, radikalen Wandel, da er sämtliche soziale Konflikte betrifft und zudem als extrem rapiden Wandel, der sich immer „zu schnell“ vollzieht und unerwartet einsetzt (Clausen 2008: 839). Hinzu kommt eine dritte Dimension des Wandels, die charakteristisch bei Katastrophen ist: die Ritualität gibt den Grad an Kausalität der Entwicklung an (Clausen 2008: 839). Es werden Erklärungen für die sich überschlagenden Ereignisse gesucht (Clausen 1994: 22). Das Entsetzliche an Katastrophen sorgt dafür, dass irrationale Erklärungen nachvollziehbarer scheinen, weil auch bei rationalen Erklärungen eine Ursache offenbleibt (Clausen 1994: 22). Kausalketten können von dem Großteil nicht mehr nachvollzogen werden, sodass die Ursachen nur von Fachleuten verstanden werden (Clausen 2008: 836). Deshalb treten an die Stelle von säkularen magische Ursachenzuschreibungen (Clausen 2008: 836). So kommt es, dass Katastrophen entsetzende soziale Prozesse sind (Clausen 2008: 835). Die Geschehnisse werden zwar im Vorhinein geahnt und als Gefahr wahrgenommen, liegen aber außerhalb rational planbarer Risiken (Clausen 2008: 835). Wenn Unheil von solchen undurchschaubaren Ursachen hervorgerufen wird, entsetzen sie (Clausen 2008: 835). Die Corona-Pandemie in Bremen löste kein Entsetzen aus. Dass die Globalisierung Risiken birgt, die eine universelle Betroffenheit der Menschen bedeuten, ist durch die Wissenschaft bekannt (Henkel 2020: 40). Zwar liegt eine solche pandemische Verbreitung außerhalb planbarer Risiken, dennoch war die weltweite Verbreitung von Krankheitserregern durch zunehmende Mobilität eine bekannte Gefahr (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Gesundheit (BMZ) 2020: 2). Eine Übertragung von Krankheitserregern durch globale Vernetzung ist bereits verzeichnet worden (vgl. BMZ 2020: 2). Somit birgt die Pandemie zwar Unheil, allerdings nicht durch undurchschaubare Ursachen, diese waren bereits bekannt, sondern durch Rapidität. Daher löst die Pandemie nur bedingt Entsetzen aus. Dies geschieht bei zugespitzten Lagen, wenn vom System nicht mehr richtig reagiert werden kann. So wie zu Pandemiebeginn in Italien, wo strenge Maßnahmen ergriffen wurden, um eine weitere Zuspitzung und eine völlige Überlastung des Systems, dessen Grenze erreicht wurde, zu verhindern (Die Bundesregierung 2020). In Bremen jedoch waren medizinische Versorgung und Funktionsfähigkeit der Einrichtungen zur Pandemiebekämpfung während des ersten Lockdowns gewährleistet (BPB 2020; SGFV 2020).

Dennoch weist die Pandemie einige Merkmale von Katastrophen auf. Katastrophen bedeuten das entsetzliche Ende aller Sicherheit, die die Gesellschaft durch eingespielte Prozesse erschaffen hat, indem sich alles betreffende Ereignisse so überschlagen, dass nichts mehr wie erwartet

funktioniert (Clausen 1994: 19). Die Verbreitung des Virus bedeutet in einigen Aspekten das Ende von Sicherheiten, auch wenn es nicht zu einem völligen Systemeinbruch kam. Sichtbar wird dies daran, dass das Risiko für die gesamte Bevölkerung als hoch eingestuft wurde (RKI 2020d). Es lässt sich nicht auf bestimmte Aspekte herunterbrechen (RKI 2020d). Hinzu kommt, dass kaum Schutz wie eine Impfung vor dem Virus bestand (RKI 2020d). Durch das Virus gehen Sicherheiten auch im täglichen Leben verloren. „Das Coronavirus verändert den Alltag der Menschen in Deutschland“ (Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung 2020). Vorherige Routinen greifen daher wenig. Allerdings kann nicht, wie für Katastrophen grundlegend, bestätigt werden, dass nichts mehr funktioniert wie erwartet. Es gibt durch die sich schnell verändernde Infektionssituation und Eindämmungsmaßnahmen viele schnelle Veränderungen, aber insgesamt funktionieren die gesellschaftlichen Strukturen, insbesondere die Teilsysteme noch (vgl. Freie Hansestadt Bremen 2021; Henkel 2020:41). So stellt zwar die „dynamische Entwicklung des neuartigen Coronavirus sowie die notwendigen Schutzmaßnahmen [...] unsere Gesellschaft und jeden Einzelnen [...] vor große Herausforderungen“, aber ihre teilsystemimmanenten Logiken sind weiterhin funktionsfähig (Senatskanzlei 2020; Henkel 2020: 41). So ist die Schließung von Gotteshäusern und das Verbot größerer Zusammentreffen, auch über Feiertage, für die Religion eine Herausforderung, aber nicht so extrem, dass dieses Teilsystem funktionsunfähig wäre (Ordnungsamt Bremen 2020c; Henkel 2020: 40-41).

Katastrophen sind Produkte menschlichen Handelns. Sie sind „Manifestationen eines permanent während jeden Tätig-Seins mitproduzierten Katastrophischen“ (Dombrowsky 1981: 751). Diese nicht intendierten Folgen des Handelns kollidieren mit dem Intendierten und manifestieren sich als Unglücke oder Katastrophen (Dombrowsky 1981: 751). Gleiches gilt für die Verbreitung des neuartigen Coronavirus. Die Globalisierung ist ein intendiertes modernes Produkt, dessen Grenzenlosigkeit täglichen Handelns gewollt ist und daher alle zu Anpassungen zwingt (Beck 1997: 44). Die Pandemie ist dabei ein nicht intendiertes Nebenprodukt dieser global vernetzten Welt (BMZ 2021: 2). Das Virus wird unbeabsichtigt global exportiert. So haben sich auf der „Diamond Princess“, einem Kreuzfahrtschiff, das in Quarantäne versetzt wurde, 619 Menschen infiziert (Rocklöv et al. 2020: 1-2). Die Folgen sind dann abhängig von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen (Ruhrmann/Kohring 1996: 28). Ob ein Gesundheitssystem überlastet wird, liegt demnach neben der Belastung auch im System begründet. Das deutsche Gesundheitssystem hat hier, trotz sehr hoher Auslastung in einigen Bereichen bereits vor der Pandemie, zusätzliche Kapazitäten geschaffen (BPB 2020). Dies allerdings auch, indem planbare Operationen ausgesetzt wurden (Freie Hansestadt Bremen 2020: 175). Hinzu kommt, dass sozial bestimmt wird, wann es sich um eine Katastrophe handelt, da die Bezeichnung eines Ereignisses als Katastrophe kommunikativ ausgehandelt wird (Ruhrmann/Kohring 1996: 19-20). So hat nur Bayern eine Katastrophe ausgerufen als ganz Deutschland von der Pandemie betroffen war (vgl. Bayerische Staatskanzlei 2020: 3). Neben politischen Aspekten und der Aushandlung des Begriffs, liegt dies auch in dem individuellen Infektionsgeschehen und der Situation des Bundeslandes begründet. Bei Ausrufung des Katastrophenfalls verzeichneten Österreich und Italien große Infektionsgeschehen, zu denen Bayern eine geographische Nähe hat (vgl. Bayerische Staatskanzlei 2020: 3).

Insgesamt erfüllt die Corona-Pandemie in Bremen zwar einige Merkmale einer Katastrophe, allerdings nicht alle und ist daher keine Katastrophe. Zwar wird nur bedingt Entsetzen durch Corona in Bremen ausgelöst, dennoch handelt es sich um zu schnelle und unerwartete

Ereignisse. Außerdem bedeutet das Virus in unterschiedlichen Aspekten das Ende von Sicherheit für die Bremer Bevölkerung. Hinzu kommt, dass die Pandemie wie Katastrophen Produkt menschlichen Handelns ist, da sie durch die globale Mobilität der Menschen bedingt ist. Auch ihre Folgen waren nicht katastrophal, insbesondere, da die Teilsysteme noch funktionierten, obwohl sie sich als sehr rapide und umfassend zeigten.

Inwiefern ist die Corona-Pandemie in ihrem Ablauf einer Katastrophe gleich?

Auch, wenn die Corona-Pandemie in Bremen im ersten Lockdown nicht alle Merkmale einer Katastrophe erfüllt, sind einige katastrophale Aspekte aufgekommen. Daher stellt sich dennoch die Frage, inwiefern der Verlauf einer Katastrophe zu erkennen ist. Zur Erklärung der Entstehung von Katastrophen in einer Gesellschaft durch einen endogenen Prozess hat Clausen das sechsstufige FAKKEL-Modell beschrieben (Clausen 1994: 841). Dies behandelt gesamtgesellschaftliche Katastrophen (Clausen 1994: 26). Alle Stadien werden durch die bereits beschriebenen Dimensionen sozialen Wandels gekennzeichnet (Clausen 1994: 22-25). Sie folgen nicht zwangsläufig aufeinander, weshalb das Modell nicht als Kreislauf zu verstehen ist (Clausen 1994: 26).

Im Stadium der Alltagsbildung, welches die gesellschaftliche Ausgangslage vor der Pandemie darstellte, gerät der zentrale Wert zur Überwindung der Katastrophe durch den erreichten Frieden aus dem Fokus, sodass das Umfeld lediglich gebändigt wirkt (Clausen 1994: 29). Dadurch werden neue Risiken als nicht intendierte Folgen des Erfolgs mitproduziert (Clausen 1994: 29). So wurden sowohl die Zoonose als auch die Verbreitung als Pandemie als Nebenprodukt der Globalisierung und anderer moderner Ursachen geschaffen (BMZ 2020: 3-4). Die Fachleute erfahren diese Entwicklung in geringerem Ausmaß (Clausen 1994: 30). Sie entwickeln ein Standesbewusstsein und das Fachwissen wird zum Berufsgeheimnis (Clausen 1994: 30). Ebenso war dies in der Pandemie der Fall, da das Risiko dieser neuen Erkrankung anfangs nicht abzuschätzen war (Die Bundesregierung 2020). Dies wurde dadurch verstärkt, dass es eine neuartige Variante eines Virus ist (RKI 2020a). Daher konnte die Bevölkerung darüber zuvor kein Wissen aufbauen. Die Fachleute, insbesondere das Robert Koch-Institut, haben Informationen eingeholt, analysiert und erforscht, wodurch dort das Monopol lag (RKI 2017: 10-11). Den Gegensatz zu den Fachleuten bilden die mehrheitlichen Laien (Clausen 1994: 30). Sie verleihen ihnen Macht, indem sie Kenntnisse darüber verlieren, wie mit den Problemen aus der Zeit vor dem Frieden umzugehen ist (Clausen 1994: 30). Da Krankheiten unterschiedlich übertragen werden und verschiedene Eigenschaften aufweisen, kennen die Bürger*innen nur die allgemeinen gängigen Hygieneregeln, die allerdings zur Bekämpfung und Eindämmung von SARS-CoV-2 nicht ausreichen (vgl. RKI 2020c). Diese Angewiesenheit der Laien auf die Fachleute verstärkt sich, indem sich durch diese Prozesse die materiale Kultur, die zuvor Werkzeug zur Bekämpfung der Notlage war, bei den Fachleuten konzentriert (vgl. RKI 2020c). Die nicht intendierten Folgen der Problemlösungen werden zwar teilweise aufgedeckt und bekämpft, aber auch durch neue Traditionen überdeckt, sodass sie zum Teil unbemerkt bleiben (vgl. RKI 2020c). Die Gesellschaft wird durch neue Probleme definiert, worauf sich die politische Herrschaft konzentriert (Clausen 1994: 31). So war auch für die bremische Regierung vor der Pandemie die Bekämpfung von Epi- und Pandemien nicht primäres Ziel von politischen Handlungen (Sozialdemokratische Partei Deutschlands et al. 2019: 91).

In dem darauffolgenden Stadium der Klassenformation lösen sich Offerten von ihrer Erfüllbarkeit los, weil der erworbene Frieden zur Tradition wird (Clausen 1994: 32). In diesem Stadium wird die Fachelite zur -klasse (Clausen 1994: 33). Es entsteht ein verborgener Klassenkonflikt, da die Fachleute ihr Fachwissen als Berufsgeheimnis haben und die Laien die Fachklasse durch Kritik gefährden (Clausen 1994: 33). Ebenso entwickelt sich die materiale Kultur in entgegengesetzte Geräte- und Systemtechniken (Clausen 1994: 35). Diese Entstehung zweier Klassen ist für die Gesellschaft wertezerstörend (Clausen 1994: 36). Damit ist die Grundlage des Friedens vernichtet, da die Werte der einen Klasse die der anderen bedrohen (Clausen 1994: 36). Dies führt dazu, dass die Kommunikation teilweise abreißt, wodurch Warnungen nicht ankommen (Clausen 1994: 36). Dies war während des ersten Lockdowns nicht bzw. eingeschränkt der Fall. Es ist zu entgegengesetzten Differenzen in den Interessen gekommen (Deutscher Bundestag 2020: 2). Die Fachleute wollten im Sinne des Infektionsschutzes möglichst umfassendes Herunterfahren des öffentlichen Lebens und umfassende Kontaktreduzierung, auch im privaten Bereich, aber viele der Laien fanden im ersten Lockdown die getroffenen Maßnahmen übertrieben (Ordnungsamt 2020e: 1; Universität Erfurt et al. 2021). Allerdings ist oberstes Ziel aller Maßnahmen die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen, was ebenfalls in ihrem Interesse liegt (Deutscher Bundestag 2020: 2).

Anschließend kommt es zum Stadium des Katastropheneintritts (Clausen 1994: 37). Risiken werden hier unkontrollierbar (Clausen 1994: 37). Zuvor vernachlässigte Probleme, Nebenfolgen von Handlungen und Folgeprobleme summieren sich, wodurch sie nicht ausreichend bekämpft werden können (Clausen 1994: 37). Dies ist durch die Corona-Pandemie nicht eingetreten (Clausen 1994: 37). Zwar ist es zu Todesfällen gekommen und eine Ausbreitung des Virus konnte nicht verhindert, aber eingedämmt werden (RKI 2020h). Durch die politischen Maßnahmen ist eine effektive Bekämpfung möglich gewesen (RKI 2020i). Die Laien werden aufgrund erster Warnungen unsicher, können aber die Risikoquellen nicht bestimmen, weil ihnen durch vorausgegangene Entwicklungen Fachwissen fehlt (RKI 2020i). Daher ist es durch das Coronavirus zu Angst gekommen, weil den Laien medizinisches Fachwissen zur Nachvollziehbarkeit fehlt, aber Warnungen der Fachleute angenommen werden (FORSA 2020; Clausen 1994: 38). Darum wird zu irrationalen Erklärungen tendiert (Clausen 1994: 38). So wurde auch, wie durch die Bewegung der Querdenker, auf die Corona-Pandemie reagiert (Pressestelle des Senats 2020a). Auch Gerüchte verbreiteten sich. Beispielsweise wurde publiziert kein Ibuprofen bei einer COVID-19 Erkrankung zu nehmen (Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte 2021). Dies ließ sich jedoch nicht belegen (Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte 2021). Die Laien beschuldigen die Fachelite und die herrschende Machtelite, von der sie fordern ihre institutionellen Grenzen zu überwinden und einen „Katastrophen-Sheriff“ einzusetzen, der die Katastrophe bewältigen soll (Clausen 1994: 38). Da die materiale Kultur der Gesellschaft mit versagt hat, wird nicht an ihr festgehalten und improvisierte Techniken werden zugelassen (Clausen 1994: 38). Durch die Pandemie wurde dies vorangetrieben. Dies wird exemplarisch deutlich, da auf selbstgemachte und improvisierte textile Barrieren zum Schutz vor Infektionen im Alltag zurückgegriffen wurde, weil medizinische Masken nicht ausreichend zur Verfügung standen (Freie Hansestadt Bremen 2020c; BPB 2020).

Das nächste Stadium bedeutet das Ende kollektiver Abwehrstrategien (Clausen 1994: 41). Eingespinnene soziale Beziehungsgeflechte und bewährter Sanktionsaustausch als stabilisierende

Aspekte einer Gesellschaft scheitern (Clausen 1994: 41). Dies kann zu kollektiver Handlungsunfähigkeit führen (Clausen 1994: 41). Es scheint, als hätte der herrschende gegenseitige Nutzen den Kampf um Lebensressourcen verdeckt, der allmählich hervortritt (Clausen 1994: 42). Die materiale Kultur zerfällt in die Natur zurück (Clausen 1994: 43). Damit breiten sich die von der Natur ausgelösten und durch kulturelle Errungenschaften abgehaltenen Nöte aus (Clausen 1994: 43). Hinzu kommt, dass die gesellschaftliche Eindämmung von Gewaltmitteln endet und sich jeder bewaffnet (Clausen 1994: 43). Die Gesellschaft zerfällt (Clausen 1994: 43). Dies ist durch die Verbreitung des neuartigen Coronavirus nicht eingetreten. Bei Problemen wurde durch politische Maßnahmen relativierend gegengesteuert. So wurde beispielsweise der Gewinnausfall durch Schließungen und Einschränkungen bestimmter Branchen und Einrichtungen durch den Staat teilweise ausgeglichen (Bundesministerium der Finanzen 2020). Daher folgten auch alle anderen Merkmale dieses Stadiums nicht.

Daher ist es auch nicht zur Liquidation von Werten gekommen (Clausen 1994: 45). Weder das Umfeld noch die Natur erhielten Macht über die Gesellschaft, weil sie nicht durch einen Zerfall geschwächt war (ebd.; Clausen 1994: 46). Die materiale Kultur änderte sich auch nicht grundlegend, da sie keiner Auslese durch neue Strukturen unterlag (Clausen 1994: 46).

In der Friedensstiftung ist Frieden ein Zustand, der sich nicht natürlich unter Menschen einstellt, da die Gesellschaft ein konfliktreicher Sanktionsaustausch ist (Clausen 1994: 28). Obwohl es im ersten Lockdown zu diesem Stadium nicht kam, da hierfür jedermanns Bedürfnisse zu allen als gerecht empfundene und annehmbare soziale Kosten gestillt werden müssen, kann es künftig zu Frieden kommen (Clausen 1994: 27-28). Dafür muss eine Notlage im Sinne eines jeder gegen jeden überwunden werden (Clausen 1994: 27-28). Während der Pandemie wurden divergierende Interessen verfolgt, die für das Erreichen von Frieden überwunden werden müssen (Deutscher Bundestag 2020: 2; Clausen 1994: 27-28).

Insgesamt sind einige Entwicklungen zu einem Katastrophenzustand hin zwar durchlaufen, aber zum Katastropheneintritt ist es aufgrund der greifenden politischen Maßnahmen nicht gekommen. Daher wurden auch nicht alle Katastrophenstadien durchlaufen.

Fazit

Zusammenfassend ist die Corona-Pandemie wie sie in Bremen während des ersten Lockdowns verlief ein modernes Risiko, und damit die Antizipation einer Katastrophe (Beck 2017: 29). Solche Risiken haben eine zukünftige Komponente, weil sich die Schäden in die Zukunft verlagern (Beck 2020: 43). Somit sind Risiken wie die Corona-Pandemie ein drohendes Schadensereignis, das aber gerade dadurch gegenwärtige Relevanz erhält (Beck 2020: 44). Daher ist die erfolgte Einschätzung vorläufig zu betrachten. Zumal, da die Ereignisse in der Retrospektive besser zu analysieren sind und die Bewertung von weiteren Entwicklungen abhängig ist. So gewannen im späteren Verlauf weitere Aspekte, wie Virusmutation oder Impfstoff, an Relevanz (RKI 2021: 3). Nichtsdestotrotz treibt die Pandemie sozialen Wandel in Bremen voran, der bereits katastrophale Aspekte aufwies.

Insbesondere durch das bereits zu Beginn der Pandemie bestehende Katastrophenpotenzial, ist es umso bedeutender Entwicklungen zu beobachten und bedacht zu reagieren, um eine Katastrophe zu verhindern. Auch bezogen auf künftige Gefährdungen ist aufgrund der reflexiven Modernisierung mit weiteren katastrophalen Gefahren zu rechnen (Beck 1987: 169). Diese

Risiken vollziehen sich aufgrund ihres Entzuges aus der menschlichen Wahrnehmung weitgehend in Unwissenheit der Bevölkerung, da sie nur in Expertengremien erörtert werden (Beck 2020: 29; Dombrowsky 2014: 27). Deshalb ist ein Katastrophendiskurs zur Wahrnehmung von Gefährdungslagen unerlässlich, der mit der Aushandlung eines akzeptablen Risikos verbunden ist (Dombrowsky 1993a: 36). Aufgrund der Dimension der Gefährdungen, können diese nicht weiter unter Ausschluss der Öffentlichkeit gehandhabt werden, weshalb neue demokratische Mechanismen etabliert werden müssen (Dombrowsky 1993a: 34-35). Die Gesellschaft muss über Risiken entscheiden, die kollektiv getragen werden müssen, weshalb die Diskussion über Risiken eine solche über ethische und moralische Grundlagen darstellt (Dombrowsky 1993a: 38). In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage der Verantwortung. Katastrophen und Risiken sind als Nebenprodukt der Moderne menschlich produziert (Clausen 2008: 839; Beck 2020: 25; Beck 2017: 19). Ist der Mensch aber Schöpfer, so hat er auch die Verantwortung zu tragen (Dombrowsky 1993b: 30). Daher ist auch zu prüfen, inwiefern das bestehende Gefahrenabwehrsystem den zukünftigen Gefahren gerecht wird (Dombrowsky 2014: 20).

Literatur

- Auswärtiges Amt (2020): COVID-19. Text abrufbar unter: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/ReiseUndSicherheit/reise-gesundheit/covid-19/2369826> (Zugriff am 26.09.2020).
- Bayerische Staatskanzlei (2020): Bayerns Schutzschirm gegen Corona. Regierungserklärung. München.
- Bayerisches Staatsministerium des Inneren, für Sport und Integration (2020): Pressemitteilung. Corona-Pandemie - Herrmann stellt Ende des Katastrophenfalls fest. Text abrufbar unter: <https://www.stmi.bayern.de/med/pressemitteilungen/presseachiv/2020/174/index.php> (Zugriff am 11.10.2020).
- Beck, Ulrich (1987): Leben in der Risikogesellschaft. In: *Gegenwartskunde*, 36 (2), 159-170.
- Beck, Ulrich (1997): Was ist Globalisierung? Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Beck, Ulrich/Lau, Christoph (2005): Theorie und Empirie reflexiver Modernisierung. Von der Notwendigkeit und den Schwierigkeiten, einen historischen Gesellschaftswandel innerhalb der Moderne zu beobachten und zu begreifen. In: *Soziale Welt*, 56 (2), 107-135.
- Beck, Ulrich (2017 [2008]): Weltrisikogesellschaft. Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Beck, Ulrich (2020 [1986]): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. 24. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Blom, Annelies/Wenz, Alexander/Rettig, Tobias/Reifenscheid, Maximiliane/Naumann, Elias/Möhring, Katja/Lehrer, Roni/Krieger, Ulrich/Juhl, Sebastian/Friedel, Sabine/Fikel, Marina/Cornesse, Carina/Axenfeld, Julian (2020): Die Mannheimer Corona-Studie: Das Leben in Deutschland im Ausnahmezustand. Bericht zur Lage vom 20. bis 23. März 2020. Text abrufbar unter: https://www.uni-mannheim.de/media/Lehrstuehle/sowi/Blom/GIP/24-3-2020_Mannheimer_Corona-Studie_Bericht_zur_Lage_in_den_Tagen_20-23_Maerz_2020.pdf (Zugriff am 24.05.2021).

- BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Gesundheit) (2021): Initiativthema: „One Health“ in der Entwicklungszusammenarbeit. https://www.bmz.de/resource/blob/57858/876d851df750e91f490abf711db44719/OneHealth_%20Strategiepapier_NEU_v2_barrierefrei.pdf (Zugriff am 23.05.2021).
- BPB (Bundeszentrale für politische Bildung) (2020): Corona-Krise: Welche Folgen hat die Pandemie für unser Gesundheitssystem? Text abrufbar unter: <https://www.bpb.de/politik/innenpolitik/coronavirus/309530/gesundheitsversorgung> (Zugriff am 23.05.2021).
- Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (2021): Coronavirus SARS-CoV-2. Text abrufbar unter: https://www.bfarm.de/DE/Service/Presse/Themendossiers/Coronavirus/_node.html (Zugriff am 23.05.2021).
- Bundesministerium der Finanzen (2020): Gezielte Unterstützung in der Corona-Krise: Schnelle Umsetzung steuerlicher Hilfen für Gastronomie und Beschäftigte in Kurzarbeit. Text abrufbar unter: <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2020/05/2020-05-06-Hilfen-Gastronomie.html> (Zugriff am 16.05.2020).
- Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. (2020): Pressemitteilung. Verhaltensempfehlungen zum Schutz vor dem Coronavirus. BZgA: Alle können helfen, sich und andere zu schützen. Text abrufbar unter: <https://www.bzga.de/presse/pressemitteilungen/2020-03-17-verhaltensempfehlungen-zum-schutz-vor-dem-coronavirus-im-alltag/> (Zugriff am 10.10.2020).
- Centers for disease control and prevention (2020): Social Distancing. Keep a Safe Distance to Slow the Spread. Text abrufbar unter: <https://www.cdc.gov/coronavirus/2019-ncov/prevent-getting-sick/social-distancing.html#print> (Zugriff am 23.05.2021).
- Clausen, Lars (1994): Krasser sozialer Wandel. Opladen: Leske + Budrich.
- Clausen, Lars (2008): Entsetzliche soziale Prozesse: eine neue soziologische Herausforderung? In: Rehberg, Karl-Siegbert (Hrsg), Die Natur der Gesellschaft: Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006, Teilband 2. Frankfurt am Main: Campus Verlag, 835-843.
- Collins (o.J.): Shutdown. Text abrufbar unter: <https://www.collinsdictionary.com/de/worterbuch/englisch/shutdown> (Zugriff am 24.10.2020).
- Dahrendorf, Ralf (1957): Soziale Klassen und Klassenkonflikt in der industriellen Gesellschaft. Stuttgart: Ferdinand Enke Verlag.
- Deutscher Bundestag (2020): Analyse des Corona-Krisenmanagements der Bundesregierung durch einen Mitarbeiter des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Gottfried Curio, Martin Hess, Dr. Bernd Baumann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD, Deutscher Bundestag Drucksache 19/19855, Berlin: Bundesanzeiger Verlag GmbH.
- Die Bundesregierung (2020): Pressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel, Bundesgesundheitsminister Spahn und RKI-Chef Wieler. Text abrufbar unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/pressekonferenz-von-bundeskanzlerin-merkel-bundesgesundheitsminister-spahn-und-rki-chef-wieler-1729940> (Zugriff am 26.05.2021).
- DIVI Intensivregister (2020): Gesamtzahl gemeldeter Intensivbetten (Betreibbare Betten und Notfallreserve). Text abrufbar unter: <https://www.intensivregister.de/#/aktuelle-lage/zeitreihen> (Zugriff am 21.12.2020; Stand 21.12.2020).

- Dombrowsky, Wolf Rüdiger (1981): Katastrophe als soziales Handeln. In: Schulte, Werner (Hrsg.), *Soziologie in der Gesellschaft: Referate aus den Veranstaltungen der Sektionen der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, der Ad-hoc-Gruppen und des Berufsverbandes deutscher Soziologen beim 20. Deutschen Soziologentag in Bremen 1980*. Bremen: Deutsche Gesellschaft für Soziologie, 750-753.
- Dombrowsky, Wolf Rüdiger (1993a): Vom ‚Stage Model‘ zum ‚Copability Profile‘: Katastrophensoziologische Modellbildung in praktischer Absicht. In: Bundesamt für Zivilschutz (Hrsg.), *Zivilschutzforschung 14: Einführung in die Soziologie der Katastrophen*. Bonn: Osang, 81-102.
- Dombrowsky, Wolf Rüdiger (1993b): Katastrophen – Schicksalsschläge oder Menschenwerk? Gegenstand und Ergebnisse der Katastrophenforschung. In: *Gegenwartskunde*, 42 (1), 29 – 39.
- Dombrowsky, Wolf Rüdiger (2014): Gesellschaftliche Bedingungen eines adäquaten Katastrophenmanagement. In: Grün, Oskar/Schenker-Wicki, Andrea (Hrsg.), *Katastrophenmanagement. Grundlagen, Fallbeispiele und Gestaltungsoptionen aus betriebswirtschaftlicher Sicht*. Wiesbaden: Springer, 23-38.
- Elias, Norbert (2018 [1986]): Soziale Prozesse. In: Kopp, Johannes/Steinbach, Anja (Hrsg.), *Grundbegriffe der Soziologie*. 12. Auflage. Wiesbaden: Springer, 361-366.
- FORSA (2020): Angst vor Krankheiten. Text abrufbar unter: <https://www.dak.de/dak/bundes-themen/jeder-dritte-deutsche-hat-angst-vor-covid-19-2380380.html#/> (Zugriff am 16.05.2021).
- Freie Hansestadt Bremen (2020a): Verordnung zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2. Vom 03. April 2020. Bremen.
- Freie Hansestadt Bremen (2020b): Verordnung zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 (Coronaverordnung). Vom 17. April 2020. Bremen.
- Freie Hansestadt Bremen (2020c): Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2. Vom 24. April 2020. Bremen.
- Freie Hansestadt Bremen (2021): Gesetzblatt. Text abrufbar unter: (Zugriff am 24.05.2021).
- Gesundheit Nord Klinikverbund Bremen (2020): Pressemitteilung. Deutsch-französische Partnerschaft erfolgreich. Text abrufbar unter: <https://www.gesundheitnord.de/presseaktuell/pressemitteilung/deutsch-franzoesische-partnerschaft-erfolgreich.html> (Zugriff am 12.05.2021).
- Giddens, Anthony (1997 [1996]): *Konsequenzen der Moderne*. 2. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Henkel, Anna (2020): Corona-Test für die Gesellschaft. In: *Soziologie und Nachhaltigkeit, Sonderband 2: Die sozial-ökologische Transformation in der Corona-Krise*, 35-47.
- Klosa-Kückelhaus, Annette (2020): Shutdown, Lockdown und Exit. Aktuelle Stellungnahmen zur Sprache in der Coronakrise. Text abrufbar unter: https://www1.ids-mannheim.de/fileadmin/aktuell/Coronakrise/Klosa_shutdown_neu.pdf (Zugriff am 07.04.2021).
- Müller, Kai-Uwe/Samtleben, Claire/Schmieder, Julia/Wrohlich, Katharina (2020): Corona-Krise erschwert Vereinbarkeit von Beruf und Familie vor allem für Mütter – Erwerbstätige. Eltern sollten entlastet werden. In: *DIW Wochenbericht*, 87 (19), 331-340.

- Ordnungsamt Bremen (2020a): Allgemeinverfügung über das Verbot von Veranstaltungen und Menschenansammlungen zur Eindämmung des Coronavirus. Bremen.
- Ordnungsamt Bremen (2020b): Allgemeinverfügung über das Verbot des Schul- und Unterrichtsbetriebes an Privatschulen und das Verbot der Kindertagesbetreuung in nicht öffentlichen Einrichtungen der Kindertagesbetreuung und Kindertagespflegestellen in der Stadtgemeinde Bremen. Bremen.
- Ordnungsamt Bremen (2020c): Allgemeinverfügung über das Verbot von Veranstaltungen, Zusammenkünften und der Öffnung bestimmter Betriebe zur Eindämmung des Coronavirus. Bremen.
- Ordnungsamt Bremen (2020d): Allgemeinverfügung über das Verbot des Betriebes von Tagespflegeeinrichtungen in der Stadtgemeinde Bremen. Bremen.
- Oxford English Dictionary (2020): lockdown, n. Text abrufbar unter: <https://www.oed.com/view/Entry/269145> (Zugriff am 24.10.2020).
- Pressestelle des Senats (2020a): Der Senator für Inneres. Ordnungsamt untersagt große Querdenker-Demo am 5. Dezember 2020. Text abrufbar unter: <https://www.senatspressestelle.bremen.de/detail.php?gsid=bremen146.c.348478.de&asl=bremen02.c.732.de> (Zugriff am 23.05.2021).
- Pressestelle des Senats (2020b): Die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz. Zwei weitere Corona-Fälle in Bremen. Text abrufbar unter: <https://www.senatspressestelle.bremen.de/pressemitteilungen/detail.php?gsid=bremen146.c.331076.de&asl=bremen146.c.25714.de> (Zugriff am 23.05.2021).
- Pressestelle des Senats (2020c): Die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz. Aktueller Stand Corona in Bremen – Dienstag, 10. März. Text abrufbar unter: <https://www.senatspressestelle.bremen.de/pressemitteilungen/aktueller-stand-corona-in-bremen-dienstag-10-maerz-331552?asl=bremen146.c.25714.de> (Zugriff am 23.05.2021).
- Pressestelle des Senats (2020d): Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport. Corona-Pflegebonus: Bremen übernimmt ein Drittel der Kosten. Text abrufbar unter: <https://www.senatspressestelle.bremen.de/detail.php?gsid=bremen146.c.335022.de&asl=bremen02.c.732.de> (Zugriff am 26.05.2021).
- RKI (Robert Koch-Institut) (2017): Nationaler Pandemieplan Teil 1. Strukturen und Maßnahmen. Berlin.
- RKI (Robert Koch-Institut) (2020a): Informationen zum Erreger. Text abrufbar unter: https://www.rki.de/SharedDocs/FAQ/NCOV2019/FAQ_Liste.html (Zugriff am 24.04.2020; Stand 10.03.2020).
- RKI (Robert Koch-Institut) (2020b): COVID-19: Jetzt handeln, vorausschauend planen. In: *Epidemiologisches Bulletin*, 12, 3-7.
- RKI (Robert Koch-Institut) (2020c): SARS-CoV-2. Steckbrief zur Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19). Text abrufbar unter: https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Steckbrief.html (Zugriff am 21.09.2020; Stand 18.09.2020).
- RKI (Robert Koch-Institut) (2020d): Risikobewertung zu COVID-19. Text abrufbar unter: https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Risikobewertung.html?nn=13490888 (Zugriff am 10.12.2020; Stand 01.12.2020).
- RKI (Robert Koch-Institut) (2020e): Ergänzung zum nationalen Pandemieplan – Covid-19 – neuartige Coronaviruserkrankung. Vorbereitung auf Maßnahmen in Deutschland Version

- 1.0. https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Ergaenzung_Pandemieplan_Covid.pdf?__blob=publicationFile (Zugriff am 25.05.2020).
- RKI (Robert Koch-Institut) (2020f): COVID-19 Dashboard. Text abrufbar unter: <https://experience.arcgis.com/page/landing> (Zugriff am 24.10.2020; Stand 24.10.2020).
- RKI (Robert Koch-Institut) (2020g): Die Pandemie in Deutschland in den nächsten Monaten – Ziele, Schwerpunktthemen und Instrumente für den Infektionsschutz. Text abrufbar unter: https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Strategie_Ergaenzung_Covid.html?nn=13490888 (Zugriff am 09.12.2020; Stand 23.10.2020).
- RKI (Robert Koch-Institut) (2020h): Abrupter Rückgang der Raten an Atemwegserkrankungen in der deutschen Bevölkerung. In: *Epidemiologisches Bulletin*, 16, 3-6
- RKI (Robert Koch-Institut) (2020i): Auswirkungen der Maßnahmen zum Infektionsschutz auf das Wachstum der COVID-19-Epidemie: Mitgliedsstaaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), Januar - Juli 2020. Text abrufbar unter: https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Projekte_RKI/impact-control-measures-oecd-summary.pdf?__blob=publicationFile (Zugriff am 27.05.2021).
- RKI (Robert Koch-Institut) (2021): Einfluss von Impfungen und Kontaktreduktionen auf die dritte Welle der SARS-CoV-2-Pandemie und perspektivische Rückkehr zu prä-pandemischem Kontaktverhalten. In: *Epidemiologisches Bulletin*, 13, 3-23.
- Rocklöv, Joacim/Sjödin, Henrik/Wilder-Smith, Annelies (2020): COVID-19 outbreak on the Diamond Princess cruise ship: estimating the epidemic potential and effectiveness of public health countermeasures. In: *Journal of Travel Medicine*, 27 (3), 1-7.
- Ruhrmann, Georg/Kohring, Matthias (1996): Zivilschutzforschung. Bd. 27: Staatliche Kommunikation bei Katastrophen. Informationspolitik und Akzeptanz. Bonn: Bundesamt für Zivilschutz.
- Senatskanzlei (2020): Pressemitteilung des Krisenstabes Corona des Landes Bremen. Text abrufbar unter: <https://www.senatspressestelle.bremen.de/detail.php?gsid=bremen146.c.332498.de&asl=> (Zugriff am 16.01.2021).
- SGFV (Die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz) (2020): Aktueller Stand Corona in Bremen. Text abrufbar unter: <https://www.gesundheit.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen229.c.32660.de#top> (Zugriff am 30.11.2020).
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands/Bündnis90/Die Grünen/Die Linke (2019): Vereinbarung zur Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition für die 20. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft 2019-2023 Text abrufbar unter: https://www.transparenz.bremen.de/sixcms/detail.php?sort_date_d i s=%5B%2A+TO+N%20OW%5D&inkraft check d i s=%5B%2A+TO+NOW%5D&flag fruehere %20fassung s i s=off&fulltext=%2A&sort=score&order=asc&dokumententpern%20%5B0%5D=Senat%2C+Magistrat%2C+Deputation%2C+Ausschuss%FCsse+und+%20Beir%E4te&verantwortlichstellen%5B0%5D=Senatskanzlei&lizenzen%5B0%205D=CC+Namensnennung+-+Nicht-kommerziell+-+Weitergabe+unter+gleichen%20+Bedingungen&gsid=kogis_tp_berlin01.c.85851.de&searchStr=&kat=13254&fi%20leCnt=on (Zugriff am 30.11.2020).
- Destatis (Statistisches Bundesamt) (2020b): Pressemitteilung Nr. 438 vom 5. November 2020. Text abrufbar unter: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/11/PD20_438_61.html (Zugriff am 24.05.2021).

- Universität Erfurt/Robert Koch-Institut/Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung/ Leibniz-Institut für Psychologie/Science Media Center/Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin/Yale Institute for Global Health (2021): Ressourcen und Belastungen. Text abrufbar unter: <https://projekte.uni-erfurt.de/cosmo2020/web/> (Zugriff am 26.05.2021; Stand 23.04.2021).
- Volkman, Ute (2000): Das schwierige Leben in der „Zweiten Moderne“ – Ulrich Becks „Risikogesellschaft“. In: Schimank, Uwe/Volkman, Ute (Hrsg.), Soziologische Gegenwartsdiagnosen I. Eine Bestandsaufnahme, Opladen: Leske + Budrich, 23-40.
- WHO (World Health Organisation) (2020): WHO Director-General's opening remarks at the media briefing on COVID-19 – March 2020. Text abrufbar unter: <https://www.who.int/dg/speeches/detail/who-directorgeneral-s-opening-remarks-at-the-media-briefing-on-covid-19---11-march-2020> (Zugriff am 02.04.2020).
- Wiesendanger, Roland (2021): Studie zum Ursprung der Coronavirus-Pandemie: Zeitraum der Studie 01.01.2020 - 31.12.2020. Text abrufbar unter: https://epub.sub.uni-hamburg.de/epub/volltexte/2021/117923/pdf/Studie_Corona_Pandemie_Wiesendanger_final.pdf (Zugriff am 05.12.2021).

7. Soziale Auswirkungen der Corona-Pandemie

René Böhme

Einleitung

Die Corona-Pandemie stellt die größte globale Gesundheits- und Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit und eine historische Zäsur dar (Rosa 2020). Dabei ist die Pandemie in ihrem Ausmaß und den Mitteln ihrer Bekämpfung in jüngerer Vergangenheit beispiellos. Ausgehend von einem Virus, das die Lungenkrankheit COVID-19 auslöst, wurde in vielen betroffenen Staaten das öffentliche und private Leben bis in nahezu alle Verästelungen zumindest temporär (und wiederkehrend) stillgelegt. Aufgrund der beispiellosen Tragweite handelt es sich bei der Corona-Pandemie aber auch um eine multiple *soziale* Krise, die zum Gegenstand soziologischer und sozialwissenschaftlicher Forschung geworden ist (Beckmann/Schonauer 2021).

Ein zentrales Forschungsmotiv stellt das inzwischen populär gewordene „Brennglas“ dar, wonach die Pandemie soziale Probleme und Strukturprinzipien (post-)moderner Gesellschaften verdichtet hervortreten lässt und gesellschaftliche Wandlungsprozesse beschleunigt. Dabei wird der Corona-Pandemie das Potenzial zugeschrieben, die Spaltung der Gesellschaft zu verstärken, was v. a. auf die sozial ungleiche Pandemie(folgen)-Betroffenheit von Individuen, sozialen Gruppen und Wohlfahrtsstaaten zurückgeführt wird und in drohenden Entsolidarisierungen und verteilungspolitischen Konflikten münden kann (Vogel 2020).

In diesem Beitrag – der auf einem für die Fraktion DIE LINKE der Hamburgischen Bürgerschaft erstellten Kurzgutachten (Böhme 2021) basiert – soll die bis zum Sommer 2021 vorliegende Studienlage zu den sozialen Folgewirkungen der Corona-Pandemie zusammenfassend vor dem Hintergrund der eingeführten Brennglasthese bilanziert werden. Dabei wird bewusst in Kauf genommen, dass viele wichtige Statistiken (z. B. Mikrozensus) zu diesem Zeitpunkt für das Jahr 2020 noch nicht vorliegen und demzufolge einige der dargestellten Trends und Thesen zunächst vorläufigen Charakter haben.

Forschungsstand zu den sozialen Auswirkungen der Corona-Pandemie

Der bisherige Forschungsstand zu den Corona-Folgewirkungen (bis Anfang Juni 2021) soll nachfolgend entlang der vier identifizierten Schwerpunktbereiche dargelegt werden (*1. Arbeit, Einkommen und Vermögen, 2. Bildung, 3. Gesundheit und Kindeswohl sowie 4. Geschlechtergleichstellung*). Den Abschluss bildet die Studienlage zu den Wirkungen der Corona-Hilfsmaßnahmen.

Arbeit, Einkommen und Vermögen

In Bezug auf arbeitsmarkt- und einkommensbezogene Folgen der Corona-Pandemie zeichnen bisherige Studien ein vergleichsweise klares Bild: So ist festzustellen, dass Minijobber:innen und Leiharbeiter:innen in dieser Krise besonders stark von Arbeitslosigkeit betroffen waren, also eine Gruppe, die ohnehin von schlechter Bezahlung und niedrigem Einkommen geprägt ist (Grabka et al. 2020; Pieper et al. 2020: 23). Auch Möhring et al. (2021: 26-27) konstatieren, dass Beschäftigte im Niedriglohnbereich des Dienstleistungssektors besonders negativ von

Personalabbau und Arbeitsplatzverlust betroffen waren. Sie halten dabei fest, dass eine Frau zu sein, im Niedriglohnsektor zu arbeiten und einen schlechten Gesundheitszustand zu haben, mit einem höheren Risiko verbunden ist, während der Pandemie kontinuierlich beurlaubt zu werden. Bonin et al. (2021c) sehen negative Beschäftigungsfolgen ebenso v. a. bei Frauen, ausländischen Beschäftigten, Teilzeit- und geringfügig Beschäftigten sowie Geringqualifizierten. Ferner seien Erwerbstätige, die krisenbedingt mehr Sorgearbeit leisten oder organisieren müssen, Studierende, Berufseinsteiger:innen, „unständig“ Beschäftigte sowie Selbstständige besonders von den erwerbsbezogenen Folgen der Pandemie betroffen. Böhme et al. (2020) als auch Reibe (2021) weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass infolge der besonderen Betroffenheit bestimmter Branchen (Tourismus, Gastgewerbe) oder bestimmter gesellschaftlicher Gruppen (Geringverdiener:innen) auch die regionalen bzw. stadtteilbezogenen Ungleichheiten in Bezug auf die Arbeitslosigkeit zunehmen würden. Die Daten von Böhme (2021) bestätigen diese These jedoch nicht: So entwickelten sich die Sozialleistungsquoten während der Pandemie zwar im Ländervergleich sehr unterschiedlich, bis Mitte 2020 stieg die SGB II-Quote aber vor allem in Bayern, Hamburg, Baden-Württemberg und Hessen überdurchschnittlich stark an, also in den Bundesländern mit unterdurchschnittlichen Ausgangswerten, während die Quoten z. B. in den neuen Bundesländern weiter sanken. Auch innerhalb Hamburgs zeigen die Berechnungen von Böhme (2021) für das Jahr 2020 im Gegensatz zu den Vorjahren im Mittel aller Stadtteile keine fortschreitende Polarisierung zwischen sozial benachteiligten und sozial privilegierten Stadtteilen. Zudem seien in Hamburg viele zusätzliche SGB II-Empfänger:innen überdurchschnittlich qualifiziert und gehörten nicht zu den vor der Pandemie besonders stark von Langzeitleistungsbezug betroffenen Gruppen.

Auch in arbeitsmarktbezogenen Indikatoren entwickeln sich die Bundesländer sehr unterschiedlich: So machen beispielsweise das BMAS (2021: 212) als auch Geraedts und Jathe (2020) auf erhebliche Unterschiede bei der Nutzung der Kurzarbeit (hohe Kurzarbeiterquoten v. a. in Bremen, Baden-Württemberg, Hamburg und im Saarland) und der Entwicklung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (starke Rückgänge v. a. in Thüringen, Sachsen-Anhalt und im Saarland) aufmerksam. Auch beim Rückgang der geringfügig Beschäftigten (v. a. in den Stadtstaaten) und beim Rückgang der Ausbildungsanfänger:innen (besonders stark in Hamburg, dem Saarland, Berlin und Hessen; weniger ausgeprägt in Brandenburg) zeigen sich deutlich Differenzen im Ländervergleich (Böhme 2021).

Mit dem ungleichen Risiko der pandemiebedingten Arbeitslosigkeit bzw. Kurzarbeit sind auch Einkommensverluste ungleich verteilt. Insbesondere Personen, die bereits vor der Krise niedrige Einkommen hatten, mussten durch die Krise häufiger Einkommenseinbußen hinnehmen (Hövermann/Kohlrausch 2020: 489). Im Gegensatz dazu sind Beschäftigte mit hohen Einkommen – abgesehen von Befragungsergebnissen aus der unmittelbaren Anfangsphase der Pandemie (Goebel/Krause 2021) – weniger von der Krise betroffen. Auch Hövermann (2020) stellt fest, dass insbesondere Befragte mit prekären Arbeitsbedingungen und aus benachteiligten sozialen Schichten überdurchschnittlich häufig von Einbußen, aber auch von wirtschaftlichen Sorgen und Belastungen betroffen sind. Finanzielle Risiken tragen im Detail insbesondere Personen im Erwerbsalter, mit Migrationshintergrund, ohne beruflichen Abschluss sowie (vormals) Arbeitslose, Selbstständige und un- und angelernte Arbeiter:innen (Goebel/Krause 2021: 503). Die größere Verbreitung von Homeoffice trage dabei zur Ungleichheit bei, da es eher gut situierte Menschen seien, die überhaupt im Homeoffice arbeiten können (Nienhaus 2021;

Bonin et al. 2021a: 16). Insgesamt ist auf Basis dieser Entwicklung anzunehmen, dass die Ungleichheit der Einkommen durch die Krise weiter zunehmen wird (Kohlrausch et al. 2020). Diese These wird von Muscheid (2020) für das Land Bremen empirisch bestätigt. Während in den oberen Leistungsgruppen die Löhne weitgehend stabil blieben, sanken sie v. a. in den unteren Leistungsgruppen (ungelernte und angelernte Arbeitnehmer:innen) im Vergleich von Mitte 2020 zu Mitte 2019 um 15 bis 18 Prozent. Zu ähnlichen Befunden kommt Böhme (2021) sowohl bundesweit als auch für die Freie und Hansestadt Hamburg. Grabka (2021: 308) sieht das Problem der wachsenden Ungleichheit der am Markt erzielten Einkommen ebenso, er geht allerdings vor dem Hintergrund der Corona-Hilfsmaßnahmen und der rückläufigen Einkommen bei den Selbstständigen (vgl. Graeber et al. 2020) davon aus, dass seit Ausbruch der COVID-19-Pandemie die letztendliche Einkommensungleichheit auf der Ebene der Haushalte (nach staatlicher Umverteilung) in Deutschland eher leicht abgenommen hat.

Fratzscher (2021) verweist ferner auf eine wachsende Vermögensungleichheit infolge der Corona-Pandemie und macht diese an einer 2020 deutlich gestiegenen Zahl der Milliardär:innen in Deutschland (von 107 auf 136) fest. Deren Vermögen seien im Jahr 2020 um mehr als 100 Milliarden Euro oder drei Prozent der Wirtschaftsleistung Deutschlands angewachsen – während diese im gleichen Zeitraum um circa 170 Milliarden Euro oder 4,9 Prozent schrumpfte. Der Anstieg der Vermögen in Deutschland im Jahr 2020 wird durch drei Studien mittlerweile gut belegt. So kommt die Deutsche Bundesbank (2021) zum Ergebnis, dass die Geldvermögen der Deutschen im 3. Quartal 2020 im Vergleich zum Vorjahr um 5,9 Prozent auf ca. 6.738,3 Mrd. EUR angestiegen sind. Damit setzt sich ungeachtet der Pandemie der Trend der vergangenen Jahre fort – seit 2015 waren die Vermögen zum selben Zeitpunkt immer jeweils um 4,2 bis 6,0 Prozent pro Jahr angestiegen. Zu ähnlichen Befunden kommt die Boston Consulting Group (Zakrzewski et al. 2021), deren Daten ebenfalls einen Vermögensanstieg in Deutschland um ca. sechs Prozent im vergangenen Jahr zeigen. Ferner wird ein Anstieg der sog. „Dollar-Millionäre“ und der sog. „Superreichen“ mit einem Finanzvermögen von mehr als 100 Millionen Dollar konstatiert. Und auch der World Wealth Report (Capgemini 2021) beschreibt für Deutschland von 2019 zu 2020 einen Anstieg der Dollarmillionär:innen um 69.100 Personen oder 4,7 Prozent auf mehr als 1,5 Millionen. Das Gesamtvermögen stieg dabei um 6,8 Prozent auf rund 5,85 Billionen Dollar. Dazu trugen v. a. steigende Aktienkurse und Immobilienpreise bei. Vor dem Hintergrund der gewachsenen Vermögen einerseits und der gesunkenen Steuereinnahmen der öffentlichen Haushalte andererseits warnt Böhme (2021) vor einer zunehmenden Polarisierung zwischen Steuereinnahmen, Staatsausgaben und Privatvermögen.

Bildung

Konkrete Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen sind bisher empirisch noch nicht systematisch erfasst – dies wird vollständig erst im Rahmen der nächsten flächendeckenden Vergleichstests möglich sein. Allerdings sind sich Wissenschaftler:innen einig, dass die Corona-Krise und die damit verbundene phasenweise Schließung von Kindertagesstätten und Schulen mit der Gefahr der Zunahme sozialer Herkunftseffekte und einer Verringerung der Chancengleichheit auf allen Ebenen der Bildungsbiografie in Deutschland einhergehen (Fischer et al. 2020; Wößmann 2020). Begründet wird

diese These erstens mit dem Forschungsstand zu den negativen Auswirkungen längerer Phasen ohne Schule – etwa in den Sommerferien – bei Kindern aus sozial benachteiligten Lebenslagen (Ackeren et al. 2020: 246). Zweitens lassen die Erkenntnisse zur durchschnittlich verbrachten Lernzeit von Jugendlichen (ca. vier Stunden pro Tag) darauf schließen, dass schulische Leistungen beeinträchtigt und berufliche Perspektiven gefährdet sein könnten (Anger et al. 2020: 10). Aus der Perspektive der Bildungsungleichheit ist dabei besonders beunruhigend, dass die Lernzeit bei Kindern in der Phase nach dem ersten Lockdown stark von der Bildung der Eltern (Zinn/Bayer 2021: 3) sowie von der Lernausgangslage (Anger/Plünnecke 2021: 2) abhängt: Leistungsschwächere Kinder und Kinder mit weniger gebildeten Eltern verbrachten ab Frühsommer 2020 unterdurchschnittlich viel Zeit pro Tag mit Lernen und Schularbeiten. Ob die Kinder in dieser Zeit regulären Unterricht oder Wechselunterricht hatten, spielte dabei keine Rolle. Und drittens weisen Studien darauf hin, dass die Versorgung mit Lernmitteln und die Durchführung von Videokonferenzen an Gymnasien besser organisiert wurde als an Grund- und anderen Sekundarschulen (Anger/Plünnecke 2021: 1-2). Insgesamt weist der Zugang zu Lernmaterialien in Pandemiezeiten somit Ungleichheiten mit Blick auf soziale Merkmale und Schulstrukturfaktoren auf, die das Potenzial haben, ohnehin schon existierende Bildungsungleichheiten weiter zu vergrößern (Huebener et al. 2020a: 874).

Gesundheit und Kindeswohl

Eine der zentralen Fragen der gesundheitsbezogenen Forschung zur COVID-19-Pandemie betrifft das Vorliegen von sozioökonomischen Ungleichheiten im Infektionsrisiko und in der Erkrankungsschwere. Hierbei deuten insbesondere internationale Studien auf Befunde zuungunsten sozioökonomisch benachteiligter Bevölkerungsgruppen hin (Wachtler et al. 2020). Für Deutschland liegen, genauso wie für die meisten anderen europäischen Länder, bisher noch eher weniger Erkenntnisse vor. Die vorhandene Evidenz deutet aber ebenfalls auf sozioökonomische Ungleichheiten im COVID-19-Geschehen gerade ab Mitte 2020 hin (Wachtler et al. 2020: 1). Für Heisig (2021) gilt es sogar mittlerweile als gesichert, dass sich Menschen mit niedrigem sozialen Status und Menschen mit Migrationshintergrund häufiger mit SARS-CoV-2 infizieren und ein erhöhtes Risiko für schwere oder tödliche Verläufe von COVID-19 haben. In der Debatte geraten in der deutschsprachigen Literatur verstärkt sozial benachteiligte Quartiere deutscher Großstädte in den Fokus der Betrachtungen (Rüping 2021; Reichardt 2021; Gesundheitsberichterstattung Berlin 2021; Böhme 2021), wengleich damit die hohen Infektionszahlen ländlicher Gebiete z. B. in Sachsen und Thüringen nicht erklärt werden können. Dem Robert Koch-Institut (RKI 2021) zufolge fiel der Anstieg der COVID-19-Todesfälle aber in sozial benachteiligten Regionen Deutschlands am stärksten aus – sowohl bei Männern als auch bei Frauen. Im Dezember und Januar lag die COVID-19-Sterblichkeit in sozial stark benachteiligten Regionen demnach um rund 50 bis 70 Prozent höher als in Regionen mit geringer sozialer Benachteiligung.

Als Erklärungsansätze für sozioökonomische Ungleichheiten im Infektionsrisiko gelten v. a. die beengten Wohnverhältnisse in den zumeist durch Großwohnsiedlungen dominierten sozial benachteiligten Stadtquartieren (Wachtler et al. 2020) sowie die ungleichen Möglichkeiten des Schutzes am Arbeitsplatz z. B. durch Homeoffice (Lass 2021: 489). Denn Menschen in den sog. „systemrelevanten“ Berufen, die auch während der Pandemie weiter ihrer Tätigkeit

nachgehen müssen, wie z. B. Menschen in sozialen Berufen sowie Pflegende, aber auch Beschäftigte in den Bereichen Logistik, Einzelhandel und im öffentlichen Personenverkehr, gehören häufiger den mittleren und niedrigen als den hohen Einkommensgruppen an (Wachtler et al. 2020: 4) und erfahren so eine unterdurchschnittliche finanzielle Wertschätzung bei zugleich hohen gesundheitlichen Risiken und körperlichen Belastungen (Koebe et al. 2020: 8). Auf die besonderen Herausforderungen für wohnungs- und obdachlose Menschen weisen zudem Unterlerchner et al. (2021) hin.

Einen zweiten gesundheitsbezogenen Forschungsstrang bilden die psychischen Auswirkungen der Pandemie. Hierbei wird zum einen auf die hohen Belastungen für Familien, insbesondere Frauen, rekuriert (Huebener et al. 2020b; Meyer et al. 2021). So zeigen Befragungen, dass es vielen Müttern während der Pandemie nicht mehr gelungen ist, sich von den Arbeitsbelastungen des Alltags zu erholen (Funk/Schwarze 2020: 20). Die Zufriedenheit mit der Arbeit, dem Familienleben und dem Leben insgesamt ging bei Frauen, Eltern und v. a. Müttern überproportional stark zurück (Bünning/Hipp 2021). Auch hat sich insbesondere der Anteil der Mütter, die sich täglich niedergeschlagen, deprimiert und hoffnungslos fühlen während der Pandemie erhöht (Bujard et al. 2020: 48). Für Eltern in beengten Wohnverhältnissen und ohne Zugang zu einem Garten werden besondere Belastungen beschrieben (Bujard et al. 2020: 52). Diese Belastungen gelten auch als eine Erklärung für den festgestellten Anstieg von Gewalt innerhalb von Familien (Steinert/Ebert 2020; Hertwig 2021). Des Weiteren weisen einige Studien auf die besondere Situation für Alleinerziehende hin. Diese litten während der Pandemie besonders unter Einsamkeit (Entringer/Krieger 2020) oder klagten über psychosomatische Beschwerden (Goertz 2021).

Zum anderen stehen Kinder und Jugendliche im Fokus der Analysen: Die Befunde zeigen dabei, dass sich die Lebensqualität und die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland im Verlauf der Corona-Pandemie weiter verschlechtert hat (Ravens-Sieberer 2021: 1). Fast jedes dritte Kind leidet ein knappes Jahr nach Beginn der Pandemie unter psychischen Auffälligkeiten. Sorgen und Ängste haben noch einmal zugenommen, auch depressive Symptome und psychosomatische Beschwerden sind verstärkt zu beobachten. Erneut sind v. a. Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Verhältnissen oder mit Migrationshintergrund betroffen (Ravens-Sieberer 2021: 1). Auch die TUI-Stiftung (2021) weist in ihrer Jugendstudie auf die besonderen Belastungen junger Menschen durch die Corona-Pandemie hin. So bezeichneten 48 Prozent der befragten Jugendlichen in Deutschland ihren Gemütszustand als negativ oder eher negativ. Auf ein Wort verkürzt, wird am häufigsten das Adjektiv „müde“ verwendet. Erste kommunale Fachkonferenzen zu den gesundheitsbezogenen Auswirkungen des Lockdowns auf Kinder aus dem Sommer 2021 kommen zu dramatischen Befunden (Wendler 2021): So hätten Kinder motorische Fähigkeiten verloren, teilweise die deutsche Sprache verlernt und psychische Störungen entwickelt. Sie seien zunehmend mit Gewichtsproblemen, Ängsten und allen Formen von Gewalt konfrontiert worden. Ferner ist die Rede von einem „Ansturm“ seit Jahresbeginn auf die Kinder- und Jugendpsychiatrie. Sorge bereitet Wissenschaftler:innen zudem, dass etwa 40 Prozent der Gefährdungsmitteilungen im Sinne des § 8a SGB VIII normalerweise von Schulen, Kitas, Kinderarztpraxen u. a. kommen, die mit Corona allerdings geschlossen bzw. wegen Infektionsängsten weniger aufgesucht werden (Jentsch/Schnock 2020: 305). Ferner wird von Jugendämtern eine verschlechterte Erreichbarkeit

von Jugendlichen sowie Familien in prekären Lebenslagen und psychisch erkrankten Eltern beklagt (AGJ 2021).

Geschlechtergleichstellung

Einen vierten größeren Analysebereich zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie stellt das Thema Geschlechtergleichstellung dar. Dabei wird konstatiert, dass Frauen den größten Teil der durch Schul- und Kitaschließungen anfallenden Kinderbetreuung übernommen haben und dafür auch häufiger ihre Arbeitszeit reduzieren (Hövermann 2020) oder das Kinderkrankengeld in Anspruch nehmen mussten (BARMER 2021). Im Detail wird eine vierfache Benachteiligung von Frauen beschrieben (Kohlrausch/Zucco 2020: 10), die Bastin (2020) zufolge die schon vor Beginn bestehende „Care-Krise“ verschärft habe und einen Rückschlag für die Gleichstellung von Männern und Frauen am Arbeitsmarkt bedeute (Hans-Böckler-Stiftung 2021): Erstens übernehmen Frauen den größeren Anteil der zusätzlich anfallenden Sorgearbeit – mit Auswirkungen auf die innerfamiliäre Arbeitsteilung. Zweitens sind Frauen häufiger von Arbeitszeitreduktionen betroffen (Bünning/Hipp 2021). Drittens überwiegt der Frauenanteil bei den pandemiebedingten Zugängen in Arbeitslosigkeit im Zeitraum März bis Oktober 2020 (Bonin et al. 2021b: 9). Und viertens erhalten Frauen seltener eine Aufstockung der Kurzarbeit, was zusätzliche Auswirkungen auf ihr Gehalt hat. Zinn et al. (2020) relativieren diese Befunde allerdings etwas. Zwar trugen Mütter die Hauptlast der Kinderbetreuung – so wie zuvor auch. Coronabedingt ist die durchschnittliche Betreuungszeit bei den Müttern dabei um 2,9 Stunden und bei den Vätern um 2,5 Stunden gestiegen – also fast ein paritätischer Anstieg. Damit hat die Kinderbetreuungszeit der Väter während des Lockdowns im Vergleich zum Vorjahr überproportional stark zugenommen. Dieser Effekt „verpuffte“ jedoch bereits wenige Monate nach dem Lockdown wieder (Boll/Müller/Schüller 2021).

Alleinerziehende stellen im Kontext der Geschlechtergleichstellung eine separate Betrachtungsgruppe dar – ihre Situation wird dabei in der feministischen Wohlfahrtsstaatsforschung auch als „Lackmustest“ für bestehende Geschlechterungleichheiten angesehen (Hübgen 2019: 46). Für diese Gruppe wird als Folge der Pandemie neben den psychischen Belastungen in der Literatur insbesondere auf die Nichtverfügbarkeit von sozialen Ressourcen aus deren Netzwerken hingewiesen (Goertz 2021). Auch standen Alleinerziehende während der Pandemie besonders häufig vor der Herausforderung, einer Erwerbstätigkeit außer Haus nachgehen zu müssen und gleichzeitig die Betreuung ihrer Kinder sicherzustellen (Bujard et al. 2020: 32).

Wirkungen der Corona-Hilfsmaßnahmen

Um die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie abzufedern, hat die deutsche Bundesregierung ein umfangreiches Bündel von Maßnahmen zur kurzfristigen Einkommens- und Beschäftigungssicherung für Erwerbstätige, zur Sicherung der Liquidität und zum Ausgleich pandemiebedingter Nachfrageausfälle für die Unternehmen sowie zur konjunkturellen Stabilisierung ergriffen (Bonin et al. 2021d: 13). Über die Wirksamkeit einzelner Maßnahmen der Corona-Hilfsmaßnahmen ist bisher eher wenig bekannt. Die umfangreichste Bewertung nehmen Bonin et al. (2021d) im Rahmen einer Auftragsstudie für das BMAS vor. In deren Ergebnisübersicht zeigt sich, dass Kurzarbeit in der Bewertung der volkswirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Relation mit erheblichem Abstand an erster Stelle liegt. Mithilfe dieses

Instruments konnte ein starker Anstieg der Arbeitslosigkeit ab dem Frühjahr 2020 effektiv vermieden werden. Den Autor:innen zufolge sei im internationalen Vergleich für Deutschland die vergleichsweise langfristige Gewährung der Kurzarbeit, die starke Entlastung der Arbeitgeber sowie die in der aktuellen Situation mit der Dauer der Kurzarbeit großzügiger werdende Lohnersatzrate auffällig. Auf den folgenden Plätzen im Ranking von Bonin et al. (2021d) finden sich in Bezug auf die Kosten-Nutzen-Relation die Überbrückungshilfen, der Wirtschaftsstabilisierungsfonds und die Corona-Soforthilfen. Die geringste Effizienz weisen nach Expert:inneneinschätzung die Verlängerung der Bezugsdauer des ALG I, der Familienbonus sowie insbesondere die temporäre Absenkung der Mehrwertsteuer auf. In den weiteren Zieldimensionen (Einkommens- und Entgeltsicherung, Beschäftigungssicherung, Existenzsicherung von Unternehmen, konjunkturelle Stabilisierung und effektiver Vollzug und Transparenz) zeigt sich ein ähnliches Bild. Darüber hinaus erscheint den Autor:innen v. a. die abweichende Rangordnung der Maßnahmen und Leistungen in der Zieldimension effektiver Vollzug und Transparenz bemerkenswert. Wenngleich Kurzarbeit auch in dieser Hinsicht eine sehr gute Bewertung erhält (lediglich der Familienbonus wird hier noch besser bewertet), wird die Implementation der Überbrückungshilfe von den befragten Expert:innen am schlechtesten eingeschätzt. Auch Entschädigungen nach dem Infektionsschutzgesetz, die Corona-Soforthilfen und der Wirtschaftsstabilisierungsfonds erhalten in der Expert:innenbefragung im Hinblick auf ihre praktische Umsetzung relativ schlechte Bewertungen. Im Hinblick auf die Einkommens- und Entgeltsicherung werden dagegen relativ viele Maßnahmen und Leistungen recht gut bewertet, etwas weniger ausgeprägt ist dies auch im Hinblick auf die Beschäftigungssicherung der Fall. Die Verfasser:innen merken zudem an, dass v. a. Maßnahmen und Leistungen, die sich direkt an Unternehmen (und/oder Selbstständige) richten, als zielführend im Hinblick auf die Existenzsicherung von Unternehmen eingeschätzt werden. In diesen Zieldimensionen wird Kurzarbeit jedoch ebenfalls gut bewertet. Im Hinblick auf das Ziel der konjunkturellen Stabilisierung wird Kurzarbeit sogar mit einigem Abstand der höchste Zielerreichungsgrad zugewiesen.

Die übrigen Wirkungsanalysen fokussieren eher auf einzelne Maßnahmenschwerpunkte. So verglichen Behringer et al. (2021: 21) die Wirkungen der Mehrwertsteuersenkung und des Kinderbonus auf Basis der Befunde einer Erwerbstätigenbefragung. Sie kommen zum Fazit, dass die Umfrageergebnisse darauf hindeuten, dass zielgerichtete Direktzahlungen an Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen ein wirkungsvolleres Mittel zur Belebung des privaten Konsums darstellen als vorübergehende Mehrwertsteuersenkungen. Außerdem seien gezielte Zahlungen an die Haushalte auch aus verteilungspolitischer Sicht überlegen. Insbesondere Haushalte mit finanziellen Rücklagen und hohem Einkommen haben nach eigenen Angaben die vorübergehende Steuersenkung genutzt, um Anschaffungen vorzuziehen. Damit haben diese Haushalte überproportional von der kurzzeitigen Steuersenkung profitiert. Basierend auf den Ergebnissen einer Haushaltsbefragung sehen auch Fuest et al. (2021) die zeitlich befristete Mehrwertsteuersenkung kritisch. Vor allem die Kosten-Nutzen-Relation falle gering aus. Im Gegensatz dazu legen die Analysen von Blömer et al. (2021) den Schluss nahe, dass durch den Kinderbonus die durchschnittlichen Haushaltseinkommen und Konsumausgaben gegenüber einem Ausgangsszenario ohne Reformmaßnahmen erhöht wurden. Der Kinderbonus (als vergleichsweise kostengünstige Maßnahme) rage aus Verteilungsgesichtspunkten aus dem Maßnahmenpaket heraus, denn er trage auch zu einer Verbesserung der Ungleichheits- und

Armutsmäße bei. Insbesondere werden Familien mit geringeren und mittleren Einkommen, die besonders durch die Coronakrise belastet waren und werden, relativ bessergestellt.

Weitere Studien analysieren die Hilfsmaßnahmen vor dem Hintergrund gruppenspezifischer Zielstellungen. So bewerteten Spangenberg et al. (2021) die Corona-Hilfsmaßnahmen aus einer gleichstellungspolitischen Perspektive. Sie kritisieren dabei u. a. die fehlende Berücksichtigung der Steuerklasse vieler Frauen bei der Gestaltung des Kurzarbeitergeldes und sehen einen unzureichenden Ausgleich der Belastungen durch Sorgearbeit mittels finanzieller Entschädigungen (Kinderkrankentage, Leistungen nach dem Infektionsschutzgesetz). Der Gesetzgeber habe hier viele wichtige Klarstellungen vermissen lassen und damit Retraditionalisierungsrisiken billigend in Kauf genommen. Die Fehlannahme des Gesetzes, dass eine Betreuung der Kinder parallel zum Homeoffice zumutbar sei, habe v. a. Mütter zusätzlich belastet. Insgesamt kommen sie zum Ergebnis, dass die Maßnahmen die bestehenden geschlechtsbezogenen Ungleichheiten perpetuierten, zum Teil sogar verstärkten und beschreiben einen „Lockdown für die Gleichstellung“. Frey (zit. n. Ziegler 2021) kommt in ihrem Gutachten für den Bremer Senat zu ähnlichen Befunden.

Böhme (2021) wählt dagegen den Ansatz der sozialen Verteilungswirkungen nach Kistler und Schneider (2012) als Maßstab für die Bewertung der Corona-Hilfsmaßnahmen. Den Ergebnissen einer Expert:innenbefragung zufolge werden dabei eine Reihe von Maßnahmen (z. B. sozialleistungsbezogene Ansätze, Entlastung der Alleinerziehenden, Soforthilfen, Kinderbonus, Kurzarbeitergeld, Maßnahmen für Wissenschaftler:innen, Studierende und Auszubildende) überwiegend als ungleichheitsreduzierend bewertet. Die Corona-Hilfen für den Profisport werden hingegen mehrheitlich als ungleichheitsförderlich eingeschätzt. Der Schwerpunkt Bildung wird sehr kontrovers wahrgenommen. Die übrigen Schwerpunkte sehen die meisten Befragten als neutral an, wenngleich bei der Mehrwertsteuersenkung und dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds auch viele Befragte negative Verteilungswirkungen sehen. Eine skalierende Differenzierung der Profiteure der Hilfsmaßnahmen nach Unternehmen, Haushalten und Regionen weist auf der Unternehmensebene eher auf eine weitgehende Verteilungsneutralität aus Sicht der befragten Expert:innen hin. So wird vermutet, dass größere Unternehmen etwas stärker profitieren haben als kleinere Unternehmen, während in Bezug auf die Dimensionen Umsatz und Wirtschaftssektor (Sekundär- vs. Tertiärsektor) im Mittel eine 5 für „neutral“ vergeben wurde. Auf der Haushaltsebene sehen die Befragten einerseits eher einkommensschwache Haushalte, Haushalte mit Kindern und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte als die Profiteure der Corona-Hilfsmaßnahmen. Andererseits wird dies mit der Einschränkung verbunden, dass die Erwerbspersonen der Haushalte in sog. Normalarbeitsverhältnissen beschäftigt sind – und somit als Empfänger:in von Kurzarbeitergeld infrage kommen. Die regionale Dimension der Verteilungswirkungen der Corona-Hilfen wird von den Befragten im Mittel mit Werten von 5 bis 6 wiederum eher neutral eingeschätzt. In der Tendenz sehen die Expert:innen aber durchaus das Potenzial, dass eher Boom-Regionen als strukturschwache Regionen und eher Großstädte als ländliche Regionen von den Maßnahmen überdurchschnittlich stark profitieren.

Fazit und Schlussfolgerungen

Die hier dargelegten Befunde deuten darauf hin, dass die Krise bereits bestehende soziale Ungleichheiten verschärft (ebenso: Hövermann/Kohlrausch 2020; Brand et al. 2021). Grund dieser Annahme ist, dass sich über die verschiedenen Betrachtungsdimensionen hinweg zeigt, dass die Krisenfolgen diejenigen stärker trifft (mit Ausnahme der Selbstständigen), die auch vor der Krise über eher geringe Ressourcen verfügten. Die Zunahme sozialer Ungleichheit strukturiert sich dabei im Wesentlichen entlang der Merkmale, die auch schon vor der Krise relevant waren. So weisen verschiedene Studien darauf hin, dass sowohl die Ungleichheit der Löhne nach Leistungsgruppen, als auch Bildungsungleichheit, gesundheitliche Ungleichheit und Geschlechterungleichheit infolge der Pandemie weiter angewachsen sind. Zudem hat sich die Disproportionalität im Verhältnis von öffentlicher Armut und privatem Reichtum weiter verschärft. Während viele Folgen in den Dimensionen Bildung, Gesundheit und Geschlechterungleichheit nachhaltig wirken können, ist anzunehmen, dass insbesondere der Anstieg der SGB II-Quote nur temporär sein wird, da viele der zusätzlichen SGB II-Leistungsempfänger:innen sich eher durch eine überdurchschnittliche Qualifikationsstruktur auszeichnen.

Die Corona-Hilfsmaßnahmen konnten wirtschafts- und einkommensbezogene Folgewirkungen vermutlich vergleichsweise gut abfedern (v. a. die Kurzarbeit erhält in Studien eine positive Bewertung). Vermutet wird, dass Ungleichheit ohne die Corona-Hilfsmaßnahmen noch stärker angestiegen wäre, und die Maßnahmen demnach durchaus eine kurzfristige erhebliche soziale Ausgleichsfunktion hatten. Allerdings wird die fehlende Sensibilität der Maßnahmen für Geschlechterungleichheit angemahnt. Auch mehren sich kritische Stimmen, die das Verhältnis von wirtschaftlichen Hilfen einerseits und familien- bzw. sozialleistungsbezogenen Maßnahmen sowie der Unterstützung von Bildungseinrichtungen andererseits als unausgewogen beurteilen.

In einer Gesamtzusammenschau der Befunde wird deutlich, dass die Auswirkungen für Kinder und Jugendliche noch nicht einmal ansatzweise vollständig empirisch erfasst sind. Die Bearbeitung dieser Effekte wird noch viele Jahre andauern und wesentlich mehr Ressourcen verbrauchen als derzeit bereitstehen. Hier sollten dringend Bund, Länder und Kommunen gemeinsam unter Expert:innenbeteiligung diskutieren, welche Defizite bestehen, wie diese am besten korrigiert werden können und welche Mittel notwendig sind. Das vom Bund aufgelegte „Aktionsprogramm Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ kann da nur ein erster Anfang sein – zumal es von mehreren Expert:innen in seiner Konzeption kritisch beurteilt wird (Böhme 2021). In Teilen werden bestimmte Defizite auch nur schwer korrigierbar sein. Die ungleichen Ausgangsbedingungen der Kommunen und Stadtteile in Bezug auf Infrastruktur (z. B. frühkindliche Angebote, Betreuungsquoten, Ganztagschulanteile, Schulsozialarbeit, Angebote der außerschulischen Jugendhilfe) und Finanzstärke erschweren zudem eine einheitliche Problembewältigung – da durch die ausgeprägten Zusammenhänge von Armut, Gesundheit und Bildung wiederum eher benachteiligte Gebiete von der Bewältigung der sozialen Folgen der Pandemie besonders stark betroffen sein werden. Bleibt dieses Problem bei der Folgebekämpfung unreflektiert, so ist zu befürchten, dass die Corona-Krise auch die vorhandene massive sozioökonomische Ungleichheit deutscher Kreise und kreisfreier Städte sowie Stadtquartiere weiter verschärft.

Es wird somit in den kommenden Jahren zentral, bei weiteren Maßnahmen zur Krisenfolgenbewältigung nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die Entwicklung der sozialen Gerechtigkeit im Blick zu haben. Dabei müssen Kinder und Jugendliche eine zentrale Rolle einnehmen. Zudem sollte bei der Diskussion über die Frage der Kostenträgerschaft für die Pandemiebewältigung die stetige Zunahme von Vermögensungleichheit in Deutschland (wie der gesamten Welt) berücksichtigt werden.

Allerdings sei abschließend davor gewarnt, das Corona-Virus als „Ungleichheitsvirus“ zu überhöhen (Butterwegge 2020), denn die tiefe Kluft zwischen Arm und Reich bestand vielmehr schon vor der Pandemie, sodass von einer Potenzierung bereits vorhandener Ungleichheit zu sprechen ist. Ferner könne für die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, das kapitalistische Wirtschaftssystem sowie die verteilungspolitischen Folgen der Entscheidungen des Staates zum Infektionsschutz und zur Bewältigung der Krisenfolgen nicht das Virus verantwortlich gemacht werden.

Literatur

Ackeren, Isabell van/ Endberg, Manuela/ Locker-Grütjen, Oliver (2020): Chancenausgleich in der Corona-Krise: Die soziale Bildungsschere wieder schließen. In: *Die Deutsche Schule*, 112/2020(2), 245-248.

AGJ, Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (Hrsg.) (2021): Deutscher Kinder- und Jugend(hilfe)MONITOR 2021. Berlin.

Anger, Silke/ Bernhard, Sarah/ Dietrich, Hans/ Lerche, Adiran/ Patzina, Alexander/ Sandner, Malte/ Toussiant, Carina (2020): Schulschließungen wegen Corona: Regelmäßiger Kontakt zur Schule kann die schulischen Aktivitäten der Jugendlichen erhöhen. Text abrufbar unter: <https://www.iab-forum.de/schulschliessungen-wegen-corona-regelmassiger-kontakt-zur-schule-kann-die-schulischen-aktivitaten-der-jugendlichen-erhohen/> (Zugriff am 07.05.2021).

Anger, Christina/ Plünnecke, Axel (2021): Bildung: Verschärfung der Ungleichheit durch Schulschließung vermeiden. In: *IW-Kurzbericht* 19/2021.

BARMER (Hrsg.) (2021): Pandemiebedingtes Kinderkrankengeld – Frauen tragen die Hauptlast. Text abrufbar unter: <https://www.barmer.de/presse/presseinformationen/pressemitteilungen/kinderkrankentage-301730> (Zugriff am 10.05.2021).

Bastin, Sonja (2020): Die Systemrelevanz von unbezahlter Elternarbeit. FES-Genderportal. Text abrufbar unter: <https://www.fes.de/themenportal-gender-jugend-senioren/gender-matters/gender-blog/beitrag-lesen/die-systemrelevanz-von-unbezahlter-elternarbeit> (Zugriff am 28.06.2021).

Beckmann, Fabian/ Schönauer, Anna-Lena (2021): Spaltet Corona die Gesellschaft? Eine empirische Milieuanalyse pandemiebezogener Einstellungen. In: Blättel-Mink, Birgit (Hrsg.): *Gesellschaft unter Spannung: Der Verhandlungsband des 40. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) vom 14.-24. September 2020*.

Behringer, Jan/ Dullien, Sebastian/ Gechert, Sebastian (2021): Wirkung des Konjunkturpakets 2020: Spürbarer Impuls vom Kinderbonus, wenig Wumms durch Mehrwertsteuersenkung.

- Erkenntnisse aus der 3. Welle der HBS-Erwerbstätigenbefragung. In: *IMK Policy Brief*, 101/2021.
- Blömer, Maximilian/ Brandt, Przemyslaw/ Mosler, Martin/ Peichl, Andreas (2021): Verteilungswirkungen des Kinderbonus und der temporären Mehrwertsteuersenkung im Jahr 2020. In: *ifo Schnelldienst*, 2/2021, 45-55.
- BMAS, Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.) (2021): Lebenslagen in Deutschland. Der Sechste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Stand: Januar 2021. Berlin.
- Böhme, René (2021): Soziale Auswirkungen der Corona-Pandemie in der Freien und Hansestadt Hamburg. Kurzgutachten. Hamburg: DIE LINKE.
- Böhme, Stefan/ Burkert, Carola/ Carstensen, Jeanette/ Eigenhüller, Lutz/ Hamann, Silke/ Niebuhr, Annetrin/ Roth, Duncan/ Sieglen, Georg/ Wiethölter, Doris (2020): Warum der coronabedingte Anstieg der Arbeitslosigkeit in manchen Regionen deutlich höher ausfällt als in anderen. Text abrufbar unter: <https://www.iab-forum.de/warum-der-coronabedingte-anstieg-der-arbeitslosigkeit-in-manchen-regionen-deutlich-hoher-ausfaellt-als-in-andere-n/> (Zugriff am 05.05.2021).
- Boll, Christina/ Müller, Dana/ Schüller, Simone (2021): Neither Backlash nor Convergence: Dynamics of Intracouple Childcare Division After the First COVID-19 Lockdown and Subsequent Reopening in Germany. IZA Discussion Paper, 14375/2021, Bonn: IZA.
- Bonin, Holger/ Krause-Pilatus, Annabelle/ Rinne, Ulf (2021a): Arbeitssituation und Belastungsempfinden im Kontext der Corona-Pandemie. IZA Research Report 108/2021, Bonn: IZA.
- Bonin, Holger/ Eichhorst, Werner/ Krause-Pilatus, Annabelle/ Rinne, Ulf (2021b): Auswirkungen der Corona-Krise auf das Familien- und Erwerbsleben. IZA Research Report 111/2021, Bonn: IZA.
- Bonin, Holger/ Eichhorst, Werner/ Krause-Pilatus, Annabelle/ Rinne, Ulf (2021c): Wirtschaftliche Auswirkungen der Corona-Pandemie auf private Haushalte. IZA Research Report 112/2021, Bonn: IZA.
- Bonin Holger/ Eichhorst, Werner/ Krause-Pilatus, Annabelle/ Rinne, Ulf (2021d): Kurzexper-tise Wirksamkeitsanalyse der Corona-Maßnahmen. BMAS Forschungsbericht 573/2021, Berlin: BMAS.
- Brand, Thorsten/ Follmer, Robert/ Hölscher, Jana (2021): Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Zeiten der Pandemie. Ergebnisse einer Längsschnittstudie in Deutschland 2020 mit drei Messzeitpunkten. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Bujard, Martin/ Lass, Inga/ Diabaté, Sabine/ Sulak, Harun/ Schneider, Norbert (2020): Eltern während der Corona-Krise. Zur Improvisation gezwungen. Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.
- Bünning, Mareike/ Hipp, Lena (2021): Geschlechterungleichheiten im Arbeitsleben und subjektives Wohlbefinden von Erwerbstätigen während der COVID-19-Pandemie. In: *Sozialer Fortschritt*, 70/2021 III, 293-316.
- Butterwegge, Christoph (2021): Das neuartige Virus trifft auf die alten Verteilungsmechanismen: Warum die COVID-19-Pandemie zu mehr sozialer Ungleichheit führt. In: *Wirtschaftsdienst*, 101/2021 (1), 11-14.

- Capgemini (Hrsg.) (2021): World Wealth Report 2021. Text abrufbar unter: <https://world-wealthreport.com/> (Zugriff am 30.06.2021).
- Deutsche Bundesbank (Hrsg.) (2019): Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland: Ergebnisse der Vermögensbefragung 2017. Frankfurt am Main.
- Deutsche Bundesbank (Hrsg.) (2021): Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung in Deutschland im dritten Quartal 2020. Frankfurt am Main.
- Entringer, Theresa/ Krieger, Magdalena (2020): Alleinlebende verkraften die Pandemie erstaunlich gut. Berlin: SOEP-CoV.
- Fischer, Natalie/ Heinzl, Friederike/ Lipowski, Frank/ Züchner, Ivo (2020): Kinder und Jugendliche in der Corona-Krise: Herausforderungen und mögliche Ansätze für pädagogisches und politisches Handeln. Stellungnahme für das Bundesinnenministerium. Kassel.
- Fratzscher, Marcel (2021): Milliardäre sind die Pandemiegegner. In: *DIE ZEIT* am 20. Mai 2021. Text abrufbar unter: https://www.zeit.de/wirtschaft/2021-05/vermoegenskonzentration-corona-pandemie-ungleichheit-milliardaere-zunahme-reichtum-aktienmarkt/seite-2?utm_referrer=https%3A%2F%2Fduckduckgo.com%2F (Zugriff am 05.06.2021).
- Fuest, Clemens/ Neumeier, Florian/ Peichl, Andreas (2021): Hat die Mehrwertsteuersenkung den Konsum belebt? München: ifo Institut.
- Funk, Lore/ Schwarze, Barbara (2020): (Digital) arbeiten 2020: Chancengerecht für alle? Analyse einer Erwerbstätigenbefragung unter Genderaspekten. Bielefeld: Kompetenzzentrum Technik-Diversity-Chancengleichheit e.V.
- Geraedts, Regine/ Jathe, Jan (2020): Corona und die Folgen – Auswirkungen auf die Arbeitswelt im Land Bremen. Bremen: Arbeitnehmerkammer Bremen.
- Gesundheitsberichterstattung Berlin (2020): Das SARS-CoV-2-Infektionsgeschehen in Berlin – Zusammenhang mit Soziodemografie und Wohnumfeld. In: *Kurz Informiert*, 02/2020, 1-10.
- Goebel, Jan/ Krause, Peter (2021): Auswirkungen der Coronapandemie nach Einkommens- und Bevölkerungsschichtung – eine Momentaufnahme. In: Statistisches Bundesamt/ Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung/ Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg), Datenreport 2021, 490-503.
- Grabka, Markus M. (2021): Einkommensungleichheit stagniert langfristig, sinkt aber während der Corona-Pandemie leicht. In: *DIW Wochenbericht*, 18/2021, 307-316.
- Grabka, Markus M./ Braband, Carsten/ Göbler, Konstantin (2020): Beschäftigte in Minijobs sind VerliererInnen der coronabedingten Rezession. In: *DIW Wochenbericht*, 45/2020, 842-847.
- Graeber, Daniel/ Kritikos, Alexander S./ Seebauer, Johannes (2020): COVID-19: A crisis of the female self-employed. Berlin: German Socio-Economic Panel.
- Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.) (2021): Frauen in der Coronakrise stärker belastet. In: *Böckler Impuls*, 01/2021, 1-2.
- Heisig, Jan Paul (2021): Soziale Ungleichheit und gesundheitliches Risiko in der Pandemie. In: *Corona. Pandemie und Krise*, 332-344.
- Hertwig, Jana (2021): Häusliche Gewalt und Corona-Pandemie in Deutschland. In: *Sozialer Fortschritt*, 70/2021 III, 357-378.
- Hövermann, Andreas (2020): Soziale Lebenslagen, Soziale Ungleichheit und Corona – Auswirkungen Für Erwerbstätige. In: *Policy Brief WSI*, 6/2020, 2-22.

- Hövermann, Andreas/ Kohlrausch, Bettina (2020): Soziale Ungleichheit und Einkommenseinbußen in der Corona-Krise – Befunde einer Erwerbstätigenbefragung. In: *WSI Mitteilung*, 6/2020 (73), 486-492.
- Huebener, Mathias/ Spieß, Katharina C./ Zinn, Sabine (2020a): SchülerInnen in Corona-Zeiten: Teils deutliche Unterschiede im Zugang zu Lernmaterial nach Schultypen und -trägern. In: *DIW Wochenbericht*, 47/2020, 866-875.
- Huebener, Mathias/ Spieß, Katharina C./ Siegel, Nico A./ Wagner, G. Gert (2020b): Wohlbefinden von Familien in Zeiten von Corona: Eltern mit jungen Kindern am stärksten beeinträchtigt. In: *DIW Wochenbericht*, 30+31/2020, 527-537.
- Hübgen, Sabina (2019): Armutrisiko alleinerziehend. Die Bedeutung von sozialer Komposition und institutionellem Kontext in Deutschland. Leverkusen: Verlag Barbara Budrich.
- Jentsch, Birgit/ Schnock, Birgitte (2020): Kinder im Blick? Kindeswohl in Zeiten von Corona. In: *Sozial Extra*, 5/2020, 304-309.
- Kistler, Ernst/ Schneider, Daniela (2012): Verteilungswirkungen öffentlicher Dienstleistungen – Bestandsaufnahme und Systematisierung von Forschungsfragen. Arbeitspapier der Hans-Böckler-Stiftung 271/2012, Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.
- Koebe, Josefine/ Smatleben, Claire/ Schrenker, Annetrin/ Zucco, Aline (2020): Systemrelevant, aber dennoch kaum anerkannt: Entlohnung unverzichtbarer Berufe in der Corona-Krise unterdurchschnittlich. In: *DIW aktuell*, 48/2020, 1-9.
- Kohlrausch, Bettina/ Zucco, Aline (2020): Die Corona-Krise trifft Frauen doppelt. Weniger Erwerbseinkommen und mehr Sorgearbeit. In: *Policy Brief WSI*, 05/2020, 1-5.
- Kohlrausch, Bettina/ Zucco, Aline/ Hövermann, Andreas (2020): Verteilungsbericht 2020. Die Einkommensungleichheit wird durch die Corona-Krise noch weiter verstärkt. In: *WSI Report*, 62/2020, 1-23.
- Lass, Inga (2021): Eltern zwischen Homeoffice und Homeschooling: Arbeit und Familie in Zeiten von Kita- und Schulschließungen. In: Statistisches Bundesamt; Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung; Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.): Datenreport 2021. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Reihe Zeitbilder. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 484-489.
- Meyer, Betrolt/ Zill, Alexander/ Dilba, Dominik/ Gerlach, Rebecca/ Schumann, Susen (2021): Employee psychological well-being during the COVID-19 pandemic in Germany: A longitudinal study of demands, resources, and exhaustion. In: *International Journal of Psychology*, 1-19.
- Möhring, Katja/ Weiland, Andreas/ Reifenscheid, Maximiliane/ Naumann, Elias/ Wenz, Alexander/ Rettig, Tobias/ Krieger, Ulrich/ Fikel, Marina/ Cornesse, Carina/ Blom, Anneliese (2021): Inequality in employment trajectories and their socio-economic consequences during the early phase of the COVID-19 pandemic in Germany. Mannheim: Collaborative Research Center SFB 884 "Political Economy of Reforms".
- Muscheid, Jörg (2020): Verdienste im Land Bremen 2020: Was macht Corona mit den Löhnen. Bremen: Arbeitnehmerkammer Bremen.
- Nienhaus, Lisa (2021): Die postvirale Klassengesellschaft. Text abrufbar unter: <https://www.zeit.de/2021/20/soziale-ungleichheit-corona-krise-einkommen-armut-reichtum-wirtschaft> (Zugriff am 10.05.2021).

- Pieper, Jonas/ Schneider, Ulrich/ Schröder, Wiebke (2020): Gegen Armut hilft Geld. Der Paritätische Armutsbericht 2020. Berlin.
- Ravens-Sieberer, Ulrike/ Kaman, Anne/ Erhart, Michael/ Devine, Janine/ Schlack, Robert/ Otto, Christiane (Hrsg.) (2021): Impact of the COVID-19 pandemic on quality of life and mental health in children and adolescents in Germany. Text abrufbar unter: <https://link.springer.com/article/10.1007/s00787-021-01726-5> (Zugriff am 10.05.2021).
- Reibe, Pauline (2021): Arbeitslosigkeit: So unterschiedlich trifft die Corona-Krise Hamburgs Stadtteile. In: *MOPO Hamburger Morgenpost* vom 29.03.2021. Text abrufbar unter: <https://www.mopo.de/hamburg/arbeitslosigkeit-so-unterschiedlich-trifft-die-corona-krise-hamburgs-stadtteile-38236328/> (Zugriff am 10.05.2021)
- Reichardt, Brigit (2021): Arm und gefährdet? So sind Bremens Stadtteile von Corona betroffen. In: *buten und binnen online* vom 07.11.2020. Text abrufbar unter: <https://www.butenunbinnen.de/nachrichten/gesellschaft/corona-stadtteile-bremen-100.html> (Zugriff am 10.05.2021).
- Robert Koch Institut (RKI) (Hrsg.) (2021): Soziale Unterschiede in der COVID-19 Sterblichkeit während der zweiten Infektionswelle in Deutschland. Text abrufbar unter: https://www.rki.de/DE/Content/GesundAZ/S/Sozialer_Status_Ungleichheit/Faktenblatt_COVID-19-Sterblichkeit.html (Zugriff am 10.05.2021).
- Rosa, Hartmut (2020) Pfadabhängigkeit, Bifurkationspunkte und die Rolle der Soziologie. Ein soziologischer Deutungsversuch der Corona-Krise. In: *Berliner Journal für Soziologie*, 30/2020,191-213.
- Rüping, Stefan (2021): Analyse der Kölner Kontaktverfolgungsdaten. Köln: Fraunhofer.
- Spangenberg, Ulrike/ Dern, Susanne/ Frings, Dorothee (2021): Lockdown für die Gleichstellung?! Soziale (Ab-)Sicherheit in Zeiten von Corona. In: *Sozialer Fortschritt*, 70/2021 III, 339-3.
- Steinert, Janina/ Ebert, Cara (2020): Gewalt an Frauen und Kindern in Deutschland während COVID-19-bedingten Ausgangsbeschränkungen: Zusammenfassung der Ergebnisse. München: Hochschule für Politik München.
- TUI-Stiftung (Hrsg.) (2021): Junges Europa 2021 – so denken Menschen zwischen 16 und 26 Jahren. Hannover.
- Unterlerchner, Barbara/ Moussa-Lipp, Sina/ Christanell, Anja/ Hammer, Elisabeth (2020): Wohnungslos während Corona. Auswirkungen der Grundrechtseinschränkungen auf das Leben von obdach- und wohnungslosen Menschen während der COVID-19-Pandemie in Wien. In: *juridikum*, 3/2020, 395-406.
- Vogel, Berthold (2020): Covid-19 als Weckruf? Plädoyer für eine neue Politik öffentlicher Güter. *WSI-Mitteilungen*, 6/2020, 468-471.
- Wachtler, Benjamin/ Michalski, Niels/ Nowossadeck, Enno/ Diercke, Michaela/ Wahrendorf, Morten/ Santos-Hövenner, Claudia/ Lampert, Thomas/ Hoebel, Jens (2020): Sozioökonomische Ungleichheit und COVID-19 – Eine Übersicht über den internationalen Forschungsstand. In: *Journal of Health Monitoring*, 5 (S7)/2020, 3-18.
- Wendler, Felix (2021): Die Probleme der Kinder werden sichtbar. In: *Weser-Kurier* am 11.06.2021. Text abrufbar unter: <https://www.weser-kurier.de/bremen/bremen-kinder-leiden-koerperlich-und-geistig-unter-der-pandemie-doc7g6esa3n88yvjt0gp1> (Zugriff am 11.06.2021).

- Wößmann, Ludger (2020): Folgekosten ausbleibenden Lernens: Was wir über die Corona-bedingten Schulschließungen aus der Forschung lernen können. In: *ifo Schnelldienst*, 6/2020, 38-44.
- Zakrzewski, Anna/ Carrubba, Joseph/ Frankle, Dean/ Hardie, Andrew/ Kahlich, Michael/ Kessler, Daniel/ Montgomery, Hans/ Palmisani, Edoardo/ Shipton, Olivia/ Soysal, Akin/ Tang, Tjun/ Xavier, Andre (2021): When Clients Take the Lead. Global Wealth 2021. Boston Consulting Group.
- Ziegler, Heike (2021): Bremen investiert in die Zukunft, doch profitieren auch Frauen davon? Text abrufbar unter: <https://www.butenunbinnen.de/nachrichten/politik/bremen-fonds-gender-gutachten-100.html> (Zugriff am 28.06.2021).
- Zinn, Sabine/ Bayer, Michael (2021): Schule in der Pandemie: Lernzeiten der Kinder hängen auch von der Bildung der Eltern ab. In: *DIW aktuell*, 63/2021.
- Zinn, Sabine/ Kreyenfeld, Michaela/ Bayer, Michael (2020): Kinderbetreuung in Corona-Zeiten: Mütter tragen die Hauptlast, aber Väter holen auf. In: *DIW aktuell*, 51/2020, 1-6.

8. Corona und die Lebensführung der Mittelschichten – ambivalente Effekte

Angela Großkopf und Uwe Schimank

Es bedarf keiner großen Phantasie, um sich auszumalen, dass durch Corona weitreichend und tiefgreifend in die Lebensführung von Menschen eingewirkt wird. Die je eigene Erfahrung, Gespräche mit anderen und die journalistische Berichterstattung – u.a. auch über die Ergebnisse der sozialwissenschaftlichen Erforschung der Pandemie – bringen ein reiches Spektrum an Beobachtungen hervor. Wir wollen hierzu in explorativen Überlegungen zwei Fragen nachgehen:

1. Corona ist nahezu reflexhaft negativ konnotiert. Stimmt das in dieser Ausschließlichkeit, oder kann es unter bestimmten Bedingungen zumindest auch positive Effekte von Corona auf jemandes Lebensführung geben?
2. Lebensführung ist nicht gleich Lebensführung. Wirkt sich Corona je nach Art von jemandes Lebensführung unterschiedlich aus: in anderen Hinsichten, oder stärker oder schwächer?

Wir gehen diesen beiden noch sehr generellen Fragen anhand der Lebensführung von Mittelschichtangehörigen in Deutschland nach – anknüpfend an ein abgeschlossenes Forschungsprojekt, in dem wir mit Kolleg*innen der Frage nachgegangen sind, welche Muster der Lebensführung in den deutschen Mittelschichten vorzufinden sind.¹⁶ Ein Hauptergebnis waren drei Ausrichtungen biographischer Orientierungen: der investive Statusarbeiter, die Berufsstolze sowie der Gemeinschaftszentrierte (Kumkar et al. 2021). Zwei dieser Orientierungen – die investiven Statusarbeiter und die Gemeinschaftszentrierten – wollen wir nun daraufhin betrachten, wie sich Corona auf deren Lebensführung ausgewirkt hat. Wir haben 16 der 41 in der abgeschlossenen Untersuchung mit narrativ-biographischen Interviews Befragten nun, nach geraumer Zeit Corona, erneut befragt. Hier können wir zu zwei ganz kleinen Ausschnitten entlang der beiden benannten Fragerichtungen zwei Fälle miteinander vergleichen, um so anzudeuten, was für eine Art von Ergebnissen unsere gerade erst begonnene Auswertung erbringen könnte.¹⁷ Abschließend skizzieren wir den größeren Horizont von Fragen, den wir mit der Nachuntersuchung angehen wollen.

Positive Corona-Effekte

Bei unserer ersten Frage, ob Corona auch positive Auswirkungen auf die Lebensführung von Mittelschichtangehörigen haben kann, betrachten wir zunächst einen

¹⁶ Projektleitung: Karin Gottschall, Betina Hollstein, Uwe Schimank; Mitarbeiter: Stefan Holubek-Schaum, Nils Kumkar; Laufzeit: 01. Oktober 2016 - 30. Juni 2022. Gefördert durch die DFG unter dem Titel „Lebensführung als investive Statusarbeit - Praktiken, Bedingungen, Störungen“.

¹⁷ Unser Dank gilt Karin Gottschall, Stefan Holubek-Schaum, Arne Koevel und Nils Kumkar, mit denen gemeinsam wir die im Folgenden herangezogenen beiden Fälle interpretiert haben.

Gemeinschaftszentrierten, danach eine investive Statusarbeiterin. Hier geht es uns noch nicht darum, die unterschiedlichen Auswirkungen von Corona je nach Lebensführungsmodus herauszustellen. Sondern wir wollen zwei sehr verschiedene Arten von positiven Corona-Effekten vorführen. Wie sich zeigen wird, hängt deren konkrete Ausprägung, nicht verwunderlich, durchaus mit dem Lebensführungsmodus zusammen; doch die generelle Art des Effekts könnte bei beiden Modi vorkommen.

Corona als Vorteil

Vorteile bringt Corona dem etwa 50-jährigen Herrn Molchau, der verheiratet und Vater eines Sohnes ist. Für ihn als Gemeinschaftszentrierten beruht das ‚gute Leben‘ nicht primär auf beruflichen Erfolgen, sondern darin, sich in vielfältigen Gemeinschaften ‚aufgehoben‘ und ‚eingebettet‘ zu fühlen: Familie, Freunde, Nachbarn, Kollegen, Vereinskameraden u.ä.

Herr Molchau arbeitet seit der Ausbildung zum Verwaltungsangestellten in der Verwaltung seiner Gemeinde. Dort hat er sich vor geraumer Zeit zum IT-Administrator weiterbilden lassen. Mit der Pandemie kommt für ihn eine Homeoffice-Regelung, die vorsieht, dass er im Wechsel mit seinen Kollegen eine Woche in Präsenz und die andere von zu Hause arbeitet. Er sieht in dieser Form der Arbeit viele Vorteile und macht deutlich, dass er im Homeoffice nachweislich fokussierter und effektiver arbeitet:

Das ist TOP. Also ((lacht)) ich m/ muss sagen, ich sch/ schaff tatsächlich, wenn ich zu Hause bin, mein/ meinen Job mache ähm produktiv mehr, (.) das äh kann ich inzwischen (.) ganz klar sagen, also wir ham da auf Arbeit Ticketsysteme für/ für äh (.) Fehler (.) äh Meldungen und so weiter (.) ähm und wenn ich so die Tickets begleite und guck, was schaff ich (.) im Büro, in der Büro-Woche, und was schaff ich in der Homeoffice-Woche, dann bin ich deutlich produktiver, was die Bürowo/ äh die, die Homeoffice-Woche angeht. (I03: 320-326)

Die Annahme, dass einem Gemeinschaftszentrierten die Gemeinschaft der Kollegen merklich fehlen müsste, erweist sich in vorliegendem Fall als falsch. Nicht jede Gemeinschaft ist per se wichtig. Inhaltlich fehlt ihm sicher an mancher Stelle der Rat eines Kollegen, die fehlende Gemeinschaftlichkeit nimmt Herr Molchau jedoch eher als zeitsparend wahr:

[...] viele Zeiten, die man dadurch gewinnt, (.) ja, dass das/ ich wills mal negativ nennen, GEQUATSCHER äh einfach wegfällt, also (.) m/ mit sechs Männern in einem Fachdienst ist die morgendliche Kaffeerrunde halt schon gerne mal von acht bis neun. Ähm (.) die ist eben NICHT von acht bis neun, sondern ich sitz in meinem Büro (.) hier zu Hause und ich trink meinen Kaffee nebenbei und (.) bin die Stunde produktiv, (.) kann mich konzentriert äh an irgendwas ransetzen, es kommt kein Kollege zur Tür rein, der sagt: Ich hab da mal eben noch und kannst du mir mal eben helfen. (I03: 337-344)

Nicht nur im Arbeits-Kontext ist die Homeoffice-Regelung für ihn gewinnbringend, auch seine Anwesenheit zu Hause ist von Vorteil für ihn und seine Familie, wenn er z.B. nebenbei im Haushalt mithelfen oder Handwerkern und Paketlieferantinnen die Tür öffnen kann:

Aber es ist halt (.) im/ im Umkehr auch so, (..) dass ich im Privaten sehr, sehr viel schaffe. Also (.) deswegen find ich das Homeoffice (..) die beste Lösung überHAUPT. (I03: 347-349)

Bestimmte Aufgaben seines Arbeitsalltags bestehen darin, den Fortschritt des arbeitenden Computers zu überwachen. Dass sich diese Tätigkeit gut in das Familienleben zu Hause integrieren lässt, verdeutlicht Herr Molchau folgendermaßen:

[...] das heißt ich starte irgend ne Installation, (..) geh die Treppe runter, setz mich ins Wohnzimmer zu meiner Frau und sag: So (.) wir können jetzt noch n Käffchen trinken, wir können zusammen Abendbrot essen, ich ARBEITE ja, (.) könnte sowieso nichts tun, ich muss den Balken beobachten und geh dann alle 10 Minuten mal nach oben und guck, wie weit ist es denn, oder gibts ne Fehlermeldung, aber ansonsten [...] und so hab ich die Zeit doppelt genutzt und sie denn quasi in der Familie genutzt, (.) ne? (I03: 436-444)

Angesichts dieser Vorteile hofft Herr Molchau auf eine Fortsetzung: *„also ich FREU mich schon drauf, dass auch nach Corona das mit dem Homeoffice weitergeht, also (...) ich finds (.) gibt keine bessere Lösung.“ (I03: 363-365)*

Ein weiterer positiver Corona-Effekt, den wir bei Herrn Molchau finden, ist die Freude über seine durch den Lockdown bedingte gute Finanzlage. Er sieht Corona in seiner optimistischen Grundstimmung als Möglichkeit, an vielen Stellen sparen zu können. Entgegen der Situation vieler Menschen, deren Einnahmen durch Corona eingebrochen sind, sagt Herr Molchau:

also äh (.) die Ausgaben sind äh (.) DEUTlich eingebrochen, @(.)@ also (.) das zweite Jahr keinen Urlaub äh (.) dazu irgendwelche Prämien, dazu noch Steuererstattungen, die noch parallel laufen äh (.) ja, und die Ausgaben, naja, was nicht Amazon liefert, kann ich nicht kaufen, äh weil n Laden gibts nicht, ne? Ja, ich, ne? Ich brauch hun/ halb so viel Klamotten, weil wenn ich hier im Homeoffice sitze, dann sieht keiner, wenn ich den/ die Trainingshose noch anhab, also ich brauch mir nicht jede Woche ne neue Jeans besorgen. Ähm (..) nö also finanziell muss ich sagen, hat Corona eher n (.) gewaltigen Stoß nach oben gemacht (I03: 671-678)

Natürlich bedarf eine solch unaufgeregt-optimistische Haltung einer gewissen finanziellen Grundausstattung. Herr Molchau wohnt mit seiner Familie in einem eigenen Haus, ist finanziell solide aufgestellt und verfügt – ebenso wie seine Frau – über einen sicheren Arbeitsplatz. Eine solche Situation, wie wir sie in diesem Mittelschichten-Haushalt vorfinden, gehört ebenso zur Corona-Realität wie die zahlreichen Menschen, die um einiges gravierender von den Auswirkungen der Pandemie betroffen sind.

Corona als Befreiung

Vorteile bestehen, abstrakt betrachtet, darin, dass man gegebene Ziele besser erreichen kann. Im Unterschied zu dieser Art von positivem Effekt geht es nun um etwas komplizierteres. Corona wurde im Fall von Frau Michels in dem Sinne zur Befreiung, dass sie ihre Lebensziele weitreichend änderte, was ohne Corona als Antrieb wohl nicht erfolgt wäre.

Frau Michels ist eine investive Statusarbeiterin – also jemand, deren Identität und daran orientierte Lebensführung auf planvollen beruflichen Erfolg ausgerichtet ist, wie er sich in Einkommenssteigerungen und Aufwärtskarrieren manifestiert. Frau Michels ist etwa 60 Jahre alt, verheiratet, Mutter eines erwachsenen Sohnes und in ihrem jahrzehntelangen Karrierestreben, das sie relativ weit unten in der beruflichen Hierarchie begann, sehr erfolgreich. Inzwischen ist sie auf der oberen Leitungsebene eines großen Unternehmens angelangt. Allerdings hat sie diese stetige Aufwärtsbewegung im letzten, vor Corona sich vollziehenden Schritt an einen Punkt geführt, den sie sich nun in fortgeschrittenem Alter eigentlich nicht mehr zumuten wollte:

Vorher war ich äh Sachgebietsleitung einer äh Finanzbuchhaltungsabteilung mit äh 10 Leute und jetzt hab ich halt 23 Leute. Ähm und ähm ja, es es hat sich hat sich alles so dahin gefügt, dass es, äh obwohl ich Stunden reduzieren wollte, habe ich da mit meinem Chef darüber gesprochen und wir haben GEGLAUBT, dass wir da eine gute Untermauerung für mich äh

stricken können, so dass das funktionieren kann. Wir haben es halt probiert, aber es äh funktioniert halt NICHT. (I02: 577-582)

Ein wichtiger Grund jenseits eigener beruflicher Überlastung war auch noch, dass sie mehr Zeit mit ihrem Partner verbringen wollte, der aus gesundheitlichen Gründen beruflich kürzer treten musste und dann, kurz nach Beginn von Corona, aufgrund der – nicht Corona-bedingten – Insolvenz seines Arbeitgebers arbeitslos wurde und sich auf den Vorruhestand vorbereitete. Hatte Frau Michels bis dahin immer wieder dem Beruf den Vorrang vor Partnerschaft und Freizeit gegeben, wollte sie nun ihrer investiven Statusarbeit erstmals Grenzen setzen, gewissermaßen das altersgemäße Auslaufen-lassen dieses Lebensführungsmodus einläuten.

Doch die beruflichen Anforderungen steigerten sich weiter, anstatt dass sie wie geplant zurückgefahren werden konnten. Ein durchaus wahrscheinliches Reaktionsmuster hätte in dieser Situation sein können, dass Frau Michels, wie schon oft und wie im Ethos der investiven Statusarbeiterin vorgesehen, Härte gegen sich selbst gezeigt und die Zähne zusammengebissen hätte. Anders als bei früheren Gelegenheiten hätte sie zwar kein weiteres subjektiv lohnendes und erreichbares Karriereziel mehr gesehen; doch sie hätte eben bis zum Schluss durchgehalten – wie beim „lock-in“ einer pfadabhängigen Dynamik (Arthur 1989). Dies geschah jedoch nicht, wie sie früh im Interview in mehreren bedeutungsschwangeren Formulierungen verkündete; und für diese sehr positiv erlebte „Pfadbrechung“ (Sydow et al. 2009) machte Frau Michels Corona als wesentliche Ursache aus.

Nachdem sie zunächst die üblichen negativen Auswirkungen von Corona auf ihre Lebensführung aufführt, heißt es auf einmal: *„es hat sogar mich BERUFLICH komplett verändert.“ (I02: 68)*. Diese starke Behauptung wird dann wie folgt erläutert:

Ähm und es ist wirklich so, ja, da muss ich jetzt ein ganz klein wenig ausholen, dass ich also seit ähm (schniefen) äh 2 Jahren, also seit seit 20 Jahren mit einer Freundin wir WALKEN, wir joggen äh regelmäßig einmal in der Woche. Das heißt da hat man viele Gespräche und seit 2 Jahren haben wir so eine Vision ähm, dass wir uns gerne selbständig machen möchten ähm und spinnen dann halt immer rum. (I02: 72-77)

Achtzehn Jahre lang hat das gemeinsame Walken die investive Statusarbeit nicht tangiert, war wohl eher Mittel zum Zweck des körperlichen Sich-fit-haltens für einen aufreibenden beruflichen Alltag. Die letzten zwei Jahren kommen Frau Michels und ihre Freundin dann immer wieder auf einen gemeinsamen Tagtraum zurück: ein kleines Start-up zu gründen, das mit einer „grünen“ Dienstleistung – unverpackte Lebensmittel zu verkaufen – zur ökologischen Erneuerung beiträgt. Es wäre aber – so Frau Michels Selbsteinschätzung – beim „Rumspinnen“ geblieben, wenn Corona ihnen nicht dramatisch vor Augen geführt hätte, wie wichtig diese Mission ist:

Und durch diese Pandemie, das muss ich wirklich sagen, und durch dieses äh NOCH mehr bewusst werden für die Umwelt ähm [...] ist das eigentlich nochmal wie so eine Art ähm ja, wenn ich jetzt sage Bestätigung, aber es ist schon so, dass es/ weil wir eben auch der Meinung sind, dass das deswegen passiert ist, weil wir in diese Natur wir Menschen so tief eingreifen, was auch nicht sein muss. Äh NOCH mehr eine Bestätigung dafür gewesen, es jetzt einfach mal zu tun und zu WAGEN. Das bedeutet, ich habe tatsächlich meine hochdotierte Stelle [...] hab ich gekündigt zum 31.3. nächsten Jahres. (I02: 77-86)

Kurz darauf unterstreicht sie zum bisherigen Pfad: „[...] irgendwie ist das alles die falsche Richtung [...] aber die PANDEMIE hat tatsächlich auch das ganze irgendwo NOCH geschürt im positiven Sinne.“ (I02: 93-95) Später heißt es:

Und dann ging das so los mit äh du also dann aber auch Nägel mit Köpfen. Ich sag, ich muss auch von diesem Job da weg. Und das war wie so eine, wie so eine Fügung, wie so eine Bestimmung, äh wie so eine ja so eine Entscheidung. (I02: 611-614)

Dass eine eigene „Entscheidung“ als „Fügung“ – also als ein sich als segensreich erweisendes Widerfahrnis – eingestuft wird, heißt: Es war die einzig richtige Entscheidung. Frau Michels hat mit ihrem Mann

eine Sektflasche aufgerissen, [...] weil das EINFACH ähm äh die die die dieser dieser dieser äh diese Hoffnung, dieser dieser Schlüssel zum zum NEUEN, zu zu neuem Lebensabschnitt war. Also ALLES ist besser (.) als so wie es jetzt läuft. (I02: 627-633)

Corona hat sich in diesem Fall als Augenöffner im doppelten Sinne erwiesen. Zum einen hat die Erfahrung existentieller Verunsicherung – die angesichts der Infektionszahlen reale Möglichkeit, selbst schwer zu erkranken und womöglich zu sterben – die Grenzen investiver Statusarbeit aufgezeigt: Ist „dieses Höher, Weiter, Schneller“, der „Konkurrenzkampf“ es tatsächlich wert, immer weiter getrieben zu werden? Corona hat bei Frau Michels „dieses Bewusstsein für das Wichtige im Leben“ geweckt, aber keine Totalnegation ihrer bisherigen Lebensführung herbeigeführt. Sie wird investive Statusarbeiterin bleiben, wie sich insbesondere aus den Schilderungen ergibt, die sie zur Planung des Start-ups und dazu, wie sie sich die künftige berufliche Zusammenarbeit mit ihrer Freundin vorstellt, ablesen lässt. Doch sie dementiert nunmehr vehement bisherige Selbstdarstellungen:¹⁸

[...] ich hatte niemals das Ziel äh ich will unbedingt eine Führungsposition haben und ich möchte irgendwann mal in der Geschäftsführung landen. Also auf gar keinen Fall. Das ist so etwas, was sich ergeben hat durch verschiedene Umstände. (I02: 746-748)

Zum anderen hat ihr Corona eine neue, bisher völlig fehlende und eigentlich nicht vorgesehene Sinnstiftung investiver Statusarbeit beschert. Eine schon seit langem bei ihr vorhandene „alternative“ Orientierung, die sich u.a. auch in ihrer Ausbildung zur Yoga-Lehrerin manifestierte, aber sich nie mit Inhalten ihrer Berufstätigkeit verbinden ließ, kann nun profitabel gemacht werden: „und wenn man damit ein bisschen Geld verdienen kann, ist es ja SCHÖN.“ (I02: 108-109) Investive Statusarbeit, der stets der Makel des Egozentrierten anhaftet, wird zur Kollektivgut-Produktion geadelt: „Und das hat mir wirklich die die Pandemie äh NOCH weiter gezeigt und da bin ich sehr, sehr, sehr dankbar für.“ (I02: 125-126)

Der Fall demonstriert, dass ein Ereignis wie die Corona-Pandemie biographische Weichenstellungen bewirken kann. Das kann in beide Richtungen gehen: zum Leiden an der Gesellschaft führen, aber auch zum Aufblühen von Neigungen, die man längst als unrealisierbar ad acta gelegt hatte. Frau Michels resümiert:

das einschneidendste Erlebnis [...] Ja ist für mich wirklich ähm (..) dass ich gekündigt habe. Dieses dieses ähm, dass ich es tatsächlich geschafft habe. (I02: 1116-1117)

Sie fühlte sich danach „wie eine Feder so leicht (lacht)“ (I02: 1125). Eine große Last ist von ihr abgefallen – dank Corona. Das heißt nicht, dass keine anderen Ereignisse denselben

¹⁸ Nach dem bekannten Motto der Neuen Frankfurter Schule: „Die schärfsten Kritiker der Elche/Waren früher selber welche.“

augenöffnenden Effekt hätten haben können. Es hätte wohl funktionale Äquivalente für Corona gegeben. Aber Corona hat eben unter Lebensumständen wie ihren diese positive Wirkung gehabt.

Zwischenfazit

In der journalistischen Berichterstattung wird regelmäßig ein krisengeprägtes Bild von Corona-Auswirkungen gezeichnet. Finanzielle Notlagen, Gewalt in Partnerschaft und Familie, Verlust von Arbeit: Das alles sind reale und besorgniserregende Szenarien, die durch Corona ausgelöst oder verstärkt wurden. Daneben existieren aber auch andere Corona-Realitäten, die eher im Stillen stattfinden, mangels Brisanz häufig nicht in den Blick des Journalismus geraten und schlicht übersehen werden. Corona hat, wie gezeigt wurde, bestimmten Personenkreisen Vorteile gebracht und konnte sogar Möglichkeitsräume eröffnen, die eigene Lebensführung umzukrempeln und den persönlichen Bedürfnissen anzupassen.

Corona und identitätsstiftende Gemeinschaften

Um nun unsere zweite Frage anzugehen, welchen Unterschied die beiden Lebensführungsmodi für bestimmte – hier nun: negative – Corona-Effekte machen könnten, greifen wir uns den Aspekt der identitätsstiftenden Gemeinschaften heraus, der in allen Arten von Lebensführung bedeutsam ist, also nicht etwa nur für Gemeinschaftszentrierte, sondern auch für investive Statusarbeiter*innen. Alle Lebensführungsmodi benötigen Identitätsbestätigungen: dass andere einem sagen, dass man so, wie man lebt, ein ‚gutes Leben‘ führt (Schimank 2000: 128-132). Wenn ich mir das immer nur selbst sage, ist das nicht subjektiv glaubwürdig. Ich bin gewissermaßen in eigener Sache voreingenommen. Diese Anderen, von denen ich Identitätsbestätigungen erhalten kann, sind oft keine einzelnen Personen, sondern Gemeinschaften: alle Arten von Geselligkeit (Nachbar*innen, Arbeitskolleg*innen, Mitglieder im selben Verein), Freundschaften sowie das Familienleben. Eine naheliegende Frage ist: Leiden diese Gemeinschaften unter den mit Corona verbundenen Kontaktbeschränkungen? Und wenn ja: Macht die Art der Lebensführung eines Menschen einen Unterschied dafür, wie sehr er unter diesem Leiden der Gemeinschaften leidet? Leiden insbesondere Gemeinschaftszentrierte mehr und anders darunter als investive Statusarbeiter*innen?

Investive Statusarbeiterin

Identitätsstiftende Gemeinschaften kommen in den biographischen Erzählungen investiver Statusarbeiter*innen – wie Frau Michels – wenig vor. Man holt sich seine identitätsbestätigenden Erfolgserlebnisse mehr aus der Konkurrenz mit anderen investiven Statusarbeiter*innen oder dem Lob von Vorgesetzten. Doch völlig auf Gemeinschaften verzichten können auch investive Statusarbeiter*innen nicht. Die Partnerschaft, die Beziehung zu den eigenen Kindern, der engere Familienkreis oder wenige enge Freundschaften sind, als zeitweilige Suspension von Statusarbeit in Ergänzung zur leistungsindividualistischen Lebensführung, als Identitätsbestätigungen wichtig. Den völlig ‚einsamen Wolf‘ scheint es nicht zu geben – zumindest nicht auf Dauer.

Minimal-Gemeinschaften sind auch für die Identitätsbestätigung investiver Statusarbeiter wichtig. Diese Gemeinschaften bestehen im vorliegenden Fall aus dem engsten Familienkreis sowie ausgewählten Freunden. Die Minimal-Gemeinschaften wurden schon vor Corona –

entsprechend dem generellen Planungsimperativ der Lebensführung investiver Statusarbeiter*innen – planvoll installiert, wie hier am Beispiel des Sohnes von Frau Michels deutlich wird:

Äh er ist mit knapp 25 ausgezogen hier ähm (.) und da haben wir uns GESAGT ähm, dass wir uns sonntags immer treffen wollen zum ESSEN. Also ich hab dann immer schön GEKOCHT mit meinem Mann zusammen und mein Sohn kam dann immer zum Essen, irgendwann kam seine Freundin dazu. Und das haben wir wirklich, das ist wie so ein RITUAL ähm, was wir/immer sonntags um halb 7 kam mein Sohn und seine Freundin zum Essen. Ja und das äh dann hat man immer tolle Gespräche geführt, weil mein Sohn hat auch immer viel um die Ohren. Und man glaubt ja gar nicht, wenn man sowas nicht MACHT, äh ähm dann äh vergehen da auch mal schnell 2, 3 Wochen, die dann ins Land gehen, ohne dass man groß voneinander gehört hat. [...] Und das wollten wir halt nicht und dann haben wir das halt so VERABREDET. Und das waren immer so Abende, jeden Sonntagabend da haben wir uns immer richtig darauf gefreut. (I02: 374-385)

Die insbesondere in den Lockdown-Phasen auferlegten Kontaktbeschränkungen unterbanden dieses Arrangement:

Ja und das ist dann eben gecancelt worden. Äh eben gerade, WEIL mein Sohn sehr viel auch äh Kontakt ähm bei sich auf der Firma hat, [...] einfach zu viele Menschen, mit denen er zu tun hatte und dann haben wir wirklich äh schweren Herzens entschieden, das stampfen wir jetzt in den Boden und das machen wir jetzt nicht. (I02: 385-390)

Doch das, was planvoll installiert wurde, lässt sich auch planvoll rearrangieren:

Und ich hab zwar trotzdem gekocht, aber Sie müssen sich vorstellen, das hab ich dann äh wirklich in in in Schüsseln verpackt und hab dann in eine Box vorne auf die Fußmatte das Ganze gestellt. Er kam dann, hat das Essen geholt, dann haben wir uns 2 Minuten über die offene Haustür unterhalten mit großem Abstand und dann ist er wieder gefahren und da, da blutete mir jedes Mal das Herz und das ist ähm. [...] Das ist wirklich etwas äh, alles andere ist für mich nicht so schlimm wie DAS. (I02: 374-396)

Die Situation wird also wegen der Kontaktbeschränkungen durchaus als schmerzhaft empfunden – aber die zumindest rudimentäre Aufrechterhaltung dieser Gemeinschaft funktioniert, weil man sich Gedanken darüber macht, wie es gehen könnte.

Gemeinschaftszentrierter

Im Vergleich dazu betrachten wir nun unseren Gemeinschaftszentrierten. Die großen Kontaktbeschränkungen durch die Corona-Maßnahmen müssten jemanden wie Herrn Molchau – so unsere anfängliche Vermutung – als Identitätsbedrohung viel stärker treffen als die investive Statusarbeiterin, die durchaus auch leidet.

Viele der Gemeinschaftserlebnisse fallen in der Tat aus, was von Herrn Molchau ausführlich bedauert wird. Unter Corona-Bedingungen mögliche Formen des Beisammenseins werden als wenig befriedigend erlebt. Zum Beispiel erzählt er von seinem wöchentlichen Herrenabend, der wegen der Kontaktbeschränkungen im Format des Zoom-Meetings versucht wurde – das war für ihn jedoch einfach nicht mit dem Treffen unter Anwesenden vergleichbar. Was er allerdings zumindest bislang als zufriedenstellende Substitution erfährt, ist die Gemeinschaft seiner Kleinfamilie. Sein gutes Verhältnis zu Frau und Kind ist dabei natürlich hilfreich. Verstärkt durch das Arbeiten im Homeoffice gelingt es ihm geradezu, diese Gemeinschaft, die er in

seinen vielfältigen Gemeinschaftseinbindungen vor Corona ein wenig vernachlässigt hatte, für sich wiederzuentdecken:

[...] dadurch, dass wir auch in der Familie zu dritt sind und äh ja (.) eigentlich alles nett ist, (...) ja, muss ich sagen so FAZITmäßig (.) joa, von mir aus kann Corona in DER Beziehung noch n paar Jahre bleiben. (I03: 73-76)

Sein wirkliches Problem unter Corona-Bedingungen stellt allerdings eine andere Gemeinschaft dar: die Gestaltung des Kontaktes zu seinem weiteren Familienkreis (Eltern, Geschwister), der durch häufige wechselseitige Besuche und viele Feiern geprägt ist. Auf die Frage, wie er die letzten Familienfeste verbracht hat, antwortet Herr Molchau:

Gar nicht. (.) Tatsächlich GAR nicht. Also das ist so n/ vielleicht auch so n kleiner Konflikt, den wir innerhalb der Familie haben [...] Also gerade n gutes Beispiel: gestern hatte meine Mutter Geburtstag, ähm (..) am Muttertag natürlich und ich hab sie dann nachmittags angerufen, weil es kam natürlich auch keine Einladung (.) äh zu ihrem Geburtstag, weil sie ja auch weiß (.) wir wären wahrscheinlich sowieso nicht gekommen, ähm jedenfalls nicht in ner großen Runde (.) und während des Telefonates erzählt die mir, ja meine eine Schwester mit der gesamten Familie wäre jetzt zum Frühstück und Mittagessen da/ oder zum Frühstück dagewesen, die andere Schwester mit der gesamten Familie ist jetzt zum Mittag da und bleibt noch bis zum Kaffee, und Abendessen fällt aus, weil so viel Essen wollen sie ja nicht machen. (.) Ähm (.) sie meldet sich vielleicht demnächst mal irgendwie, äh müssen wir mal gucken, vielleicht kriegen wir dann auch noch irgendwas. (.) Wo ich denk naja, hm (.) also (.) JA, es ist eigentlich das, was wir uns ausgesucht haben, weil wir gesagt haben, große Feiern wollen wir nicht, aber (.) so ganz rausgenommen werden wollen wir natürlich auch nicht. (.) Ähm (...) ja, was dann (.) schon durchaus mal (.) ja, ich sag mal es wird Redebedarf geben... (I03: 777-803)

Und etwas später sagt er:

es ist halt auch DAS, was wir gesagt haben. Wir WOLLEN nicht in diesen großen Runden feiern, das ist nicht nur verboten, das ist auch (.) UNSINN, deswegen (.) wollen wir nicht, ja (.) und das leben sie halt und planen uns dann auch nicht ein. Das ist trotzdem immer so n bisschen so/ so/ so n leises (.) Geschmäcke, wie man so schön sagt, ähm wo man denkt, naja hm (..) ((seufzt)) grenzen die uns aus? (I03: 829-833)

In diesem Ausschnitt kommen die besonderen Schwierigkeiten von Gemeinschaftszentrierten zum Ausdruck, mit den für sie nur schwer explizier- und aushandelbaren Bedingungen ihres spezifischen ‚doing Gemeinschaft‘ umzugehen. Diese Schwierigkeiten drücken sich plastisch bereits darin aus, dass Herr Molchau hier nirgends auf den Punkt kommt und überall um den heißen Brei herumredet. Die Sache ist eigentlich ganz einfach: Aufgrund von Vorerkrankungen bedeutete eine Infektion mit Corona für Herrn Molchau ein großes gesundheitliches Risiko, weshalb er und seine Frau für sich entschieden haben, die Kontaktbeschränkungen sehr ernst zu nehmen. Doch er hat es offensichtlich nicht geschafft, dies in seiner Familie so zu kommunizieren, dass darauf Rücksicht genommen wird. Vermutlich hat er stillschweigend erwartet, dass sein Familienkreis die Krankheit als Erklärung seines Verhaltens in Rechnung stellt, und spürt nun, dass ihm sein Verhalten übel genommen wird – wiederum ohne dass die andere Seite

dies ausspricht. Dem liegt nun aber keine beiderseitige defizitäre kommunikative Kompetenz zu Grunde. Sondern die Beschaffenheit der Gemeinschaften, die Gemeinschaftszentrierte für ihre wechselseitigen Identitätsbestätigungen unterhalten, lassen ein Reden über die Ausgestaltung dieser Gemeinschaften nicht zu, weil es den besonderen Charakter dieses Gemeinschaftserlebens gefährdete. Dass er seine Krankheit nicht explizit als Begründung für seinen temporären Rückzug aus der familiären Gemeinschaft nennt, könnte darin begründet sein, dass Herr Molchau sich nicht schwach zeigen und eben keine Sonderbehandlung einfordern will. Gerade diese Sprachlosigkeit könnte jedoch genau zum Gegenteil geführt haben, nämlich zu einer latenten Situation des ‚Sich-aufspielens‘, in der seine Familie denken könnte, er wolle mit einem Anspruch auf Rücksichtnahme seine besondere Situation akzentuieren und sich als derjenige positionieren, dem es zustünde, die Regeln aufzustellen. Doch das Identitätsbestätigende dieser Art von Gemeinschaften ergibt sich für die Gemeinschaftszentrierten aus dem ‚natürlichen‘, spontan-direkten, eben im Kern nicht planvoll gestalteten Charakter des Geschehens, der durch jede Art von komplizierter reflexiver Erörterung, wie sie in Herrn Molchaus Fall nötig gewesen wäre, gefährdet würde.

Ein Risiko der Gemeinschaftszentrierten ist demnach: Sie haben zwar viele identitätsbestätigende Gemeinschaften, können diese aber nur schwer gezielt veränderten Rahmenbedingungen anpassen, wie es die Corona-Pandemie verlangt. Vielmehr sind dann zwei gleichermaßen dysfunktionale Ergebnisse wahrscheinlich: Man zelebriert die Gemeinschaften wie bisher und wird zum Corona-Herd, wie beispielsweise bei einigen Großfamilientreffen oder illegalen Szenepartys zu beobachten war; oder man fährt die Gemeinschaften zurück – was sie auf längere Zeit oder sogar dauerhaft als Orte der Identitätsbestätigung ausschaltet. Es kann also entweder dieser essentielle Bestandteil der Lebensführung von Gemeinschaftszentrierten auf Kosten von Maßnahmen zur Corona-Eindämmung gestärkt werden – oder umgekehrt. Beides miteinander zu vereinbaren, fällt hingegen ausgesprochen schwer.

Im Vergleich: Wer hat die stabileren identitätsstiftenden Gemeinschaften?

Unser Zwischenergebnis, das natürlich, auf nur zwei Fällen beruhend, bestenfalls als Hypothese für die Bearbeitung weiterer Fälle taugt, lautet: Identitätsbestätigende Gemeinschaften, die für Gemeinschaftszentrierte viel wichtiger sind als für investive Statusarbeiter, können von Letzteren im Fall von Irritationen wie Corona zielgerichteter und erfolgversprechender aufrechterhalten werden als von Ersteren. Anders gesagt: Diejenigen, die gemeinschaftsbedürftiger sind, haben größere Schwierigkeiten damit, dieser Bedürftigkeit gerecht zu werden. Wenn man dies vom einzelnen Fall hoch aggregiert, heißt das in der Summe: Ein großer – möglicherweise der größte – Teil der Mittelschichten könnte durch Corona Gefahr laufen, dass eine sehr wichtige identitätsstiftende Kraft geschwächt wird oder ganz verloren geht.

Corona und Lebensführung – Perspektiven weiterer Forschung

Corona kann sich potenziell doppelt auf die Lebensführung auswirken. Sowohl die synchrone alltägliche Lebensführung als auch die diachrone Lebensführung in Form von biographischen Orientierungen sind von den Auswirkungen der Pandemie betroffen. Am Beispiel von Herrn Molchau wird deutlich, wie sich durch das Arbeiten im Homeoffice die Gestaltung des Alltags erheblich und vorteilhaft verändert. Seine biographische Orientierung an Gemeinschaften hingegen ist durch Corona deutlich negativ irritiert worden. Im Fall von Frau Michels ist es

umgekehrt. Ihr Bedürfnis nach Gemeinschaft ist weniger ausgeprägt, aber planvoll organisiert und kann Irritationen angepasst werden, so dass es weiterhin in die alltägliche Lebensführung integriert ist. Für sie als investive Statusarbeiterin ist der Lebensbereich der Arbeit hinsichtlich ihrer biographischen Orientierung von zentraler Bedeutung. Und in eben diesem Bereich nutzt sie die Chance, die ihr die Pandemie verschafft, um den Wechsel in ein anderes Arbeitsfeld zu wagen – und damit einen Meilenstein im Sinne einer deutlich veränderten biographischen Orientierung zu setzen.

Der gezeigte, kleine Ausschnitt unserer Forschungsergebnisse entstammt dem DFG-geförderten Projekt „Mittelschicht-Lebensführungen und Corona“¹⁹, dem Anschlussprojekt des oben genannten Forschungsprojektes zu Lebensführungsmodi von Mittelschichten in Deutschland. Ziel unserer Arbeit ist es hier, die Corona-bedingten Irritationen auf Lebensführungsmuster zu untersuchen. Dabei stellen wir uns insbesondere zwei Fragen. Die erste Leitfrage zielt darauf ab, die verschiedenen Arten der Auswirkungen von Corona auf die Lebensführung der Personen herauszuarbeiten, wobei uns auch interessiert, als wie gravierend oder im Gegenteil sogar positiv diese Auswirkungen jeweils bewertet werden. Dabei unterscheiden wir, ob sich die gefundenen Auswirkungen eher auf Praktiken der Lebensführung oder auch auf tieferliegende biographische Orientierungen niederschlagen – und somit Lebensführungsmodi an sich erschüttert werden, wie es der Fall unserer investiven Statusarbeiterin vorführt.

Die zweite Leitfrage nimmt die drei Lebensführungsmodi hinsichtlich der jeweiligen Differenzen in der Betroffenheit von Corona in den Fokus. Von Interesse ist dabei, in welcher Art und welchem Ausmaß Berufsstolze, Gemeinschaftszentrierte und investive Statusarbeiter*innen in ihrer Lebensführung von Corona irritiert sind und wie sie damit umgehen. Auch in diesem Zusammenhang ist der Fall der investiven Statusarbeiterin erhellend, wenn sie, wie wir gezeigt haben, durch die Pandemie Legitimation erlangt, ein auf Nachhaltigkeit setzendes Startup zu gründen und somit den Weg der altbekannten Karriereleiter zu verlassen. Und im Fall des Gemeinschaftszentrierten konnten wir zeigen, wie sich Corona, hier besonders in Form des social distancing, auf seine Gemeinschaften auswirkt und wie er mehr oder weniger in der Lage ist, sein Bedürfnis nach identitätsbestätigenden Gemeinschaften anzupassen und zu befriedigen.

Das Corona-Projekt ist in seiner Fragerichtung stark auf die biographisch orientierte, diachrone Lebensführung ausgerichtet, wird jedoch an bestimmten Stellen auch Aspekte der alltäglichen Lebensführung aufgreifen. Anders ist es bei einer ebenfalls im Kontext des Corona-Projektes anzusiedelnden Arbeit, die sich hauptsächlich auf die alltägliche Lebensführung konzentriert. Das Dissertationsvorhaben unter dem Arbeitstitel „Zwischen krisenbedingtem Autonomieverlust und zunehmender Freiheit“ (Großkopf) setzt sich insbesondere mit der Frage auseinander, welche Effekte die Corona-Pandemie und Maßnahmen zu ihrer Eindämmung auf die Möglichkeiten und Grenzen autonomer Lebensführung von Mittelschichtenangehörigen haben. Corona wird dabei als Krise betrachtet, die verschiedentlich auf die alltägliche Lebensführung (Projektgruppe Alltägliche Lebensführung 1995; Wehrich 1998; Kudara/Voß 2000; Voß/Wehrich 2001; Jurczyk et al. 2016) von Menschen einwirkt, auch unter Einsatz staatlicher Maßnahmen wie beispielsweise Hygienevorschriften und Ausgangsbeschränkungen. Außerdem steht die krisenbedingte Notwendigkeit, den jeweiligen Alltag neu zu organisieren, im Fokus des

¹⁹ Projektleitung: Karin Gottschall, Betina Hollstein, Uwe Schimank; Mitarbeiterin: Angela Großkopf. Gefördert durch die DFG. Laufzeit: 01. Mai 2021 bis 30. Juni 2022.

Vorhabens. Wenn jemand etwa Homeoffice oder Kurzarbeit, die Schließung von Fitnessstudios, Kinos und Restaurants oder die Betreuung kleinerer Kinder wegen Ausfalls von Kita und Schule zu bewältigen hat, lassen sich vermutlich Praktiken der Reorganisation des Alltags rekonstruieren. Und schließlich wird die Zeitverwendung der Mittelschichtenangehörigen problematisiert: Welche Corona-bedingt veränderten Praktiken der Zeitverwendung lassen sich rekonstruieren? Denkbar ist etwa, dass eine Person durch Kurzarbeit plötzlich mehr zeitliche Ressourcen zur Verfügung hat, durch beschränkende Maßnahmen aber über weniger Verwendungsmöglichkeiten verfügt. Hier wird ein Möglichkeitsraum zwischen ‚aktiver Gestaltung freier Zeit‘ und ‚passivem Abwarten und sich der Krise fügen‘ vermutet und in seinen Feinheiten rekonstruiert. Das Ausmaß der jeweiligen Akzeptanz von Corona-Maßnahmen und -Einschränkungen muss bei der Interpretation der Daten berücksichtigt werden. Es wird sich vermutlich auf die je individuelle, mehr oder weniger kooperative Mitarbeit an der Eindämmung der Pandemie auswirken.

Literatur

- Arthur, Brian (1989): Competing Technologies. Increasing Returns, and Lock-In By Historical Events. In: *The Economic Journal*, 99 (394), 116-131.
- Jurczyk, Karin/Voß, G. Günter/Wehrich, Margit (2016): Alltägliche Lebensführung – theoretische und zeitdiagnostische Potentiale eines subjektorientierten Konzepts. In: Alleweldt, Erika/Röcke, Anja/Steinbicker, Jochen (Hrsg.), *Lebensführung heute – Klasse, Bildung, Individualität*. Weinheim: Beltz Juventa, 53-87.
- Kudera, Werner/Voß, G. Günter (2000): *Lebensführung und Gesellschaft. Beiträge zu Konzept und Empirie alltäglicher Lebensführung*. Wiesbaden: VS.
- Kumkar, Nils/Holubek, Stefan /Gottschall, Karin /Hollstein, Betina /Schimank, Uwe (2021): *Die beharrliche Mitte – Wenn investive Statusarbeit funktioniert*. Wiesbaden: Springer VS.
- Projektgruppe „Alltägliche Lebensführung“ (1995): *Alltägliche Lebensführung. Arrangements zwischen Traditionalität und Modernisierung*. Wiesbaden: VS.
- Schimank, Uwe (2000): *Handeln und Strukturen. Einführung in die akteurtheoretische Soziologie*. München: Juventa.
- Sydow, Jörg/Schreyögg, Georg/Koch, Jörg (2009): Organizational Path Dependence: Opening the Black Box. In: *Academy of Management Review*, 34, 689-709.
- Voß, Gerd-Günter/Wehrich, Margit (Hrsg.) (2001): *Tagaus – tagein. Neue Beiträge zur Soziologie Alltäglicher Lebensführung*. München: Hampp.
- Wehrich, Margit (1998): *Kursbestimmungen. Eine qualitative Paneluntersuchung der alltäglichen Lebensführung im ostdeutschen Transformationsprozess*. Pfaffenweiler: Centaurus-Verlagsgesellschaft.

Teil III: Internationale Perspektiven und Fragen globaler Solidarität

9. Politische Determinanten für den Erfolg von Impfstrategien - Welchen Einfluss haben Föderalismus, Gesundheitssysteme und bevorstehende Wahlen auf das Impftempo von Ländern im internationalen Vergleich?

Sven Lange

Einleitung

Stand Mitte September 2021 sind bisher ca. 225 Millionen (Dunkelziffer deutlich höher) Menschen weltweit an dem neuartigen Coronavirus erkrankt und ca. 4,6 Millionen Menschen daran gestorben (OWiD 2021). Durch die politischen Reaktionen auf den globalen Ausbruch des Virus (heruntergefahren Ökonomien, Ausgangssperren etc.) hat das Virus das Leben von beinahe jedem Menschen auf dieser Welt verändert. Um zumindest ansatzweise zur Normalität zurückkehren zu können, wurden in Rekordzeit Impfstoffe entwickelt. Seit Dezember 2020/Januar 2021 kann in den meisten Ländern dieser Welt gegen das Virus geimpft werden. Dabei fällt allerdings auf, dass einige Länder deutlich schneller impfen als andere. Bei der Frage, woran das liegen könnte, fallen einem zuerst Faktoren wie die Bevölkerungsgröße und der Wohlstand eines Landes ein. Da die Impfstoffverteilung aber vor allem durch die Politik organisiert wird, gibt es auch hier zu untersuchende Determinanten für das Impftempo. Dazu gibt es bisher nur wenige Publikationen.

Im Zuge meiner Bachelorarbeit habe ich daher einige mögliche politische Determinanten für das Impftempo untersucht. Faktoren wie Föderalismus/Dezentralisierung und Demokratiequalität konnten keine Signifikanz aufweisen. Die Hochwertigkeit von Gesundheitssystemen und bevorstehende Wahlen können die Variation beim Impftempo im internationalen Vergleich hingegen erklären. In diesem Beitrag werden die wichtigsten Aspekte eben dieser Bachelorarbeit aufgegriffen und zusammengefasst. Mit dem Thema habe ich mich primär aus zwei Gründen beschäftigt. Der erste Grund ist die Aktualität: COVID-19 beschäftigt aktuell nahezu jeden Menschen auf dieser Welt. Das Virus schränkt unser Leben ein, verändert das Studium, die Arbeitswelt, die Wissenschaft, das soziale Leben und vieles mehr. Aus der Aktualität resultiert der zweite Teil der Intention: Vor allem zu den politischen Determinanten klafft aktuell noch eine große Forschungslücke. Mit der Bachelorarbeit wurde intendiert, zur Schließung dieser Lücke beizutragen.

Die Bachelorarbeit ist in drei Teile unterteilt. Der aktuelle Forschungsstand, die theoretische Herleitung der Hypothesen und die empirische Analyse samt Auswertung. Dies gilt es in diesem Beitrag zusammenzufassen. Daher werde ich im nächsten Abschnitt den aktuellen Forschungsstand aufarbeiten. Der dritte Abschnitt soll dann den theoretischen Rahmen zum Thema Gesundheitssysteme schaffen. Im vierten Abschnitt stehen (Regierungs-)Parteien- und Wahlverhalten im Fokus. Aufbauend auf dieser theoretischen Grundlage werden im fünften Abschnitt dann zwei Hypothesen hergeleitet:

H1 Je höher die Gesundheitsausgaben pro Kopf sind, desto höher ist die Impfquote.

H2 Je näher die nächste bedeutende Wahl liegt, desto höher ist die Impfquote.

Diese Hypothesen werden im sechsten Abschnitt (nach der Operationalisierung) mittels multipler linearer Regressionen getestet. Die abhängige Variable ist dabei das Impftempo (Impfquote am 30.06.2021). Kontrollvariablen sind die Bevölkerungsgröße und -dichte, der Anteil der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung, das BIP pro Kopf, ein selbst erstellter Indikator auf Basis des „7-day rolling average“ von COVID-19-Toten pro eine Million Einwohner*innen am 31.03.2021 (Dummy-Variable) und die Frage, ob ein Land selbst Impfstoff herstellt (Dummy-Variable). Das Sample umfasst 209 Länder, zu denen Our World in Data ihre Daten rund um die Coronaimpfungen sammelt. Die Gesundheitsausgaben pro Kopf müssen nicht operationalisiert werden. Zu den Wahlen ist das Datum der ersten bedeutenden Wahl nach Beginn der Impfkampagne entscheidend. Die Auswertung der Regressionen im Kontext der Leitfrage, des Forschungsstandes und der Hypothesen erfolgt im siebten Abschnitt. Im achten Abschnitt wird dann das Fazit gezogen.

Forschungsstand

Einige der Publikationen bzw. deren zentrale Ergebnisse zum Impftempo werden in diesem Abschnitt vorgestellt. Die meisten dieser wissenschaftlichen Werke untersuchen auf qualitativer Ebene ein oder zwei Länder, es gibt aber auch zwei Studien mit deutlichen größeren Samples. Bei diesen handelt es sich um Gründler et al. (2021) und Pulejo/Querubín (2020). Von den Publikationen, die sich auf ein oder zwei Länder beschränken, möchte ich die Ergebnisse von Paul/Eberl/Partheymüller (2021), Fonseca/Shadlen/Bastos (2021), Glied (2021) und Marchildon (2021) zusammenfassen.

Gründler et al. (2021) untersuchen die Krisenerfahrung von Ländern und den Einfluss dieser Erfahrungen auf das Impftempo. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass eine höhere Krisenerfahrung auch zu einer höheren Impfquote, also einem schnelleren Impftempo führt (Gründler et al. 2021: 4). Dafür nennen sie einen zentralen Grund: Bürger*innen mit Krisenerfahrung erkennen eher den Nutzen einer schnellen Krisenbewältigung und welche Vorteile diese in der Zukunft mit sich bringt. Das sorgt dafür, dass Politiker*innen in diesen Ländern eher gewillt sind, sich für ein hohes Impftempo einzusetzen (Gründler et al. 2021: 3). Gründler et al. prognostizieren allerdings auch, dass auf lange Sicht ökonomische Determinanten an Erklärungskraft gewinnen werden (Gründler et al. 2021: 4).

Pulejo und Querubín (2020) forschen zum Einfluss anstehender Wahlen auf die Striktheit von durch die Regierung verhängten Lockdowns. Dabei stellen sie heraus, dass Politiker*innen

bzw. Regierungen, die bald wiedergewählt werden möchten, weniger strikte oder sogar keine Lockdowns verhängen (Pulejo/Querubín 2020: 3). Dieses Verhalten der Regierungen begründen sie mit verschiedenen wissenschaftlichen Erkenntnissen. Politische Entscheidungen hängen unter anderem davon ab, ob die Entscheider*innen wiedergewählt werden können (Besley/Case 1995). Dazu kommt: Das Wahlverhalten hängt generell auch von der Verfassung der Wirtschaft ab (Healy/Lenz 2014), was wiederum dazu führt, dass Politiker*innen oft versuchen, die Wirtschaft vor Wahlen positiv zu beeinflussen (Drazen 2000). Lockdowns der Wirtschaft könnten also die Wiederwahl gefährden (Dutch/Stevenson 2008). Wenn die aktuelle Regierung wiedergewählt werden möchte und auch wiedergewählt werden kann, ist sie darum bemüht, der Wirtschaft nicht zu schaden und verhängt daher weniger strikte (oder keine) Lockdowns. Das könnte auf das Impftempo übertragbar sein. Nach dieser Logik könnten Regierungen Erfolge beim Impfen anstreben, wenn in naher Zukunft eine Wahl ansteht.

Paul/Eberl/Partheymüller (2021) untersuchen die Determinanten von Impfbereitschaft der Menschen in Österreich, da sie davon ausgehen, dass auch die Impfbereitschaft auf lange Sicht einen Einfluss auf die Impfquote haben wird. In Österreich sind Menschen der Generation 65+ eher bereit zur Impfung als die jüngeren Generationen (Paul/Eberl/Partheymüller 2021: 5). Da von einer Übertragbarkeit der Ergebnisse auf andere Länder auszugehen ist (Paul/Eberl/Partheymüller 2021: 7), ist also zu erwarten, dass Länder mit einer älteren Bevölkerung auf Dauer höhere Impfquoten aufweisen.

Fonseca/Shadlen/Bastos (2021) forschen zu Middle Income Countries mit Schwerpunkt Brasilien. Dabei konstatieren sie: Das Impftempo hängt von den Beschaffungs-, Genehmigungs- und Verteilungsmöglichkeiten ab (Fonseca/Shadlen/Bastos 2021: 2). Unter Verteilungsmöglichkeiten verstehen Fonseca, Shadlen und Bastos die Qualität der (gesundheitlichen) Infrastruktur und die Impfbereitschaft (2021: 2-3). Dabei führt ein höheres BIP pro Kopf oft auch zu einer besseren Infrastruktur (und damit zu einem potenziell höheren Impftempo).

Glied (2021) und Marchildon (2021) vergleichen die USA und Israel bzw. Kanada und Israel und deren Impftempo miteinander. Die erste zentrale Feststellung ist bei beiden, dass Israel deutlich schneller impft. Zwei Determinanten für das schnellere Impftempo in Israel sind die Bevölkerungsgröße und -dichte. Israel muss für deutlich weniger Menschen Impfstoff beschaffen und diesen über eine deutlich kleinere Fläche an weniger Menschen verteilen (Glied 2021: 1; Marchildon 2021: 1), was den Prozess vereinfacht.

In diesem Abschnitt wurden viele verschiedene Determinanten für die Beschaffung von Impfstoff und für das Impftempo vorgestellt. Auf kurze Sicht ist die Krisenerfahrung (Bürger*innen mit Krisenerfahrung erkennen eher den Nutzen schnellen Impfens) eines Landes ein wichtiger Erklärungsfaktor. Mittel- bis langfristig sind die Bevölkerungsgröße und -dichte (je mehr Menschen und je weiter geographisch verteilt, desto schwieriger die Verteilung und Beschaffung des Impfstoffes) und die Hochwertigkeit des Gesundheitssystems (eine hochwertige Infrastruktur macht das Verteilen des Impfstoffes und die Durchführung der Impfungen leichter) zentrale Determinanten für das Impftempo. Langfristig geht es auch um die Impfbereitschaft der Bevölkerung (in der Generation 65+ am höchsten). Der Wohlstand eines Landes ist eine Determinante, die immer Erklärungskraft besitzt. Hierbei geht es primär um die (Verteilungs-)Infrastruktur und die Kaufkraft für Impfstoffbeschaffung.

Gesundheitssysteme

Die Hochwertigkeit und die Struktur von Gesundheitssystemen können eine Erklärung für die Varianz des Impftempos zwischen verschiedenen Ländern liefern. In diesem Abschnitt wird eine Definition von Gesundheitssystemen entwickelt und dargestellt, wie Gesundheitssysteme unterschieden werden können. Dazu werde ich mich folgender Literatur bedienen: Ariaans/Reibling/Wendt (2019), Reibling/Wendt (2018) und Wendt (2019).

Ein Gesundheitssystem ist immer ein soziales Sicherungssystem zum Schutz bzw. zur Wiederherstellung von Gesundheit und zur Absicherung des finanziellen Risikos, welches Krankheit mit sich bringt (Wendt 2019: 605). Das Gesundheitssystem ist in den meisten Ländern Teil des Wohlfahrtsstaates. Die hier genutzte Definition des Gesundheitssystems schließt außerdem die „Gesundheitsversorgung durch professionelle Leistungsanbieter [und] auch die informelle Versorgung durch Familien, traditionelle Heiler etc. ein“ (Reibling/Wendt 2018: 3). Dazu gehören unter anderem die Ärzt*innen und Krankenhäuser, die die Impfungen gegen COVID-19 durchführen. Daher spielt das Gesundheitssystem eine zentrale Rolle für das Impftempo.

Zur Unterscheidung von Gesundheitssystemen werden oft Typologien erstellt. Ein aktuelles Beispiel einer Typologisierung stammt von Ariaans/Reibling/Wendt (2019). Sie haben die Gesundheitssysteme von insgesamt 29 OECD-Staaten anhand verschiedener Indikatoren miteinander verglichen und daraus fünf verschiedene Typen abgeleitet (Ariaans/Reibling/Wendt 2019: 613-614). Ein zentraler Indikator dabei ist *Supply*, bei dem es um das Angebot an gesundheitlichen Leistungen geht. Dieser wird u.a. gemessen durch die Gesundheitsausgaben pro Kopf. Es ist davon auszugehen, dass hohe Gesundheitsausgaben auch zu einem höheren Gesundheitsniveau der Menschen und einem hochwertigeren Gesundheitssystem führen (vgl. Hung et al. 2015). Ein solches geht auch mit einer starken Infrastruktur, vielen Ärzt*innen etc. einher und könnte daher das Impfen beschleunigen.

Zusammenfassend ist festzuhalten: Ein Gesundheitssystem ist ein soziales Sicherungssystem zum Schutz bzw. zur Wiederherstellung von Gesundheit. Dieses umfasst auch die Anbieter*innen von Gesundheitsleistungen und ist daher ein zentraler Bestandteil jeder Impfkampagne. Im Kontext dieses Beitrags ist ein Indikator aus der Gesundheitssystemtypologie von Ariaans/Reibling/Wendt (2019) von großer Bedeutung: *Supply*. Je höher dieser ist, desto hochwertiger ist meist auch das Gesundheitssystem.

(Regierungs-)Parteien- und Wahlverhalten

Bereits im zweiten Abschnitt wurden die Ergebnisse einer empirischen Studie von Pulejo und Querubín (2020: 3) dargestellt: Je näher die nächste Wahl zu Beginn der Corona-Pandemie war, desto weniger restriktiv waren die Lockdowns in diesen Ländern. Eine näher rückende Wahl kann also Veränderungen in der Politik (Pulejo/Querubín 2020: 2-3; Besley/Case 1995) und damit gegebenenfalls auch variierende Impftempi erklären. In diesem Abschnitt werde ich aus theoretischer Perspektive darstellen, worin die Gründe dafür liegen. Dazu werden Theorien zu Regierungs- bzw. Parteien- (Rational Choice nach Downs/Walentic/Wildenmann 1968 [1957]) und Wahlverhalten (Sozialpsychologischer Ansatz des Ann-Arbor-Modells in Kombination mit dem Rational Choice Ansatz von Key) vorgestellt und schließlich zusammengeführt. Die Textgrundlage bilden Key (1966), Roth (2008), Schoen/Weins (2014) und Wiesendahl (2013).

Parteien- und Regierungsverhalten

Um erklären zu können, warum (Regierungs-)Parteien vor Wahlen ihr Verhalten ändern, können verschiedene Erklärungsansätze hinzugezogen werden. Einer davon ist der Rational-Choice-Ansatz (nach Downs/Walentic/Wildenmann 1968 [1957]: *Ökonomische Theorie der Demokratie*). Diese Perspektive werde ich im Folgenden genauer beleuchten und die zentralen Aspekte herausarbeiten.

Die Rational-Choice-Theorie für das Verhalten von Parteien ist eine akteurstheoretische „Entscheidungstheorie, die modellhaft durchspielt, wie rationale, eigennützige Individuen bei einer gegebenen Präferenzordnung Kosten- Nutzen-Kalkulationen durchführen, um sich zu Gunsten einer bestmöglichen, also nutzenmaximierenden Wahlalternative zu entscheiden“ (Wiesendahl 2013: 38). Dabei werden Parteien aus der Perspektive der (führenden) Mitglieder betrachtet (Wiesendahl 2013: 38). Parteien sind dabei gewinnorientierte Unternehmen, wobei Gewinn nicht finanziellen Profit, sondern die Maximierung von Wähler*innenstimmen meint. Das zugrundeliegende Menschenbild (bezogen auf Wähler*innen, aber vor allem auf Parteimitglieder) ist der Homo Oeconomicus. Nach diesem handeln Menschen nach Rationalität, Eigennutzen und Nutzenmaximierung (Wiesendahl 2013: 38).

Zusammenfassend ist festzustellen, dass das primäre Ziel von (Regierungs-)Parteien die Maximierung der Stimmen bei Wahlen ist. Sie stimmen ihr Verhalten und ihr Wahlprogramm genau darauf ab.

Wahlverhalten

Nachdem konstatiert wurde, dass ein zentrales Ziel von (Regierungs-)Parteien die Maximierung von Wähler*innenstimmen ist, muss also auch geklärt werden, warum sich Wähler*innen für welche Partei entscheiden, denn eine Maximierung der Stimmen ist nur dann möglich, wenn die Wähler*innenschaft überzeugt werden kann. Dabei steht vor allem der Teil der Wähler*innen im Fokus, der zur Wechselwahl neigt. In diesem Beitrag sind ein sozialpsychologischer Ansatz – das Ann-Arbor-Modell – und ein Rational-Choice-Ansatz (nach Key 1966) zentral. Diese beiden Ansätze werde ich im Folgenden vorstellen. Es geht hier nicht darum, perfekt erklären zu können, wie Wahlverhalten determiniert wird. Es geht vielmehr darum, Wechselwahlverhalten zu erklären, da dieses dazu führen kann, dass das Impftempo durch bevorstehende Wahlen beeinflusst wird.

Das Ann-Arbor-Modell ist ein multikausaler Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten (Schoen/Weins 2014: 244). Diesen Ansatz werde ich in diesem Absatz in seinen Grundzügen vorstellen.

Beim Ann-Arbor Modell sind die drei Hauptfaktoren zur Erklärung von Wahlverhalten auf der Individualebene Parteiidentifikation, Sachfragen- und Kandidatenorientierung. Bei der Parteiidentifikation geht es um ein Zugehörigkeitsgefühl zu einer sozialen Großgruppe (Schoen/Weins 2014: 245). Bei der Sachfragenorientierung geht es um aktuelle politische Sachfragen, nach denen ein Wähler bzw. eine Wählerin seine/ihre Wahlentscheidung trifft. Unter Sachfrage verstehen sich „alle Fragen, die sich auf staatliche Policies beziehen“ (Schoen/Weins 2014: 285, nach Roller 1998: 177). Beim Impftempo handelt es sich um eine solche Sachfrage. Bei der Kandidatenorientierung geht es nicht um inhaltliche Kompetenz, sondern um „Einstellungen [...] zu den persönlichen Merkmalen“ (Schoen/Weins 2014: 247)

und somit ist nach dem Ann-Arbor-Modell das Impftempo nicht mit Kandidat*innen konnotiert, sodass diese im Rahmen dieses Beitrags keine Relevanz vorweisen kann. Die Sachfragenorientierung verändert sich eher als die Parteiidentifikation (vgl. Campbell et al. 1960). „Insbesondere für schwach oder überhaupt nicht an Parteien gebundene Wähler[*innen] sind die kurzfristigen Einflussfaktoren, [Sachfragen] und Kandidat[*innen], für die Wahlentscheidung besonders wichtig“ (Roth 2008: 50). Im Gegensatz zur Parteiidentifikation kann Sachfragenorientierung also Wechselwahlverhalten erklären.

Der Zentrale Aspekt des Ann-Arbor-Modells ist, dass das Individuum bei seiner Wahlentscheidung im Fokus steht. Dabei gibt es drei wichtige Determinanten: Parteiidentifikation, Sachfragen- und Kandidatenorientierung. Erstere bleibt zumeist stabil, entscheidend für Wechselwahl sind also eher die anderen beiden Faktoren. Allerdings steht nur die Sachfragenorientierung in einem direkten Zusammenhang mit dem Impftempo.

Der sozialpsychologische Ansatz des Ann-Arbor Modells kann ergänzt werden durch den Rational-Choice-Ansatz aus Key (1966). Einen sozialpsychologischen Ansatz mit Rational Choice zu ergänzen ist durchaus gängig (Roth 2008: 54). In diesem Absatz werde ich die im Rahmen des Beitrags relevanten Teile von Keys Ansatz vorstellen.

Bei diesem Ansatz wird zwischen zwei zeitlichen Dimensionen entschieden – prospektiv und retrospektiv. Retrospektiv meint dabei, dass der/die Wähler*in „beurteilt, ob die Arbeit der in Regierungsverantwortung befindlichen Partei während der letzten Legislaturperiode zusammengekommen gut oder schlecht für ihn selbst und das eigene Land gewesen ist“ (Roth 2008: 51). Dabei entscheidet er oder sie belohnend oder bestrafend. In dieser Entscheidung werden auch zurückliegende Regierungen bewertet, indem ein Vergleich der Leistungen der aktuellen und vorherigen Regierungen vollzogen wird (Roth 2008: 51). Erfolgt ein positives Fazit zur aktuellen Regierung, neigt der/die Wähler*in zur Wiederwahl, bei einem negativen Fazit zur Abwahl (Key 1966: 61).

Prospektiv entscheidet sich der/die Wähler*in hingegen, indem er/sie überlegt, welche Inhalte der Parteien (zu aktuellen, wichtigen Themen) dem/der Wähler*in selbst oder dem Land (aus seiner/ihrer Sicht) die meisten Vorteile bringen. Sowohl bei prospektivem als auch bei retrospektivem Wählen geht es darum, dass der Wähler bzw. die Wählerin ein Thema wahrnimmt und prüft, welche Partei oder welche*r Kandidat*in „auf einem Politikfeld die beste Leistung erbracht hat beziehungsweise erwarten läßt, und anschließend für diese votiert“ (Schoen/Weins 2014: 287, nach van der Brug 2004). Es geht in diesem Ansatz also um die Leistung und die Position der Parteien bei bestimmten Sachfragen. Um für die Wahlentscheidung wichtig zu sein, muss eine Sachfrage zur Kenntnis genommen werden und eine Bedeutung zugesprochen bekommen und zwischen den Parteien müssen Unterschiede zu erkennen sein (Schoen/Weins 2014: 287-288).

Festzuhalten ist an dieser Stelle also Folgendes: Kombiniert man die Sachfragenorientierung aus dem Ann-Arbor-Modell mit Keys Rational-Choice-Ansatz bedeutet das, dass u.a. die Performanz der Regierungsparteien der letzten Jahre (retrospektiv) die Wahlentscheidung beeinflusst. In Bezug auf das Impftempo impliziert dies, dass die Performanz der aktuellen Regierung bei diesem Thema eine zentrale Rolle bei der Wahlentscheidung der Wähler*innen spielen kann, sofern Impftempo von diesen als ein wichtiges Thema angesehen wird.

In diesem Absatz werde ich die vorgestellten Ansätze zu (Regierungs-)Parteienverhalten und Wahlverhalten zusammenführen, um darzustellen, wie das Verhalten von (Regierungs-)Parteien von anstehenden Wahlen abhängen kann. Wenn eine (Regierungs-)Partei ihre Stimmen maximieren will, muss sie ihre Handlungen und Wahlprogramme den Präferenzen der Wähler*innen anpassen. Geht man also davon aus, dass Wähler*innen unter anderem nach aktuellen Sachfragen und der Performanz der letzten Regierung(en) entscheiden, müssen die Parteien in aktuellen Themen (wie z.B. Impfungen) die Wähler*innen überzeugen. In der Wissenschaft wurden einige Phänomene entdeckt, die dies belegen. Pulejo und Querubín (2020: 2) stellen fest: „[E]lected leaders must often trade-off the advice of experts with the preferences of voters, who will ultimately judge their performance“. Außerdem versuchen Politiker*innen oft, die Wirtschaft vor Wahlen positiv zu beeinflussen (Drazen 2000). Besley und Chase konstatieren, dass politische Entscheidungen auch davon abhängen, ob der/die Entscheider*in wiedergewählt werden kann (Besley/Case 1995). Das impliziert zusammenfassend, dass (Regierungs-)Parteien, wenn bald eine Wahl ansteht, bei der sie (wieder)gewählt werden wollen, ihr Verhalten (vor allem in Bezug auf aktuelle Themen wie dem Impftempo) ändern und den Präferenzen der Wähler*innen anpassen.

Hypothesenbildung

An dieser Stelle werden die zentralen Erkenntnisse der letzten Abschnitte rekapituliert, um daraus Hypothesen abzuleiten. Ich habe schon in den Theorieabschnitten einen Bezug zur Impfstoffbeschaffung und zum Impftempo genommen. Diesen Bezug gilt es in diesem Abschnitt noch stärker in den Fokus zu rücken, um fundierte Hypothesen bilden zu können.

Die zentrale Erkenntnis des dritten Abschnitts ist, dass Gesundheitssysteme unter anderem mittels des Indikators Supply (Gesundheitsausgaben pro Kopf) unterschieden werden (Ariaans/Reibling/Wendt 2019: 613-614). Mit höheren Gesundheitsausgaben pro Kopf sollte in der Regel auch die Hochwertigkeit eines Gesundheitssystems steigen (vgl. Hung et al. 2015). Ein hochwertiges Gesundheitssystem wird in der Forschung als eine mögliche Determinante gesehen, um schneller impfen zu können (Fonseca/Shadlen/Bastos 2021: 2-3). Die erste Hypothese (H1) lautet daher: Je höher die Gesundheitsausgaben pro Kopf sind, desto höher ist die Impfquote.

Das zentrale Ergebnis des vierten Abschnittes ist Folgendes: Wenn bald eine Wahl ansteht, bei der die (Regierungs-)Parteien (wieder)gewählt werden wollen, passen sie ihr Verhalten (vor allem in Bezug auf aktuelle Themen) den Präferenzen der Wähler*innen an. Für diese sind vor allem Themen, die sie aktuell als wichtig empfinden, relevant für die Wahlentscheidung. Dazu gibt es mehrere Beispiele aus der Wissenschaft. Unter der Voraussetzung, dass in einem Land das Thema Coronaimpfungen dazu als wichtig gilt und eine hohe Impfquote dem Wähler*innen-Willen entspricht, ist es also sehr wahrscheinlich, dass vor allem die Regierungspartei(en) sehr darauf bedacht ist/sind, Erfolge beim Impftempo vorzuweisen. Die zweite Hypothese (H2) lautet daher: Je näher die nächste bedeutende Wahl liegt, desto höher ist die Impfquote.

Insgesamt werde ich im folgenden Empirieteil des Beitrags zwei Kollektivhypothesen (sowohl die abhängigen als auch die unabhängigen Variable der Hypothesen lassen sich der Makroebene zuordnen, Tausendpfund 2018: 100) untersuchen. H1: Je höher die Gesundheitsausgaben

pro Kopf sind, desto höher ist die Impfquote. H2: Je näher die nächste bedeutende Wahl liegt, desto höher ist die Impfquote.

Empirische Untersuchung

Die Untersuchung der Hypothesen soll durch die Methodik der multiplen linearen Regression ermöglicht werden. Diese macht es möglich, den Effekt mehrerer unabhängiger Variablen (UVs), sowie Kontrollvariablen (KVs) auf eine abhängige Variable (AV) zu messen. Dazu wird zunächst kurz die zentrale Datenquelle Our World in Data vorgestellt und dann die Grundgesamtheit zusammen mit dem Untersuchungszeitraum definiert. Darauf werden die aus den Hypothesen hervorgehenden Variablen und die Kontrollvariablen operationalisiert. Als vorletzten Schritt werde ich die genaue Vorgehensweise der Analyse darstellen, um auf Basis dessen schließlich die linearen Regressionsmodelle zu analysieren.

Our World in Data vaccination data

Die für den Datensatz wichtigste Datenquelle ist die „Our World in Data vaccination data“-Database (Mathieu et al. 2021). In dieser sammelt Our World in Data (kurz: OWiD) seit Anfang 2020 ca. 60 verschiedene Indikatoren zur COVID-19-Pandemie aus verschiedenen Quellen zu insgesamt 222 Ländern (OWiD 2021). Als Beispielindikatoren dienen hier die totale Anzahl an COVID-19 Fällen (pro Tag) oder auch die totale Anzahl (neuer) Impfungen gegen COVID-19. Diese Daten werden aus verschiedenen Quellen bezogen und jeden Tag aktualisiert (OWiD 2021). Als wichtigste Quellen sind hier die World Health Organization (WHO), die Worldbank und die Gesundheitsministerien verschiedener Länder zu nennen. Über OWiD hinaus gibt es noch viele weitere Quellen, diese werden aber nicht gesondert vorgestellt, sondern nur in den folgenden Absätzen erwähnt (oder im Datensatz verlinkt). Aus allen Quellen wurde ein zentraler Datensatz zusammengestellt. Einen Link zu diesem, der die Grundlage der empirischen Untersuchungen bildet, werde ich dem Anhang beifügen (Lange 2021).

Fallauswahl und Untersuchungszeitraum

Bevor die Variablen operationalisiert werden, ist es wichtig, zu definieren, was die zu untersuchende Grundgesamtheit ist und um welchen Untersuchungszeitraum es sich handelt. Dies wird in diesem Absatz vorgenommen.

Die Grundgesamtheit umfasst alle 209 Länder, die OWiD als Länder ansieht (und zu denen sie Daten bereitstellen) und in denen mehr als 30.000 Einwohner*innen leben. Insgesamt fallen durch die Einführung des Einwohner*innen-Minimums 13 Länder weg. Diese Grenze wurde festgelegt, da sehr kleine Länder durch die geringe Zahl an Einwohner*innen einen Vorteil beim Impfen haben und zudem kaum Daten zu den unabhängigen Variablen vorliegen. Zu den Kontrollvariablen ist die Datenlage zu allen 209 Ländern vollständig. Bei den UVs gibt es Ausfälle.

Das neuartige Coronavirus wurde im Februar 2020 virulent. Die Impfungen gegen das Virus haben in den meisten Ländern Ende 2020/Anfang 2021 begonnen, die letzten hier erfassten Impfdaten datieren vom 30.06.2021. Daraus ergibt sich ein Untersuchungszeitraum vom 01.02.20 (globale Ausbreitung des Virus) bis zum 30.06.2021 (letzte Erfassung der Impfquote).

Die UVs und die KVs wurden zumeist früher erhoben, oft stammen diese aus den Jahren 2017-2020.

Zusammenfassend heißt das: Die Grundgesamtheit umfasst 209 Länder. Der Untersuchungszeitraum umfasst die Zeitspanne vom 01.02.2020 bis zum 30.06.2021. Die Daten zu den UVs und KVs sind zum Teil älter.

Operationalisierung

In diesem Absatz werde ich die Variablen, die aus den Hypothesen hervorgehen, operationalisieren. Darüber hinaus muss auch eine Drittvariablenkontrolle stattfinden (Tausenpfund 2018: 192). Daher werde ich auch einige KVs operationalisieren.

Das Impftempo soll durch die totale Anzahl verabreichter Impfdosen (am 30.06.21) in einem Land dividiert durch die aktuelle Bevölkerung des Landes gemessen werden (Angaben in Prozent). In dem 209 Länder umfassenden Datensatz, der die Basis der empirischen Analyse bildet, sind zu 208 Ländern die Impfquoten vorhanden. Lediglich zu Turkmenistan gibt es keinerlei Daten. Die stark autoritäre Regierung des Landes gibt keine Daten zu COVID-19 betreffenden Themen heraus (TAZ 2020). Der Großteil der Daten stammt von OWiD, einige Ausfälle wurden allerdings anhand der Daten von Covidvax (Covidvax 2021) bereinigt.

Die erste Hypothese misst den Effekt von Gesundheitsausgaben pro Kopf auf das Impftempo. Zu Gesundheitsausgaben zählen verbrauchte „Waren und Dienstleistungen des Gesundheitswesens“ (Worldbank 2021). Die Datengrundlage zu dieser Variablen bietet die Worldbank (bei dieser werden Daten von WHO 2021 in übersichtlicherer Form aufbereitet), ein paar Daten wurden durch externe Quellen ergänzt. Alle Angaben sind in US-Dollar pro Kopf. Der Messzeitpunkt dieser Variable ist 2018 und es gibt Daten zu 193 Ländern des Samples.

Bei der Hypothese H2 wird der Effekt der nächsten bedeutenden Wahl auf das Impftempo eines Landes untersucht. Hier entsteht ein Definitionszwang: Was ist eine bedeutende Wahl? Auch der Zeitraum muss definiert werden. Als bedeutende Wahl werden direkte Parlaments- und Präsidentschaftswahlen (durch Wahlen des Volkes auf Bundesebene, keine Präsidentschaftswahl durch das Parlament) gesehen. Dabei ist aber auch wichtig, dass eine Wahl demokratisch ist, um einen Effekt auf das Regierungshandeln und somit auf das Impftempo haben zu können. Daher werden nur Länder mit einem Demokratieindexwert von über 0,5 (Demokratiematrix 2021) miteinbezogen. Zu jedem dieser Länder ist festzustellen, ob es auf Bundesebene nur Parlamentswahlen oder auch Präsidentschaftswahlen gibt.

Parlamentswahlen auf nationaler Ebene gelten immer als eine bedeutende Wahl. Präsidentschaftswahlen gelten als bedeutende Wahl, wenn a) die Wahl direkt durch das Volk stattfindet und b) der/die amtierende Präsident*in wiedergewählt werden kann. Gibt es zwei bedeutende Wahlen in einem Land ist die Frage, welche davon zuerst stattfindet. Es handelt sich um die nächste bedeutende Wahl, wenn diese nach dem 01.01.2021 stattfindet, da spätestens ab diesem Datum in den meisten Ländern die Impfkampagnen gestartet sind (OWiD 2021)²⁰. Es gibt

²⁰ Entweder konnte ein konkretes, bereits festgelegtes Datum codiert werden oder es musste anhand der letzten Wahl geschätzt werden, da vor allem bei weit in der Zukunft liegenden Wahlen das Datum oft nicht feststeht. In diesen Fällen wurden Tag und Monat der letzten Wahl genommen und die Jahreszahl um den im entsprechenden Land vorliegenden Wahl-Turnus erhöht.

keine andere einheitliche Quelle als Wikipedia. Von den insgesamt 100 Ländern, die die Hürde des Demokratieindexwertes von über 0,5 überschreiten, gibt es zu 99 Daten²¹.

Es wurde bereits konstatiert, dass eine mögliche Determinante für das Impftempo die Qualität der (gesundheitlichen) Infrastruktur darstellt. Logistik, Transport, Warenhäuser und Kliniken sind teilweise abhängig vom Wohlstand eines Landes (Fonseca/Shadlen/Bastos 2021: 2). Ein Indikator für Wohlstand ist das BIP pro Kopf. Dieses wird wie folgt definiert:

„Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist ein Maß für die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft in einem bestimmten Zeitraum. Es misst den Wert der im Inland hergestellten Waren und Dienstleistungen (Wertschöpfung), soweit diese nicht als Vorleistungen für die Produktion anderer Waren und Dienstleistungen verwendet werden. Das Bruttoinlandsprodukt [...] wird in jeweiligen Preisen und preisbereinigt (Deflationierung mit jährlich wechselnden Vorjahrespreisen und Verkettung) errechnet“ (Statistisches Bundesamt o.J.).

Um das BIP pro Kopf zu erhalten, wird das BIP eines Landes in US-Dollar durch seine Bevölkerungszahl dividiert. Zum BIP pro Kopf gibt es Daten von OWiD. Einige Ausfälle wurden durch Daten der Worldbank oder anderen Quellen ersetzt. Zu den meisten Daten ist der Messzeitpunkt 2019. Es gibt keine Ausfälle.

Auch die Bevölkerungsgröße eines Landes konnte bereits als mögliche Determinante für das Impftempo identifiziert werden (Glied 2021: 1). Die Organisation des Impfens ist leichter, wenn weniger Menschen erreicht werden müssen. Als Indikator wird die Einwohner*innenzahl genommen, also alle Menschen, die in dem geographischen Territorium eines Landes leben. Die Daten stammen größtenteils von OWiD, ein paar Daten sind extern hinzugezogen worden (vorwiegend Countrymeters 2021). Der zugehörige Messzeitpunkt ist 2021 oder eben neuestmöglich. Es sind zu allen 209 Ländern des Samples Daten vorhanden.

Eine weitere KV ist die Bevölkerungsdichte. Wenn wenige Einwohner*innen auf eine große Fläche verteilt leben, erschwert das den Prozess der Verteilung des Impfstoffes. Vor allem zu Anfang der Impfungen hatten u.a. Kanada und die USA durch die geringe Bevölkerungsdichte und die weiträumige Verteilung der Menschen Probleme damit, den Impfstoff zu verteilen (Marchildon 2021: 1). Gerade bei Vakzinen, die stark gekühlt werden müssen, wie z.B. das von BioNTech/Pfizer (Marchildon 2021: 2), stellt eine räumlich weite Verteilung der Menschen ein Problem dar. Außerdem ist die Ansteckungsgefahr höher, je höher die Bevölkerungsdichte ist, was für Impfanreize sorgen könnte. Sie wird operationalisiert durch Einwohner*innen pro km². Die Daten stammen größtenteils von OWiD (Messzeitpunkt 2021). Dabei sind zu allen 209 Ländern Daten vorhanden.

Auch die Altersstruktur könnte einen Einfluss auf das Impftempo haben. Alte Menschen weisen bei einer Erkrankung mit COVID-19 eine deutlich höhere Vulnerabilität auf als junge Menschen (vgl. Bundesregierung 2021). Je höher also der Anteil der älteren Menschen ist, desto höher sollte auch der Druck sein, schnell zu impfen, um die Zahl der Toten zu minimieren und eine Überlastung der Gesundheitssysteme zu vermeiden. Die Altersstruktur wird operationalisiert durch den Anteil an über 65-Jährigen an der gesamten Bevölkerung (in Prozent). Die

²¹ In Myanmar ist aufgrund des Militärputsches die politische Situation so unklar (Tagesschau 2021), dass keine Angaben zu einem Wahltermin gemacht werden können. Aus heutiger Sicht wäre der Demokratieindexwert wohl ohnehin unter 0,5).

Datengrundlage bilden OWiD (Messzeitpunkt 2021) und Länderdaten.de (Länderdaten 2021). Zu 208 der Länder des Samples sind Daten vorhanden. Der fehlende Wert von Nordzypern wird mit dem Imputationsverfahren nach Bankhofer (1995: 155-168) durch das arithmetische Mittel der anderen 208 Länder ersetzt, damit Nordzypern nicht aus den Regressionen entfernt werden muss.

In Anlehnung an Gründler et al. (2021: 4), die herausgefunden haben, dass Krisenerfahrung (kurzfristig) zu einer höheren Impfquote führt, wird auch untersucht, wie viele Tote COVID-19 in einem Land verursacht hat (zur generellen Krisenerfahrung ist die Datenlage nicht ausreichend). Während Gründler et al. sich auf Krisen wie z.B. Kriege beziehen, wird hier in den Fokus genommen, ob es eine akute Coronakrise in einem Land gab. Je mehr Menschen schon durch COVID-19 gestorben sind, desto größer ist der Druck und das Thema wird folglich deutlich ernster genommen. Gerade Länder, deren Gesundheitssysteme kritische Phasen erlebt haben und in denen es in kurzen Zeiträumen viele Tote gab, sollten durch diese Erfahrung schneller impfen. Im Rahmen meiner Bachelorarbeit wurde daher ein neuer Indikator (dichotome Dummy-Variable) erstellt, welcher fragt: Gab es vom 01.02.20 bis zum 31.03.21²² einen Zeitraum von 28 Tagen, in dem der „7-day rolling average“ an Covid-Toten pro eine Millionen Einwohner*innen konstant über 10 geblieben ist? Wenn nicht, wird das Land mit 0, wenn doch mit 1 codiert. Dieser Indikator hat den Vorteil, dass er eine akute Krise mit vielen Toten in einem kurzen Zeitraum misst. Hierzu gibt es zu 208 Ländern Daten (größtenteils OWiD, teilweise Worldometer 2021), nur Turkmenistan gibt keine Daten heraus²³.

Beim Impftempo könnte es auch helfen, wenn man selbst Impfstoff im eigenen Land produziert und nicht auf Importe angewiesen ist. Vor allem der Transport sollte so schneller gehen. Um dies messbar zu machen, wurde eine dichotome Dummy-Variable erstellt, die fragt, ob in einem Land Impfstoff hergestellt wird. Fällt die Antwort auf diese Frage negativ aus, ist die Ausprägung der Variable gleich 0, fällt die Antwort hingegen positiv aus, ist die Ausprägung der Variable gleich 1. Die Datengrundlage hierzu bildet Knowledgeportalia. Hier wurden 2021 „122 arrangements between 17 vaccine developers and 102 manufacturers based in 38 countries“ untersucht (Knowledgeportalia 2021). Daten zu dieser Variablen gibt es somit (indirekt) zu allen 209 Ländern.

Insgesamt gibt es eine AV (Impfquote), zwei UVs (Gesundheitsausgaben pro Kopf und Wahltermine) und sechs KVs (BIP pro Kopf, Anteil an über 65-Jährigen, Bevölkerungsgröße und -dichte, Coronakrisenerfahrung und Impfstoffproduktion im Inland).

Vorgehensweise

²² Für die Impfquote am 30.06.21 wurde hier der Messzeitraum bis zum 31.03.21 gewählt, da die Toten mit fortlaufender Zeit und unterschiedlich steigenden Impfquoten nicht mehr vergleichbar sind.

²³ Aus den Daten von Our World in Data wurden allerdings erst einmal Länder automatisch codiert, zu denen es zu mindestens 75% der untersuchten Tage eine Ausprägung zum „7-day rolling day average“ gibt. Alle anderen Länder wurden per Hand codiert. Die Codierung per Hand erfolgte in zwei Schritten. Im ersten Schritt wurde gefragt, ob die gesamte Anzahl an Toten pro Million Einwohner*innen über 280 liegt. Wenn nicht, kann bereits ausgeschlossen werden, dass der „7-day rolling day average“ jemals 28 Tage über zehn lag. Kann ein Land immer noch nicht sicher codiert werden, da der Wert über 280 liegt, werden im zweiten Schritt Diagramme (meist Worldometer 2021) mit dem Verlauf der Toten pro Tag individuell untersucht und der „7-day rolling day average“ in auffälligen Todeswellen selbst berechnet.

In diesem Absatz erfolgt die empirische Überprüfung der aufgestellten Hypothesen. Dies soll anhand multipler linearer Regressionsmodelle (erstellt mit dem Programm R) gelingen. Alle Variablen sind metrisch oder quasi-metrisch und erfüllen damit die Grundvoraussetzung, um Teil einer multiplen linearen Regression zu sein. Variablen gelten dann als signifikante Prädiktoren, wenn der zugehörige p-Wert unter $0,1^*$ bzw. unter $0,05^{**}$ liegt. Hochsignifikanz wird bei einem p-Wert unter $0,01^{***}$ ausgewiesen (vgl. Ding/Hlavac 2017).

Einige der Variablen werden logarithmiert, dabei handelt es sich um die Bevölkerungszahlen (pop), die Bevölkerungsdichte (pop_density) und die Gesundheitsausgaben pro Kopf (supply). Dies sind alles Größen, bei denen das Logarithmieren laut statistischer Literatur sinnvoll ist (vgl. Stocker o.J.). Das Interpretieren der logarithmierten Variablen ist nach Clay Ford (2018) wie folgt möglich: steigt die UV um 10%, dann steigt y um den Koeffizienten der logarithmierten UV multipliziert mit dem natürlichen Logarithmus von 1,1: $\ln(1,1)$. Die Variable BIP pro Kopf (gdp_cap) wird immer durch 1000 dividiert, um interpretierbare Koeffizienten zu erhalten (sonst wäre dieser 0,000).

Es wird nicht nur Regressionen mit allen Ländern geben, sondern die Länder werden auch durch den Median des BIP pro Kopf in zwei Gruppen aufgeteilt. So gibt es hier eine Gruppe mit allen Ländern, eine Gruppe mit 104 Ländern (BIP pro Kopf > Median) und eine Gruppe mit 105 Ländern (BIP pro Kopf \leq Median). Zu jeder dieser Gruppen wird je ein *Grundmodell* erstellt:

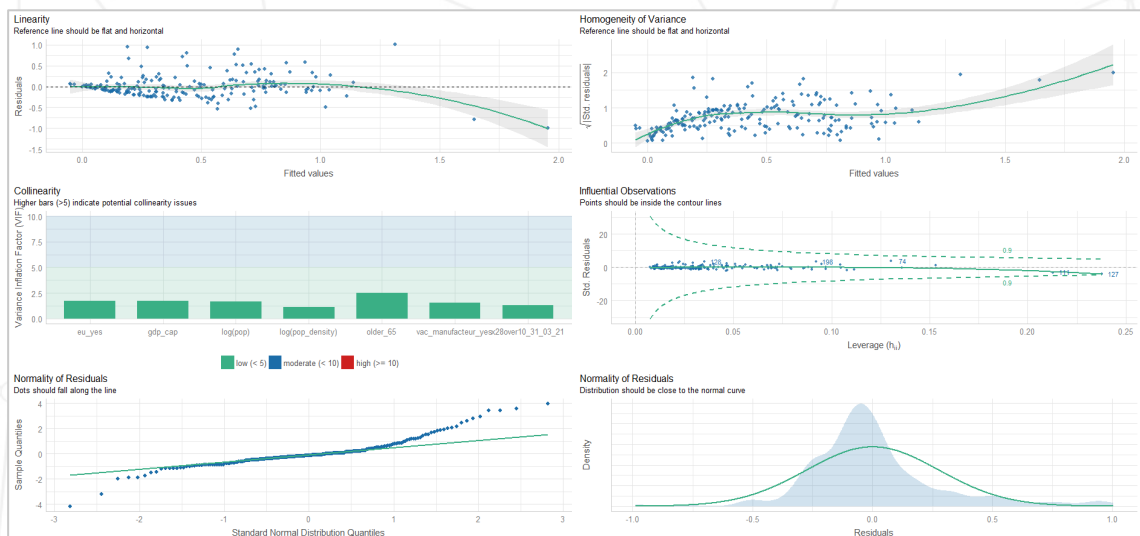


Abbildung 1: Modell 1 - Grundmodell zur Impfquote im Juni mit allen Ländern

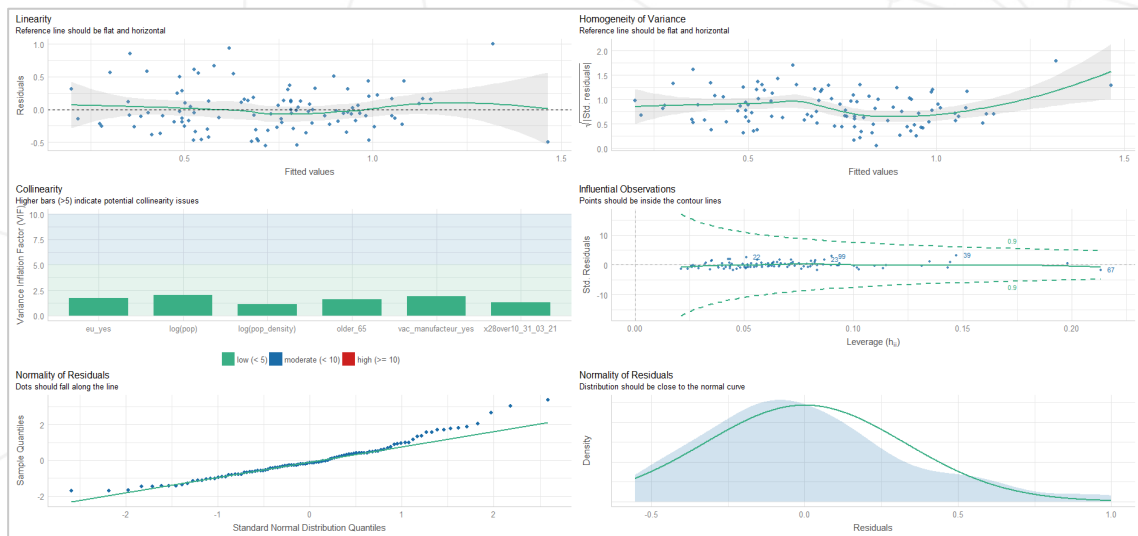


Abbildung 2: Modell 4 - Grundmodell zur Impfquote im Juni mit reicheren Ländern

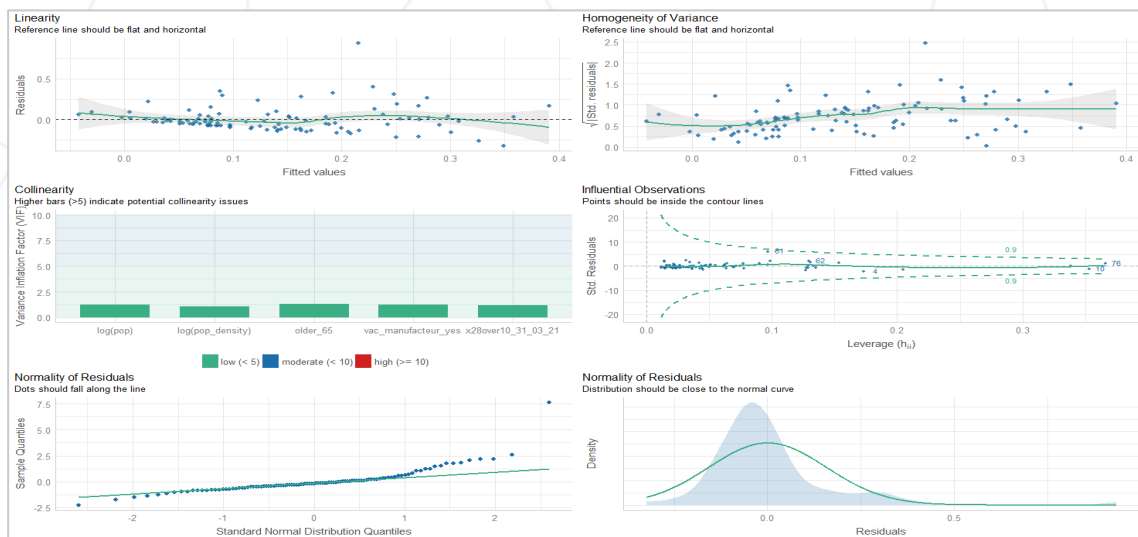


Abbildung 3: Modell 6 - Grundmodell zur Impfquote im Juni mit ärmeren Ländern

Die Grundmodelle werden zu *Ausgangsmodellen* modifiziert. Zuerst findet eine Ausreißeridentifikation statt, um zu verhindern, dass starke Ausreißer das empirische Ergebnis verfälschen. Die Ausreißer werden mittels Cook's-Distance identifiziert. Hierbei wird zu jedem Fall gemessen, wie stark sich der Koeffizient verändert bzw. verzerrt wird, wenn dieser Fall aus der Analyse ausgeschlossen wird (Hardin/Hilbe 2007: 49). Es gibt verschiedene Methoden, einflussreiche Fälle anhand Cook's Distance auszuschließen. Die wohl geeigneteste ist die Verhältnismäßigkeit mit strukturierter Begründung (Walther 2021). Nach dieser sollen Ausreißer nur ausgeschlossen werden, wenn es gut begründet werden kann. Hieraus resultiert teilweise ein *Zwischenmodell*. Nach der Identifikation der Ausreißer findet dann eine Rückwärtselimination (vgl. Sachs/Hedderich 2006: 574) statt, um *overfitting* (zu viele unbrauchbare Variablen) zu vermeiden. Hierbei wird jeweils die erklärende Variable mit dem höchsten p-Wert entfernt, bis alle Variablen entweder signifikant ($p < 0,1$) oder ausgeschlossen sind. Durch diese zwei Schritte wird aus jedem Grundmodell je ein Ausgangsmodell. Ein Modell mit entfernten Ausreißern, aber noch ohne Rückwärtselimination, ist ein Zwischenmodell. Nach der Erstellung des jeweiligen Ausgangsmodells erfolgt keine weitere

Veränderung der Fallzahl, außer es gibt Ausfälle in der zu untersuchenden UV. Es gibt folgende drei Ausgangsmodelle:

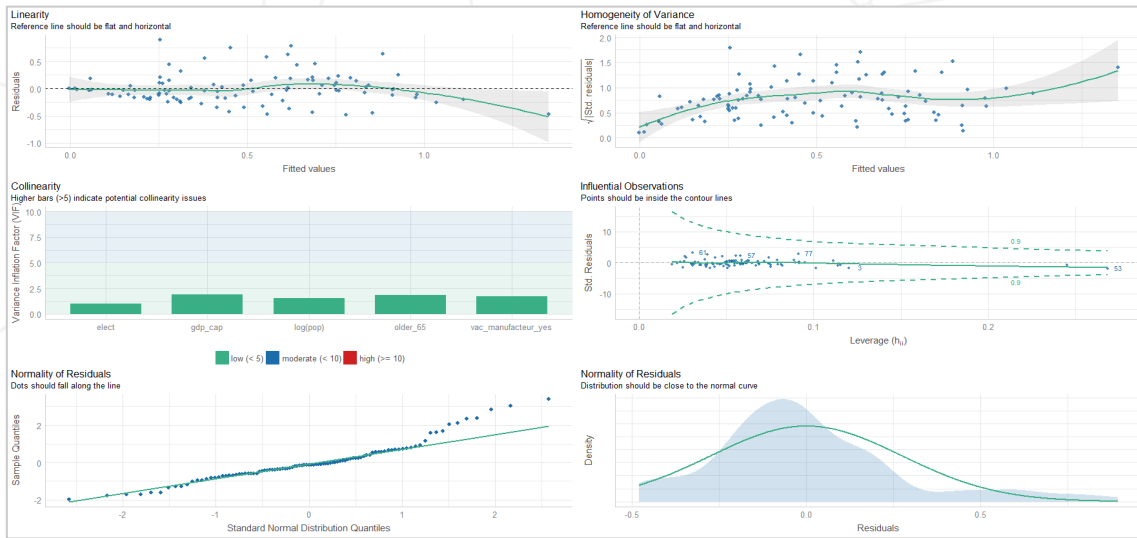


Abbildung 4: Modell 3 - Ausgangsmodell zur Impfquote im Juni mit allen Ländern

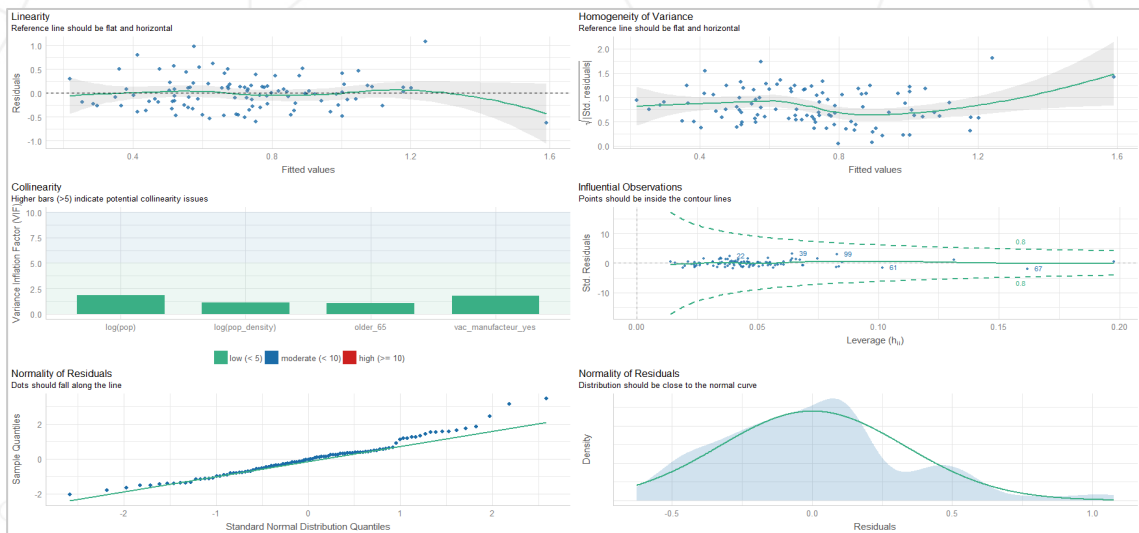


Abbildung 5: Modell 5 - Ausgangsmodell zur Impfquote im Juni mit reicheren Ländern

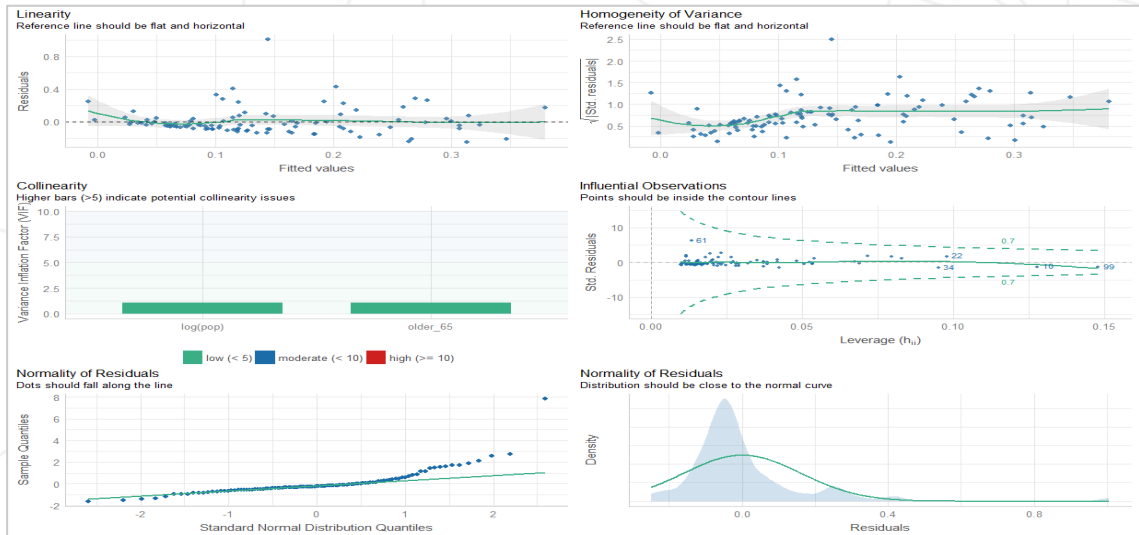


Abbildung 6: Modell 7 - Ausgangsmodell zur Impfquote im Juni mit ärmeren Ländern

Auf Basis des Ausgangsmodells wird dann zu jeder UV je eine Regression durchgeführt, aus denen *Teilmodelle* entstehen. Diejenigen UVs, die in ihrem Teilmodell Signifikanz aufweisen, werden schließlich in das jeweilige *Endmodell* integriert. In diesem befinden sich alle im Ausgangsmodell enthaltenen KVs und alle signifikanten UVs aus den Teilmodellen. Aus dem Endmodell werden per Rückwärtselimination so lange Variablen entfernt, bis alle Variablen entweder eliminiert oder signifikant sind. Die Endmodelle sind für die Interpretation die wichtigsten Modelle, denn hier ist am besten zu erkennen, welche Variablen die abhängige Variable erklären. Es gibt insgesamt drei Endmodelle zur AV Impfquote:

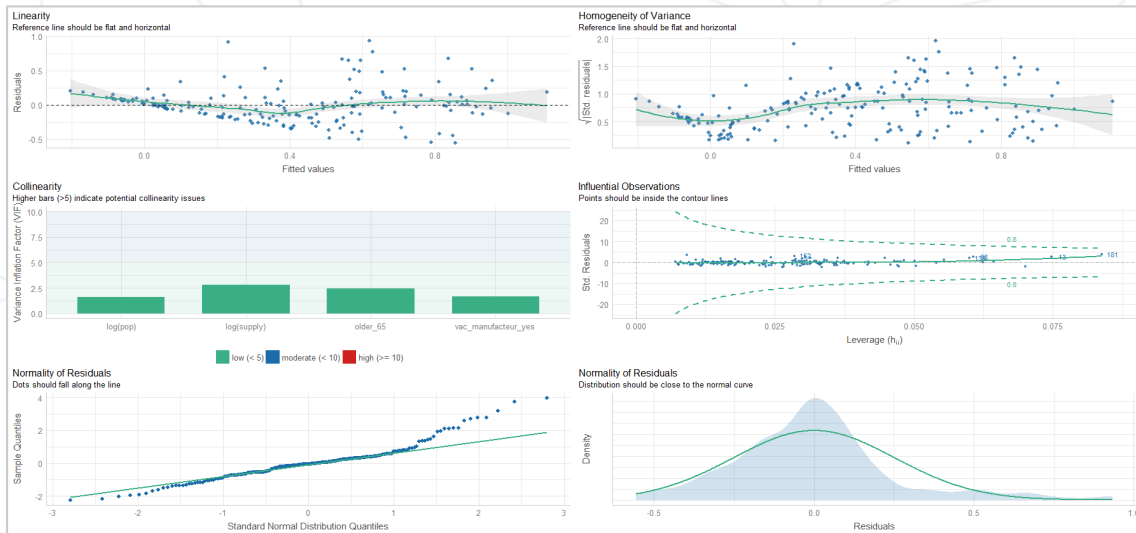


Abbildung 7: Modell 3.3: Endmodell zur Impfquote im Juni mit allen Ländern

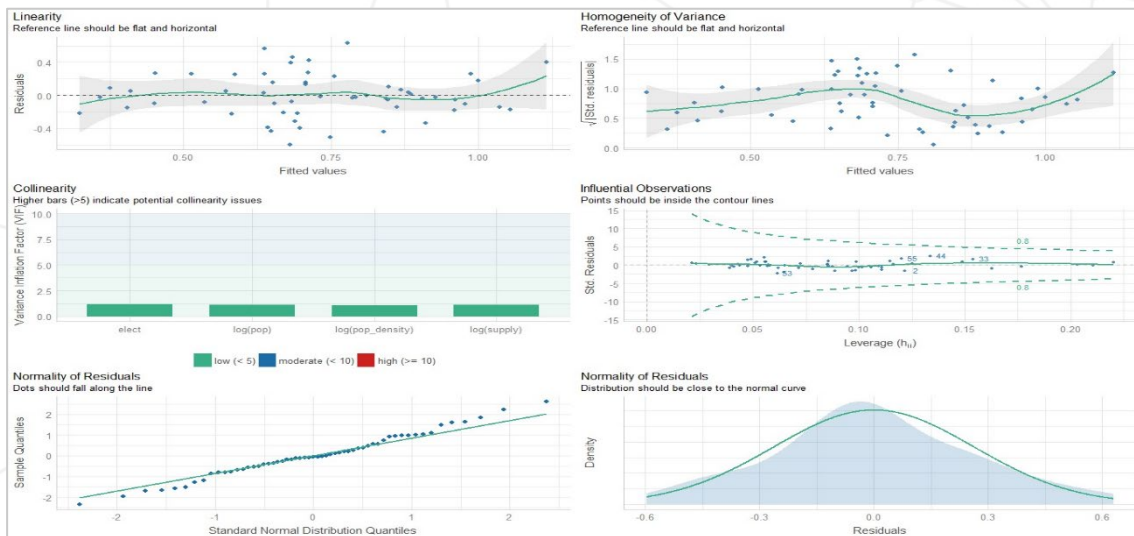


Abbildung 8: Modell 5.4 - Endmodell zur Impfquote im Juni mit reicheren Ländern

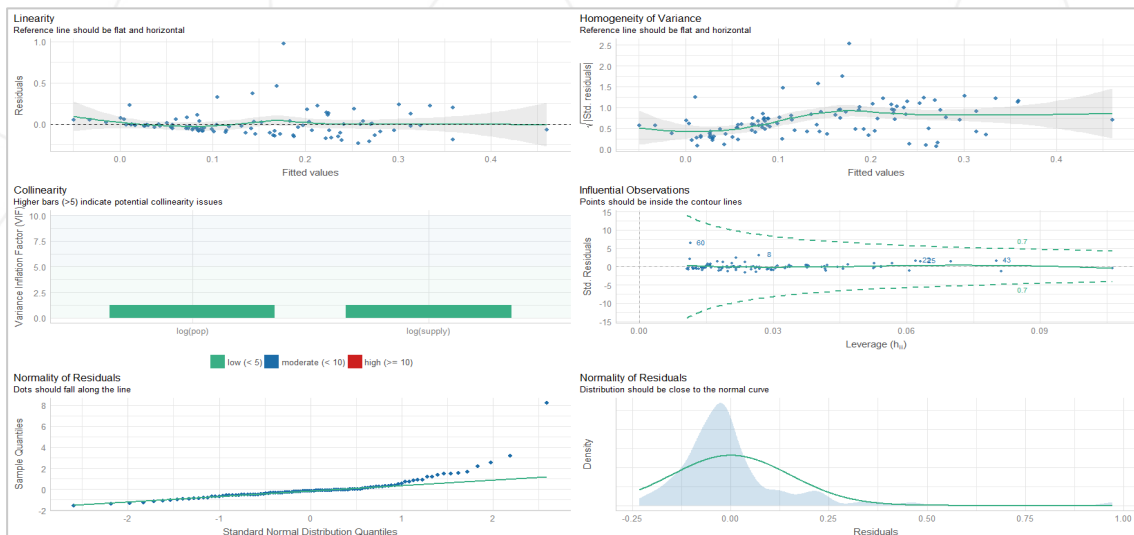


Abbildung 9: Modell 7.3 - Endmodell zur Impfquote im Juni mit ärmeren Ländern

Die im Kontext dieses Beitrags wichtigen Outputs sind die Koeffizienten²⁴ und die Signifikanzniveaus (p-Werte) der KVs und der UVs, sowie die Gütekriterien der Modelle, also das R^2 , das adjustierte R^2 und das Signifikanzniveau (p-Wert) der Modelle. R^2 gibt an, wie viel Prozent der Streuung der AV durch die im Modell enthaltenen UVs erklärt werden kann. Das adj. R^2 wird vor allem zur Bewertung der Modellgüte hinzugezogen. „Je besser das berechnete Modell ist, desto kleiner ist der Unterschied zwischen R^2 [...] und adjustiertem R^2 “ (Ortmann 2021). Zudem wird zu den Endmodellen die jeweilige Regressionsfunktion präsentiert.

Regressionsanalysen

Nachdem ich im letzten Absatz die Vorgehensweise erläutert habe, beginnt in diesem Absatz die Präsentation und Analyse der Regressionsmodelle.

²⁴ Der Koeffizient zur unabhängigen Variablen x gibt an, um wie viel sich die abhängige Variable y erhöht, wenn x um eine Einheit steigt.

	<i>Abhängige Variable:</i>					
	total_vac_pop_30_06					
	1	2	3	3.1	3.2	3.3
x28over10_31_03_21	0.142*	0.045				
gdp_cap	0.051***	0.082***	0.083***		0.102***	
older_65	0.019***	0.020***	0.021***	0.007	0.017***	
log(pop)	-0.061***	-0.053***	-0.053***	-0.032***	-0.043**	-0.022**
log(pop_density)	0.015	0.013				
vac_manufactur_yes	0.205***	0.148***	0.144**	0.074	0.050	
log(supply)				0.151***		0.180***
elect					-0.018	
Constant	0.967***	0.804***	0.846***	-0.076	0.772**	-0.331*
Observations	208	205	205	191	99	191
R ²	0.574	0.627	0.624	0.599	0.522	0.590
Adjusted R ²	0.561	0.616	0.616	0.591	0.496	0.586
F Statistic	45.126***	55.484***	82.969***	69.500***	20.274***	135.538***
Eigene Darstellung						*p<0.1; **p<0.05; ***p<0.01

Tabelle 1 zeigt alle wichtigen Modelle zum Impftempo mit einer Fallauswahl bestehend aus allen Ländern des Samples. Das Grundmodell zur AV Impftempo am 30.06.21 (Modell 1) mit allen Ländern als Fallauswahl umfasst 208 Fälle (Grundgesamtheit abzüglich Turkmenistans). Mittels Cook's Distance können Gibraltar, Liechtenstein und Monaco als starke Ausreißer identifiziert werden (siehe Anhang). Gibraltar ist aus zwei Gründen auszuschließen, ohne die Statistik zu verfälschen: 1. Es ist ein sehr kleines Land mit nur ca. 33.000 Einwohner*innen und daher nicht von allzu großer Relevanz. 2. Es weist eine im Vergleich sehr hohe Impfquote auf (231,78%), was wohl der primäre Grund für den hohen Cook-Wert ist (zweithöchste Impfquote in den VAE mit „nur“ 155,33%). Wahrscheinlich ist die hohe Impfquote durch die geringe Population und die Zugehörigkeit zum ebenfalls schnell impfenden Großbritannien zu erklären. Liechtenstein und Monaco weisen Extremwerte in der KV gdp_cap auf: 181.000\$ (Liechtenstein) und ca. 186.000\$ (Monaco). Das drittplatzierte Land bei diesem Indikator ist Qatar mit ca. 117.000\$ (also ca. um ein Drittel niedriger). Monaco weist dazu Ausreißer bei older_65 und pop_density auf.

Alle drei Länder sind mit nur knapp über 30.000 Einwohner*innen sehr klein und somit würde ein sehr kleiner Teil der Weltbevölkerung einen sehr großen Unterschied in den Ergebnissen mit sich bringen. Zudem gibt es bei allen drei Ländern kaum Daten zu den UVs (nur für supply bei Monaco). Aus dem Ausschluss dieser drei Länder resultiert das Zwischenmodell (Modell 2), auf Basis dessen die Rückwärtselimination stattfindet.

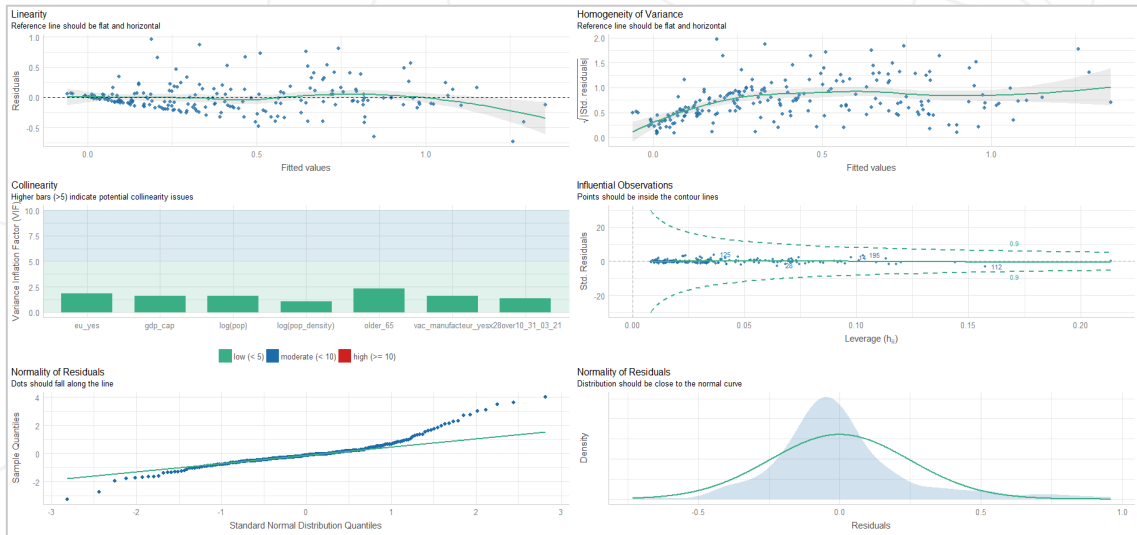


Abbildung 10: Modell 2

Daraus ergibt sich das Ausgangsmodell (Modell 3) mit den vier übrig gebliebenen KVs `gdp_cap`, `older_65`, `log(pop)` und `vac_manufacture_yes`. Das R^2 des Ausgangsmodells beträgt 62,4% und das adj. R^2 61,6%. Dass die Rückwärtselimination das Modell verbessert, erkennt man daran, dass die Differenz zwischen R^2 und adj. R^2 des Ausgangsmodells kleiner ist als die des Zwischenmodells. Die Anwendungstests weisen leichte Heteroskedastizität auf.

Die Variable `elect` (Modell 3.2) weist keine Signifikanz auf. `Log(supply)` in Modell 3.1 ist hingegen hochsignifikant. Die KV `gdp_cap` muss in diesem Modell eliminiert werden, da sie Kollinearität mit `log(supply)` aufweist (vgl. Anhang). Ebenfalls auffällig ist, dass `older_65` und `vac_manufacture_yes` durch die Hinzunahme von `log(supply)` insignifikant werden. Um das Endmodell (Modell 3.3) zu erhalten, müssen die insignifikanten KVs aus Modell 3.1 durch Rückwärtselimination entfernt werden.

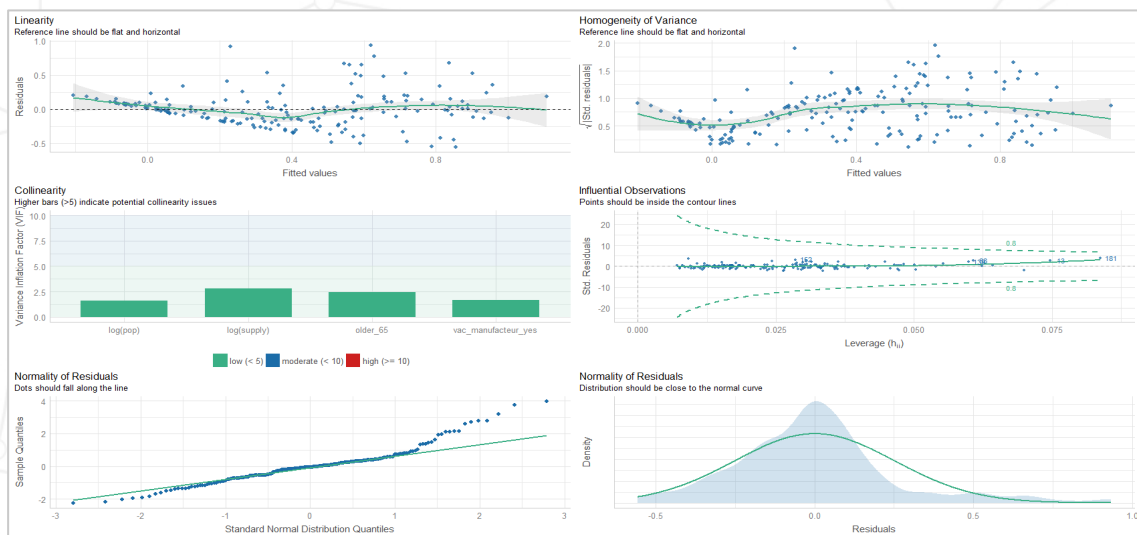


Abbildung 11: Modell 3.1

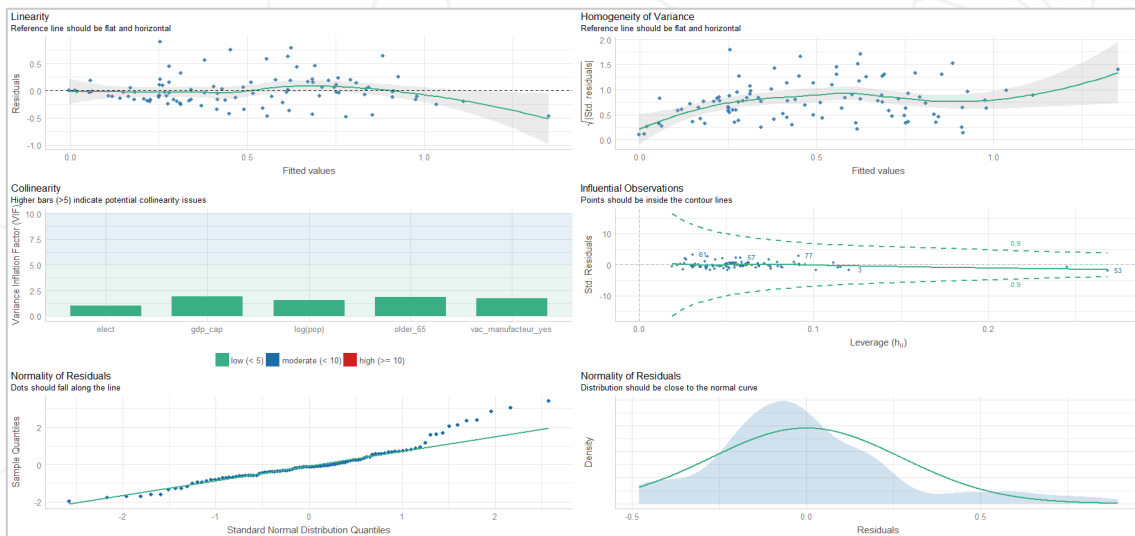


Abbildung 12: Modell 3.2

Die Anwendungstests des Endmodells zeigen sehr ähnliche Ergebnisse wie die des Ausgangsmodells. Die Regressionsfunktion zu diesem Modell ist folgende:

(1)

$$\text{total_vac_pop_30_06} = -0.022^{**} \times \log(\text{pop}) + 0.18^{***} \times \log(\text{supply}) - 0.331^{*}$$

Wenn hier alle Variablen gleich 0 sind, dann liegt die Impfquote bei -33,1%. Steigt die Einwohner*innenzahl um 10%, sinkt die Impfquote um 0,21 Prozentpunkte. Steigen die Gesundheitsausgaben pro Kopf um 10%, steigt die Impfquote um 1,72 Prozentpunkte. Im Endmodell sind Einwohnerzahl und Gesundheitsausgaben pro Kopf signifikant. Older_65 und vac_manufacturer_yes werden durch die Hinzunahme von $\log(\text{supply})$ insignifikant, gdp_cap wird aufgrund von Kollinearität mit $\log(\text{supply})$ entfernt. Anhand des R^2 des Endmodells ist zu erkennen, dass die Variablen Bevölkerungsgröße und die Gesundheitsausgaben pro Kopf unter den 191 Fällen des Modells 59% der Streuung der Variable Impfquote erklären. Dass die beiden Werte so nah aneinander liegen (adj. R^2 von 58,6%), spricht für eine hohe Qualität des Modells.

Tabelle 2: Impftempo bis Juni mit Ländern > Median(gdp_cap)

	<i>Abhängige Variable:</i>						
	total_vac_pop_30_06						
	4	5	5.1	5.2.1	5.2.2	5.3	5.4
x28over10_31_03_21	0.137						
older_65	0.013**	0.016***	-0.001	0.018**	0.014*	0.002	
log(pop)	-0.080***	-0.077***	-0.059***	-0.062*	-0.070**	-0.057*	-0.054**
log(pop_density)	0.051***	0.052***	0.072***	0.037	0.050*	0.050**	0.050**
vac_manufactur_yes	0.206**	0.192*	0.123	0.118	0.111	0.014	
log(supply)			0.176***			0.149***	0.155***
elect					-0.070**	-0.056*	-0.057*
Constant	1.424***	1.353***	-0.020	1.238**	1.521***	0.376	0.310
Observations	103	103	89	57	57	57	57
R ²	0.359	0.347	0.479	0.168	0.230	0.331	0.331
Adjusted R ²	0.326	0.320	0.448	0.104	0.154	0.251	0.279
F Statistic	10.873***	13.026***	15.268***	2.626**	3.041**	4.127***	6.421***
Eigene Darstellung							*p<0.1; **p<0.05; ***p<0.01

Tabelle 2 zeigt alle wichtigen Modelle mit einer Fallauswahl bestehend aus allen Ländern des Samples, deren BIP pro Kopf über dem Median liegt. Das Grundmodell (Modell 4) umfasst dabei alle 103 Länder, die zu dieser Gruppe dazugehören (Turkmenistan fehlt). Es werden alle KVs hinzugezogen, die auch im letzten Absatz verwendet wurden – mit Ausnahme der gdp_cap-Variable. Diese wird gestrichen, da die Gruppenunterteilung auf Basis dieser Variable stattgefunden hat. Bei der Identifizierung von Ausreißern mittels Cook's Distance (siehe Anhang) konnte kein Ausreißer ermittelt werden, weshalb auf ein Zwischenmodell verzichtet werden kann. Unterzieht man das Grundmodell der Rückwärtselimination, erhält man das Ausgangsmodell (Modell 5) mit den vier KVs older_65, log(pop), log(pop_density) und vac_manufactur_yes. Dass die Rückwärtselimination auch in diesem Fall das Modell verbessert, erkennt man daran, dass die Differenz zwischen R² und adj. R² des Ausgangsmodells kleiner ist als die des Grundmodells. Die Anwendungstests sind ähnlich wie in Modell 3.

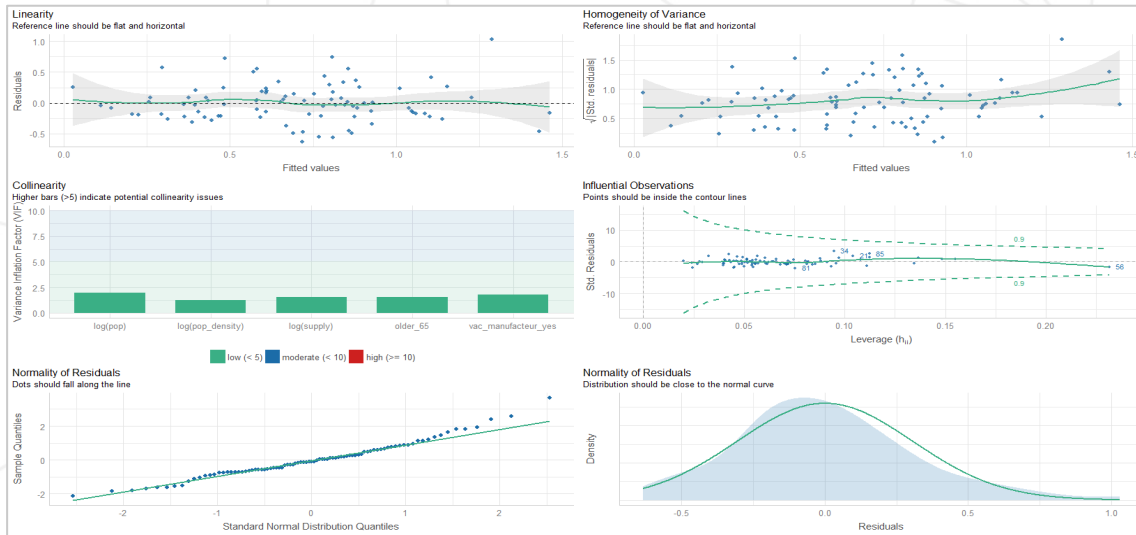


Abbildung 13: Modell 5.1



Abbildung 14: Modell 5.2.1

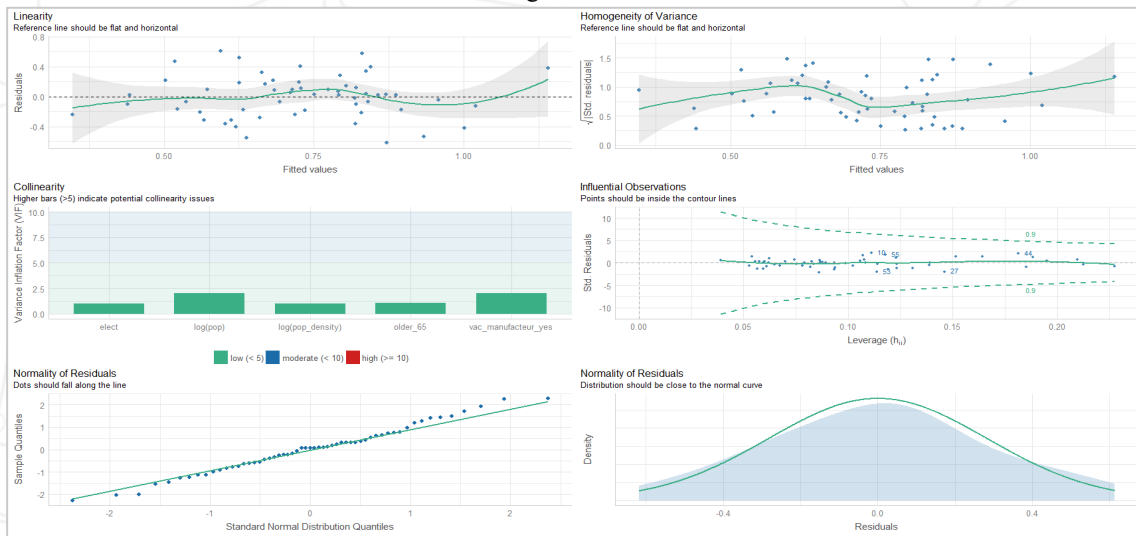


Abbildung 15: Modell 5.2.2

Das Modell 5.1 zeigt, dass auch in dieser Ländergruppe log(supply) hochsignifikant ist. Hier werden alle KV's mit Hinzunahme von log(supply) insignifikant. Im Gegensatz zum Modell

mit allen Ländern zeigt die UV elect Signifikanz. Zu elect gibt es noch ein Zusatzmodell (Modell 5.2.1), welches dieselben KVs beinhaltet wie das Ausgangsmodell (Modell 5), aber nur die Fälle (57) berücksichtigt, zu denen es auch Daten bei elect gibt. So kann bei Konstanthaltung der Fallzahl der Zugewinn an R^2 und adj. R^2 betrachtet werden, der durch die Hinzunahme von elect entsteht. Im darauffolgenden Modell 5.2.2 wird dann die UV elect ergänzt, welche Signifikanz aufweist und einen deutlichen Zugewinn an R^2 (von 16,8% auf 23%) und adj. R^2 (von 10,4% auf 15,4%) mit sich bringt.

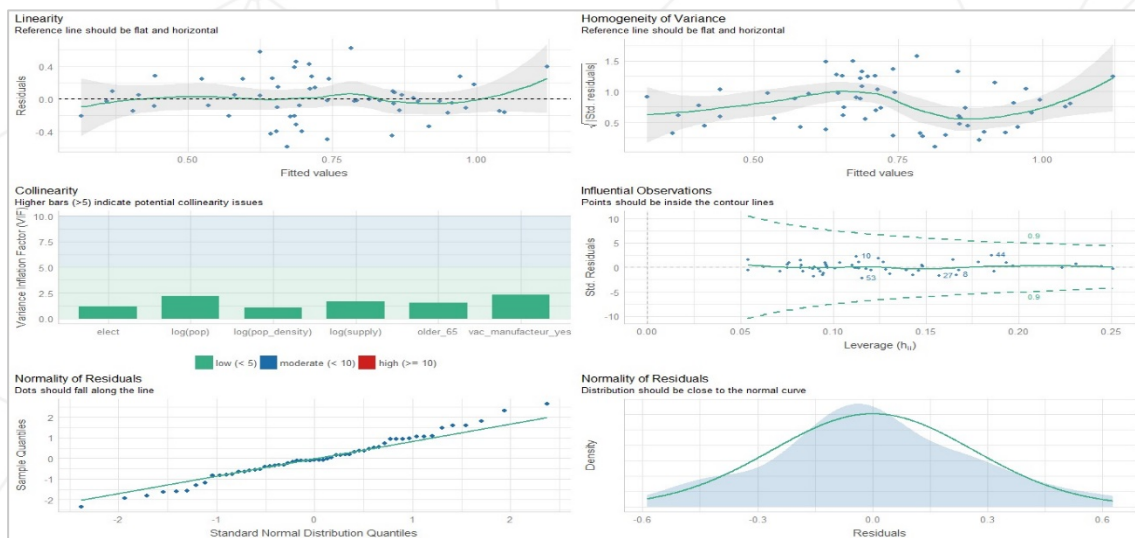


Abbildung 16: Modell 5.3

Da in diesem Fall beide UVs in ihren Teilmodellen signifikant sind, werden beide – zusammen mit den im Ausgangsmodell signifikanten KVs – in das vorläufige Endmodell (Modell 5.3) miteinbezogen. Dabei reduziert sich die Fallzahl von 103 auf 57. Das Modell 5.3 wird einer Rückwärtselimination unterzogen. Durch diese werden `older_65` und `vac_manufactureur_yes` eliminiert und es bleiben die beiden KVs `log(pop)` und `log(pop_density)`, sowie die beiden UVs `log(supply)` und `elect` übrig. Die Anwendungstests zeigen immer noch leichte Heteroskedastizität auf. Aus dem Modell (Endmodell 5.4) ergibt sich die folgende Regressionsfunktion:

$$(2)$$

$$\text{total_vac_pop_30_06} = -0.054^{**} \times \log(\text{pop}) + 0.050^{**} \times \log(\text{pop_density}) \\ + 0.155^{***} \times \log(\text{supply}) - 0.057^{*} \times \text{elect} + 0.310$$

Diese ist wie folgt zu interpretieren: Durch die insignifikante Konstante kann keine Vorhersage getroffen werden, wie hoch die Impfquote in einem Land ist, wenn alle KVs und UVs gleich 0 sind. Steigt die Einwohner*innenzahl um 10%, sinkt die Impfquote um 0,52 Prozentpunkte. Steigt die Bevölkerungsdichte um 10%, steigt die Impfquote um 0,48 Prozentpunkte. Steigen die Gesundheitsausgaben pro Kopf um 10%, steigt die Impfquote um 1,1 Prozentpunkte. Mit jedem Jahr mehr bis zur nächsten bedeutenden Wahl, sinkt die Impfquote um 5,7 Prozentpunkte (mit jedem Monat um 0,48 Prozentpunkte und mit jedem Tag um 0,02 Prozentpunkte).

In den reicheren Ländern sind die Gesundheitsausgaben pro Kopf und Wahltermine also signifikante Prädiktoren. Mit der Hinzunahme von $\log(\text{supply})$ werden older_65 und $\text{vac_manufacteur_yes}$ insignifikant. Abgesehen von Wahlen und den Gesundheitsausgaben pro Kopf haben sich für diese Ländergruppe die Bevölkerungsgröße und -dichte als signifikant erwiesen. Anhand des R^2 des Endmodells ist zu erkennen, dass unter den 57 Fällen des Modells die Variablen Bevölkerungsgröße und -dichte, Gesundheitsausgaben pro Kopf und Wahltermine 33,1% der Streuung der Variable Impfquote erklären. Dass R^2 und $\text{adj. } R^2$ (27,9%) nah beieinander liegen, spricht für eine hohe Modellgüte.

Tabelle 3: Impftempo bis Juni mit Ländern \leq Median(gdp_cap)

	<i>Abhängige Variable:</i>				
	total_vac_pop_30_06				
	6	7	7.1	7.2	7.3
x28over10_31_03_21	-0.061				
older_65	0.018***	0.016***	0.003	0.004	
log(pop)	-0.033***	-0.030***	-0.018**	-0.018	-0.018**
log(pop_density)	-0.021				
vac_manufacteur_yes	0.086				
log(supply)			0.073***		0.079***
elect				0.005	
Constant	0.658***	0.537***	0.064	0.412	0.043
Observations	105	105	104	42	104
R^2	0.256	0.226	0.320	0.036	0.318
Adjusted R^2	0.218	0.211	0.299	-0.040	0.305
F Statistic	6.814***	14.914***	15.657***	0.469	23.559***
Eigene Darstellung					* $p < 0.1$; ** $p < 0.05$; *** $p < 0.01$

Tabelle 3 zeigt alle wichtigen Modelle zum Impftempo im März mit einer Fallauswahl bestehend aus allen Ländern des Samples, deren BIP pro Kopf unter dem Median liegt. Auf dieser Fallauswahl (105 Fälle) basiert das Grundmodell (Modell 6). Es gibt hier kein Zwischenmodell, da mittels Cook's Distance keine eliminierbaren Ausreißer identifiziert werden konnten (siehe Anhang). Nach der Rückwärtselimination ergibt sich das Ausgangsmodell (Modell 7) mit den KVs older_65 und $\log(\text{pop})$. Dass die Rückwärtselimination das Modell verbessert, erkennt man daran, dass die Differenz zwischen R^2 und $\text{adj. } R^2$ des Ausgangsmodells kleiner ist als die des Grundmodells. Auch hier weisen die Anwendungstests leichte Heteroskedastizität (und nicht-normalverteilte Residuen) auf.

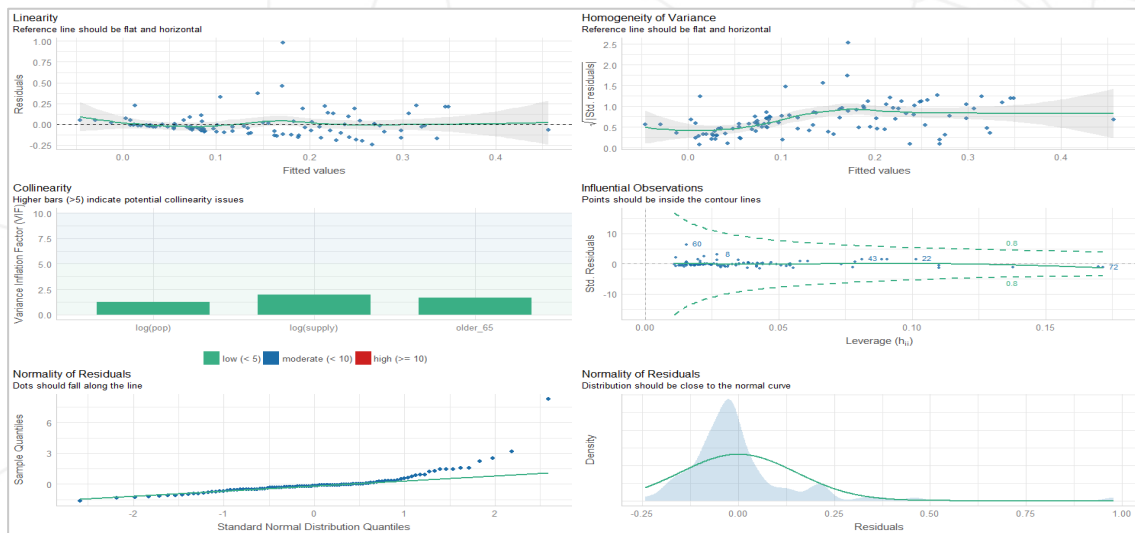


Abbildung 17: Modell 7.1

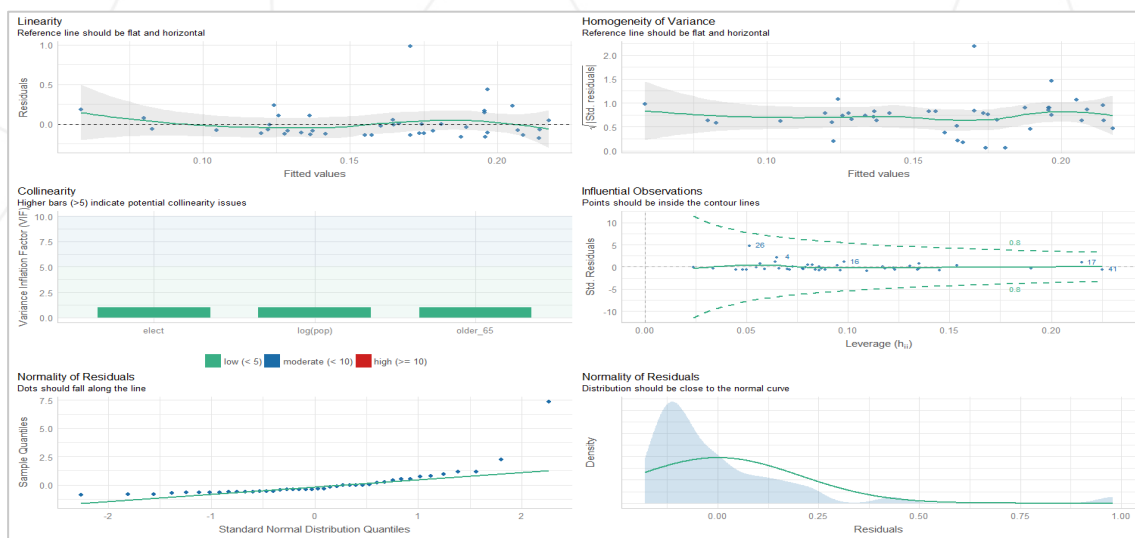


Abbildung 18: Modell 7.2

Die Variable elect (Modell 7.2) weist hier keine Signifikanz auf. Wahltermine sind also nur bei den reicheren Ländern ein signifikanter Prädiktor. Allerdings ist auch festzuhalten, dass das zugehörige Modell (u.a. auf Grund der geringen Fallzahlen) in Gänze insignifikant ist. In Modell 7.1 zeigt sich log(supply) erneut als signifikante UV. Die Variable bringt (bei nur einem Ausfall) einen starken Zuwachs bei R^2 (von 22,6% auf 32%) und adj. R^2 (von 21,1% auf 29,9%) mit sich. Wie schon in den Modellen zuvor sorgt die Hinzunahme von log(supply) für das Insignifikantwerden der Variable older_65. Lässt man auf Basis des Modells 7.1 eine Rückwärtselimination stattfinden, erhält man das Endmodell für diese Ländergruppe im Juni (Modell 7.4). Dabei werden R^2 und das adj. R^2 im Vergleich zu Modell 7.1 (bei konstant bleibender Fallzahl) kaum reduziert. Zu diesem Endmodell (mit leichter Heteroskedastizität und nicht-normalverteilte Residuen) erhält man folgende Regressionsfunktion:

(3)

$$\text{total_vac_pop_30_06} = -0.018^{**} \times \log(\text{pop}) + 0.079^{***} \times \log(\text{supply}) + 0.043$$

Bei der Interpretation dieser ist zu beachten, dass die Konstante insignifikant ist. Vorhersagen dazu, welche Ausprägung die AV annimmt, wenn alle KVs und die UVs gleich 0 sind, können also nicht getätigt werden. Steigt die Einwohner*innenzahl um 10%, sinkt die Impfquote um 0,17 Prozentpunkte. Steigen die Gesundheitsausgaben pro Kopf um 10%, steigt die Impfquote um 0,75 Prozentpunkte. Die Gesundheitsausgaben pro Kopf können Signifikanz aufweisen. Auch die Bevölkerungsgröße ist hier ein signifikanter Prädiktor. Die Variable `older_65` wird mit der Zunahme von $(\log)\text{supply}$ insignifikant. Anhand des R^2 des Endmodells ist zu erkennen, dass unter den 104 Fällen des Modells die Variablen Bevölkerungsgröße und Gesundheitsausgaben pro Kopf im Inland 31,8% der Streuung der Variable Impfquote erklären. Dass die beiden Werte (adj. R^2 von 30,5%) so nah aneinander liegen, spricht für eine hohe Qualität des Modells.

Auswertung

In diesem Abschnitt erfolgt die Auswertung der Regressionsmodelle in Bezug auf die Forschungsfrage, den Forschungsstand, die angewandte Theorie und die daraus resultierenden Hypothesen.

Das BIP pro Kopf ist kollinear mit den Gesundheitsausgaben pro Kopf. Länder mit einem hohen BIP pro Kopf geben also auch mehr Geld (pro Kopf) für Gesundheit aus. In Bezug auf die Impfquote sind die Frage, ob in einem Land Impfstoff hergestellt wird, und der selbst erstellte Indikator auf Basis des „7-day rolling average“ an Corona-Toten keine signifikanten Prädiktoren. Der Anteil an über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung weist im Kontext des Impftempos Scheinsignifikanz auf. Diese KV ist zunächst in den Ausgangsmodellen signifikant, sobald allerdings die Gesundheitsausgaben pro Kopf hinzugezogen werden, wird sie insignifikant. Das liegt daran, dass die Gesundheitsausgaben pro Kopf oft dann besonders hoch sind, wenn viele alte Menschen in dem Land leben, da diese mehr Gesundheitsleistungen benötigen, was vor allem in wohlhabenden Ländern der Fall (demographischer Wandel) ist. Somit sind die Gesundheitsausgaben pro Kopf in diesem Kontext eine intervenierende Variable. Die Bevölkerungsgröße (in allen Gruppen) und die Bevölkerungsdichte (in reicheren Ländern) können signifikante Einflüsse vorweisen.

Die erste Hypothese (H1) kann eindeutig bestätigt werden. Die Gesundheitsausgaben pro Kopf haben in allen Modellen einen signifikant positiven Einfluss auf die Impfquote. Das heißt, die im zweiten Abschnitt vorgestellten Untersuchungen von Fonseca/Shadlen/ Bastos (2021), Glied (2021) und Gründler et al. (2021) lassen sich bestätigen. Höhere Gesundheitsausgaben pro Kopf sorgen für bessere Gesundheitsinfrastruktur, hochwertigere Gesundheitssysteme mit mehr Versorger*innen etc. und für mehr Erfahrung bezüglich Impfungen. Je hochwertiger das Gesundheitssystem, desto schneller wird geimpft.

Die zweite Hypothese (H2) kann zumindest zum Teil bestätigt werden: In den demokratischen Ländern (Demokratieindexwert $> 0,5$) aus der Ländergruppe mit einem BIP pro Kopf über dem Median hat der Wahltermin einen signifikant positiven Einfluss auf das Impftempo. Eine große Schwierigkeit bei der Prüfung dieser Hypothese ist, dass in der Herleitung konstatiert wurde, dass Themen von der Wähler*innenschaft wahrgenommen und als wichtig erachtet werden müssen (Campbell et al. 1960: 170). Das ist allerdings empirisch kaum darstellbar. Zumindest in dieser Ländergruppe scheint dies aber der Fall zu sein. Dieser Befund bestätigt die im fünften

Abschnitt erfolgte theoretische Herleitung über das Ann-Arbor Modell und die Rational Choice Theorie des Parteienverhaltens. Je näher die nächste Wahl liegt, desto höher ist die Impfquote. Aber woher kommt der Unterschied zwischen den reicheren und den ärmeren Ländern bei dem Einfluss von Wahlen? Um wahlrelevante Erfolge liefern zu können, muss die Fähigkeit zum schnellen Impfen vorhanden sein. Dafür müssen Grundvoraussetzungen, z.B. ein hochwertiges Gesundheitssystem, erfüllt sein. Dieses ist umso hochwertiger, je höher die Gesundheitsausgaben pro Kopf sind, und diese können umso höher sein, je größer der Wohlstand eines Landes ist (vgl. Wendt 2013: 174).

Für das Impftempo wird eines deutlich: Entscheidend sind wirtschaftliche Aspekte. Je mehr ein Land in das Gesundheitssystem investiert (Gesundheitsausgaben pro Kopf), desto höher ist das Impftempo. Diese Variable ist in allen Modellen hochsignifikant und bringt zumeist eine deutliche Erhöhung des R^2 und adj. R^2 mit sich. Auch die Tatsache, dass Wahlen nur in den reicheren Ländern eine Rolle spielen, belegt die Wichtigkeit des Wohlstandes. Insgesamt kann H2 zum Teil und H1 gänzlich bestätigt werden.

Fazit

Ziel dieses Beitrages war es, die Ergebnisse meiner Bachelorarbeit mit dem Titel „Welchen Einfluss haben Föderalismus, Gesundheitssysteme und bevorstehende Wahlen auf das Impftempo von Ländern im internationalen Vergleich?“ zusammenzufassen. Die Intention dabei war, die aus der Aktualität des Themas resultierende Forschungslücke zu schließen. Dazu wurde zunächst der aktuelle Forschungsstand vorgestellt, dann die theoretische Grundlage gelegt und auf deren Basis sechs (in diesem Beitrag zwei) Hypothesen gebildet. Diese wurden nach der Operationalisierung anhand verschiedener Modelle der multiplen linearen Regression überprüft. Im letzten Abschnitt wurden die Ergebnisse der Analyse dann in Hinblick auf den Forschungsstand, die Forschungsfrage und die Hypothesen ausgewertet.

Für das Impftempo sind der selbst erstellte Indikator auf Basis „7-day rolling average“ an Covid-Toten und der Anteil an über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung keine signifikanten Prädiktoren. Auch die Frage, ob in einem Land Impfstoff hergestellt wird, hat keinen signifikanten Einfluss. Die Bevölkerungsgröße ist in allen Ländergruppen ein signifikanter Prädiktor: Je größer die Bevölkerung ist, desto niedriger ist die Impfquote. In den Ländern, deren BIP pro Kopf über dem Median liegt, ist auch die Bevölkerungsdichte ein signifikanter Prädiktor: Je dichter die Bevölkerung zusammenlebt, desto höher ist die Impfquote.

Föderalismus, die Struktur von Gesundheitssystemen und die Demokratiequalität konnten im Rahmen der Bachelorarbeit keine Signifikanz aufweisen und wurden daher in dieser Zusammenfassung ausgelassen. Die Gesundheitsausgaben pro Kopf (H1) zeigen fast in allen Regressionen einen signifikanten Einfluss auf das Impftempo. Das impliziert: Je höher die Gesundheitsausgaben pro Kopf ausfallen, desto hochwertiger ist das Gesundheitssystem (bessere Infrastruktur, mehr Ärzt*innen etc.). Diese Erkenntnis schließt an die Darstellungen von Fonseca/Shadlen/Bastos (2021), Gründler et al. (2021) und Glied (2021) an. In demokratischen (Demokratieindex $> 0,5$) Ländern, deren BIP pro Kopf über dem Median liegt, haben neben den Gesundheitsausgaben pro Kopf auch bevorstehende Wahlen einen signifikanten Einfluss auf das Impftempo: Je näher die nächste bedeutende Wahl liegt, desto höher ist die Impfquote. Das liegt u.a. daran, dass Regierungen, die bald wiedergewählt werden wollen, hohe

Impfquoten als Argument für eine solche Wiederwahl anführen können. Es schließt an die Befunde von Pulejo/Querubín (2020) an, dass coronabedingte Lockdowns weniger strikt ausgefallen sind, wenn in einem Land bald Wahlen anstanden.

Zur Schließung der Forschungslücke konnte mit der Bachelorarbeit ein Beitrag geleistet werden. Zudem konnten einige bisher publizierte Forschungsergebnisse rund um die Themen Corona-Pandemie und -Impfungen bestätigt oder sogar erweitert werden. Offen bleiben allerdings zwei Aspekte der Leitfrage, die weder in der Bachelorarbeit noch in diesem Beitrag beantwortet werden konnten: 1. Der Einfluss von Föderalismus auf die Impfquote konnte nicht signifikant bestätigt werden (da Föderalismus kaum quantifizierbar ist). Hier wäre es möglich, mit einer sich auf wenige Länder beziehenden qualitativen Studie mehr Klarheit zu schaffen. 2. Die Frage, ob in einem verstaatlichten Gesundheitssystem das Impftempo höher ist, konnte (aufgrund der unzureichenden Datenlage) nicht beantwortet werden. Hier könnte ein statistischer Ansatz hilfreich sein, der besser mit kleinen Fallzahlen zurechtkommt. So könnten aufbauend auf diesen Ergebnissen weitere Forschungen stattfinden.

Konkludierend ist zu konstatieren: Primär wirtschaftliche Aspekte (die Gesundheitsausgaben pro Kopf) haben einen großen Einfluss auf das Impftempo. Höhere Gesundheitsausgaben sorgen für bessere (Gesundheits-)Infrastruktur (und ein höheres BIP pro Kopf für höhere Kaufkraft). Das ermöglicht ein höheres Impftempo. In den demokratischen der Länder, deren BIP pro Kopf über dem Median liegt, weisen auch bevorstehende Wahltermine einen Effekt auf das Impftempo auf: Je näher die nächste bedeutende Wahl liegt, desto schneller wird geimpft. Dass dies nur für reichere Demokratien gilt, zeigt aber auch, dass Wohlstand auch hier eine wichtige Rolle spielt. Mangelt es an den wirtschaftlichen (und infrastrukturellen) Voraussetzungen für ein hohes Impftempo, können Regierungen das nicht ändern, nur weil Wahlen anstehen.

Literatur

- Ariaans, Mareike/Reibling, Nadine/Wendt, Claus (2019): Worlds of Healthcare: A Healthcare System Typology of OECD Countries. In: *Health Policy*, 123, 611-620.
- Bankhofer, Udo (1995): Unvollständige Daten- und Distanzmatrizen in der multivariaten Datenanalyse. Bergisch Gladbach: Josef Eul Verlag.
- Besley, Timothy/Case, Anne (1995): Does electoral accountability affect economic policy choices? Evidence from gubernatorial term limits. In: *The Quarterly Journal of Economics*, 110 (3), 769–798.
- van der Brug, Wouter (2004): Issue Ownership and Party Choice. In: *Electoral Studies*, 23 (2), 209–233.
- Bundesregierung (2021): Informationen für Risikopatienten. Abrufbar unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/coronavirus/risikogruppen-corona-1734970> (Zugriff am 20.09.2021).
- Campbell, Angus/Converse, Philip E./Miller, Warren E./Stokes, Donald E. (1960) *The American Voter*. New York [u.a.]: Wiley.
- Countrymeters (2021): Weltbevölkerung. Abrufbar unter: <https://countrymeters.info/de/World> (Zugriff am 20.09.2021).

- Covidvax (2021): Live Covid-19 Vaccination Tracker. Abrufbar unter: <https://covidvax.live/> (Zugriff am 20.09.2021).
- Demokratiematrix (2021): Kurzdarstellung der Demokratiematrix. Abrufbar unter: <https://www.demokratiematrix.de/kurzdarstellung> (Zugriff am 20.09.2021).
- Demokratiematrix: Ranking der Länder anhand der Demokratiequalität. Abrufbar unter: <https://www.demokratiematrix.de/ranking> (Zugriff am 20.09.2021).
- Ding, Iza/Hlavac, Marek (2017): “Right” Choice: Restorative Nationalism and Right-Wing Populism in Central and Eastern Europe. In: *Chinese Political Science Review*, 3 (2), 427–444.
- Downs, Anthony/Walentic, Leonhard/Wildenmann, Rudolf (1968 [1957]): *Ökonomische Theorie der Demokratie*. Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).
- Drazen, Allan (2000): The political business cycle after 25 years. In: *NBER Macroeconomics Annual*, (15), 75–117.
- Dutch, Raymond M./Stevenson, Randolph T. (2008): *The economic vote: How political and economic institutions condition election results*. Cambridge: University Press.
- da Fonseca, Elize M./Shadlen, Kenneth C./Bastos, Francisco I. (2021): The politics of COVID-19 vaccination in middle-income countries: Lessons from Brazil. In: *Social Science & Medicine*, 281.
- Ford, Clay (2018): Interpreting Log Transformations in a Linear Model. Abrufbar unter: <https://data.library.virginia.edu/interpreting-log-transformations-in-a-linear-model/> (Zugriff am 20.09.2021).
- Glied, Sherry (2021): Strategy drives implementation: COVID vaccination in Israel. In: *Israel Journal of Health Policy Research*, 10 (1):9.
- Gründler, Klaus/Hackenberger, Armin/Harter, Anina/Potrafke, Niklas (2021): *Covid-19 Vaccination: The Role of Crisis Experience*. München: CESifo.
- Hardin, James W./Hilbe, Joseph M. (2007): *Generalized linear models and extensions*. Texas: Stata Press.
- Healy, Andrew/Lenz, Gabriel S. (2014): Substituting the end for the whole: Why voters respond primarily to the election-year economy. In: *American Journal of Political Science*, 58(1), 31–47.
- Hung, Man/Weiping, Zhang/Chen, Wei/Bounsanga, Jerry/Cheng, Christine/Franklin, Jeremy D./Crum, Anthony B./Voss, Maren W./Hon, Shirley D. (2015): Patient-Reported Outcomes and Total Health Care Expenditure in Prediction of Patient Satisfaction: Results From a National Study. In: *JMIR Public Health Surveill* 2015, 1 (2):13.
- Key, Valdimer O. (1966): *The Responsible Electorate. Rationality in Presidential Voting 1936-1960*. Cambridge: Harvard University Press.
- Knowledgeportalia (2021): COVID-19 Vaccine Manufacturing. Abrufbar unter: <https://www.knowledgeportalia.org/covid19-vaccine-manufacturing> (Zugriff am 20.09.2021).
- Länderdaten (2021): Altersstruktur. Abrufbar unter: <https://www.laenderdaten.de/bevoelkerung/altersstruktur.aspx> (Zugriff am 20.09.2021).

- Lange, Sven (2021): Datensatz Zusammenfassung Bachelorarbeit. Abrufbar unter: https://docs.google.com/spreadsheets/d/1yd70WadUC8GMLZFb_3Ozadv8DTAY_fClacueOte0Vbl/edit?usp=sharing (Zugriff am 20.09.2021).²⁵
- Marchildon, Gregory P. (2021): The rollout of the COVID-19 vaccination: What can Canada learn from Israel? In: *Israel Journal of Health Policy Research* 10 (1):12.
- Ortmann, Magdalene (2021): Adjustiertes R². Abrufbar unter: <https://ortmann-statistik.de/glossar/adjustiertes-r-quadrat/> (Zugriff am 20.09.2021).
- Our World in Data (OWiD 2021): Coronavirus (COVID-19) Vaccinations. Abrufbar unter: <https://ourworldindata.org/covid-vaccinations> (Zugriff am 20.09.2021).
- Paul, Katharina T./Eberl, Jakob-Moritz/Partheymüller, Julia (2021): Policy-Relevant Attitudes Toward COVID-19 Vaccination: Associations With Demography, Health Risk, and Social and Political Factors. In: *Public Health* 9 (671896).
- Pulejo, Massimo/Querubín, Pablo (2020): Electoral concerns reduce restrictive measures during the COVID-19 Pandemic. *National Bureau of Economic Research: Working Paper 27498*. Cambridge: NBER.
- Reibling, Nadine/Wendt, Claus (2018): Gesundheitssystemtypologien. In: Jungbauer, Monika/Kriwy, Peter (Hrsg.): *Handbuch Gesundheitssoziologie*. Wiesbaden: Springer VS²⁶.
- Roller, Edeltraud (1998): Positions- und performanzbasierte Sachfragenorientierungen und Wahlentscheidung: Eine theoretische und empirische Analyse aus Anlaß der Bundestagswahl 1994. In: Kaase, Max/Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1994*. Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 173–219.
- Roth, Dieter (2008): *Empirische Wahlforschung. Ursprung, Theorien, Instrumente und Methoden*. 2., aktualisierte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Sachs, Lothar/Hedderich, Jürgen (2006): *Angewandte Statistik. Methodensammlung mit R*. 12. Auflage. Berlin/Heidelberg: Springer.
- Schoen, Harald/Weins, Cornelia (2014): Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten. In: Falter, Jürgen W./Schoen, Harald (Hrsg.): *Handbuch Wahlforschung*. 2., überarbeitete Auflage. Wiesbaden: Springer VS, 241–330.
- Statistisches Bundesamt (o.J.): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Bruttoinlandsprodukt (BIP). Abrufbar unter: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/Methoden/bip.html> (Zugriff am 20.09.2021).
- Stocker, Herbert (o.J.): Kapitel 2. Grundlagen der deskriptiven Regressionsanalyse OLS Mechanik. 2.1 Vorbemerkungen. Abrufbar unter: <http://docplayer.org/32514874-Kapitel-2-grundlagen-der-deskriptiven-regressionsanalyse-ols-mechanik-2-1-vorbemerkungen.html> (Zugriff am 20.09.2021).
- Tagesschau (2021): Myanmar. „Sie wissen nur, wie man tötet“. Abrufbar unter: <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/myanmar-putsch-101.html> (Zugriff am 20.09.2021).

²⁵ Alle einzelnen Quellen des Datensatzes, die über die Quellen im Quellenverzeichnis hinausgehen sind im Datensatz angemerkt.

²⁶ Im PDF nicht ersichtlich, welche Seitenzahlen der Text von Reibling/Wendt im Handbuch umfasst.

- Tausenpfund, Markus (2018) Quantitative Methoden in der Politikwissenschaft. Eine Einführung. Wiesbaden: Springer VS.
- TAZ (2020): Mehr Tote als Leichensäcke. Abrufbar unter: [Corona in Turkmenistan: Mehr Tote als Leichensäcke - taz.de](https://www.taz.de/1/Corona-in-Turkmenistan-Mehr-Tote-als-Leichensaetze) (Zugriff am 20.09.2021).
- Walther, Björn (2021): Cook Distanz in R ermitteln und interpretieren – Ausreißer erkennen. Abrufbar unter: <https://bjoernwalther.com/cook-distanz-in-r-ermitteln-und-interpretieren-ausreisser-erkennen/> (Zugriff am 20.09.2021).
- Wendt, Claus (2013): Krankenversicherung oder Gesundheitsversorgung? Gesundheitssysteme im Vergleich. 3. Auflage. Wiesbaden: Springer VS.
- Wendt, Claus (2019): Gesundheitspolitik. In: Obinger, Herbert/Schmidt, Manfred G. (Hrsg.): Handbuch Sozialpolitik. Wiesbaden: Springer VS, 605-624.
- Wiesendahl, Elmar (2013): Parteienforschung im Rahmen der Sozialwissenschaften. In: Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Handbuch Parteienforschung. Wiesbaden: Springer VS, 13–60.
- World Health Organization (WHO 2021): The Global Health Expenditure Database. Abrufbar unter: <https://apps.who.int/nha/database> (Zugriff am 20.09.2021).
- Worldbank (2021): Current health expenditure per capita (current US\$). Abrufbar unter: <https://data.worldbank.org/indicator/SH.XPD.CHEX.PC.CD?end=2018&start=2018> (Zugriff am 20.09.2021).
- Worldometer (2021): COVID-19 CORONAVIRUS PANDEMIC. Abrufbar unter: <https://www.worldometers.info/coronavirus/>.

10. Kritische Geopolitik am Beispiel der medialen Darstellung der COVID-19 Impfstrategien der Europäischen Union und Großbritannien

Bente Schult

Einleitung

Seit Dezember 2019 ist, ausgehend von der chinesischen Stadt Wuhan, eine grenzüberschreitende Verbreitung des Sars-CoV-2 zu beobachten (Rose-Redwood et al. 2020: 98). Wenngleich das Virus zunächst unmittelbare Relevanz für die Bereiche der Epidemiologie und der Gesundheitsfürsorge aufweist, ergeben sich verschiedene geographische Implikationen (Rose-Redwood et al. 2020: 98; Chung et al. 2020: 99). Aufgrund nationaler Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie ist, zusätzlich zur Implementierung von „sozialen Grenzziehungen“, wie Abstand zu besonders vulnerablen Gruppen, eine zunehmende Territorialität auf nationalstaatlicher Ebene zu erkennen (Weber/Wille 2020: 200-201). Ebenso variieren die adaptierten Maßnahmen bezüglich der nationalen Strategien zur Inokulation von Vakzinen (Evenett et al. 2021: 1). Zunehmend beschreiben Studien (Evenett et al. 2021: 1; Gruszczynski/Wu 2021: 2; Ravi 2021: 64-65) das Phänomen des „vaccine nationalism“, in dessen Zuge nationale Grenzziehungsprozesse beispielsweise durch Exportmechanismen akzentuiert werden. Allerdings sind diese Verortungsprozesse nicht auf materielle Bereiche beschränkt, sondern werden, wie das Beispiel der Deklaration von „Risikogebieten“ illustriert, diskursiv (re-)konstruiert (Weber/Wille 2020: 203). Im Kontext der Immunisierung spielen mediale Berichterstattungen eine besondere Rolle (Lucas 2021: 1).

Ausgehend vom theoretischen Rahmen der Critical Geopolitics sollen in dieser Arbeit jene Raumordnungen analysiert werden, die im Kontext der Impfstrategien medial kommuniziert werden. Ausgangspunkt dieser Theorie ist das kritische Hinterfragen von scheinbar objektiven, diskursiv konstruierten Raumkonstellationen sowie deren zugrundeliegenden Annahmen (Gregory et al. 2009: 121-122). Anlässlich des Austritts Großbritanniens aus der Europäischen Union (EU), welche eine transnationale Impfstrategie verfolgt, umfasst der Untersuchungsraum dieser Studie Großbritannien und die EU. Zur kritischen Auseinandersetzung wird das Konzept der Geopolitischen Leitbilder gemäß Reuber und Wolkersdorfer (2001) herangezogen. Darauf basierend ergibt sich die Forschungsfrage:

Wie und in welcher Hinsicht werden Geopolitische Leitbilder der EU und Großbritanniens in Hinblick auf die verschiedenen Impfstrategien in Tageszeitungen medial kommuniziert und (re-)konstruiert?

Aufgrund der Aktualität des Kontextes besteht das Ziel dieser Arbeit in einem konzeptorientierten Einblick in sprachliche Strukturen, mit deren Hilfe diskursive Konstrukte eine binäre Ordnung der Räume Großbritanniens und der EU vermitteln. Dazu wird ein Korpus aus Zeitungsartikeln von zwei Tageszeitungen zusammengestellt, welcher mittels der Methode der Qualitativen Inhaltsanalyse untersucht wird. Während die Süddeutsche Zeitung (2021) als

repräsentativ für die sprachlichen Repräsentationsformen der EU gelten soll, wird The Guardian (2021) als britische Tageszeitung herangezogen.

Zur Beantwortung der Leitfrage wird zunächst auf die Hintergrundinformationen der jeweiligen Impfstrategien eingegangen. Anschließend erfolgt die theoretische Einbettung dieser Arbeit, in deren Zuge das Konzept der Geopolitischen Leitbilder vorgestellt wird. Daraufhin wird die Methodik näher erläutert, die als Grundlage der empirischen Analyse dient. Ausgehend von der Qualitativen Inhaltsanalyse werden die Forschungsergebnisse im Kontext des theoretischen Rahmens diskutiert. Zuletzt werden die Ergebnisse im Sinne der Leitfrage zusammengefasst, um zudem einen Ausblick auf weiterführenden Forschungsbedarf zu bieten.

Hintergrundinformationen

Die Impfstrategien Großbritanniens und der EU basieren auf Investitionstätigkeiten in Abnahmegarantien, die einerseits finanzielle Unterstützungen der Pharmaunternehmen und andererseits Garantien zum Erwerb bestimmter Mengen an Impfstoff beinhalten (Europäische Kommission 2020: 3; Department of Health and Social Care 2021). Die Medicines and Healthcare Products Regulatory Agency Großbritanniens adaptierte zunächst befristete Notfallzulassungen, sodass beispielsweise die Inokulation des Vakzins Comirnaty bereits am 02.12.2020 autorisiert wurde (Public Health England 2021[2020]: 13). Im Rahmen der Empfehlungen der European Medicines Agency (EMA) wurden beginnend mit der Zulassung Comirnatys am 21.12.2020 insgesamt vier Vakzine mit Hilfe einer EU-weiten bedingten Marktzulassung zugelassen, wengleich das Inverkehrbringen durch einzelne Mitgliedstaaten zu einem früheren Zeitpunkt möglich gewesen wäre (Europäische Kommission 2020: 8; Europäische Kommission 2021). In Anbetracht geringerer Liefermengen des Impfstoffs Vaxzevria implementierte die Europäische Kommission am 30.01.2021 transparenz- und genehmigungsorientierte Exportmechanismen, da Bedenken bestanden, dass Impfstoffe „insbesondere in nicht besonders hilfsbedürftige Länder“ exportiert werden (Präambel (EU) 2021/111). Darauf folgten am 11.03.2021 und 24.03.2021 Verlängerungen und Anpassungen der Genehmigungsregelungen (Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle 2021).

Theoretischer Rahmen

Da es sich bei dem vorliegenden Diskussionspapier um eine Kurzfassung der namensgleichen Bachelorarbeit (Schult 2021) handelt, in deren Rahmen die theoretische Diskussion ausführlich geführt wurde, soll im Weiteren vor allem die empirische Analyse adressiert werden. Innerhalb der Theorie der Critical Geopolitics wird demnach im folgenden Kapitel ausschließlich auf das Konzept der Geopolitischen Leitbilder nach Reuber und Wolkersdorfer (2003; 2001) als Grundlage dieser Ausarbeitung Bezug genommen. In Übereinstimmung mit den Ergebnissen der theoretischen Diskussion bietet das Konzept ein breites kontextuales Forschungsspektrum sowie konkretere Möglichkeiten bezüglich des methodischen Vorgehens zur kritischen Untersuchung medialer (Re-) Konstruktionen räumlicher Sinnstrukturen. Anschließend folgt eine kritische Reflexion des Ansatzes der Critical Geopolitics anhand eines selektierten Kritikpunkts, woraufhin die Eignung des Ansatzes zur Beantwortung der Leitfrage trotz dargelegter Kritik begründet wird.

Critical Geopolitics

Der Ansatz der Critical Geopolitics, dessen Etablierung auf die 1980er Jahre zurückzuführen ist, wird als kritische Antwort auf Praktiken der Geopolitik innerhalb der 1970er verstanden (Redepenning 2006: 81). Dahingehend wird im Rahmen der Critical Geopolitics eine Rekonzeptualisierung von Geopolitik vorgenommen. Geopolitik, verstanden als diskursive Praxis, beschreibt die Konstruktion von anscheinend objektiv gegebenen räumlichen Ordnungssystemen (Lossau 2001: 62). Dabei umfassen Diskurse nicht verschiedene Kommunikationsformen, sondern deren regelhafte, diachronische Strukturen, die anhand der Gliederung und des Inhalts erkennbar werden und als sozio-kulturelle Ressourcen zur Konstruktion räumlicher Bedeutungsstrukturen genutzt werden (Agnew/Corbridge 2003[1995]: 48). Agnew und Corbridge (1995: 48) identifizierten in diesem Zusammenhang verschiedene Merkmale geopolitischer Diskurse. Jegliche Formen räumlicher Verortungen werden als implizite Vereinheitlichungen bestimmter Ordnungs- und Trennungsmuster charakterisiert (Agnew/Corbridge 2003 [1995]: 48). Darüber hinaus wird generalisiertes räumliches Wissen gemäß zuvor formulierten Kategorien produziert, wodurch politische Handlungsempfehlungen kontrollierbaren Argumentationsstrukturen folgen (Agnew/Corbridge 2003[1995]: 48). Ebenso üben Akteur*innen in verschiedenem Maße Einfluss auf geopolitische Diskurse aus, sodass eine Etablierung dominanter beziehungsweise hegemonialer räumlicher Repräsentationsformen stattfinden kann (Ó Tuathail 1996: 61). Vor diesem Hintergrund erfolgt nicht nur die Infragestellung der Konzeptualisierung von Territorien als geographisch determiniert, sondern auch der entsprechenden Argumentationsstrukturen, welche anhand geographischer Lagebeziehungen Differenzierungen des Raumes entlang des Eigenen und des Fremden ableiten (Reuber 2012: 163).

In Anbetracht der hierarchischen Ordnung des Raumes durch die Geopolitik umfasst Critical Geopolitics die Intention, räumliche Vorstellungen auf hierarchische Strukturen und Fixierungen zu untersuchen (Müller 2008: 323). Reuber und Wolkersdorfer (2001: 6) betonen in dieser Hinsicht die diskursive Konstruiertheit von geographischen Vorstellungen und deren Vermittlung durch Sprache. Konsequenterweise sind Sprachzeichen nicht ausschließlich Medium zwischen Objekt und Konzept, sondern konstitutiv für Bedeutungsstrukturen (Lossau 2002: 35). In diesem Sinne zeichnet sich Critical Geopolitics durch die Kritik an logozentrischen Strukturen aus, die vermeintlich objektive Repräsentationen diskursiver Regionalisierungen ermöglichen (Ó Tuathail 1996: 63; Derrida 2020[1997]: 83). Anstatt einer einzigen, festgelegten Bedeutung wird eine Vielzahl an möglichen Bedeutungsstrukturen von Sprache angenommen (Middeke/Müller 2012: 199). An den Poststrukturalismus anschließend umfassen Critical Geopolitics die Bemühungen der Offenlegung hierarchischer Strukturen, die in Folge der Opposition eines Konzeptes entgegen eines Anderen entstehen, sowie der Enttarnung des damit zusammenhängenden Bedeutungszentrums (Derrida 2020[1997]: 83-84). Angewendet auf räumliche Repräsentationen des Eigenen und des Fremden, illustriert das Eigene das Zentrum, während das Fremde sich durch die marginalisierende Kontrastierung mit dem Eigenen ergibt. Somit enthält Sprache Konstruktionen und gleichsam Verknüpfungen von Macht, Wissen und Räumlichkeit (Ó Tuathail 1996: 68).

Das Kernanliegen der Critical Geopolitics umfasst nicht die Zurückweisung geopolitischer Annahmen, sondern die Dekonstruktion dieser diskursiven, geographischen und geopolitischen Ordnungsvorstellungen, um deren Konstruiertheit hervorzuheben (Reuber/Wolkersdorfer 2001: 7; Ó Tuathail 1996: 68). Obwohl die Dekonstruktion gemäß Derrida nicht als konkrete

Untersuchungsmethode konzipiert ist, liegt der Schwerpunkt auf der empirischen Untersuchung der im Text verwendeten sprachlichen Ressourcen und deren kontextualer Position (Wolkersdorfer 2001: 40-42; Middeke/Müller 2012: 199). Der Fokus der Dekonstruktion liegt demzufolge im Aufzeigen geopolitischer Repräsentationen als sprachliche Konstrukte, die nur einen Ausschnitt der möglichen sprachlichen Konstellationen darstellen (Ó Tuathail 1996: 68).

Geopolitische Leitbilder als konzeptioneller Analyserahmen

Geopolitische Leitbilder sind gemäß Reuber und Wolkersdorfer (2001: 3) als Teil raumbezogener Diskurse konzeptualisiert, indem durch ihre räumlich fixierten Bedeutungsmuster und -strukturen geopolitische Ordnungen produziert und verfestigt werden können. Dem Ansatz Ó Tuathails (1996: 1) folgend handelt es sich dabei um diskursive Konstrukte geographischer Raumordnungen, welche durch verschiedene Machtkonstellationen gekennzeichnet sind. Die konkrete Form der geopolitischen Diskurse, inklusive der Geopolitischen Leitbilder, unterliegt somit den Einflüssen des historischen und geographischen Kontextes in Anbetracht der etablierten Machtrelationen (Wolkersdorfer 2001: 35; Ó Tuathail 1996: 10).

Das Grundmuster Geopolitischer Leitbilder bildet nach Reuber (2012: 168) eine binäre geodeterministische Konstruktion des Eigenen und des Fremden anhand homogenisierender und reduktionistischer Verknüpfung zwischen Gesellschaft und Raum. Dabei spielt die Abstrahierung durch Geopolitische Leitbilder eine wichtige Rolle, denn die Komplexität der vermeintlichen geographischen Wirklichkeit wird auf einfache Erklärungsmuster und abgrenzbarer Räume als Container reduziert (Ó Tuathail/Agnew 2009: 231; Reuber 2012: 166). In diesem Sinne findet eine Verortung entsprechend der Logik des „hier/dort“ statt, wodurch scheinbar objektive geographische Bedeutungs- und Grenzziehungsmuster konstruiert werden (Lossau 2012: 356-357). Erst diese Auffassung ermöglicht die Differenzierung zwischen Innen und Außen, des eigenen Hier und des anderen Dort.

Demnach sind diese Dichotomien nicht a priori gegeben, sondern entstehen erst mittels des Prozesses der kommunikativen Verortung (Lossau 2012: 357; Wolkersdorfer 2001: 41). Gemäß Lossau (2012: 357) können anhand von Verortungen verschiedene Ordnungssysteme (re-) produziert werden, wobei keine Ordnung vermag, die Welt objektiv zu repräsentieren. Allerdings verschleiert das Konstrukt einer vermeintlich objektiven räumlichen Ordnung, dass es sich dabei nicht um essenzielle Unterschiede handelt, die mittels Verortungen geschaffen werden (Lossau 2012: 357). Trotz der jeweils einseitigen, binären Erklärungsmuster können die Konstruktionen der Geopolitischen Leitbilder anhand des Eigenen auch Ausgangspunkt für Argumentationsmuster des Anderen bilden (Reuber 2012: 189).

Im Kontext internationaler Konfliktsituationen können Geopolitische Leitbilder sowohl die Vorstellungen und Handlungen der Akteur*innen als auch die Wahrnehmung des Konfliktes innerhalb der Gesellschaft bestimmen (Gebhardt et al. 2011: 796). Die in Geopolitischen Leitbildern inhärente Differenzbildung kann zu einer Gleichsetzung des Fremden mit einem imminents Risikopotenzial führen (Lossau 2012: 357; Reuber 2012: 189). In Anbetracht der SARS-CoV-2 Pandemie wäre diese Attribution zu erwarten, da die Immunisierung der Bevölkerung von der internationalen Politik als wichtigste Strategie zur Prävention hoher Hospitalisierungsraten angesehen wird (Jahn et al. 2021: 434-435; Moline et al. 2021: 1088).

Anhand einer kritischen und dekonstruktiven Auseinandersetzung mit Geopolitischen Leitbildern wird eine Bewusstmachung der Fixierung von Regionalisierungen durch diskursive

Konstruktionen ermöglicht (Reuber 2012: 166). Darauf aufbauend beinhaltet die Kritik der Critical Geopolitics einen Anstoß für ein erkenntnistheoretisches Denken, welches das Ziel verfolgt, von scheinbar universalistischen Denkmustern und ihren Ordnungen abzuweichen, um Bewusstsein für die mögliche Instrumentalisierung dieser Muster zu schaffen (Lossau 2003: 364; Gebhardt/Kiesel 2004: 31). Obwohl eine solche Dekonstruktion nicht unabhängig von der geographischen und soziohistorischen Einbettung der wissenschaftlichen Tätigkeit vorgenommen werden kann, schließen sich weder normative noch politische Empfehlungen an (Reuber/Wolkersdorfer 2001: 11-12).

Kritik am Ansatz der Critical Geopolitics

Der in der Forschung wiederkehrende, kritische Verweis auf die fehlende Auseinandersetzung mit der theoretischen Fundierung der Critical Geopolitics soll beispielhaft anhand des zugrundeliegenden Akteur*innenkonzepts adressiert werden. Innerhalb der Critical Geopolitics können verschiedene Forschungsschwerpunkte gesetzt werden, bei denen einerseits eine strategische Verwendung von räumlichen Repräsentationen durch Akteur*innen und andererseits eine Untersuchung der Geopolitischen Leitbilder im Vordergrund stehen kann (Reuber/Müller 2008: 463). Ersteres bietet den Vorteil des Anschlusses an öffentliche Beurteilungen des außenpolitischen Geschehens sowie die Narrative der öffentlichen Medien (Reuber 2012: 170). Dennoch handelt es sich bei der Annahme strategisch handelnder Akteur*innen um eine normative Perspektive ohne den Anspruch empirischer Fundierung (Reuber/Müller 2008: 463). Darüber hinaus steht intentional rationales Handeln in Kontrast zum diskursiven Akteur*innenkonzept Foucaults (Reuber 2012: 170). Nach Foucault konstituieren sich Akteur*innen anhand von verschiedenen, potenziell konkurrierenden Diskurspositionen, wodurch sie sich in stetiger Aushandlung multipler Subjektpositionen befinden (Reuber/Müller 2008: 463; Keller 2011: 55).

Um das naturalisierende Akteur*innenkonzept der Critical Geopolitics zu adressieren, wird für die Forschung hier auf den poststrukturellen Adaptionsvorschlag Reubers und Müllers (2008: 466) verwiesen, dem ein stärkerer Fokus auf die Produktion der Subjektposition durch Diskurse zugrunde gelegt ist. Anstatt einer konventionellen interpretativ-hermeneutischen Textinterpretation der Critical Geopolitics eignet sich somit die Qualitative Inhaltsanalyse zur Untersuchung der pandemiebegleitenden Diskurse (Reuber/Müller 2008: 465-466). Demnach erfolgt in Anlehnung an die Korpuslinguistik eine ausschließliche Betrachtung der sprachlichen Konstruktionen sowie ein verringerter Einbezug subjektiver Interpretationen infolge des kategoriegeleiteten Analyseverfahrens.

Methodik

Nachstehend wird die empirische Vorgehensweise dargelegt, auf deren Basis die Leitfrage, wie und in welcher Hinsicht Geopolitische Leitbilder der EU und Großbritanniens in Hinblick auf die verschiedenen Impfstrategien in Tageszeitungen medial kommuniziert und (re-) konstruiert werden, beantwortet wird. Da die Leitfrage das Ziel einer Analyse sprachlich spezifischer Strukturen gemäß den konzeptionellen Eigenschaften Geopolitischer Leitbilder im Rahmen der Critical Geopolitics verfolgt, wird die Methode der Qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (2008; 2010) adaptiert. Das zentrale Analyseelement der Qualitativen Inhaltsanalyse beinhaltet die systematische Analyse des Materials anhand von Interpretationsregeln entlang eines

Kategoriensystems (Mayring 2010: 604). Infolge dieser regelgeleiteten Herangehensweise und der methodischen Schlüsselposition zwischen quantitativen und qualitativen Ansätzen können die umfangreichen Datenmengen der Zeitungsartikel konzept- und kontextbezogen ausgewertet werden (Mayring 2010: 604). Demnach eignet sich die deduktive Kategorienbildung zur konzeptgeleiteten Untersuchung der Konstruktion Geopolitischer Leitbilder und deren Bedeutungskontexten. In Anbetracht des zuvor dargestellten poststrukturellen Lösungsansatzes Reubers und Müllers (2008: 466) kann die subjektive Interpretationsarbeit mittels eines Kodierleitfadens und damit einhergehenden Gütekriterien verringert werden.

Ausgehend von der idealtypischen Konzeptualisierung Geopolitischer Leitbilder gemäß Reuber (2012: 188-190) werden vier Kategorien herausgearbeitet. Als elementares Grundmuster Geopolitischer Leitbilder gilt die Konstruktion geographischer Wirklichkeit anhand von binären, hierarchischen Fixierungen des eigenen und des fremden Raumes, wodurch gesellschaftliche und räumliche Aspekte zu homogenisierenden Erklärungsmustern vereinigt werden (Reuber/Wolkersdorfer 2001: 3; Ó Tuathail/Agnew 2009: 231). In Anbetracht der Forschungsfrage wird von den Repräsentationen Großbritanniens und der EU als containerräumliches, binäres Einteilungsmuster ausgegangen. Die sprachlichen Repräsentationen dieser zweiteiligen Argumentationsstruktur können mithilfe der Kategorien „Homogenisierung des Eigenen“ und „Differenzierung des Fremden“ dekonstruiert werden. Auf ähnliche Weise lässt sich eine Kategorie formulieren, die im Zusammenhang mit der charakteristischen Inferenz von Geopolitischen Leitbildern steht. Die diskursive Distinktion zwischen dem Eigenen und dem Fremden (re-)produziert scheinbar objektiv gegebene Verortungslogiken gemäß des Dualismus Freund/Feind (Gebhardt/Kiesel 2004: 30; Reuber 2012: 159). Entsprechend der Dekonstruktion werden die geopolitischen Argumentationsmuster der Freund/Feind Dichotomie identifiziert, welche mittels sprachlicher Elemente wie „Semantiken, Metaphern, Bilder, Zeichen und Symbole“ vermittelt werden (Gebhardt/Kiesel 2004: 31).

Über die prototypische Konzeptualisierung der Leitbilder hinaus werden jeweils zwei Kategorien implementiert, in deren Rahmen alternative räumliche Sprachkonstruktionen erfasst werden können. Das Heranziehen dieser alternativen Kategorien ermöglicht das Treffen von Aussagen über die Verhältnismäßigkeit und den Kontext bestimmter räumlicher Vorstellungen. Die Untersuchung abweichender Bedeutungsmuster unterliegt keiner Wertung, sondern dient ausschließlich dem differenzierteren Aufzeigen dominanter ebenso wie alternativer Sinnstrukturen.

Die Leitmedien The Guardian (2021) und Die Süddeutsche Zeitung (2021) wurden im Zusammenhang mit der Zusammenstellung des Korpus basierend auf den vier genannten Kriterien ausgewählt. Das Kommunikationsmedium der Tageszeitung bietet die Vorteile der Aktualität, eines thematischen Schwerpunkts und einer schnellen Verfügbarkeit. Anlässlich des Forschungskontextes wird eine britische Tageszeitung sowie eine Tageszeitung eines Mitgliedsstaats der EU ausgewählt. Eine Eingrenzung auf eine deutsche Tageszeitung bietet die Möglichkeit, sich auf kontextuales und sprachliches Wissen zu stützen, da Sprache als maßgebend für die Konstruktion von Geopolitischen Leitbildern angesehen wird (Reichmann 2003: 297; Reuber/Wolkersdorfer 2001: 4). Das Kriterium der Glaubwürdigkeit korrespondiert mit dem Fokus der Dekonstruktion von Geopolitischen Leitbildern auf die Offenlegung von scheinbar objektiven und generalisierenden Raumkonstruktionen (Appelman/Sundar 2016: 71; Sundar 1999: 380; Pew Research Center 2018). Die letzten beiden Kriterien umfassen den

prozentualen Anteil der Leser*innenschaft an der Gesamtbevölkerung des jeweiligen Raumes sowie eine Übereinstimmung der thematischen Ausrichtung. Die entsprechende Auswahl der Zeitungsartikel stützt sich auf thematische, formale und lexikalische Selektionsprozesse der Datenbank Factiva (2021). Anhand des Veröffentlichungsdatums der identifizierten Zeitungsartikel wurde der Analysezeitraum vom 11.11.2020 bis zum 01.04.2021 bestimmt, sodass dieser durch die beginnende Relevanz der Thematik begründet ist. In Folge der Selektionsprozesse wurden mit einer leichten Ungleichheit insgesamt 94 Artikel zur weiteren Analyse bestimmt, wovon 56 auf The Guardian und 38 auf die Süddeutsche Zeitung entfallen.

Diskussion der Forschungsergebnisse

Ausgehend von den Arbeiten zu Critical Geopolitics werden die Forschungsergebnisse gemäß der Fragestellung, inwiefern eine Kommunikation Geopolitischer Leitbilder der EU und Großbritanniens in den Tageszeitungen The Guardian und die Süddeutsche erfolgt, dekonstruiert. Zwecks der nachfolgenden Analyse wird zunächst auf die Implikationen der Überarbeitung des Kodierleitfadens eingegangen. Anschließend wird jeweils auf die identifizierten, prädominanten Kontexte der Schnelligkeit und der Exportorientierung von Impfstrategien eingegangen, um analysieren zu können, ob in diesem Zusammenhang ein räumlicher Dualismus gemäß des Konzepts Geopolitischer Leitbilder kommuniziert wird. Zur Prüfung einer möglichen Konjunktur dieser räumlichen Sinnstrukturen werden, entsprechend den Hintergrundinformationen, die Kodierungen zum Faktor Zeit in Beziehung gesetzt. Zuletzt wird aufgezeigt, inwiefern der Korpus alternative Raumordnungen enthält, durch deren Kommunikation die als dominierend herausgestellten Raumordnungen in Frage gestellt werden.

Obwohl beide Kategorien der Differenzierung zur Konstruktion räumlicher Dichotomien beitragen können, lassen sich Unterschiede bezüglich des impliziten Fokus erkennen. Beide Kategorien bilden reduzierende, räumlich und gesellschaftlich verortete Konstruktionen, indem die EU oder Großbritannien in den kodierten Instanzen durch die Verwendung homogenisierender Pronomen und Adverbien als Containerräume etabliert werden. Die Kategorie „Abgrenzung des Fremden durch das Eigene“ betont in dieser Hinsicht den Argumentationsansatz Stams (1992: 124-125). Das „them“ kann als sprachliche Differenzierungsformel angesehen werden, mit der ein hierarchischer Dualismus des Eigenen und des Fremden vorangetrieben wird, da das Andere sich erst durch die Relation zum Eigenen, das „we“, konstituiert (Stam 1992: 124-125; Gregory 1994: 204). Demzufolge veranschaulicht diese Kategorie verstärkt die hierarchische Struktur der konstruierten containerräumlichen Ordnung. Im Gegensatz dazu verdeutlicht die Kategorie „Abgrenzung des Fremden durch das Fremde“ mittels der Verwendung von Pronomen erster Person einen Abgrenzungsprozess, der sich den Argumentationsmustern des Fremden zur Konstruktion binärer Erklärungsmuster bedient (Reuber 2012: 172). Mittels des selektiven Bezugs auf die Argumentationsstruktur des Fremden kann eine Legitimierung und Reproduktion der räumlichen Wissensordnung stattfinden (Reuber 2012: 189; Reuber 2012: 172). Ó Tuathail (1999: 108) betont, dass es sich dabei stets um situiertes Wissen handelt, in dessen Zusammenhang nur die Sichtweisen einzelner Akteur*innen dargestellt werden, während kontrastierende Perspektiven marginalisiert werden. In diesem Sinne ist der hohe Einbezug von direkten Zitaten angesichts der Quantität der Kategorie „Abgrenzung des Fremden durch das Fremde“ innerhalb der britischen Tageszeitung zu nennen.

Geschwindigkeitsrhetorik

Die ausgewählten, prädominanten Kontexte werden im Folgenden unter Berücksichtigung einer sprachlichen Konstruktion Geopolitischer Leitbilder aufgezeigt. Eine ambivalente Argumentationsstruktur von Geopolitischen Leitbildern, die eine beidseitige Bewertung des Eigenen und des Fremden zulässt, wird insbesondere hinsichtlich der binären Geschwindigkeitsrhetorik der Impfprogramme deutlich (Reuber 2012: 189). Jene Rhetorik lässt sich in den kodierten Textsegmenten aller Kategorien zur Homogenisierung des Eigenen sowie Differenzierung des Fremden erkennen. Von Seiten der Berichterstattung der britischen Tageszeitung erfolgt eine Aufwertung der eigenen Vorgehensweise auf Basis der kurzen Dauer bis zur Notfallzulassung und der Inokulation des Impfstoffs: “the day the UK led humanity’s charge against this disease” (Boffey 2020). Abbildung 4 illustriert die zeitliche Situierung dieser diskursiven Hierarchisierung, welche sich primär zu Beginn des britischen Impfprogramms Anfang Dezember 2020 im Korpus identifizieren lässt. Gleichmaßen wird auf den späteren Beginn des Impfprogramms der EU Bezug genommen, welcher in Zusammenhang mit Vorsichtsmaßnahmen, monetären Bedenken und dem Einbezug der Mitgliedstaaten gestellt wird. In ähnlicher Weise beinhalten die integrierten Zitate der Akteur*innen der EU innerhalb dieses Kontextes vor allem Vergleiche der unterschiedlichen Infektionsschutzmaßnahmen, in deren Zuge sowohl die Verfahrensweise der EU abgewertet als auch der Erfolg in Großbritannien betont wird. Hier resultiert die Integration der Zitate primär in der Reproduktion des dualistischen Bewertungsmusters. Diese sprachlichen Abgrenzungsprozesse fallen gemäß Abbildung 4 zeitlich jeweils mit der Zulassung zweier Vakzine sowie mit der Zulassung von Vaxzevria und der Verabschiedung der Durchführungsverordnung²⁷ (EU) 2021/111 durch die EU zusammen (Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle 2021).

Die Konstruktion dieses hierarchischen Dualismus wird insbesondere durch Gefahrensemantiken akzentuiert. Die Werte der Kategorie „Inferenz Geopolitischer Leitbilder“ im Zeitraum Anfang Januar (Abb. 2) beziehen sich primär auf die diskursive Vermittlung eines von der EU ausgehenden Risikopotenzials infolge des langsameren Immunisierungsprozesses. Davon abweichende Punkte innerhalb dieses Wertebereichs bestehen aus lediglich zwei Textsegmenten. Jene Textsegmente ohne Bezug auf die EU umfassen Metaphern, welche im Rahmen erhöhter Inzidenzwerte Großbritanniens das Virus als Bedrohung etablieren (Statista 2021).

²⁷ Durchführungsverordnung (EU) 2021/111 über die Einführung der Verpflichtung zur Vorlage einer Ausfuhr genehmigung bei der Ausfuhr bestimmter Produkte vom 29.01.2021.

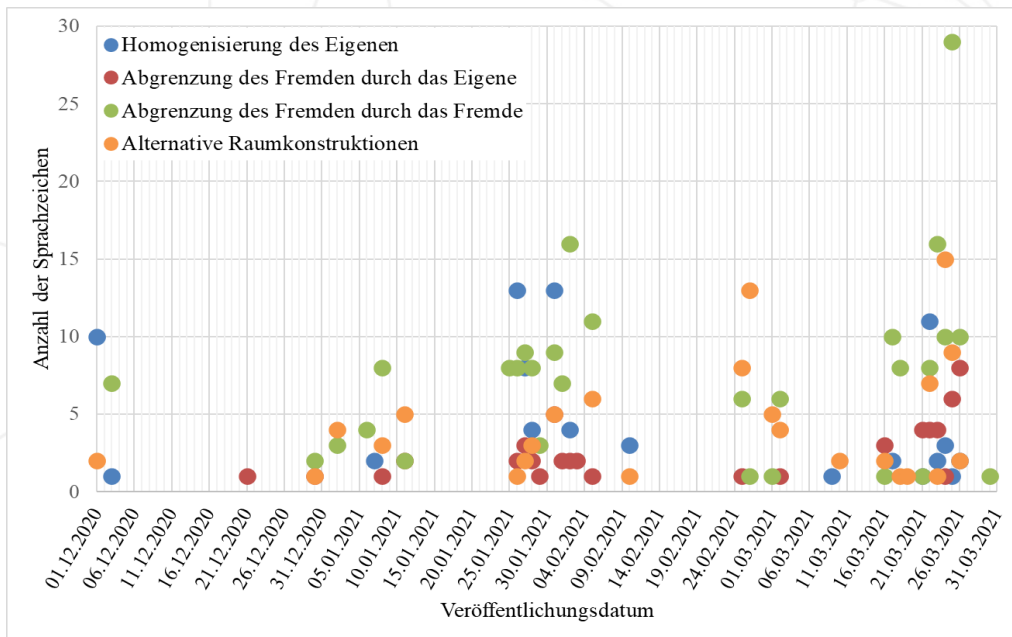


Abbildung 1: Anzahl der Sprachzeichen der Kategorien des binären Raummusters in Relation zum Veröffentlichungsdatum der Zeitungsartikel von The Guardian (2021) (Eigene Darstellung).

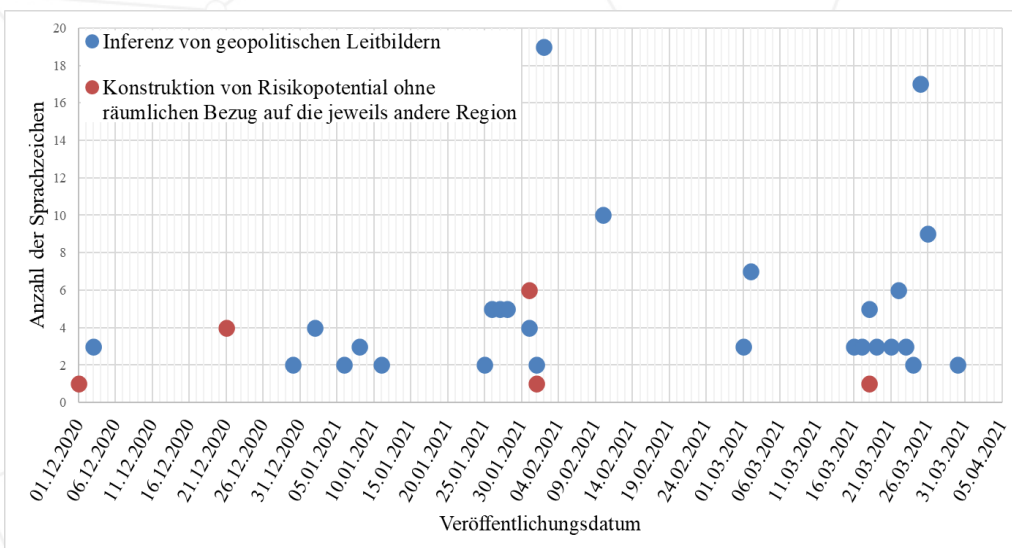


Abbildung 2: Anzahl der Sprachzeichen der Kategorien der kommunizierten Risikosemantiken in Relation zum Veröffentlichungsdatum der Zeitungsartikel von The Guardian (2021) (Eigene Darstellung).

In der Süddeutschen Zeitung erfolgt eine Umkehrung des Argumentationsmusters der Schnelligkeit. Die bedingte Marktzulassung der Impfstoffe durch die European Medicines Agency wird bei der „Homogenisierung des Eigenen“ als essenziell für die Sicherheit und das Vertrauen in den Impfstoff angesehen, wodurch ein kontrollierter, aber langsamer Beginn des Impfprogramms als erstrebenswert dargestellt wird. In Anlehnung an die diskursiven Konstruktionsmuster von The Guardian wäre zu prüfen, inwiefern im Rahmen des Konzepts Geopolitischer Leitbilder zu Beginn der Impfprogramme zudem eine Abgrenzung gemäß der Inokulationsschnelligkeit zu erkennen ist. Neben der insgesamt geringeren Anzahl der Sprachzeichen verdeutlicht Abbildung 6 zwar eine ähnliche Verteilung der Werte, jedoch wird anstatt

einer negativen Bewertung des britischen Impfprogramms die Schnelligkeit der Notfallzulassung und die daraus resultierende hohe Impfquote herausgestellt. Auf ähnliche Weise beschreiben Risikosemantiken der Datenreihen (Abb. 4) innerhalb dieses Zeitraumes die Bekämpfung des Virus mittels der Erfindung des Impfstoffs. Obwohl die Sprachzeichen des Punktes vom 12.12.2020 auf Großbritannien Bezug nehmen, beinhalten die Textstellen sprachliche Elemente wie „zu Hilfe eilen“ und „wir sind dabei zu siegen“, wodurch gleichzeitig Semantiken einer erfolgreichen Bewältigung der Pandemie evoziert werden (Menden 2020).

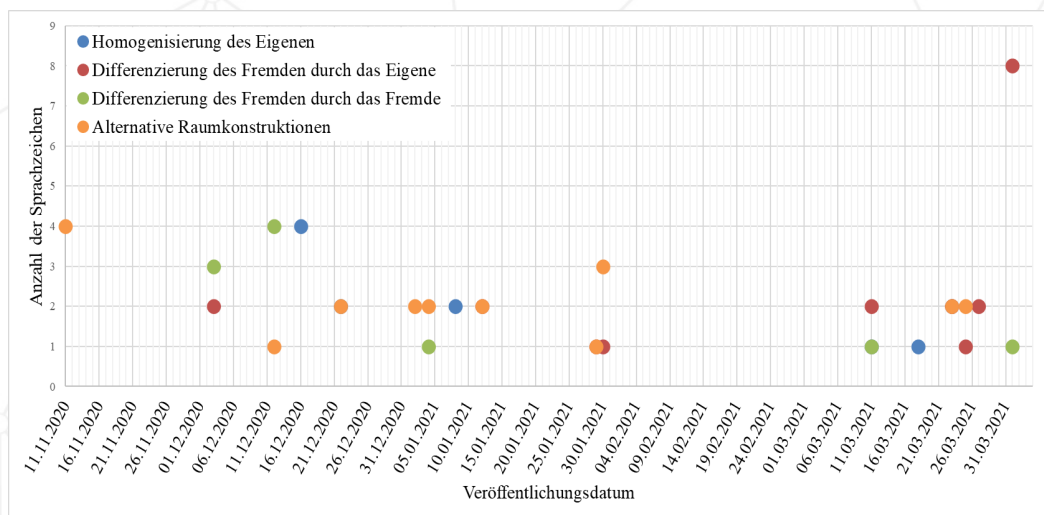


Abbildung 3: Anzahl der Sprachzeichen der Kategorien des binären Raummusters in Relation zum Veröffentlichungsdatum der Zeitungsartikel von der Süddeutschen Zeitung (2021) (Eigene Darstellung).

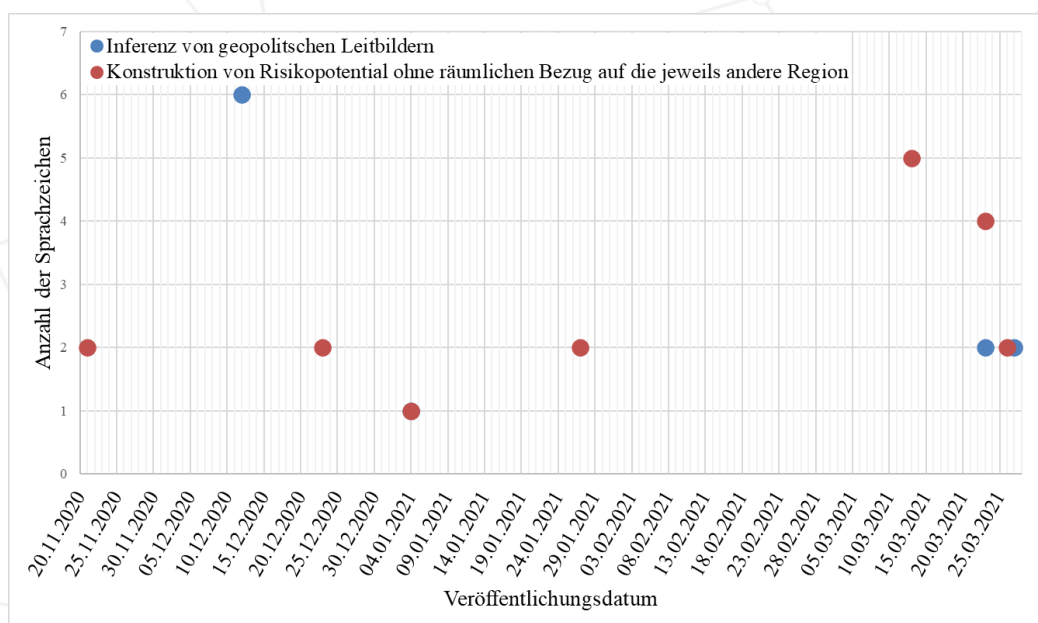


Abbildung 4: Anzahl der Sprachzeichen der Kategorien der kommunizierten Risikosemantiken in Relation zum Veröffentlichungsdatum der Zeitungsartikel von der Süddeutschen Zeitung (2021) (Eigene Darstellung).

Insgesamt sind innerhalb beider Zeitungen Geopolitische Leitbilder basierend auf einer territorialen Rhetorik des Wettbewerbs der Impfprogramme zu erkennen. In ähnlicher Weise knüpfen Wang et al. (2020: 156) unterschiedliche Umgangsweisen mit der Pandemie an ein temporal ausgelegtes Bewertungsmuster verschiedener Räume, wodurch diese im globalen Wettlauf als vorn oder zurückliegend umschrieben werden. Diese Geschwindigkeitsrhetorik ergibt sich gemäß Lucas (2021: 2) sowie Gruszczynski und Wu (2021: 2) aus den Bestrebungen von nationalen und transnationalen Akteur*innen zur Immunisierung der eigenen Bevölkerung, mittels derer eine hierarchische Ordnung des Raumes vermittelt wird. Nennenswert ist jedoch, dass dieser Dualismus innerhalb der Süddeutschen Zeitung in geringerem Umfang und ausschließlich anhand der Aufwertung der eigenen Impfstrategie kommuniziert wird, während in The Guardian explizite Abwertungen der EU formuliert werden.

Exportorientierte Semantiken

Darüber hinaus stellen wiederholt thematisierte Exportbeschränkungen bezüglich der Debatten um das Pharmaunternehmen AstraZeneca und die EU maßgebende Kontexte dar, in denen Geopolitische Leitbilder konstruiert werden. Insbesondere der Kontext der Exportmechanismen illustriert materielle und institutionelle Beeinflussungen des pandemischen Konflikts durch diskursive Konstruktionen von containerräumlichen Ordnungen (Wang et al. 2020: 156; Evenett et al. 2021: 8). Ausgenommen der Kategorie „Alternative Raumkonstruktionen“ werden in allen Kategorien von The Guardian an Exportbeschränkungen und der Disput um Vaxzevria mit größter Häufigkeit thematisiert. Im Bereich vom 25.01.2021 bis 10.02.2021 sowie vom 17.03.2021 bis 26.03.2021 sind die meisten Werte der drei Kategorien zu verorten (vgl. Abb. 1). Innerhalb dieser beiden Zeiträume verabschiedete die Europäische Kommission zunächst die Durchführungsverordnung (EU) 2021/111 sowie Mitte und Ende März die Verordnungen (EU) 2021/442²⁸ und (EU) 2021/521²⁹, welche die Ausfuhr von Vakzinen regulieren. In Anbetracht dieser Verteilung kann angenommen werden, dass die steigende Tendenz von Aussagen zu diesen Kategorien mit zunehmend exportorientierten Strategien zum Schutz von Interessen der EU zusammenhängt. Im Zuge der Repräsentation des Eigenen und der Darstellung des Fremden werden in der Süddeutschen Zeitung vornehmlich Deutungsstrukturen kommuniziert, die einerseits die eigenen Verträge als Errungenschaft etablieren und andererseits Kritik an Exportmechanismen und Uneinigkeiten der EU mit dem Unternehmen üben. Auf ähnliche Weise vermittelt das „Fremde durch das Fremde“ bei gleichzeitiger Darstellung der Argumentationsstränge der EU zur Implementierung von Exportmechanismen die Bereitschaft der EU, mit Großbritannien zu kooperieren. Unter Einbezug der „Inferenz von Geopolitischen Leitbildern“ kann der Verweis auf die Argumentationsstruktur der EU als fördernd für die Konstruktion der diskursiven Bedrohungskonstellation interpretiert werden, da die Implementierung und Verstärkung von Grenzmaßnahmen als vorstellbar kommuniziert wird. Diese Annahme basiert auf der Prägnanz des Lexems „threat“ und der Quantität konfliktorientierter Sprachzeichen, die sich auf die Exportmechanismen der EU beziehen. Auch hier zeigt

²⁸ Durchführungsverordnung (EU) 2021/442 über die Einführung der Verpflichtung zur Vorlage einer Ausfuhr genehmigung bei der Ausfuhr bestimmter Waren vom 11.03.2021.

²⁹ Durchführungsverordnung (EU) 2021/521 zur Einführung besonderer Regelungen für den Mechanismus zur verpflichtenden Vorlage einer Ausfuhr genehmigung bei der Ausfuhr bestimmter Waren vom 24.03.2021.

die Distribution der Werte (Abb. 2) eine zeitliche Korrespondenz zu den Durchführungsverordnungen der EU, wobei eine Zunahme der (Re-)Produktion von konfliktorientierten Sprachzeichen zu erkennen ist. Ferner erscheint die Interpretationsstruktur entsprechend Geopolitischer Leitbilder anhand der hohen Abhängigkeit Großbritanniens von Lieferungen des Vaxzevria Impfstoffs naheliegend (Medicines and Healthcare Products Regulatory Agency 2021). Ein mögliches Exportverbot könnte eine Verringerung der Impfstoffkapazitäten Großbritanniens zur Folge haben (Eaton 2021: 1; Evenett et al. 2021: 5).

Vergleichbare Bewertungsmuster lassen sich bei der Kategorie „Abgrenzung des Fremden durch das Eigene“ der Süddeutschen Zeitung identifizieren, da Großbritannien die Priorisierung der eigenen nationalen Bevölkerung zugeschrieben wird. Demnach ginge die Abwägung von Exportbeschränkungen nicht von der EU aus, sondern ergäbe sich aus der „Britain-First-Politik“ (Mühlauer 2021). Der Anteil dieser Textstellen der Süddeutschen Zeitung ist im Verhältnis zu The Guardian jedoch geringer. Die Vermittlung dieser unterschiedlichen Prägnanz von bewertenden Raumkonstruktionen kann nicht ausschließlich mit der Diskrepanz innerhalb der Dokumentgruppen des Korpus erklärt werden. Die weiteren Kategorien der Süddeutschen Zeitung kommunizieren verschiedene Bewertungen der Exportbeschränkungen wie beispielsweise Zweifel an den Maßnahmen oder Bestrebungen zur Zusammenarbeit mit Großbritannien. Interessant ist zudem, dass die Textstellen der deutschen Zeitung Risikosemantiken im Zusammenhang mit den eigenen Exportstrategien bezüglich des eigenen Raumes vermittelt. Die Artikel, welche diese Sinnstruktur enthalten, wurden ausschließlich Mitte bis Ende März 2021 veröffentlicht, sodass innerhalb dieses Zeitraums eine Dominanz alternativer Bedrohungskonstellationen (Abb. 4) zu erkennen ist. Zusätzlich zur geringen Ausprägung der exportorientierten Bewertungsmuster können die (re-)produzierten Geopolitischen Leitbilder in Anbetracht eines vergleichsweise hohen Anteils abweichender Raumordnungen und Risikosemantiken infrage gestellt werden.

Alternative Raumkonstruktionen

Trotz der vergleichsweise geringeren Quantität von alternativen Raumkonstruktionen werden im Rahmen dieser Kategorie abweichende Ordnungen ausgehend von nationalen sowie globalen Raumstrukturen (re-)produziert, wodurch die Konstruiertheit des Dualismus Großbritanniens und der EU akzentuiert wird. Als britische Tageszeitung adressiert The Guardian die national verschiedenen Umsetzungen des Impfprogramms der EU mit Fokus auf die individuellen EU-Mitgliedstaaten. Einerseits können diese Sinnstrukturen infolge der differenzierteren Berichterstattung als Auflösung des Dualismus der EU und Großbritanniens zugunsten einer nationalräumlichen Ordnung interpretiert werden. Dieses Ordnungsmuster wird beispielsweise im Zuge der Beschreibung der nationalen Impfbereitschaft deutlich. Angesichts des Verweises verschiedener Literaturquellen (Papanikolaou 2020: 8; Chrysosgelos 2021: 1) auf den großen Einfluss nationaler Akteur*innen auf transnationale Entscheidungen der EU und den daraus resultierenden zeitlichen Implikationen können diese sprachlichen Konstruktionen andererseits auch im Kontext des untersuchten Dualismus stehen. Diese Annahme wird durch die Bezugnahme der Textstellen auf bilaterale Verträge und die Schnelligkeit des Immunisierungsprozesses unterstützt. Im Falle der Süddeutschen Zeitung beziehen sich viele der Textsegmente auf die Situation in Deutschland. Obwohl sich dieser Fokus aus der Verortung der Tageszeitung

ergibt, werden hier auf ähnliche Weise nationale Grenzen als konstitutiv für die Berichterstattung etabliert.

In Bezug auf die Konstellationen globaler Raumordnungen erfolgt eine Kommunikation Geopolitischer Leitbilder gemäß finanzieller Disparitäten. Sprachliche Strukturen zur Konstruktion finanzieller Disparitäten lassen sich in unterschiedlicher Form identifizieren. Eine Priorisierung von Räumen mit höheren finanziellen Mitteln, speziell Europa, wird einmalig in beiden Zeitungen beschrieben. Eine weitere Textstelle weist anhand eines Entwicklungsdualismus auf die Akkumulation von Impfstoff innerhalb der „Industriestaaten“ hin (Uhlmann 2021). Diese Aussage ist anschlussfähig an die Forschungsergebnisse verschiedener Studien (So/Woo 2021: 1; Gruszczynski/Wu 2021: 3). Beispielsweise wird prognostiziert, dass 90% der Bevölkerung in Ländern mit niedrigem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf erst Ende 2021 eine Möglichkeit zur Impfung erhalten (Gruszczynski/Wu 2021: 3). Diese Textstelle knüpft an eben jene diskursive Einteilung in „Industriestaaten“ und „Entwicklungsstaaten“ an.

Eine zweite globale Raumordnung des Korpus entsteht durch die Kommunikation einer universellen Betroffenheit der Menschheit von der Sars-CoV-2 Pandemie. Diese findet sich mittels der sprachlichen Konstellationen des „Wir“ kommuniziert, in dessen Zuge die gesamte Menschheit adressiert wird. Dabei werden lokale Differenzen zugunsten einer universalen Betroffenheit zurückgestellt (Moore 2016: 80). Ferner wäre zu prüfen, inwiefern auch in diesem Zusammenhang ein mögliches Bedeutungszentrum ähnlich des Geopolitischen Leitbilds einer „globalisierten Welt“ vermittelt wird (Lossau 2002: 159). In Kontrast zu den zuvor genannten nationalen und globalen Leitbildern stehen lokal differenzierte Berichterstattungen wie die Versorgung der regionalen Bevölkerung mit Impfstoff sowie die Situation einzelner Krankenhäuser.

Fazit

Zusammenfassend verdeutlicht die Ergebnisdiskussion, dass innerhalb des Korpus eine Tendenz zu den generalisierenden Argumentationsstrukturen Geopolitischer Leitbilder in zwei verschiedenen Kontexten zu erkennen ist. Ersterer beinhaltet die Schnelligkeit der Impfprogramme, in deren Zuge ein temporal-räumliches Bewertungsmuster konstruiert wird. Gleichzeitig wird diese binäre Geschwindigkeitsrhetorik partiell mittels Gefahrensemantiken herausgestellt. Während *The Guardian* insbesondere die britische Schnelligkeit mit dem langsameren Impfprogramm der EU kontrastiert, lässt sich in der *Süddeutschen Zeitung* eine Aufwertung der europäischen sowie der britischen Impfstrategie erkennen. Der zweite Kontext bezieht sich auf die Vermittlung exportorientierter Semantiken. In dieser Hinsicht lässt sich gemäß den konzeptgeleiteten Kodierungen eine stärkere Prägnanz diskursiver Strukturen zur Konstruktion Geopolitischer Leitbilder der EU in der Tageszeitung *The Guardian* herausstellen. Die alternativen Raumkonstruktionen, welche eine Konstruktion der zu untersuchenden Geopolitischen Leitbilder in Frage stellen, umfassen in beiden Tageszeitungen einen kleineren Anteil, wodurch dominierende sprachliche Konstellationen nur geringfügig infrage gestellt werden. Gleichwohl illustrieren diese alternativen Raumkonstruktionen bereits die Konstruiertheit räumlicher Vorstellungen.

Das hier vorgestellte Forschungsprojekt (Schult 2021) eignet sich zwar zur Beantwortung der Leitfrage, wie und in welcher Hinsicht Geopolitische Leitbilder der EU und Großbritanniens

in Hinblick auf die verschiedenen Impfstrategien in Tageszeitungen medial kommuniziert und (re-) konstruiert werden. Dennoch lässt sich an einigen Punkten weiterer Forschungsbedarf ableiten. Aufgrund des begrenzten Analysezeitraums, der Selektion von bestimmten Tageszeitungen und Lexemen repräsentiert diese Untersuchung nur einen einführenden Einblick in die Diskurse bezüglich der Impfstrategien. Dessen ungeachtet ist die Dekonstruktion gemäß der Critical Geopolitics bereits ein in sich andauernder Prozess, da es eine Geographie ohne räumliche Fixierung und Homogenisierung gesellschaftlicher Gruppen gemäß der konstruktivistischen Perspektive nicht geben kann (Lossau 2002: 183).


Literatur

- Agnew, John/Corbridge, Stuart (2003[1995]): *Mastering Space. Hegemony, Territory and International Political Economy*. New York: Taylor & Francis.
- Appelman, Alyssa/Sundar, Shyam (2016): *Measuring Message Credibility: Construction and Validation of an Exclusive Scale*. In: *Journalism & Mass Communication Quarterly*, 93 (1), 59-79.
- Boffey, Daniel (2020): *UK Put Speed Before Public Confidence in Vaccine, Says EU Agency*. In: *The Guardian* am 2.12.2020. Text abrufbar unter: <https://www.theguardian.com/world/2020/dec/02/uk-put-speed-before-public-confidence-in-vaccine-says-eu-agency> (Zugriff am 20.10.2021).
- Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (2021): *COVID-19-Impfstoff*. Text abrufbar unter: www.bafa.de/DE/Aussenwirtschaft/Ausfuhrkontrolle/COVID-19-Impfstoff/covid-19-impfstoff_node.html (Zugriff am 17.7.2021).
- Chrysogelos, Angelos (2021): *The EU's Vaccine Debacle Has Revealed its Limitations as a Strategic Actor*. [Blogeintrag] 18 Februar. Text abrufbar unter: blogs.lse.ac.uk/europpblog/2021/02/18/the-eus-vaccine-debacle-has-revealed-its-limitations-as-a-strategic-actor/ (Zugriff am: 29.7.2021).
- Chung, Calvin K.L./Xu, Jiang/Zhang, Mengmeng (2020): *Geographies of Covid-19: How Space and Virus Shape Each Other*. In: *Asian Geographer*, 37 (2), 99-116.
- Department of Health and Social Care (2021): *UK COVID-19 Vaccines Delivery Plan*. Text abrufbar unter: <https://www.gov.uk/government/publications/uk-covid-19-vaccines-delivery-plan/uk-covid-19-vaccines-delivery-plan> (Zugriff am 6.8.2021).
- Derrida, Jacques (2020[1997]): *Deconstruction in a Nutshell. A Conversation with Jacques Derrida, With a New Introduction*. New York: Fordham University Press.
- Eaton, Lynn (2021): *Covid-19: WHO Warns Against "Vaccine Nationalism" or Face Further Virus Mutations*. In: *British Medical Journal*, 372, 292.
- Europäische Kommission (2020): *Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat und die Europäische Investitionsbank. EU-Strategie für COVID-19-Impfstoffe*. Text abrufbar unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52020DC0245&from=EN> (Zugriff am 5.8.2021).
- Europäische Kommission (2021): *EU-Impfstrategie*. Text abrufbar unter: https://ec.europa.eu/info/live-work-travel-eu/coronavirus-response/public-health/eu-vaccines-strategy_de (Zugriff am 5.8.2021).

- Evenett, Simon/Hoekman, Bernard/Rocha, Nadia/Ruta, Michele (2021): The Covid-19 Vaccine Production Club. Will Value Chains Temper Nationalism? Policy Research Working Paper 9565, Washington D.C.: World Bank Group.
- Dow Jones Factiva (2021): Datenbank für Presse-, Unternehmens- und Wirtschaftsinformationen, Produktlinie Medienanalysen. London, New York: Dow Jones & Company.
- Gebhardt, Hans/Glaser, Rüdiger/Radtke, Ulrich/Reuber, Paul (2011): Geographie. Physische Geographie und Humangeographie, 2. Heidelberg: Spektrum Akademischer Verlag.
- Gebhardt, Hans/Kiesel, Helmuth (2004): Weltbilder. Heidelberg: Springer Verlag.
- Gregory, Derek (1994): Geographical imaginations. Cambridge, MA: Blackwell Publishers.
- Gregory, Derek/Johnson, Ron/Pratt, Geraldine/Watts, Michael J./Whatmore, Sarah (2009): The Dictionary of Human Geography, 5. Oxford: Wiley-Blackwell.
- Gruszczynski, Lukasz/Wu, Chien-Huei (2021): Between the High Ideals and Reality: Managing COVID-19 Vaccine Nationalism. In: *European Journal of Risk Regulation*, 12 (3), 711-719.
- The Guardian (2021): News, Sport and Opinion from the Guardian's UK Edition. Text abrufbar unter: https://www.theguardian.com/uk?INTCMP=CE_UK (Zugriff am 21.6.2021).
- Jahn, Beate/Sroczynski, Gaby/Bicher, Martin/Rippinger, Claire/Mühlberger, Nikolai/Santamaria, Júlia/Urach, Christoph/Schomaker, Michael/Stojkov, Igor/Schmid, Daniela/Weiss, Günter/Wiedermann, Ursula/Redlberger-Fritz, Monika/Druml, Christiane/Kretschmar, Mirjam/Paulke-Korinek, Maria/Ostermann, Herwig/Czasch, Caroline/Endel, Gottfried/Bock, Wolfgang/Popper, Nikolas/Siebert, Uwe (2021): Targeted COVID-19 Vaccination (TAV-COVID) Considering Limited Vaccination Capacities-An Agent-Based Modeling Evaluation. In: *Vaccines*, 9 (5), 434-450.
- Keller, Reiner (2011): Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen, 4. Wiesbaden: Springer Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lossau, Julia (2001): Anderes Denken in der Politischen Geographie: Der Ansatz der Critical Geopolitics. In: Reuber, Paul/Wolkersdorfer, Günter (Hrsg.), Politische Geographie. Handlungsorientierte Ansätze und Critical Geopolitics. Heidelberg: Geographisches Institut der Universität Heidelberg, 57-76.
- Lossau, Julia (2002): Die Politik der Verortung. Eine postkoloniale Reise zu einer >ANDEREN< Geographie der Welt. Bielefeld: transcript Verlag.
- Lossau, Julia (2003): Doppelter Mythos – Das moderne Weltbild zwischen Partikularismus und Universalismus. In: Gebhardt, Hans/Kiesel, Helmuth (Hrsg.), Weltbilder. Heidelberg: Springer Verlag, 347-366.
- Lossau, Julia (2012): Postkoloniale Geographie. Grenzziehungen, Verortungen, Verflechtungen. In: Reuter, Julia/Karentzos, Alexandra (Hrsg.), Schlüsselwerke der Postcolonial Studies. Köln: Springer Verlag, 355-374.
- Lucas, Scott (2021): Brexit, Vaccine Nationalism, and the Future of the UK. [Blogeintrag] 11 Februar. Text abrufbar unter: www.open-access.bcu.ac.uk/10923/ (Zugriff am: 4.8.2021).
- Mayring, Philipp (2008): Neuere Entwicklungen in der qualitativen Forschung und der Qualitativen Inhaltsanalyse. In: Gläser-Zikuda, Michaela/Mayring, Phillip (Hrsg.), Die Praxis der Qualitativen Inhaltsanalyse, 2. Weinheim: Beltz Verlag, 7-19.

- Mayring, Philipp (2010): Qualitative Inhaltsanalyse. In: Mey, Günter/Mruck, Katja (Hrsg.), Handbuch Qualitative Forschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 601-613.
- Medicines and Healthcare Products Regulatory Agency (2021): Regulatory Approval of COVID-19 Vaccine Janssen. Text abrufbar unter: www.gov.uk/government/publications/regulatory-approval-of-covid-19-vaccine-janssen (Zugriff am 17.7.2021).
- Menden, Alexander (2020): Im hellen Sonnenschein. In: *Süddeutsche Zeitung* am 13.12.2020. Text abrufbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/brexit-england-royals-queen-eu-1.5142362> (Zugriff am 21.10.2021).
- Middeke, Martin/Müller, Timo (2012): Poststructuralism/Deconstruction. In: Wald, Christina/Zapf, Hubert (Hrsg.), *English and American Studies: Theory and Practice*. Berlin: Springer Verlag, 197-203.
- Moline, Heidi L./Whitaker, Michael/Deng, Li/ Rhodes, Julia C./Milucky, Jennifer/Pham, Hung/Patel, Kadam/Anglin, Onika/Reingold, Arthur/Chai, Shua J./Alden, Nisha B./Kawasaki, Breanna/Meek, James/Yousey-Hindes, Kimberly/Anderson, Evan J./Farley, Monica M./Ryan, Patricia A./Kim, Sue/Nunez, Val Tellez/Como-Sabetti, Kathryn/Lynfield, Ruth/Sosin, Daniel M./McMullen, Chelsea/Muse, Alison/Barney, Grant/Bennett, Nancy M./Bushey, Sophrena/Shiltz, Jessica/Sutton, Melissa/Abdullah, Nasreen/Talbot, Helen Keipp/Schaffner, William/Chatelain, Ryan/Ortega, Jake/Murthy, Bhavini P./Zell, Elizabeth/Schrag, Stephanie J./Taylor, Christopher/Shang, Nong/Verani, Jennifer R./Havers, Fiona P. (2021): Effectiveness of COVID-19 Vaccines in Preventing Hospitalization Among Adults Aged ≥ 65 Years — COVID-NET, 13 States. February–April 2021. In: *Morbidity and Mortality Weekly Report*, 70(32), 1088-1093.
- Moore, Jason (2016): The Rise of Cheap Nature. In: *Anthropocene or Capitalocene? Nature, History, and the Crisis of Capitalism*. Oakland: PM Press, 78-115.
- Mühlauer, Alexander (2021): Johnsons große Stunde. In: *Süddeutsche Zeitung* am 27.3.2021. Text abrufbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/gr0ssbritannien-corona-impfung-eu-1.5248482?reduced=true> (Zugriff am 21.10.2021).
- Müller, Martin (2008): Reconsidering the concept of discourse for the field of critical geopolitics: Towards discourse as language and practice. In: *Political Geography*, 27 (3), 322-338.
- Ó Tuathail, Gearóid (1996): *Critical Geopolitics*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Ó Tuathail, Gearóid (1999): Understanding Critical Geopolitics: Geopolitics and Risk Society. In: *The Journal of Strategic Studies*, 22 (2-3), 107-124.
- Ó Tuathail, Gearóid/Agnew, John (2009): Geopolitics and Discourse: Practical Geopolitical Reasoning in American Foreign Policy. In: Dodds, Klaus (Hrsg.), *Geopolitics*, Bd. 3. London: Sage Publications, 225-244.
- Papanikolaou, Konstantinos (2020): What Kind of Power? How the Covid-19 Crisis Affects the Orientation of the EU as a Global Actor. Text abrufbar unter: https://www.iedonline.eu/download/geopolitics-values/33-Papanikolaou_What_kind_of_power-1-1_Final.pdf (Zugriff am: 4.8.2021).
- Pew Research Center (2018): In Western Europe, Public Attitudes Toward News Media More Divided by Populist Views Than Left-Right Ideology. Text abrufbar unter: <https://www.journalism.org/2018/05/14/in-western-europe-public-attitudes-toward-news-media-more-divided-by-populist-views-than-left-right-ideology/> (Zugriff am 21.6.2021).

- Public Health England (2021[2020]): COVID-19 Vaccination: Information for Healthcare Practitioners. Text abrufbar unter: www.gov.uk/government/publications/covid-19-vaccination-programme-guidance-for-healthcare-practitioners (Zugriff am 17.7.2021).
- Ravi, Shamika (2021): Can the World Collaborate Amid Vaccine Nationalism? In: Saran, Samir/John, Preeti L. (Hrsg.), Raisina Files 2021. Neu Delhi: Observer Research Foundation, 62-73.
- Redepenning, Marc (2006): Wozu Raum? Leibniz: Leibniz-Institut für Länderkunde.
- Reichmann, Oskar (2003): Die weltbildende Kraft der Sprache. In: Gebhardt, Hans/Kiesel, Helmuth (Hrsg.), Weltbilder. Heidelberg: Springer Verlag, 285-328.
- Reuber, Paul (2012): Politische Geographie. Stuttgart: UTB.
- Reuber, Paul/Müller, Martin (2008): Empirical Verve, Conceptual Doubts: Looking from the Outside in at Critical Geopolitics. In: *Geopolitics*, 13 (3), 458-472.
- Reuber, Paul/Wolkersdorfer, Günter (2001): Politische Geographie. Handlungsorientierte Ansätze und Critical Geopolitics. Heidelberg: Geographisches Institut der Universität Heidelberg.
- Reuber, Paul/Wolkersdorfer, Günter (2003): Geopolitische Weltbilder als diskursive Konstruktionen – Konzeptionelle Anmerkungen und Beispiele zur Verbindung von Macht, Politik und Raum. In: Gebhardt, Hans/Kiesel, Helmuth (Hrsg.), Weltbilder. Heidelberg: Springer Verlag, 367-388.
- Rose-Redwood, Reuben/Kitchin, Rob/Apostolopoulou, Elia/Rickards, Lauren/Blackman, Tyler/Crampton, Jeremy/Rossi, Ugo/Buckley, Michelle (2020): Geographies of the COVID-19 Pandemic. In: *Dialogues in Human Geography*, 10 (2), 97-106.
- Schult, Bente (2021): Kritische Geopolitik: Mediale Darstellung der COVID-19 Impfstrategien der Europäischen Union und Großbritannien. Unveröffentlichte BA Thesis. Universität Bremen.
- So, Anthony/Woo, Joshua (2021): Achieving Path-Dependent Equity for Global COVID-19 Vaccine Allocation. In: *Med*, 2 (4), 373-377.
- Stam, Robert (1992): Mobilising Fictions: The Gulf War, the Media and the Recruitment of the Spectator. In: *Public Culture*, 4 (2), 101-126.
- Statista (2021): Number of New Coronavirus (COVID-19) Cases in the United Kingdom (UK) since January 2020 (as of August 2, 2021). Text abrufbar unter: <https://www.statista.com/statistics/1101947/coronavirus-cases-development-uk/> (Zugriff am 5.8.2021).
- Sundar, Shyam (1999): Exploring Receiver's Criteria for Perception of Print and Online News. In: *Journalism & Mass Communication Quarterly*, 76 (2), 373-386.
- Süddeutsche Zeitung (2021): Aktuelle Nachricht, Hintergründe und Kommentare. Text abrufbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/> (Zugriff am 21.6.2021).
- Uhlmann, Berit (2021): Wenn sich die Systemfrage stellt. In: *Süddeutsche Zeitung* am 31.1.2021. Text abrufbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/gesundheit/corona-impfungen-geschwindigkeit-vergleich-1.5190458> (Zugriff am 22.10.2021).
- Wang, Fenglong/Zou, Sainan/Liu, Yungang (2020): Territorial Traps in Controlling the COVID-19 Pandemic. In: *Dialogues in Human Geography*, 10 (2), 154-157.
- Weber, Florian/Wille, Christian (2020): Grenzgeographien der COVID-19-Pandemie. In: Weber, Florian/Wille, Christian/Caesae, Beate/Hollstegge, Julian (Hrsg.), Geographien der Grenzen. Räume – Ordnungen – Verflechtungen. Wiesbaden: Springer Verlag, 191-224.

The background of the page is a light gray network pattern overlaid on a faint globe. The network consists of numerous small white circular nodes connected by thin gray lines, creating a complex web of connections across the entire page. The globe is represented by a grid of latitude and longitude lines, which are also light gray and blend into the overall design.

Wolkersdorfer, Günter (2001): Politische Geographie und Geopolitik: zwei Seiten derselben Medaille?. In: Reuber, Paul/Wolkersdorfer, Günter (Hrsg.), Politische Geographie: Handlungsorientierte Ansätze und Critical Geopolitics. Heidelberg: Geographisches Institut der Universität Heidelberg, 33-56.

11. Vaccine diplomacy as a soft power tool for external powers in the Western Balkans

Caterina Bonora

Introduction

In this article, I will explore the effects of the pandemic in the Western Balkan countries with a particular focus on so-called vaccine diplomacy. Namely, I will analyze to which extent, due to weak or absent EU solidarity, Covid-19 vaccines were used by state actors from within and without the Western Balkans as a soft power tool to increase their clout in the region.

The article endeavors to provide an overview of events that are still unfolding and will rely on secondary literature and journalistic accounts, rather than on first-hand field research. In doing so, it draws on the concept of soft power and presents vaccine diplomacy as the backdrop of overlapping efforts by various international actors to exert influence on the region, which has been on its way toward EU integration for almost 20 years.

Precisely this incomplete European integration status makes the region geopolitically significant for external actors like China and Russia, among others, seeking to gain influence on the European borders. Moreover, the Western Balkan case also allows to evaluate the alleged lack of solidarity and of a more decided engagement of the European Union toward its direct neighbors during a pandemic.

In the next section, I will briefly present the concepts of vaccine diplomacy and soft power, so as to provide a conceptual framework to the following analysis. Then, I will define the geographical case study and outline the Western Balkan's relationship with the EU and other important international actors before the pandemic. Finally, I will analyze to what extent and how vaccine diplomacy is changing these relationships after the onset of the Covid-19 pandemic about two years ago.

Conceptual framework: vaccine diplomacy & soft power

Since the beginning of the COVID-19 pandemic, many news outlets have resorted to the concept of “mask diplomacy” and later more consistently to that of “vaccine diplomacy” to refer to the strategic use by some states of medical equipment and, later, vaccine donations or funding to increase their political influence in certain regions of the world (Huang 2021, Vuksanović 2021, Hosa et al. 2021).

Such interpretation of vaccine diplomacy differs considerably from the meaning attributed to it originally in the relevant medical literature. A big advocate of vaccine diplomacy, renowned US pediatrician Peter J. Hotez, has pointed time and again to the potential of vaccines to promote peace among countries involved in frozen or active conflicts (Hotez 2010, Hotez 2009, Hotez 2014, etc.). He describes as a paramount aspect of vaccine diplomacy “its potential as a humanitarian intervention and its proven role in mediating cessation of hostilities and even cease-fires during vaccination campaigns” (Hotez 2014: 2). Moreover, the role of scientists collaborating beyond (even hostile) state borders is captured in the so-called “vaccine science

diplomacy”, a subset of vaccine diplomacy defined as “informal global health diplomacy based on peer-to-peer interaction” (Hotez 2014: 2).

Whereas this interpretation of vaccine diplomacy has proven realistic in some historical contexts and even in the first phase of the COVID-19 pandemic, after the creation of COVID-19 vaccines, peer-to-peer scientific cooperation has become less relevant in the fight against the pandemic than the negotiations around the production and distribution of the vaccines at the global level. As some have pointed out, we have thus been “leaving the realm of scientific investigation and entering that of geopolitics”, which is beset by power imbalances that in turn translate into gross inequalities in global vaccine access (Pannu and Berry 2021: 744). In such context, at least for the states that enjoy a higher degree of vaccine access, vaccines are often used as a diplomatic bargaining tool, and vaccine diplomacy appears to be indeed a form of “soft power” rather than a peacebuilding tool (Pannu and Berry 2021).

“Soft power” belongs to the array of concepts that emerged mostly in the post-cold war era to define forms of power different from traditional, military power. In the context of a more diffuse distribution of power due to, among other things, global economic interdependence, the growing importance of non-state actors, the emergence of new technologies and forms of communication, control over material resources and military power became less relevant than before (Nye 1990: 160-161). Instead, immaterial resources such as cultural attractiveness, ideology and institutions gained more importance, as they allow a country to “structure a situation so that other countries develop preferences or define their interests in ways consistent with its own”, without having to resort to the costly and unpopular use of military force (Nye 1990: 168).

The strategic use of vaccine donations and funding to promote a positive image of a state in befriended or even hostile countries appears to constitute one way to wield soft power, especially during a pandemic, and especially toward countries with fewer resources to purchase or produce vaccines. It seems therefore appropriate in the context analyzed in this article to refer to vaccine diplomacy as a form of soft power.

It is however interesting to note how, in the context of the Western Balkans, soft power is mostly associated with the attempts of non-EU external actors to gain clout in the region, whereas it is more rarely associated with the EU’s own efforts to shape domestic policies and institutions in the region in the framework of the highly institutionalized EU accession process. This is also due to the fact that other concepts of power were coined to convey the specific role of the European Union in international relations, such as civilian power (Duchêne 1972), normative power (Manners 2002), ethical power (Aggestam 2008) and transformative power (e.g. Börzel/Risse 2009). These concepts are more attuned to capturing forms of governance that transcend the Westphalian state model (Manners 2002: 240) and they contribute to delineating more precisely the specific *modus operandi* of the EU at the international level. In the context of EU enlargement and neighborhood policy, transformative power is the most frequently mentioned among these concepts (e.g. Börzel/Fagan 2015). Transformative power refers to the EU’s ability of diffusing ideas within and without the European Union, which can occur through the “hard” mechanisms of coercion and manipulation (e.g. through EU conditionality and positive incentives) or the “softer” mechanisms of socialization and persuasion (Börzel/Risse 2009: 9-11). Hence, the efforts of the EU to diffuse ideas among EU member and neighbors can take a wide array of different forms, but they display, in comparison to the

soft power efforts of other external actors, a much higher degree of institutionalization, provided among other things by the Stabilization and Association Agreements (Zweers et al. 2020: 54, Pavličević 2019: 457). It therefore makes sense, from an analytic point of view, to resort to distinct concepts when describing the EU's and other countries' efforts to influence the policies and institutions of the Western Balkan countries, although also in the EU's case they of course may represent in some cases examples of soft power.

Yet, at times the distinction among the two terms appears to take on more subjective undertones. In most of the policy papers and journalist accounts analyzed in this article, the soft power moves of external powers such as China and Russia are not described neutrally: soft power is generally connected with problematic, undesirable intrusions. Conversely, the EU's attempts to transform prospective members into "fully fledged Western style democracies and consolidated market economies" (Börzel/Fagan 2015:885) may be sometimes described as still deficient, but they are rarely presented as dangerous intrusions. In many cases, the concern about and criticism of Chinese, Russian or other (authoritarian) powers' growing influence in the Western Balkans are more than justified. It is however important to also point out that the EU itself, in interacting with its prospective members, also often privileges its own strategic interests over the promotion of so-called European values such as human rights and democratization, often favoring stability over genuine democratization (BiEPAG 2017: 7-8, Bieber 2018: 350). The predominance of geopolitical interests over the promotion of values has not just been pointed out concerning its relations with the Western Balkans, but also, repeatedly, with regards to the interaction with its neighbors in the framework of the European Neighborhood Policy (Bosse 2007: 57, Seeberg 2009, Bosse 2009:224).

In this sense, it is important to remember that transformative power, besides constituting an at times accurate, at times rather normative conceptual tool, may contribute to the stereotypical but skewed image of the EU as a "relatively benign actor" in international relations (Pace 2007: 1042). In some cases, it may even represent a (Eurocentric) euphemism that allows us to easily forget the flagrant power imbalances constituting the very premises of the interaction between EU and Western Balkan countries.

The context: The Western Balkans and the EU

As a first step, it is important to clearly define the geographical scope of this article's case study. The region object of this study is interchangeably named "Western Balkans" and "former Yugoslav" or "post-Yugoslav space". The concept "former/post-Yugoslav space" is referred to in the current relevant literature to indicate the seven countries that emerged after the breakup of Yugoslavia and ensuing the Yugoslav wars in the decade of the 1990s, i.e., Bosnia-Herzegovina, Croatia, Kosovo, Montenegro, North Macedonia, Serbia, and Slovenia. It overlaps, but it is not identical with the concept "Western Balkans", coined in the context of the EU enlargement negotiations to designate the countries of the Balkan peninsula that were still to be incorporated in the EU at the beginning of this process (e.g. Thessaloniki Forum, 2003), i.e., the already mentioned countries of the former Yugoslavia, minus Slovenia (which became a EU member already in 2004), plus Albania (which was never part of Yugoslavia).

The article takes as a point of reference the Western Balkan concept rather than the post-Yugoslav space, as the EU accession process with which this term is inextricably connected dictates the geopolitical significance of the region that spurs the soft power moves of various other

external powers, as it will be described below. Slovenia did not share with the other post-Yugoslav countries the long, laborious path toward EU integration that for most of the others is still ongoing, whereas Albania has faced similar struggles to the rest of the ex-Yugoslav countries. Of these countries, Croatia have since become EU member in 2013; Albania, North Macedonia and Serbia are candidate countries and Bosnia-Herzegovina and Kosovo are currently potential candidates.

The EU enlargement process toward the Western Balkans, officially initiated in Thessaloniki in 2003, has been said to be in a crisis for a while now (Teokarević 2016 and 2018; Panagiotou 2014). The effects of the economic crisis have reached the region due to its economic interdependence with the Eurozone in two successive waves, in 2009 (after the global financial crisis) and 2012 (after the Greek sovereign debt crisis), which have considerably slowed down its process of economic growth and further postponed the moment when they will be able to reach the accession criteria imposed by the Stabilization and Accession Process (Panagiotou 2014: 54). “Enlargement fatigue” on the side of the European Union member states (which translated in Commission’s then President Juncker’s announcement of a 5-year accession freeze in 2014 (de Borja Lasheras et al. 2016: 3) was mirrored by “reform fatigue” in the Western Balkan countries, caused by the prolonged waiting for an accession that appeared to become less realistic by the day (Teokarević 2016: 14).

The deterioration of democratic institutions throughout the region, the comeback of nationalist parties in Serbia and in Croatia and the reappearance of authoritarian practices (Bieber 2018: 341-342) further aggravated the regional crisis. This also made postwar reconciliation prospects more difficult, as nationalist parties rely on a populist rhetoric directed primarily against the other (non-Serb, non-Croat, etc.) ethnic groups and the neighboring countries, to stay in power (Teokarević 2018: 94). The lack of a more critical stance toward these governments by the EU institutions has favored the consolidation of “stabilitocracies” that present themselves as champions of pro-EU stability but display an increasingly authoritarian character (BiePAG 2017). In 2020, Freedom House ranked Montenegro and Serbia for the first time since 2003 no longer as democracies (together with Hungary) (Stojanović 2020). These countries joined the rest of the Western Balkan countries (except Croatia) in the group “Transitional Governments or Hybrid Regimes” (Stojanović 2020).

The refugee crisis that started in 2015 has put further strain on the relationship with the EU. In 2015 the region suddenly became the main transit route (“Balkan Route”) for around 700.000 migrants fleeing the wars in the Middle East (Teokarević 2018: 93). The Western Balkan countries were largely cooperative with the EU institutions as long as the northern borders of the Balkan Route remained opened. Since the de facto closing of the borders in Hungary, and then successively in Croatia, Slovenia and Austria between 2015 and 2016, migrants remained increasingly stranded in the non-EU countries of the Balkan Route and this spurred tensions among the Western Balkan states (Weber 2017). The EU-Turkey agreement of March 2016 (European Council 2018) dramatically reduced the numbers of refugees arriving in Greece and attempting to enter Europe via the Balkan Route, but it did not completely close the latter (Weber 2017: 5). Many refugees remained trapped initially in Serbia (around 7.400 by the end of 2016), until the route shifted to Bosnia-Herzegovina between 2017 and 2018, where local authorities have registered the presence of about 44.250 refugees since 2019 (Kovačević 2021a).

Since 2020, a new route passing through Albania and Kosovo has been detected and appears to be used by an increasing number of refugees (Karaj et al. 2021).

With the increased securitization of the EU external borders and growing numbers of refugees illegally (and violently) pushed back to the (non-EU) Western Balkan countries,³⁰ the latter were mostly left alone dealing with the humanitarian crisis, while at the same time serving as guardians of the European borders (de Borja Lasheras et al. 2016: 3).

All these factors have contributed to a generalized loss of trust in the local political institutions as well as in the European project³¹ and provided new fertile ground for local populist groups and for authoritarian external powers to consolidate or expand their influence in the region. The efforts to revitalize European integration in the region through the Berlin Process (2014-present), initiated by a series of EU member states at the intergovernmental level, has been regarded as largely insufficient (e.g. Marciacq 2017). The adoption of a new Commission's Strategy for the Western Balkans (European Commission 2018) and the Western Balkans Summit organized by the Bulgarian Presidency in Sofia (May 2018), the first of this type to take place since the Thessaloniki Forum in 2003, sent a stronger message to the region, but have also been deemed too vague as to the real prospects of accession for the region in the near future (Burazer 2018). The stalling of the accession negotiations for North Macedonia and Albania, notwithstanding their compliance with EU conditionality, has further exacerbated the frustration of the citizens of the region with the EU project. More recently, during the Western Balkan Summit organized by the Slovenian Presidency in Brdo (October 6, 2021), Slovenia's attempt to set 2030 as a prospective target date for EU enlargement to the Western Balkans failed (Latal et al. 2021). The resulting Brdo declaration (European Council 2021) restated the commitment of the EU countries to the enlargement process in terms that are considered by many too vague (Siebold et al. 2021).

The Western Balkans and other external powers

All the mentioned endogenous and exogenous factors have paved the way for other external powers, such as Russia, Turkey, the Gulf States and China, to increase their presence and influence in the region, which has prompted some experts to dub it the "soft underbelly" of the European Union (de Borja Lasheras et al. 2016: 2). In this section, I will briefly describe the recent engagement of the two external powers among those mentioned, Russia and China, that have attracted the most scrutiny among the Western Balkan experts and that have also been most active in terms of vaccine diplomacy in the region and beyond.

Russia has changed its approach to the region from a stance of neutrality, whereby it displayed an indifferent attitude toward the EU integration process, to a much more Eurosceptic and interventionist stance. Certainly, the Kosovo crisis revived the historical bond between Russia

³⁰ A recent report of the Council of Europe's Committee for the Prevention of Torture and other Inhuman and Degrading Treatment and Punishment (CPT) has confirmed the allegations of severe physical ill-treatment and other abuses suffered by many refugees pushed back to the Bosnian or Serbian territory by the Croatian police forces (Council of Europe 2021).

³¹ Since 2006, support for EU accession in the countries of the Western Balkans has steadily declined (except in Bosnia-Herzegovina) (Panagiotou 2014:49). Currently, support for EU integration is the lowest in Serbia (42% of citizens in favor), in comparison with a regional average of 62% (Balkan Barometer 2021).

and Serbia, as the former became Serbia's most important political ally at the international level against Kosovo's secession (Reid 2021: 729). However, considering the region as a whole, one of the most important watershed moments is often said to have been the Ukraine crisis (2013-14) (Bieri 2015: 1, Teokarević 2016:15), but it has also been pointed out that the growing influence of the hawkish figure of Nikolai Patrushev, President of the Security Council of Russia, in the Western Balkans since 2016 has signaled a clear change of attitude of Russia toward the region (Galeotti 2018: 4-5).

Russia exerts its influence mostly in form of soft power, leveraging the pro-Serb nationalist sentiments and cultural and religious affinities it has with Serbia, the Republika Srpska (Bosnia-Herzegovina), parts of North Macedonia and Montenegro, to obtain the sympathies of the broad population. In doing so, it has often ended up fueling the tensions among the different ethnic groups in the region, one paramount example being its support for the divisive politics and incendiary rhetoric of nationalist Milorad Dodik in the Bosnian-Serb entity of Republika Srpska in Bosnia-Herzegovina (de Borja Lasheras et al. 2016: 5-6). Dodik's antics are currently making the headlines again, as he pledges to create an army for the Republika Srpska and withdraw from the central government of Bosnia-Herzegovina in a vast array of policy areas, thereby endangering the postwar order in the country and preparing a de facto secession of the Republika Srpska. Concomitantly, Russia initially threatened not to approve the renewal of the EUFOR mission in Bosnia-Herzegovina at the Security Council, thereby indirectly supporting Dodik's plan (Ruge 2021).

In Serbia, Russia's engagement has led to more concrete forms of cooperation, e.g. through the establishment of a strategic partnership with Russia, which includes military and intelligence cooperation and alignment in international bodies, as well as a Military Cooperation Agreement (de Borja Lasheras et al. 2016: 7), although NATO's military activity in the country is far more conspicuous (Reid 2021: 733). Russia is also an important economic actor in the region, e.g. supplying a consistent part of the energetic needs of Serbia and Bosnia-Herzegovina, constituting an important external investor in Serbia and Montenegro, especially after the global economic crisis and the relative waning of investments from the EU countries (Bieri 2015: 2-3). However, Russia's trade and investments in the region are still not comparable to those of many EU countries and certainly not to the EU as a whole: its foreign direct investment in its closest ally Serbia has been overtaken even by China (Reid 2021:732). Still, the Kremlin manages to aptly use the mentioned soft power tools to magnify its relevance in the region in the eyes of the local populations (Galeotti 2018: 8).

Compared with Russia's approach to the Western Balkans, Chinese engagement in the region has concerned political actors across the political spectrum, not just culturally or politically affine groups like, for Russia, ethnic Serbs (Zweers et al. 2020: 31). Six of the Western Balkan countries (China does not officially recognize Kosovo as an independent country) are part of China's 17+1 multilateral cooperation platform with the countries of Central and Eastern Europe. In the case of the Western Balkans, China's engagement consists most prominently of investments in regional infrastructure (Zweers et al. 2020: 2). Developing transport infrastructure in the region has become an important Chinese objective in the framework of its much broader Belt and Road Initiative, at least since the acquisition of a big share of the Greek Port of Piraeus by Chinese COSCO in the aftermath of the Greek financial crises (Shopov 2021).

Such investments should improve the transportation of goods from Greece to the EU countries through the Western Balkans (Doehler 2019) and help realize the so-called China-Europe Land-Sea Express Route (LSER) (Zweers et al. 2020: 8). China has also conceded big loans to the Western Balkan countries to help them realize these big infrastructural projects. The most widely discussed such case has been China's one billion dollars loan to Montenegro to build the Bar-Boljare highway, which constituted about 16,7% of Montenegro's foreign debt as of May 2021 (Ruge/Shopov 2021). While it is unclear whether Montenegro's incapacity to pay back the loan could lead to China seizing Montenegrin land, there are justified fears that control over such a consistent share of Montenegro's foreign debt could cause economic dependency of the latter on China (Ruge/Shopov 2021).³²

Besides these investments in infrastructure, China has also increased its trade with the region, but the latter still accounts for only about 6% of the total (Ruge/Shopov 2021). At the political and cultural levels, there are several, non-systematic attempts to establish more or less formal alliances among some local political parties and the Chinese communist party, as well as to promote Chinese culture (Ruge/Shopov 2021, Kovačević 2019).

In general, experts' positions vary as to the actual influence that China can exert in the region. Former EU Commissioner for Neighborhood and Enlargement Johannes Hahn has famously commented that China was using the Western Balkans as a trojan horse against the EU (Pavličević 2019: 453), other experts have warned against China's "debt trap diplomacy" concerning the Montenegrin and similar cases in the region (Doehler 2019), while others point out that Chinese engagement in the region is still very unsystematic and not likely to ever reach comparable levels to the EU's institutionalized relations with the Western Balkan countries (Zweers et al. 2020:54). However, most experts agree that EU disengagement and the economic crisis have encouraged China's involvement; and that, due to nontransparent practices by some Chinese companies, Chinese investments have further encouraged the breaching of transparency and environmental standards promoted by the EU, as well as compounded political corruption in the region (Zweers et al. 2020: 54). The Covid-19 pandemic appears to have strengthened this tendency, encouraging further Chinese engagement in the region.

Vaccine diplomacy in the Western Balkans

The spread of the Covid-19 infections in the Western Balkan countries was quite contained in the first months of the pandemic, with strict restrictions being imposed early on in March 2020 (BIRN 2020). But toward the end of summer 2020, with the gradual lifting of restrictions throughout the region, cases started to surge again, bringing the region already in September 2020 to lead Europe in Covid-19 cases per capita (Buyuk 2020). Cases and deaths have reached peaks in the so-called second and third waves and are currently soaring once again. In terms of cumulative deaths per capita, the Western Balkan countries are not faring well, with the worst values – about 3,8 thousand deaths per million inhabitants – registered in Bosnia-Herzegovina. Bosnia is followed by Montenegro, North Macedonia and Croatia—all faring worse, as of December 2021, than other European countries with high numbers of cumulative deaths per

³² Montenegro's foreign debt's share owed to China is the highest among the Western Balkan countries, but North Macedonia also owes China about 14% of its governmental debt, Bosnia-Herzegovina about 13%, Serbia about 7,9% (Zweers et al. 2020: 14-15).

capita, like Belgium, Italy and the UK (Our World in Data 2021a). Serbia and Kosovo fare better, with about 1,6 thousand deaths per million, and Albania is the only Western Balkan country to fare better than Germany (1,2 thousand deaths per million), with 1,07 thousand cumulative deaths per million as of December 2021 (Our World in Data 2021a). Hence, compared also with the region's relatively low population density, the pandemic has hit these countries quite hard. Moreover, despite the comparatively low Covid-19 mortality rate, Serbian doctors have been dying at alarming rates (72 doctors died of Covid-19 between March 2020 and January 2021), aggravating the already dire shortage of medical professionals in the country, caused by strong emigration trends of medical staff (Vuksanović 2021a). Bosnia-Herzegovina registered the highest number of cases per capita in Europe in March 2021 in the Sarajevo canton, where a month later more people were dying of Covid-19 than on average during the siege of the city in the war of 1992-95 (Vuksanović 2021b). The region also suffered severe economic losses, with 59% of the businesses in the region having to reduce their operations and 16% having to pause or shut down (Balkan Barometer 2021b: 202).

Faced with such difficulties, the countries of the Western Balkans first turned to the EU, expecting solidarity from the neighbor with whom they entertain the most consistent diplomatic and trade relations. The EU and its members did eventually provide medical and financial aid to the countries of the Western Balkans, but they did so hesitantly and a bit late, creating once again an opportunity for other external powers to intervene (Hosa et al. 2021).

At the beginning of the pandemic, on March 15, 2020, the European Commission imposed a EU-wide ban on the export of protective medical equipment in order to secure enough supplies for the EU member states (Bayer et al. 2020). The ban obviously affected the Western Balkans too, despite their status as EU candidates or potential candidates, and was perceived as selfish measure, whereby the EU turned its back to its direct neighbors and prospective members in order to stockpile protective material for itself. Serbian President Aleksandar Vučić immediately commented that “European solidarity does not exist. That was a fairy tale on paper. I have sent a special letter to the only ones who can help, and that is China” (Simić 2020). On the same day, he declared the state of emergency in Serbia and sent a public call for help to China: “We are waiting for our Chinese brothers here. Without you, it turns out that Europe is having difficulty defending itself, we do not hide the fact that we cannot [defend ourselves]. Without China and our Chinese brothers, we are incapable of doing so” (Simić 2020). China was conversely very quick to respond, immediately sending medical equipment as well as six doctors to help Serbia prepare for the surge in cases (EURACTIV 2020). Vučić was playing the usual game of balancing different alliances to obtain the best outcomes. Moreover, according to some, his theatrical gestures (e.g. publicly kissing the Chinese flag) and emotional declaration concerning the lack of EU solidarity represented an easy way to distract the public from the failure to tackle the crisis by his own government (Majda Ruge in EURACTIV 2020).

For its part, on April 8, 2020, the EU launched a new initiative, “Team Europe”, to help its partner countries worldwide, including the Western Balkans, tackle the Covid-19 pandemic, by initially pledging 20 billion Euros for sending medical equipment, helping the countries prepare for the reception and administration of Covid-19 vaccines and alleviating the economic consequences of the pandemic (European Commission 2021a). Until the end of 2020, Team Europe had supplied 11,3 million pieces of protective and medical equipment, as well as 80.000 tests and other medical aid to the Western Balkans (European Commission 2021a). But already

at the end of March 2020, the EU, for instance, signed an aid package of two million Euro for urgent medical needs for Bosnia-Herzegovina, to be used to purchase 80 respirators, test sets as well as medical protective equipment (Radio Slobodna Evropa 2020).

However, these initiatives did not seem to change the negative image of the EU caused by its gaffe in mid-March, particularly in Serbia. A study of Serbian media from across the political spectrum on reporting about the EU in 2020 showed, for instance, that Serbian media (and particularly pro-government media) tended to report about Serbia's relations with China in a very positive light and about the EU in a rather critical way. Moreover, when reporting about EU medical and financial aid, they wrote in more moderate tones, merely stating the facts and presenting the aid as taken for granted (European Western Balkans 2021).

Perhaps the worst moment for EU's popularity in the Western Balkans came with the beginning of the vaccination campaigns. In December 2020 the EU had adopted a 70 million Euro aid package as part of the Instrument of Pre-Accession (IPA) to "help fund the access of Western Balkan countries to Covid-19 vaccines procured by EU countries" (European Commission 2020a). Most Western Balkan countries had therefore placed their hopes in the support of the EU as well as of COVAX to gain access to vaccine doses in early 2021. When in January 2021 the vaccination campaign had taken up speed in most EU member states, the (non-EU) Western Balkan states felt they had been forgotten, as the vaccination doses reserved through COVAX and promised by the EU failed to arrive (Niksić/Stojanović 2021). Bosnia-Herzegovina, for instance, was expected to receive its first doses from the COVAX mechanism only in April 2021 (Niksić/Stojanović 2021). Serbia had been able to purchase autonomously 4.800 doses of Pfizer-BioNTech in December 2020, but these together with the 2.400 doses of the Sputnik vaccine donated by Russia in the same month were not enough to start a proper vaccination campaign (Vuksanović 2021a, Niksić/Stojanović 2021). By mid-March 2021, Kosovo had not received a single vaccine dose and had not been able to start its vaccination campaign at all (Bami/Dragojlo 2021). As a matter of facts, the first delivery of EU vaccines to the region (651.000 doses of Pfizer-BioNTech, delivered in various tranches until August) started only in May 2021 (European Commission 2021b, Hosa et al. 2021).

Notwithstanding these disappointing results, most Western Balkan countries did not turn to China or Russia, who had been proposing donations or deals of their respective vaccines in the early months of 2021, worried to thereby antagonize the EU (Vangeli 2021). Only Serbia made the conscious decision to diversify its pool of donors in order to maximize its odds to get more vaccine doses earlier on. Once again, turning to its "Chinese brothers" (Vučić in Simić 2020), it obtained a generous donation of one million doses of the Chinese Sinopharm vaccine, which were pompously received on January 16, 2021, at the Belgrade airport by President Vučić himself, accompanied by the Serbian health minister Zlatibor Lončar and the Chinese ambassador to Serbia Chen Bo (Vuksanović 2021a). In March 2021, Serbia announced it would start producing its own Sinopharm vaccines and, in July 2021, it signed a memorandum of understanding with China and the United Arab Emirates to start the production of Sinopharm vaccines by the end of the year (Dragojlo 2021a). In June, it had already started producing the Russian Sputnik vaccine on its soil (Dragojlo 2021b).

Whereas Serbia has been known, even before the ascent of strongman Aleksandar Vučić, for its "neo-Titoist foreign policy of balancing" between its Eastern and Western allies (Reid 2021: 729), it is perhaps more significant that, after waiting for months for the first vaccine doses to

arrive, also other Western Balkan states started to give in to Chinese vaccine diplomacy, as well as to turn to other external powers for help (Vangeli 2021). In March 2021, almost all Western Balkan countries had changed their attitude concerning the Chinese vaccine and some of them had made agreements with the Sinopharm and Sinovac producers, one cogent example being that of then Macedonian prime minister Zoran Zaev, who is otherwise devotedly pro-EU (Vangeli 2021). In Bosnia-Herzegovina, despite hopes being placed mostly on COVAX and the EU, the first vaccine donations came in March from Turkey (30.000 Sinovac doses) and China (50.000 Sinovac doses) for the Federation of Bosnia and Herzegovina, whereas the Republika Srpska managed to get 44.000 Sputnik doses from Russia (Kovačević 2021b). In the meantime, Albania had also directed its attention to Russia, from which it obtained 50.000 doses of Sputnik in April, after receiving a first donation from the United Arab Emirates shortly before then (Isufi 2021).

But the Western Balkan countries that were not able to obtain vaccine doses early in 2021 also turned to their more successful neighbors for help procuring vaccines for their citizens. Serbia, who was able to obtain vaccine doses early on, as described above, and was anxious to improve its reputation in the region, for a long time tarnished by its role in the wars of the 1990s, embarked on its own vaccine diplomacy (Vuksanović 2021b). Serbia donated vaccine doses to the countries with ethnic and religious affinities, like Montenegro, where Serbian Prime Minister Ana Brnabić personally delivered 2.000 doses of Sputnik vaccine already in February 2021. In the same month, Serbia donated 4.680 doses of BioNTech-Pfizer to North Macedonia, to which it also handed out 40.000 doses of Sputnik vaccines in April 2021. In Kosovo, which, as already mentioned, was the Western Balkan country struggling the most to start its vaccination campaign, Serbia vaccinated the ethnic Serb population living in the northern part of the country (Vuksanović 2021b).

However, Serbia was also generous to its non-ethnic-affine neighbors like Bosnia-Herzegovina, thereby demonstrating its desire to improve its regional reputation and ascend as a regional power. Vučić himself delivered 10.000 doses of AstraZeneca in March 2021, intended for the Federation (the non-Serb entity) of Bosnia-Herzegovina, and was welcomed at the Sarajevo airport by the members of the tripartite Presidency (Kovačević 2021c). In April 2021, a particularly dark moment for Bosnia-Herzegovina, as the Sarajevo Canton was suffering the highest number of deaths per capita in Europe, Serbia again donated 10.000 doses of AstraZeneca to the afflicted city (Vuksanović 2021b). Moreover, in late March, Serbia organized a vaccine drive open to visitors from all over the region (and beyond), attracting about 8.500 businesspeople, who could thereby receive their first vaccine (Stojanović 2021a). Finally, Serbia included the refugees residing on its territory in its vaccination plan, starting to vaccinate them already in March 2021 (Milenkovski 2021).

These initiatives were also driven by a lack of domestic demand for the vaccine and by the nearing expiration date of the latter (Stojanović 2021a). Some of these initiatives were even criticized by local medical associations, who claimed that the Serbian government should have rather focused its resources on organizing a proper awareness raising campaign on the necessity to vaccinate and on suppressing burgeoning conspiracy theories and misinformation, instead of letting thousands of people in the country during a pandemic to queue up for a vaccination (Stojanović 2021a). As a matter of facts, after becoming for some time the third fastest European country to vaccinate its population, Serbia struggled to convince its population to get

vaccinated (Gadzo 2021). Conspiracy theories are sustained also by some controversial medical figures at high levels, and some public intellectuals have gone so far as to link the COVID-19 pandemic to the NATO bombings of 1999 (Malešević 2020: 11).

In general, all the Western Balkan countries have struggled to both find enough vaccination doses in the beginning as well as to convince their citizens to get vaccinated later on, and are lagging well behind most EU countries in terms of percentage of fully vaccinated population. Some of them have even bestowed modest sums of money (Serbia) or conceded additional holidays to people willing to get a jab (Montenegro) (Vladislavljević et al. 2021). After the described good start, Serbia has by December 2021 managed to vaccinate only about 45% of its population, but it remains the Western Balkan country with the highest percentage of vaccinated people after Croatia (about 48%), with Bosnia-Herzegovina faring the worst, with about 22% of the total population fully vaccinated (Our World in Data 2021b). Meanwhile, 70% of the EU population had been fully vaccinated already by the end of August 2021 (European Commission 2021c).

In the meantime, EU's support to the Western Balkans has been stepped up several times and, besides the already mentioned support packages, it further included 3 billion Euros in macro-financial assistance to 10 enlargement and neighborhood countries, among which also the most struggling Western Balkan countries (Bosnia-Herzegovina, Kosovo, North Macedonia and Montenegro), as well as further 9 million Euro to support the economic recovery of the Western Balkans (European Commission 2020a). On the vaccine front, besides the already mentioned collective donation of 651.000 BioNTech-Pfizer doses, later in the summer 2021, the EU facilitated via the European Civil Protection Mechanism the delivery of hundreds of thousands of vaccines donated by single EU or EEA countries to the Western Balkan countries (European Commission 2021d).

Conclusions

At the moment, it is difficult to obtain a comprehensive overview of the vaccine donations sent by the EU and other external powers to the Western Balkan region, as the reconstruction above constitutes only an incomplete effort to patch together the various available data in a constantly evolving context.

It is, however, possible to conclude that the EU was the external actor that invested more generously since the onset of the pandemic in 2020 in the recovery of the Western Balkan countries. In the more sensitive front of vaccinations, however, the EU has acted too late and insufficiently, as a comparison of the vaccination rates within the EU and in the Western Balkans appears to demonstrate, although this must also take into account the widespread hesitancy of the Western Balkan populations to actually accept the vaccine.

Russia and particularly China were swifter and, at least initially, more generous in their vaccine donations to the region, even if the Western Balkans are not direct neighbors for them. Especially in early 2021, the Western Balkan countries were left behind by a European Union who had already started a massive vaccination campaign for its own population, thereby conveying the message that the countries of the Western Balkans were, once again, only external partners and not really members of a tightly knit European community. This exclusive attitude has left space for more authoritarian powers like China and Russia to increase their soft power in the region by exploiting the highly emotional subject of vaccines. Moreover, it also provided an

excuse for the increasingly authoritarian Serbian government to publicly deride the promise of European solidarity, and for state-controlled media in Serbia to paint a rather skewed picture of Chinese vs. European support during the pandemic. This also allowed Vučić's government to increase its regional popularity through highly symbolic actions, such as the vaccine donation to the Sarajevo canton during the crisis of April 2021. Instead of the EU, who had been one of the architects of the country's postwar order, it was the former enemy, Serbia, to come to its aid first. If any improvement in regional cohesion is to be saluted as a positive development, it is obvious that the intentions of the Serbian government are rather strategic and aimed at constructing a positive external image that should impress, among others, precisely the EU. If it had indeed a genuine reconciliatory intention, the Vučić's government would have, to cite but the latest such example, intervened much more quickly and decidedly in the fall 2021 to remove a graffiti of war criminal Ratko Mladić from a Belgrade's neighborhood, which constitutes an open affront to the victims of war crimes and genocide in Bosnia-Herzegovina. Instead, the graffiti was at some point even guarded by police with the excuse of preventing public gatherings around it, but de facto hindering its removal by activists (Stojanović 2021b). Finally, the EU is still not active enough in helping the most vulnerable group in the Western Balkan countries during the pandemic: the refugees living in very precarious conditions at its borders in Bosnia-Herzegovina, Serbia, and beyond. It has indeed allocated considerable funds to support for instance Bosnian authorities and international organizations help the migrants stranded on its territory (European Commission 2021f). However, as Bosnian authorities have not managed or actually wanted to provide safe and sanitary accommodation facilities for the refugees, the EU has merely called on Bosnia's authorities to do so. Meanwhile, more than thousands of the 4.000 refugees stranded on Bosnian territory keep living even during a pandemic in unsanitary makeshift tents or abandoned buildings (European Commission 2021f). This again conveys the message that the refugee crisis remains merely a Bosnian problem, rather than one created by the EU states' increasing reluctance to let in new refugees. Last week, the European Council praised Croatia for adhering to the criteria to enter the Schengen zone, notwithstanding the publication a week prior of the already mentioned Council of Europe's report corroborating the allegations of severe physical ill-treatment and other abuses by the Croatian police during the pushbacks of refugees to Bosnia-Herzegovina and Serbia (Morgan 2021). This shows once again that the EU considers the refugee crisis an external problem, and that it should remain as external as possible.

References

- Balkan Barometer (2021a): Balkan Barometer – Public Opinion 2021. Accessible at: https://www.rcc.int/download/docs/Balkan_Barometer_Public_opinion_2021v4.pdf/58fbd4eeb4187c20349f83f23b0048b.pdf (last accessed 9.12.2021).
- Balkan Barometer (2021b): Balkan Barometer – Business Opinion 2021. Accessible at: <https://www.rcc.int/download/docs/2021-06-BB2021-Business.pdf/439939a7489554684db46d2c266bfdbc.pdf> (last accessed 10.12.2021).

- Bami, Xhorxhina/Dragojlo, Saša (2021): Balkan countries lacking vaccines look to neighbours for jabs. In: *Balkaninsight*, 22.3.2021. Accessible at: <https://balkaninsight.com/2021/03/22/balkan-countries-lacking-vaccines-look-to-neighbours-for-jabs/> (last accessed 12.12.2021).
- Bayer, Lili/Deutsch, Jillian/Hanke Vela, Jakob/Tamma, Paola (2020): Coronavirus: EU moves to limit exports of medical equipment outside the bloc. In: *Politico*, 15.3.2020. Accessible at: <https://www.politico.eu/article/coronavirus-eu-limit-exports-medical-equipment/> (last accessed 14.12.2021).
- BiEPAG (2017): Policy Paper: The crisis of democracy in the Western Balkans. Authoritarianism and EU Stabilitocracy. Graz. Accessible at: <https://biepag.eu/publication/policy-paper-the-crisis-of-democracy-in-the-western-balkans-authoritarianism-and-eu-stabilitocracy/> (last accessed: 3.10.2021).
- Bieber, Florian (2018): Patterns of competitive authoritarianism in the Western Balkans. In: *East European Politics*, 34(1), 337–354.
- Bieri, Mathias (2015): The Western Balkans between EU and Russia. In: *CSS Analyses in Security Policy*, n. 170, March 2015, 1-4. Zürich: Centre for Security Studies, ETH Zürich.
- BIRN (2020): Balkan countries tighten security as coronavirus cases surge. In: *Balkaninsight*, 11.3.2020. Available at <https://balkaninsight.com/2020/03/11/balkan-countries-tighten-security-as-coronavirus-cases-surge/> (last accessed 28.11.2021).
- Bosse, Giselle (2007): Values in the EU Neighborhood Policy: Political rhetoric or reflection of a coherent policy? In: *European Political Economy Review*, 7(summer 2007), 38-62.
- Bosse, Giselle (2009): Challenges for EU governance through Neighborhood Policy and Eastern Partnership: the values/security nexus in EU-Belarus relations. In: *Contemporary Politics*, 15(2), 215-227.
- Börzel, Tanja/Fagan, Adam (2015): Environmental governance in Southeast Europe/Western Balkans: reassessing the transformative power of Europe. In: *Environment and Planning C: Government and Policy*, 33(5), 885-900.
- Börzel, Tanja/Risse, Thomas (2009): The transformative power of Europe: The European Union and the diffusion of ideas. In: *KFG Working Paper Series*, 1(April 2009), 1-29. Accessible at: <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ss0ar-364733> (last accessed 27.11.2021).
- Burazer, Nikola (2018): Sofia Summit: the case for optimism or disappointment? In: *European Western Balkans*, 25.5.2018. Accessible at: <https://europeanwesternbalkans.com/2018/05/25/sofia-summit-case-optimism-disappointment/> (last accessed: 3.10.2021).
- Buyuk, Hamdi Firat (2020). Southeast European countries lead Europe in COVID-19 cases per 100k people. In: *Balkaninsight*, 7.9.2020. Accessible at: <https://balkaninsight.com/2020/09/07/southeast-european-countries-lead-europe-in-covid-cases-per-100k-people/> (last accessed 28.11.2021).
- Council of Europe (2021). Report to the Croatian Government on the visit to Croatia carried out by the European Committee for the Prevention of Torture and other Inhuman or Degrading Treatment or Punishment (CPT). Accessible at: <https://rm.coe.int/1680a4c199> (last accessed 4.12.2021).

- De Borja Lasheras, Francisco/Tscherneva, Vessela/Wesslau, Fredrik (2016): Return to instability: how migration and great power politics threaten the Western Balkans. In: *European Council on Foreign Relations*, 16.3.2016. Accessible at: https://ecfr.eu/publication/return_to_instability_6045/ (last accessed: 23.10.2021).
- Doehler, Austin (2019): How China challenges the EU in the Western Balkans. In: *The Diplomat*, 25.9.2019. Accessible at: <https://thediplomat.com/2019/09/how-china-challenges-the-eu-in-the-western-balkans/> (last accessed: 17.11.2021).
- Dragojlo, Saša (2021a): Serbia signs agreement to produce Chinese Sinopharm vaccine. In: *Balkaninsight*, 13.7.2021. Accessible at: <https://balkaninsight.com/2021/07/13/serbia-signs-agreement-to-produce-chinese-sinopharm-vaccine/> (last accessed 29.11.2021).
- Dragojlo, Saša (2021b): Vucic says Serbia will produce Sputnik vaccines by June. In *Balkaninsight*: 15.4.2021. Accessible at: <https://balkaninsight.com/2021/04/15/vucic-says-serbia-will-produce-sputnik-vaccines-by-june/> (last accessed 29.11.2021).
- EURACTIV (2020): Serbia sets the stage for Beijing mask diplomacy. In: EURACTIV, 2.4.2020. Accessible at: <https://www.euractiv.com/section/china/news/serbia-sets-the-stage-for-beijings-mask-diplomacy/> (last accessed 28.11.2021).
- European Commission (2018): Strategy for the Western Balkans: EU sets out new flagship initiatives and support for the reform-driven region. Accessible at: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-561_en.htm (last accessed: 27.11.2021).
- European Commission (2020): Commission adopts €70 million package for early access to EU COVID-19 vaccines in the Western Balkans. Accessible at: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_20_2539 (last accessed 4.12.2021).
- European Commission (2021a): Coronavirus: Team Europe continues to deliver with more than €26 billion disbursed to support partner countries in a year. Accessible at: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_21_1621 (last accessed 28.11.2021).
- European Commission (2021b): The European Commission and Austria secure COVID-19 vaccines for the Western Balkans. Accessible at: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_21_1826 (last accessed 29.11.2021).
- European Commission (2021c): Coronavirus: 70% of the EU adult population fully vaccinated. Accessible at: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_21_4362 (last accessed 10.12.2021).
- European Commission (2021d): Coronavirus: Over 3 million vaccines doses shared via the EU Civil Protection Mechanism. Accessible at: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_21_3706 (last accessed 10.12.2021).
- European Commission (2021f): European Civil Protection and Humanitarian Aid Operations. Bosnia and Herzegovina Factsheet. Accessible at: https://ec.europa.eu/echo/where/europe/bosnia-and-herzegovina_en (last accessed 12.12.2021).
- European Council (2016): EU-Turkey Statement, 18 March 2016. Accessible at: <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2016/03/18/eu-turkey-statement/> (last accessed: 27.11.2021).
- European Council (2021): Brdo Declaration, 6 October 2021. Accessible at: <https://www.consilium.europa.eu/media/52280/brdo-declaration-6-october-2021-en.pdf> (last accessed: 10.10.2021).

- European Western Balkans (2021): Serbian media coverage of the EU in 2020: love from China and slaps from Brussels. In: *European Western Balkans*, 6.4.2021. Available at: <https://europeanwesternbalkans.com/2021/04/06/media-coverage-of-the-eu-in-2020-love-from-china-and-slaps-from-brussels/> (last accessed 29.11.2021).
- Gadzo, Mersiha (2021): Supply of covid vaccines outpaces demand amid hesitancy in Serbia. In: *Aljazeera*, 6.4.2021. Accessible at: <https://www.aljazeera.com/news/2021/4/6/supply-of-covid-vaccines-outpaces-demand-amid-hesitancy-in-serbia> (last accessed 4.12.2021).
- Galeotti, Mark (2018). Do the Western Balkans face a coming Russian storm? In: *European Council of Foreign Relations*, 4.4.2018. Accessible at: https://ecfr.eu/publication/do_the_western_balkans_face_a_coming_russian_storm/ (last accessed 23.10.2021).
- Hosa, Joanna/Kelmendi, Tefta/Popescu, Nicu (2021): Vaccine passports: how the EU can win the next round of COVID-diplomacy. In: *European Council on Foreign Relations*, 12.5.2021. Accessible at: <https://ecfr.eu/article/vaccine-passports-how-the-eu-can-win-the-next-round-of-covid-diplomacy/> (last accessed 14.11.2021).
- Hotez, Peter J. (2009): Vaccine Diplomacy. In: *Foreign Policy*, 19.11.2009. Accessible at: <https://foreignpolicy.com/2009/11/19/vaccine-diplomacy/> (last accessed: 12.11.2021).
- Hotez, Peter J. (2010): Peace through vaccine diplomacy. In: *Science*, 327(5971), 1301.
- Hotez, Peter J. (2014): Vaccine diplomacy: Historical perspectives and future directions. In: *PLOS Neglected Tropical Diseases*, 8(6), 1-7.
- Huang, Yangzhong (2021): Vaccine diplomacy is paying off for China. In: *Foreign Affairs*, 11.3.2021. Accessible at: <https://www.foreignaffairs.com/articles/china/2021-03-11/vaccine-diplomacy-paying-china> (last accessed: 12.11.2021).
- Isufi, Perparim (2021): Kosovo MP urges Albania to offer his country COVID vaccines. In: *Balkaninsight*, 7.4.2021. Accessible at: <https://balkaninsight.com/2021/04/07/kosovo-mp-urges-albania-to-offer-his-country-covid-vaccines/> (last accessed: 12.12.2021).
- Karaj, Vladimir/Likmeta, Besar/Shala, Bashkim (2021): The Eagle's Nest: migrants, refugees tread new Balkan route. In: *Balkaninsight*, 2.12.2021. Accessible at: <https://balkaninsight.com/2021/12/02/the-eagles-nest-migrants-refugees-tread-new-balkan-route/> (last accessed 12.12.2021).
- Kovačević, Danijel (2019): Bosnian Serbs to sign a deal on expanding Chinese teaching. In: *Balkaninsight*, 13.6.2019. Accessible at: <https://balkaninsight.com/2019/06/13/bosnian-serbs-to-sign-deal-on-expanding-chinese-teaching/> (last accessed 4.12.2021).
- Kovačević, Danijel (2021a): Croatia returned 7,000 refugees in 2020, Bosnian minister says. In: *Balkaninsight*, 15.1.2021. Accessible at: <https://balkaninsight.com/2021/01/15/croatia-returned-7000-refugees-in-2020-bosnian-minister-says/> (last accessed 10.10.2021).
- Kovačević, Danijel (2021b): Bosnian leaders slammed for vaccine scarcity as pandemic worsens. In: *Balkaninsight*, 31.4.2021. Accessible at: <https://balkaninsight.com/2021/03/31/bosnian-leaders-slammed-for-vaccine-scarcity-as-pandemic-worsens/> (last accessed 4.12.2021).
- Kovačević, Danijel (2021c): Serbia's Vučić delivers COVID-19 vaccines to Bosnia. In: *Balkaninsight*, 2.3.2021. Accessible at: <https://balkaninsight.com/2021/03/02/serbias-vucic-delivers-covid-19-vaccines-to-bosnia/> (last accessed 12.12.2021).
- Latal, Srećko/Marušić, Siniša Jakov/Dragojlo, Saša/Kajosević, Samir/Isufi, Perparim (2021): Western Balkans await EU Summit as membership hope falters. In: *Balkaninsight*,

- 6.10.2021. Accessible at: <https://balkaninsight.com/2021/10/06/western-balkans-awaits-eu-summit-as-membership-hopes-falter/> (last accessed: 10.10.2021).
- Malešević, Siniša (2020): Imaginary communities and imaginary plots: nationalism, conspiracies and pandemics in the *longe durée*. In: *Nationalities Papers*, 1–16, doi:10.1017/nps.2020.94.
- Manners, Ian (2002): Normative power Europe: a contradiction in terms? In: *Journal of Common Market Studies*, 40(2), 235-258.
- Marcillacq, Florent (2017): The European Union and the Western Balkans after the Berlin Process. Sarajevo: Friedrich-Ebert-Stiftung. Accessible at: <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/sarajevo/13948.pdf> (last accessed: 12.11.2021).
- Milenkovski, Mirjana (2021): Serbia vaccinates refugees against COVID-19. In: *UNHCR*, 30.3.2021. Accessible at: <https://www.unhcr.org/news/stories/2021/3/60632be44/serbia-vaccinates-refugees-against-covid-19.html> (last accessed 12.12.2021).
- Morgan, Sam (2021): Brussels behind the scenes: Highway to the Eurozone. In: *The Brussels Times*, 11.12.2021. Accessible at: <https://www.brusselstimes.com/eu-affairs/197326/brussels-behind-the-scenes-highway-to-the-eurozone> (last accessed 13.12.2021).
- Niksić, Sabina/Stojanović, Dušan (2021): Balkans feel abandoned as vaccinations kick off in Europe. In: *AP News*, 6.1.2021. Accessible at: <https://apnews.com/article/europe-albania-kosovo-serbia-montenegro-d91575ce2e00705f9fa733737b83da25> (last accessed 29.11.2021).
- Nye, Joseph S., Jr. (1990): Soft Power. In: *Foreign Policy*, 80(Autumn 1990), 153-171.
- Our World in Data (2021a): Daily new confirmed COVID-19 deaths per million people. In: *Our World in Data*, 28.11.2021. Accessible at: <https://ourworldindata.org/covid-cases> (last accessed 28.11.2021).
- Our World in Data (2021b): Share of the population fully vaccinated against COVID-19. In: *Our World in Data*, 5.12.2021. Accessible at: <https://ourworldindata.org/covid-cases> (last accessed 5.12.2021).
- Pace, Michelle (2007): The construction of EU normative power. In: *Journal of Common Market Studies*, 45(5), 1041-1064.
- Panagiotou, Ritsa (2014): The new environment of EU enlargement: the impact of economic crisis on the Western Balkans and their EU accession prospects. In: *Contemporary South-eastern Europe*, 1(1), 33-57.
- Pannu, Jaspreet/Barry, Michele (2021): The states inoculates: vaccines as soft power. In: *The Lancet*, 10.3.2021. Accessible at: <https://www.thelancet.com/action/showPdf?pii=S2214-109X%2821%2900091-7> (last accessed 12.11.2021).
- Radio Slobodna Evropa (2020): EU uputila pomoć BiH od dva milijona evra. [EU sends help to Bosnia-Herzegovina amounting to two million euros]. In: *Radio Slobodna Evropa*, 26.3.2020. Accessible at: <https://www.slobodnaevropa.org/a/30511345.html> (last accessed 28.11.2021).
- Reid, Ernest A. (2021): Third Rome or Potemkin village: analyzing the extent of Russia's power in Serbia, 2012-2019. In: *Nationalities Papers*, 49(4), 728-737.
- Ruge, Majda/Shopov, Vladimir (2021): The EU's Montenegro dilemma. In: *European Council on Foreign Relations*, 3.5.2021. Accessible at: <https://ecfr.eu/article/the-eus-montenegro-dilemma/> (last accessed 14.11.2021).

- Ruge, Majda (2021): Time to act on Bosnia's existential threat. In: *Foreign Policy*, 3.11.2021. Accessible at: <https://foreignpolicy.com/2021/11/03/bosnia-serbia-russia-secession-milorad-dodik-eu-us-nato/> (last accessed 9.12.2021).
- Seeberg, Peter (2009): The EU as a realist actor in normative clothes: EU democracy promotion in Lebanon and the European Neighborhood Policy. In: *Democratization*, 16(1), 81-99.
- Shopov, Vladimir (2021): Decade of patience: How China became a power in the Western Balkans. In: *European Council on Foreign Relations*, 2.2.2021. Accessible at: <https://ecfr.eu/publication/decade-of-patience-how-china-became-a-power-in-the-western-balkans/> (last accessed: 17.11.2021)
- Siebold, Sabine/Sekularac, Ivana/Emmot, Robin (2021): EU restates Balkan membership guarantee but won't say for when. In: *Reuters*, 6.10.2021. Accessible at: <https://www.reuters.com/world/europe/despite-french-push-eu-leaders-divided-over-common-defence-strategy-2021-10-06/> (last accessed: 10.10.2021).
- Simić, Julija (2020): Serbia turns to China due to 'lack of EU solidarity' on coronavirus. In: *EURACTIV*, 18.3.2020. Available at: <https://www.euractiv.com/section/china/news/serbia-turns-to-china-due-to-lack-of-eu-solidarity-on-coronavirus/> (last accessed 28.11.2021).
- Stojanović, Milica (2020): Freedom House: Serbia, Montenegro, Hungary 'no longer democracies.' In: *Balkaninsight*, 6.5.2020. Accessible at: <https://balkaninsight.com/2020/05/06/freedom-house-serbia-montenegro-hungary-no-longer-democracies/> (last accessed 3.10.2021).
- Stojanović, Milica (2021a): Serbia vaccinates thousands from region over weekend. In: *Balkaninsight*, 29.3.2021. Accessible at: <https://balkaninsight.com/2021/03/29/serbia-vaccinates-thousands-from-region-over-weekend/> (last accessed 12.12.2021).
- Stojanović, Milica (2021b): Serbian activists step up struggle against Ratko Mladic tributes. In: *Balkaninsight*, 11.11.2021. Accessible at: <https://balkaninsight.com/2021/11/11/serbian-activists-step-up-struggle-against-ratko-mladic-tributes/> (last accessed 12.12.2021).
- Teokarević, Jovan (2016): Modest progress towards a less desirable European Union: European integration of the Western Balkans 2015-2016. In: Simurdić, Milan (ed.), *Western Balkans between geography and geopolitics*. Belgrade: Friedrich Ebert Stiftung, European Movement in Serbia, Forum for International Relations, 7-16.
- Teokarević, Jovan (2018): The Balkans: Europe's mission un-accomplished. In: Rupnik, Jacques/Seifter, Pavel (eds.), *Europe at the crossroads: democracy, neighbourhoods migrations. The Václav Havel European Dialogues 2014-16*. Prague: Václav Havel Library, 87-101. Accessible at: https://www.vaclavhavel.cz/admnew/_upload/docs/evropa_konference_komplet_final_1526281197.pdf (last accessed 27.11.2021).
- Vangeli, Anastas (2021): China will loom large in Balkans once the pandemic is over. In: *Balkaninsight*, 13.4.2021. Accessible at: <https://balkaninsight.com/2021/04/13/china-will-loom-large-in-balkans-once-pandemic-is-over/> (last accessed 29.11.2021).
- Vladislavljević, Anja/Szekeres, Edward/Gascón Barberá, Marcel/Todorov, Svetoslav/Marušić, Sinisa Jacov/Sinoruka,Fjori/Dragojlo, Saša/Kajošević, Samir/Buyuk, Hamdi Firat/Ciobanu, Claudia (2021): As vaccination campaigns falter, CEE countries get creative. In: *Balkaninsight*, 7.7.2021. Accessible at: <https://balkaninsight.com/2021/07/07/as-vaccination-campaigns-falter-cee-countries-get-creative/> (last accessed 12.12.2021)

- Vuksanović, Vuk (2021a): Chinese vaccine diplomacy comes to Serbia. In: Center of European Policy Analysis, 12.2.2021. Accessible at: <https://cepa.org/chinese-vaccine-diplomacy-comes-to-serbia/> (last accessed 14.11.2021).
- Vuksanović, Vuk (2021b): In the Balkans Serbia has its own vaccine diplomacy. In: Center for European Policy Analysis, 16.4.2021. Accessible at: <https://cepa.org/in-the-balkans-serbia-has-its-own-vaccine-diplomacy/> (last accessed 12.12.2021)
- Weber, Bodo (2017): The EU-Turkey refugee deal and the not quite closed Balkan route. Sarajevo: Friedrich-Ebert-Stiftung. Accessible at: <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/sarajevo/13436.pdf> (last accessed: 12.11.2021).
- Zweers, Wouter/Shopov, Vladimir/van der Putten, Frans-Paul/Petkova, Mirela/Lemstra, Maarten (2020): China and the EU in the Western Balkans: a zero-sum game? The Hague. Accessible at: <https://www.clingendael.org/pub/2020/china-and-the-eu-in-the-western-balkans/1-chinas-approach-to-the-western-balkans/> (last accessed 27.11.2021).

12. „HIV war viel erschreckender...“

Interview mit Dr. Jude Kagoro, Institut für Internationale und Interkulturelle Studien, Universität Bremen

Interviewer: Klaus Schlichte

Das Gespräch fand am 4. November 2021 per Zoom auf Englisch statt.

Übersetzung: Klaus Schlichte.



Abbildung 1: Boda-Boda in Kampala (Foto: K. Schlichte)

Lass uns damit anfangen, wie das alles begann. Im Dezember 2020 gab es in der Volksrepublik China erste Fälle, und dann im März wurde auch in Deutschland eine erste Pandemie-Politik eingeführt. Im März 2020 gab es also auch für die Bevölkerung spürbare Maßnahmen in Deutschland. Wie ging es in Uganda los?

Auch in Uganda gab es im Dezember 2019 die ersten Nachrichten und Diskussionen über COVID-19, dass irgendetwas im weit entfernten China passiert sei. Uganda selbst hat aber erst im März 2020 erste Regeln eingeführt, und zusammen mit Ruanda war Uganda das Land in Afrika, das als erstes Maßnahmen ergriffen hat. Das interessante war, dass die ugandische

Regierung Maßnahmen ergriffen hat, als es noch gar keinen einzigen Fall in Uganda gab. Aber schon im März 2020 wurde der erste Lockdown verhängt.

Also d.h. schon im März 2020 wurden die Schulen geschlossen, die Universitäten, die Märkte waren dicht?

Ja, alles wurde geschlossen. Die Schulen, der öffentlichen Personenverkehr, eigentlich alles wurde geschlossen. Abgesehen von ganz wenigen, die als „unabkömmlich“ galten, was aber auch etwas Verwirrung stiftete, weil alle dachten sie seien „unabkömmlich“.

Damals fing man auch an Sticker auszugeben, für diejenigen, die „unabkömmlich“ waren und ihr Auto benutzen können sollten. Das hat aber auch Probleme geschaffen, weil diese Sticker schnell nachgemacht wurden, so dass nicht mehr klar war, wer rechtmäßig Auto fuhr und wer nicht. Also die Regierung hatte offenbar mehr Angst als die Leute.

Aber im Großen und Ganzen haben die Leute die Anweisung der Regierung befolgt?

Ich denke das war insgesamt schwierig. Denn die meisten Ugander haben gedacht, dieses ganze Maßnahmenbündel ist etwas, was einfach aus dem Westen übernommen wurde, aber gar nicht auf Uganda passte. Wenn man damals aufs Land gefahren ist, dann konnte man sehen, dass die Leute sich einfach bewegt haben. Sie mussten ja auf die Felder. Man kann sie nicht einsperren, das ist einfach unmöglich. Aber das Hauptproblem gab es mit der Ausgangssperre über Nacht, weil alle bis 7:00 Uhr in den Häusern bleiben sollten. Das hat viele Probleme verursacht. Wahrscheinlich wegen dieser Regel hatte Uganda in den ersten zwei Monaten des Lockdowns mehr Tote durch die Bestrafung von Regelverletzung als durch COVID-19 selbst. Die Durchsetzung dieser Regeln vor allem durch die „Local Defence Units“³³ hat zu diesen Todesopfern geführt.

Das waren also Opfer der polizeilichen Repression, weil es Prügelstrafen gab und der gleichen?

Ja, genau, in den Vorstädten zum Beispiel sitzen die Leute eben abends draußen, und man konnte sogar im Fernsehen sehen, wie Menschen zusammengeschlagen wurden, weil sie die COVID Regeln nicht befolgt und draußen waren. In Uganda spielt sich das Leben draußen ab, nicht in den Häusern, daran sind die Leute nicht gewöhnt. Mit dem Personennahverkehr hat es aber geklappt, da war wirklich keine Möglichkeit, drum herumzukommen. Mit den Läden hat es auch funktioniert, die waren zwar geschlossen, aber man konnte anrufen, dann wurde was vorbereitet, und man ist hin und hat es abgeholt. Du kennst ja die kleinen Läden in Uganda, sie haben sich umgestellt, und haben angefangen ohne persönlichen Kontakt zu verkaufen. Dann ging es auch schnell los, dass einzelne Läden wieder aufmachen konnten, zum Beispiel solche, die Baumaterialien verkauften. Auch bei den Lebensmitteln hat sich schnell wieder etwas getan. Die Marktfrauen durften wieder verkaufen, aber sie mussten über Nacht bei ihren Ständen

³³ Local Defence Units sind in Uganda von der Regierung auf lokaler Ebene rekrutierte Hilfspolizisten ohne Ausbildung, die die lokale Verwaltung unterstützen sollen, vgl. Schlichte, Klaus 2005: Was kommt nach dem Staatszerfall? Die Gewaltordnung Ugandas, in: Afrika-Spektrum, 39, 1, 83-113.

bleiben. Dafür gab es etwa extra Sicherheitskräfte, um sie zu beschützen. Sie konnten ja nicht mehr nach Hause fahren. Das war zwar etwas seltsam für alle, aber es hat funktioniert.

Auf die ökonomischen Konsequenzen können wir ja vielleicht gleich noch einmal zu sprechen kommen. Aber das erste, worüber sich die meisten vielleicht Sorgen gemacht haben, war ja sicher die Frage, wie schnell sich die Krankheit ausbreiten würde und wie viele Opfer sie kosten würde. Wie hat sich das denn entwickelt und was ist bis heute die Bilanz?

Uganda wurde von der WHO sehr gelobt. Ich glaube, es gab sogar so ein Ranking, bei dem Uganda auch im weltweiten Vergleich bei den Maßnahmen sehr gut abgeschnitten hat. Die Fallzahlen waren jedenfalls sehr gering. Bis heute sind vielleicht etwa 3.200 Leute in Uganda an COVID-19 gestorben, und es gab vielleicht 120.000 Fälle. Aber so genau sind die Statistiken auch nicht, denn die Testkapazitäten waren sehr gering. Und sie sind es bis heute. Ich bin auch schockiert, weil die meisten meiner Freunde in Uganda sich niemals haben testen lassen, während ich mich, ich weiß nicht wie oft, habe testen lassen müssen. Das liegt aber auch daran, dass die Tests in Uganda relativ teuer sind. Also gibt niemand Geld für Tests aus, solange man nicht krank ist.

Man muss auch bedenken, dass Uganda eine ganz junge Gesellschaft ist. Wir haben einen Altersmedian von 15 Jahren, d.h. dass die Hälfte der Bevölkerung jünger als 15 Jahre ist. Das heißt schon mal, dass die Hälfte der Bevölkerung nicht zur Risikogruppe gehört. Es gibt nur sehr wenige alte Menschen. Ich habe die genauen Zahlen nicht im Kopf, aber jedenfalls sind 75 % der Bevölkerung jünger als 30 Jahre. Also nach meiner Einschätzung kann COVID 19 so eine Bevölkerung gar nicht in gleichem Umfang treffen...

... also nicht in dem gleichen Umfang wie eine so alte Gesellschaft wie die deutsche oder die italienische...

Ja, genau. Am Anfang gab es auch sehr viele Gerüchte. Es gab schon Fälle in anderen Ländern, aber in Uganda hat es wirklich eine ganze Weile gedauert, bis es den ersten Fall gab. Deshalb dachten viele Leute das ist vielleicht eine „Muzungu“³⁴-Krankheit, die sich jeder oder etwas, das sich jemand ausgedacht hat.

Die Bilanz ist also nicht so deprimierend. Allerdings wissen wir nicht wie verletzlich die Zahlen sind, wenn wir bedenken was du oben geschildert hast. Vielleicht schauen wir uns das noch mal eben genauer an. Zu normalen Zeiten, wenn da jemand stirbt auf dem Dorf, eine ganz normale Person, kommt da der Arzt, um festzustellen was die Todesursache war?

Das passiert nur ganz selten in Uganda. Kulturell bedingt haben in Uganda viele Menschen etwas gegen Postmortem-Untersuchungen. Man möchte nicht, dass die Körper geöffnet werden oder solche Dinge. Und außerdem sind die Kapazitäten sehr gering. Auf dem Dorf, und 80 %

³⁴ Muzungu (Pl. Wazungu) ist die ugandische Bezeichnung für hellhäutige Menschen aus Europa und Nordamerika.

der Bevölkerung leben auf dem Dorf, organisiert man eine Beerdigung, wenn jemand stirbt. Man hat schon diese Kosten, und es ist wirklich teuer, jemanden zum Krankenhaus zu bringen. Wenn jemand stirbt, wird er beerdigt.

Das ist ja auch wichtig für alle anderen Krankheiten, denn es bedeutet ja, dass wir gar keine verlässliche Statistik darüber haben, wer in Uganda oder auch in vielen anderen afrikanischen Staaten woran stirbt.

Lass uns etwas über die politische Seite dieser Krise reden. Die Pandemie hat ja Uganda in der Vorbereitungsphase für Präsidentschaftswahlen erwischt. Was bedeutete das für diese heiße politische Phase?

Das war wirklich interessant, weil es auch eine Diskussion über die Verfassung bedeutete. In Uganda können Wahlen nur verschoben werden, wenn die Verfassung geändert wird. Dann wurde es interessant, weil es Vorwahlen gab. Dazu mussten sich die Leute hinter den jeweiligen Kandidaten aufstellen, also physisch, auf der Wiese, sodass es ein erhebliches Gedränge gab. Da war von „Social Distancing“ keine Rede. Da kamen schon immer ziemlich viele Menschen zusammen, und natürlich gibt es da Reibereien, Streit. Das alles ohne Masken und so weiter.

Aber irgendwie hat es dann geklappt. Im Oktober ging es dann mit dem Wahlkampf für die Präsidentschaftswahlen los, und für die eigentlichen Parlamentswahlen. Und da hat sich alles geändert, die ganzen Regeln wurden geändert. Da hat man das Konzept der „scientific elections“ eingeführt, das bedeutete, dass Wahlkampf nur im Radio und im Fernsehen stattfinden sollte. Die Leute sollten sich nicht treffen. Dann gab es eine Regel, dass sich maximal 70 Menschen treffen durften, das hat man später auf 200 erhöht. Aber das war sehr problematisch. Denn in Uganda verschickt niemand Einladungen zu Rallyes, die Leute kommen einfach.

Es ist auch ein Ergebnis meiner eigenen Forschung, dass die COVID-19 Regelung dem Amtsinhaber einen Riesenvorteil verschafft haben. Es hat ihm einen riesigen Vorteil darin verschafft, die Opposition zu teilen und durch Repression zu schwächen. COVID war eigentlich ein Geschenk für den Präsidenten. Kurz vor der Pandemie gab es den „Public Order Management Act“, der vom Verfassungsgericht Ugandas kritisiert wurde. Man hätte ihn eigentlich überarbeiten müssen. Aber jetzt gab es ja die Pandemie-Regeln, und damit konnte die Regierung die Opposition problemlos in Schach halten. Es gab auch viele Verhaftungen, viele Kandidaten, besonders prominente Kandidaten wurden verhaftet, weil sie angeblich gegen die Pandemieregeln verstoßen hatten. Das waren die sogenannten SOP (Standard Operating Procedures). Es war also ziemlich schnell klar, dass COVID zu einem politischen Werkzeug geworden war.

Ungefähr in der Mitte der Wahlkampfzeit hat die Wahlkommission dann alle Veranstaltungen in den Regionen untersagt, in denen die Opposition stark ist. Normalerweise beenden die Kandidaten den Wahlkampf dort, wo sie am stärksten sind. Als nun der Hauptoppositionelle seinen Wahlkampf in seiner Hochburg beenden wollte, untersagte dies die Wahlkommission wegen der Pandemiebestimmungen. Dabei hat man sich auf steigende Fallzahlen bezogen, für die es allerdings gar keine Belege gab.

Und dann gab es weitere Verordnungen. In Uganda ist es eigentlich üblich, dass man nach Schließung des Wahlbüros dorthin zurückkommt und den Auszählungsprozess mit beobachtet.

Das ist also die Tradition in Uganda, jeder kann kommen und die Stimmzählung beobachten?

Ja, genauso ist es sonst immer, aber dieses Mal war es nicht so. Es war nicht erlaubt, dass so viele Menschen zusammenkommen, also fand es nicht statt. Das war ein anderes, sehr problematisches Thema. Also COVID war wirklich ein sehr wichtiges Instrument, dass der Repression sehr geholfen hat.

Was wird wohl von den Veränderungen, die COVID-19 gebracht hat, bleiben? Oder würdest du sagen, weil die ugandische Gesellschaft so jung ist, werden diese jungen Leute in fünf Jahren alles vergessen haben und man wird nichts mehr davon spüren, dass es die Pandemie gegeben hat?

Da gibt es einen ganz klaren Effekt. Uganda ist das Land, das die Schulen am längsten geschlossen hat. Seit jetzt fast zwei Jahren ist niemand zur Schule gegangen. Das hat viele Probleme verursacht. Die Schüler haben keine Fortschritte gemacht, die Kinder, die eigentlich hätten eingeschult werden müssen, sind nicht eingeschult worden. Das ganze Bildungswesen ist desorganisiert.

Eine andere Folge ist die enorm gestiegene Zahl von Teenager-Schwangerschaften. Wenn man die ugandische Gesellschaft ein bisschen kennt, weiß man, dass das zusammenhängt.

Und dann gibt es eine dritte Folge: die Regierung hat den Fehler gemacht - aus meiner Sicht - die internationalen Schulen wieder zu öffnen. Aber wer geht auf diese internationalen Schulen? Es sind die Kinder der Wohlhabenden, und es sind die Kinder derer, die die Politik machen. Sie haben ihre Kinder auch auf diese Schule geschickt, weil sie es sich leisten konnten, denn diese Schulen sind sehr teuer. Also gibt es einen enormen Unterschied zwischen diesen Schülern und den ganzen anderen, die nicht zur Schule gehen konnten.

Die Regierung kam auch mit einigen eher lächerlichen Vorschlägen an: So sollten Kinder über das Fernsehen aufholen, was sie nicht gelernt hatten. Aber in Uganda hat kaum jemand einen Fernseher auf dem Lande. Auch über das Radio kann man nicht viel mehr machen. Also bei dem Thema Bildung wird es einen langen und nachhaltigen Effekt der Pandemiepolitik geben. Das ganze Bildungssystem ist in Aufruhr. Die Debatte läuft immer noch, denn in den anderen Staaten Ostafrikas sind die Schulen längst geöffnet, in Uganda nicht. Der Präsident sagt: „Alles nicht so schlimm, wir verlieren nur etwas Kultur. Lieber später etwas lernen als jung zu sterben“. Auch zum Thema Teenager-Schwangerschaften sagt der Präsident: „Es ist besser, ein Baby zu bekommen, als jung zu sterben“.

Und natürlich wurde auch die Wirtschaft schwer getroffen. Das gilt besonders für all diejenigen, die sich mit Gelegenheitsjobs über Wasser halten. Viele Dinge sind geschlossen, die Bars zum Beispiel sind seit zwei Jahren zu. Bei den Restaurants hieß es mal öffnen, dann wieder schließen, wieder öffnen, wieder schließen. Das Boda-Boda-Geschäft³⁵ wurde vollständig

³⁵ Boda-Boda (von Border-to-Border) sind die Mopedtaxi, die von jungen Männern im informellen Sektor der ugandischen Ökonomie betrieben werden. Allein im Großraum Kampala ist dies die Haupteinkunftsquelle von über 100.000 Menschen.

unterbrochen, niemand durfte transportiert werden, und auch die Fahrer selbst durften nicht unterwegs sein.

Das heißt, es wird eine weitere Verarmung geben bei den unteren Einkommensschichten?

Ja, das wird es sicher bedeuten.

Vielleicht reden wir zum Schluss noch ein bisschen über den Vergleich mit anderen ostafrikanischen Ländern. Ruanda hat ja eine ganz ähnliche Politik gefahren wie Uganda, während Tansania mehr oder weniger darauf verzichtet hat, überhaupt eine Pandemie-Politik zu entwickeln. Kenia ist wieder ein anderer Fall. Wie lässt sich denn die Pandemie Politik Ugandas in diesem regionalen Vergleich einordnen?

In Uganda sagen einige Leute, dass Tansania eigentlich die beste Politik hatte. Die sagen dann, das ist ein Problem mit dem wir einfach leben müssen und jetzt müssen wir einfach weiter wirtschaften. Das Problem ist ja, dass wir über Tansania überhaupt gar keine Zahlen haben. Aber auf der anderen Seite wüssten wir es ja, wenn es da zu hohen Todeszahlen gekommen wäre. Das ist aber offensichtlich nicht der Fall. Für die Leute sieht es also so aus, als hätte es keine größeren Probleme in Tansania gegeben, obwohl die dortige Regierung eben überhaupt gar keine Pandemie-Bekämpfung betrieben hat.

Es gibt also keine eindeutige Evidenz, dass Tansania viel schlechter dran ist als Uganda?

Nein, diese Evidenz gibt es ganz offensichtlich nicht. Übrigens auch nicht in Kenia und auch nicht in Burundi. Burundi hatte auch eine sehr liberale Politik. Die Tansanier, so sagt man, lachen jetzt über die anderen Ostafrikaner. Denn diese kehren jetzt zu einer Politik zurück, die Tansania die ganze Zeit betrieben hat. Dort hat man einfach alles weiter betrieben, so eigenartig es auch war, dass man während der Hochzeit der Pandemie über 60.000 Menschen in einem Fußballstadion hatte. Das wird sicher einen eigenartigen Effekt haben in Uganda, wenn die eigene Regierung sagt, das ist alles sehr gefährlich und im Nachbarland, wo es gar keine Maßnahmen gab, passiert nichts.

Kenia war wieder eine andere Geschichte. Dort hat man die Pandemie bekämpft, wenn auch nicht so rigide wie in Uganda. Dort waren auch die Zahlen höher, aber vielleicht weil das Land international stärker eingebunden ist als Uganda.

Und Ruanda schließlich ist eine ziemlich gehorsame Bevölkerung, und hier waren die Maßnahmen noch strikter als in Uganda. Wer die Pandemie-Regeln verletzte und erwischt wurde, musste den ganzen Tag in der Sonne im Fußballstadion stehen. Das hat wirklich viele abgeschreckt. Aber die Fallzahlen waren in Ruanda ungefähr so wie in Uganda.

Wenn ich mich richtig erinnere, haben beide Länder ja die Grenzen relativ schnell geschlossen. Keiner durfte einreisen, keiner durfte ausreisen. Nun reisen viele aus Ostafrika nach China, um dort Waren zu kaufen, die sie dann in Ostafrika verkaufen. Hat man denn sehen können, dass das ein Effekt hatte?

Das hatte es wohl, denn der erste Fall in Ruanda war ein indischer Kaufmann, und so war es auch in Uganda. Das hat für eine ganze Weile zu Fremdenfeindlichkeit geführt. Und zu Misstrauen gegenüber allen die in diese Gegenden gefahren sind. Aber das war nur für eine Weile eine Debatte. Wieso oft, das geht eine Weile, und dann ist es vorbei. Jetzt ist es so, dass die Leute anfangen mit der Pandemie zu leben.

Was ist denn jetzt gegenwärtig die Lage? Du hast gesagt, die Bars seien geschlossen, aber sind es die Schulen auch? Wie soll es weitergehen?

Die Bars sind geschlossen, aber der Präsident hat gesagt, im Januar würde alles wieder öffnen. Bis dahin sollen etwa 12 Millionen Uganda geimpft sein. Aber das wird schwierig. Bis jetzt sind etwa drei Millionen geimpft. Aber viele wollen sich nicht impfen lassen, weil sie der Sache nicht trauen. Aber es gibt auch Zugangsprobleme. Für die Bauern auf den Dörfern bedeutet dies, sich für 2 oder 3 Tage auf den Weg zu machen, einen ganzen Tag anzustehen, vielleicht keine Impfung zu erhalten, für den Transport zu bezahlen, obwohl man in der ganzen Zeit etwas anderes zu tun hätte. Und das alles, obwohl man niemanden sterben sieht. Für die Leute war HIV viel erschreckender...

... weil man es sehen konnte?

Ja, weil man es sehen konnte. Aber in vielen Dörfern in Uganda kennt man niemanden, der an COVID gestorben ist. Man weiß es eben von niemandem definitiv. Deshalb sind die Leute schwer zu überzeugen. Und sie interagieren die ganze Zeit auf dem Markt und überall.

Okay, gut. Das ist es fürs Erste, Jude. Vielen Dank für dieses Gespräch.

Ich danke dir.

13. „Schwedens Sonderweg in der Pandemie“

Alexandra Quaas

Einleitung

Seit achtzehn Monaten ist die Welt mit der Covid19-Pandemie konfrontiert. Das Wort „Pandemie“ impliziert, dass das Virus nicht auf einen Ort beschränkt ist, sondern sich weltweit ausbreitet. Daraus folgt, dass alle Staaten vor das gleiche Problem gestellt werden und Wege suchen, um die Pandemie zu bekämpfen. Dabei entstehen manchmal ähnliche und manchmal sehr unterschiedliche Ansätze und Strategien. Jeder Staat besitzt jeweils unterschiedliche Voraussetzungen und Grundbedingungen kultureller, ökonomischer, politischer, sozialer, legislativer und gesellschaftlicher Natur, welche sich auf die Wahl einer Strategie auswirken.

In Europa ist die Sonderrolle Schwedens hervorzuheben. Während die anderen europäischen Länder alle eine ähnliche Strategie bestehend aus Lockdowns und Kontaktbeschränkungen verfolgen, wird in Schweden auf Freiwilligkeit, Appelle und individuelles Verantwortungsbewusstsein gesetzt. In der schwedischen Sprache existiert das Wort „Lagom“, welches die Balance beschreibt, wenn etwas weder zu viel noch zu wenig, sondern genau richtig und genug ist. Schweden versucht, in der Pandemie einen ausbalancierten Weg zu finden, der diesem Gefühl von Lagom entspricht (Schmiester 2020). Dennoch scheint im Verlauf der Pandemie der Kippunkt erreicht und die Balance in eine Schiefelage geraten zu sein. Der schwedische König, eigentlich zu Neutralität angehalten, spricht davon, dass Schweden „versagt“ habe (Strittmatter 2020). Aus diesen anekdotisch anmutenden Betrachtungen wird die gesellschaftliche Relevanz deutlich, den schwedischen Fall näher zu beleuchten. Der Anspruch ist im Folgenden, die einzelnen Puzzleteile des schwedischen Sonderweges aus politikwissenschaftlicher Perspektive einzuordnen, zusammensetzen und zu systematisieren.

Gesetzliche Rahmenbedingungen

In Schwedens Verfassung ist die Unabhängigkeit und Autonomie der Behörden verankert. Im Kapitel 12, Absatz 2, Artikel 2 heißt es:

No public authority, including the Riksdag, or decisionmaking body of any local authority, may determine how an administrative authority shall decide in a particular case relating to the exercise of public authority vis-à-vis an individual or a local authority, or relating to the application of law (Sveriges Riksdag 2016: 92).

Dieses Gesetz birgt Interpretationsspielraum. Zunächst ist eine Lesart möglich, die zu dem Schluss kommt, dass die Behörden sehr autonom in ihren Entscheidungen sind und das Parlament nicht in den Zuständigkeitsbereich einer Behörde eingreifen darf und die Entscheidungen den jeweiligen Expert*innen in der Behörde überlassen sollte. Die einzige Ausnahme besteht darin, dass alle Minister*innen gemeinsam eingreifen können (Bylund/Packard 2021: 1307).

Ebenso ist es möglich, das Gesetz so auszulegen, dass es sich „nur“ auf den Aspekt bezieht, dass beispielsweise einzelne Minister*innen nicht die jeweilige Behörde befehligen sollen, wie sie in einem spezifischen Fall („particular case“) handeln soll. Die schwedische Regierung entschloss sich zumindest zu Beginn der Pandemie dazu, das Gesetz im Sinne der ersten Lesart auszulegen und die Bekämpfung der Pandemie an die Expert*innen der Gesundheitsbehörde zu delegieren.

Konsequenzen einer Delegation an Expert*innen: Das Problem mit dem Wissen und dem Diskurs

Werden Entscheidungen an Expert*innen delegiert, wird das „knowledge problem“, welches der Ökonom Friedrich August von Hayek prägte, relevant (vgl. Hayek 1945). Es ist mit zeitlichen sowie finanziellen Kosten verbunden, sich Wissen anzueignen. Daraus folgt, dass Wissen in der Gesellschaft ungleich verteilt ist (Bylund/Packard 2021: 1302). Auf den konkreten Fall der Pandemie bezogen: Nur wenige Menschen haben genügend Ressourcen, um eine ähnliche epidemiologische Laufbahn zu absolvieren wie der schwedische Epidemiologe Anders Tegnell, der sich im Laufe seines akademischen Werdegangs spezialisiertes Wissen aneignen konnte. Aus dieser Ungleichheit erwächst eine Abhängigkeit von Expert*innen.

Überdies ist problematisch, dass auch für die Expert*innen das Virus neu und unbekannt ist. Die Expert*innen befinden sich somit in einem stetigen Lernprozess, der von neuen Erkenntnissen und Entwicklungen geprägt ist. Im Grunde lebt die Wissenschaft vom kritischen Diskurs und der Vorläufigkeit ihrer Aussagen, die kritisch geprüft, verworfen, revidiert und verändert werden. In der Pandemie wird jedoch von führenden Wissenschaftler*innen erwartet, dass sie präzise und langfristige Aussagen treffen, die die Grundlage für politische Entscheidungen darstellen sollen. Im schwedischen Infektionsschutzgesetz ist festgelegt, dass Maßnahmen auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse getroffen werden sollen. Am Anfang der Pandemie gab es allerdings noch keine gesicherten Erkenntnisse, sondern Hypothesen, Vermutungen und Modelle, die auf Erfahrungen mit anderen Viren beruhten. Insofern entsteht eine Diskrepanz dazwischen, wie Wissenschaft funktionieren sollte und wie politische Entscheidungsträger*innen erwarten, dass wissenschaftliche Erkenntnisse produziert werden (Bylund/Packard 2021: 1305-1308). Darüber hinaus ist Schweden eine konsensorientierte Nation. Der schwedische Politikwissenschaftler Henrik Oscarsson prägte 2013 den Begriff des „opinion corridor“, der das Phänomen beschreibt, wie sich der Raum des Sagbaren im gesellschaftlichen Diskurs immer weiter verengt (Andersson/Aylott 2020). Im Zusammenspiel mit dem „knowledge problem“ kann dies problematische Tendenzen hervorrufen, wenn aufgrund fehlenden Wissens eine Abhängigkeit von Expert*innen besteht und gleichzeitig kritische und abweichende Stimmen sowohl innerhalb als auch außerhalb der Wissenschaft nicht mehr gehört werden.

Welche Maßnahmen legte die Gesundheitsbehörde fest?

Konkrete Maßnahmen wie Lockdown und Kontaktbeschränkungen wurden nicht erlassen. Die schwedische Regierung setzte vielmehr auf Empfehlungen, Leitlinien und Appelle an das individuelle Verantwortungsbewusstsein. Es wurde darauf vertraut, dass die schwedischen Bürger*innen sich freiwillig an die Empfehlungen halten. Dennoch ist anzumerken, dass seit dem 10. Januar ein neues Pandemiegesetz in Kraft getreten ist, welches dem Parlament mehr Kompetenzen in der Pandemiebekämpfung zugesteht. Trotzdem ist immer noch kein vergleichbarer

Lockdown wie in anderen Ländern Europas zu beobachten gewesen (The Public Health Agency 2021; Blenker 2021).

Gab es ein politisches Echo?

Das politische Echo beinhaltet zwei Aspekte: die Entwicklung der Umfragewerte der einzelnen Parteien und die Vertrauenswerte in Premierminister, Gesundheitsbehörde und Epidemiologe Anders Tegnell.

Es ist erkennbar, dass sich die schwedischen Sozialdemokraten vor der Pandemie seit Januar 2019 in einem Abwärtstrend befanden und kurzzeitig von der rechtspopulistischen Partei, den Schwedendemokraten, überflügelt wurden. Die Werte der Grünen liegen stabil bei knapp fünf Prozent (Europe Elects 2018-2021). Zur Kontextualisierung muss erwähnt werden, dass die schwedische Regierung eine sehr instabile und fragile Minderheitsregierung aus Sozialdemokraten und Grünen darstellt, die trotz kürzlich verlorenem Misstrauensvotum, erneut die Regierung stellt. Zu Beginn der Pandemie ist ein „rally ‘round the flag effect“ zu beobachten (vgl. Mueller 1970). Die Umfragewerte der größten Regierungspartei steigen an, wohingegen die rechtspopulistischen Schwedendemokraten an Zuspruch verlieren (Europe Elects 2018-2021). Allerdings hält dieser Gewinn an Zustimmung lediglich bis Juli 2020 an, bis die Zustimmung wieder sinkt (Europe Elects 2018-2021).

Wird das Vertrauen während der Pandemie in das Krisenmanagement analysiert, kommt es auf die jeweilige Perspektive bzw. Umfrage an. Zunächst ist beobachtbar, dass weniger Vertrauen in das schwedische Covid19-Krisenmanagement im Vergleich zum Dänischen herrscht (Nielsen/Lindvall 2021: 1188-1191). Dies kann allerdings an der bereits erwähnten politischen instabilen und polarisierten Situation vor der Pandemie liegen (Nielsen/Lindvall 2021: 1200). Es liegen keine vergleichbaren Daten vor, die das Vertrauensniveau vor der Pandemie messen, um den Effekt des „Treatments“, in diesem Fall den Effekt der Pandemie, beurteilen zu können. Es gibt Daten zum Vertrauen vor der Pandemie, allerdings wurden diese teilweise auf unterschiedliche Weise erhoben, weshalb eine Kombination aus diesen Daten methodisch problematisch wäre (Nielsen/Lindvall: 1191).

Die schwedische Tagesszeitung Dagens Nyheter ließ das Umfrageinstitut Ipsos im April und August 2020 eine Umfrage zum Vertrauen in das Krisenmanagement der einzelnen Beteiligten durchführen. Das Vertrauen in das Krisenmanagement des Premierministers sank von 49 Prozent auf 34 Prozent, das Vertrauen in die Gesundheitsbehörde von 69 Prozent auf 58 Prozent und das Vertrauen in den Epidemiologen Anders Tegnell von 69 Prozent auf 63 Prozent (Reuters 2020). Wie lassen sich diese Zahlen erklären? Schweden hatte den beschriebenen Sonderweg gewählt und im weiteren Pandemieverlauf mit steigenden Todesraten und Infektionszahlen zu kämpfen. Als Resultat beginnen die Bürger*innen Schwedens an der eingeschlagenen Strategie zu zweifeln. Sie entziehen am meisten Vertrauen dem Premierminister, dem Vertreter der Regierung. Obwohl die Gesundheitsbehörde und der Epidemiologe Anders Tegnell das Gesicht der Pandemiebekämpfung darstellen, verliert dennoch die Regierung am meisten Vertrauen. Zu bedenken ist, dass sich Expert*innen im Gegensatz zu Politiker*innen nicht abwählen lassen. Überdies können die schwedischen Wähler*innen der Regierung vorwerfen, sich hinter den Expert*innen zu „verstecken“, anstatt Verantwortung zu übernehmen. Das Gesetz schreibt – wie eingangs erwähnt – den Behörden sehr viel Autonomie und Entscheidungskraft zu. Jedoch ist es erstens anders auslegbar und zweitens ist Recht kontingent. Recht kann

geändert werden, besonders wenn der Regierung bewusst wird, dass die avisierte Strategie nicht wie erwartet funktioniert. Die schwedische Regierung handelte und übernahm Kompetenzen sehr spät, daher kann ihr vorgeworfen werden, sich der Verantwortung entzogen zu haben, um keine Entscheidung zu treffen. Allerdings ist keine Entscheidung zu treffen auch eine Entscheidung und dafür wird die Regierung von den Bürger*innen verantwortlich gemacht.

Zeigt sich Schwedens Sonderweg in den Daten?

Anhand der theoretischen Darstellung wird sichtbar, dass Schweden eine andere Strategie als die übrigen europäischen Ländern verfolgte. Es ist von Interesse, inwieweit sich diese Beobachtungen in den Daten niederschlagen. Der Oxford Government Response Tracker strebt an, die Striktheit der Maßnahmen für die einzelnen Staaten im Verlauf der Covid19-Pandemie abzubilden. Werden die Daten mit R visualisiert, fällt auf, dass allein anhand der Daten Schweden keinen besonderen Fall darstellt (Abb. 1).

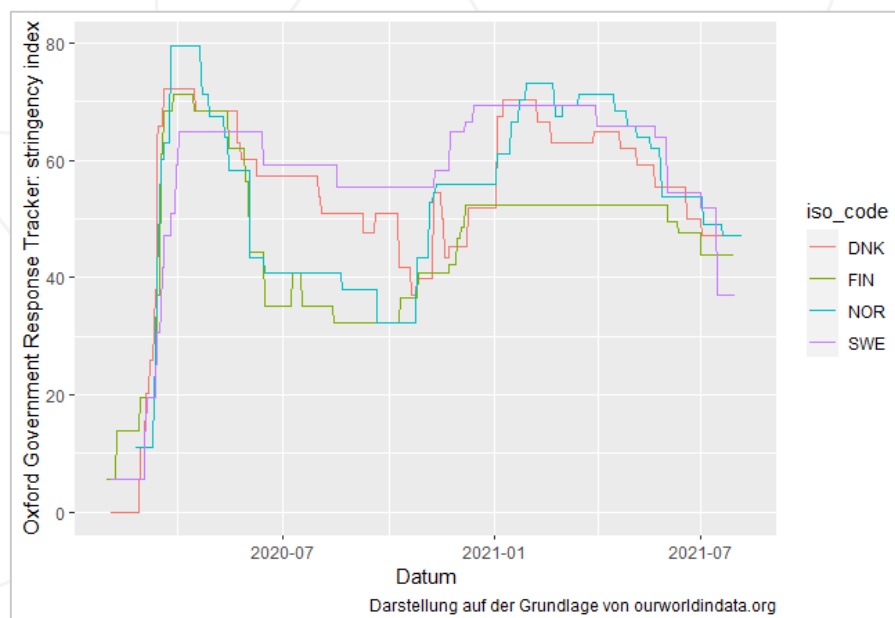


Abbildung 1: Ritchie, Hannah/Ortiz-Ospina, Esteban/Beltekian, Diana/Mathieu, Edouard/Hasell, Joe/Macdonald, Bobbie/Giattino, Charlie/Appel, Cameron/Rodés-Guirao, Lucas/Roser, Max (2021a): Sweden: Coronavirus Pandemic Country Profile. Text abrufbar unter: <https://ourworldindata.org/coronavirus/country/sweden> (Zugriff am 11.08.2021). Der verwendete R-Code stammt von Philip Manow, der diesen im Rahmen des Seminars zur Verfügung stellte.

Teilweise sind die Maßnahmen, die in Schweden ergriffen worden sind, strikter kodiert als in den Nachbarländern. Auf Nachfrage antwortete das Oxford Government Response Tracker-Team, dass es sich dazu entschlossen habe, die Empfehlungen des schwedischen Premierministers als „de facto required policies“ zu kodieren, obgleich diese nicht rechtlich bindend und durchsetzbar sind. Als Begründung führten sie die Heterogenität der Fälle an und dass sie versuchen, mittels einer Kodierung auf Ordinalskalenniveau Vergleichbarkeit zwischen den einzelnen Maßnahmen der unterschiedlichen Staaten herzustellen. (bezieht sich auf meine E-Mailkorrespondenz mit dem Oxford Government Response Tracker-Team). Es wird sichtbar, wie

quantitative Daten, die den Anschein vermitteln, Objektivität herzustellen, immer auch subjektiven Maßstäben unterliegen.

Die Besonderheit des schwedischen Falles wird jedoch sichtbar, wenn die Fallzahl und die Übersterblichkeitsrate berücksichtigt wird. Schweden meldet im Vergleich zu Norwegen und Dänemark kumuliert über eine Million Covid19-Infektionen, während Dänemark 300.000, also weniger als ein Drittel, und Norwegen 150.000 Fälle verzeichnen (Abb. 2).

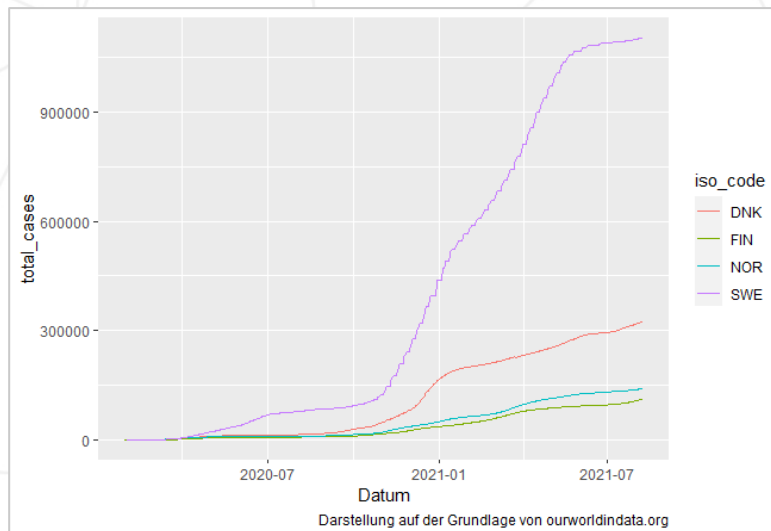


Abbildung 2: Ritchie, Hannah/Ortiz-Ospina, Esteban/Belteckian, Diana/Mathieu, Edouard/Hasell, Joe/Macdonald, Bobbie/Giattino, Charlie/Appel, Cameron/Rodés-Guirao, Lucas/Roser, Max (2021a): Sweden: Coronavirus Pandemic Country Profile. Text abrufbar unter: <https://ourworldindata.org/coronavirus/country/sweden> (Zugriff am 11.08.2021). Der verwendete R-Code stammt von Philip Manow.

Darüber hinaus kann die Übersterblichkeitsrate herangezogen werden (The Economist 2021). Ich verzichte bewusst darauf, die direkt erhobenen Messdaten der Covid19-Todesfälle zu betrachten, da es zu viele Unterschiede in der Datenerhebung zwischen den Ländern gibt, um sie zuverlässig zu kontextualisieren und zu vergleichen (Ist eine Obduktion erlaubt? Ist jemand an oder mit Corona gestorben? An welchen Tagen werden die Todesfälle gemeldet?). Die Übersterblichkeitsrate ist daher zuverlässiger. Wird Schweden mit seinen Nachbarländern verglichen, fällt eine deutliche Diskrepanz zwischen Schweden und den übrigen Ländern auf. Die Übersterblichkeit in Schweden ist deutlich erhöht. Auf den ersten Blick lässt sich daraus schließen, dass Schwedens Sonderweg gescheitert ist. Dennoch ist fraglich, ob dies auf die fehlenden Lockdowns zurückzuführen ist. Die Wirkung von Lockdowns ist aufgrund saisonaler sowie antizipatorischer Effekte zweifelhaft. Es kann vielmehr sein, dass der schwedische Weg an seinen kumulierten individuellen Fehlern gescheitert ist und es gar nicht so sehr an der „großen Strategie“, am „big picture“ lag: fehlendes Wissen darüber, dass Menschen, die keine Symptome haben, die Infektion weitergeben können, fehlendes Wissen über die Wirksamkeit von Masken, nicht ausreichender Schutz vulnerabler Gruppen.

Nur der Vollständigkeit halber soll erwähnt werden, dass Schweden in puncto Impfungen und Tests sich in einer ähnlichen Situation wie seine Nachbarländer befindet, wobei Dänemark deutlicher Spitzenreiter ist (Ritchie et al 2021b). Allerdings muss bei den Impf- und Testquoten stets die Bevölkerungsanzahl eines Landes berücksichtigt werden.

Die Wirtschaft und der Wohlfahrtsstaat in Schweden

Das BIP sank im zweiten Quartal 2020 im Vergleich zum vorherigen Quartal um 8.6 Prozent (Tagesspiegel 2020). Damit steht Schweden wirtschaftlich besser da als die südeuropäischen Länder (Tagesspiegel 2020). Dennoch wirft es die Frage auf, ob sich Schweden in einer lose-lose Situation befindet. Aus den Daten ist eine hohe Übersterblichkeitsrate im Vergleich zu den Nachbarländern zu erkennen, auch die Infektionszahlen sind deutlich höher. Trotz vergleichsweise wenig Maßnahmen befindet sich Schwedens Wirtschaft in einer suboptimalen Lage.

Zu der lose-lose Situation passt, dass es Berichte gab, dass in der Krise vulnerable Gruppen nicht nur nicht ausreichend geschützt, sondern systematisch benachteiligt wurden. Aus Einzelfallschilderungen wird ersichtlich, dass manchen älteren Menschen eine Behandlung gegen das Virus verweigert und stattdessen empfohlen wurde, auf das Sterben vorbereitende Maßnahmen zu treffen (Baars et al. 2021). Es wird der Vorwurf laut, mit dem schwedischen Sonderweg Herdenimmunität zu verfolgen und den Tod älterer Menschen hinzunehmen (Baars et al. 2021). Diese Schilderungen und die Debatten wecken Erinnerungen an „die dunkle Seite des schwedischen Wohlfahrtsstaates“, welcher bis in die 1970er Jahre Zwangssterilisierungen verordnete, wenn Menschen als „schwächlich“ und „ungeeignet“ o.ä. befunden worden sind (Bates 1999)³⁶. In Anlehnung an Foucault erinnert dieses Vorgehen an einen Staat, der anstrebt, Bevölkerungspolitik zu betreiben und über Leben, Tod und Reproduktion zu entscheiden:

Der Staat muß wissen, wie es um den Sex der Bürger steht und welchen Gebrauch sie davon machen. Aber auch jeder einzelne muß fähig sein, den Gebrauch, den er vom Sex macht, zu kontrollieren. Der Sex ist zum Einsatz, zum öffentlichen Einsatz zwischen Staat und Individuen geworden (Foucault 1977[1976]: 142).

Foucault betont in diesem Zusammenhang zudem, dass der Staat mittels Rassismus entscheidet, wer stirbt und lebt (Foucault 2001: 301). Rassismus ist in diesem Kontext ein sehr weit gefasster Begriff und bezieht sich nicht nur auf die Hautfarbe, sondern auf jegliche Eigenschaften, die dazu führen, dass ein Mensch von der Norm abweicht und in dessen Fall der Staat entscheiden kann, dass er dessen Fortpflanzung kontrollieren bzw. unterbinden möchte. Natürlich ist der Bogen von Foucault, zu den Zwangssterilisierungen bis hin zu Einzelfallschilderungen über eine verweigerte Covid19-Behandlung älterer Menschen etwas lang. Es ist schwierig zu beurteilen, ob diese Einzelfälle sich häufen, sodass eine Systematik entsteht oder ob es bei zufälligen Einzelfällen bleibt. Dennoch ist es wichtig, den historischen Kontext immer im Blick zu behalten, um etwaige Kontinuitäten zu erkennen.

Fazit

Was bleibt vom schwedischen Sonderweg? Was kann daraus gelernt werden? Hätte es einen anderen Weg geben können? Dies sind nur einige Fragen, die sich nach der Beschäftigung mit dem schwedischen Sonderweg ergeben. Ich denke, dass – wie in der Einleitung erwähnt – jede Nation unterschiedliche Voraussetzungen und Bedingungen hat, die wie einzelne Bausteine

³⁶ Die Ausarbeitung wurde sowohl im fachübergreifenden Workshop des Fachbereichs 08 zur Pandemie als auch im Seminar vorgestellt. Ich bin für die hervorgebrachten Anmerkungen und Kommentare sehr dankbar. Besonders Philip Manow gab weiterführende Anmerkungen und wies mich beispielsweise auf den historischen Kontext des schwedischen Wohlfahrtsstaates hin.

das Fundament einer Pandemie-Strategie bilden. Wenn ein Land mit einer Ausnahmesituation konfrontiert ist, versucht es zunächst, mit den vorhandenen Bausteinen und Ressourcen eine Strategie zu bilden. Welche Strategie gewählt wird, hängt darüber hinaus von „weichen Faktoren“ wie nationalen Narrativen ab. Der Historiker Yuval Noah Harari hat in einem anderen Kontext festgestellt: “Humans think in stories, and we try to make sense of the world by telling stories” (Chen 2017). Schweden appelliert an die Vernunft, das Vertrauen und die Verantwortung, während Frankreich dem Virus den Krieg erklärt.

Recht ist kontingent und veränderbar, dennoch wird diese Option meist erst spät gewählt, wenn die gewählte Strategie nicht die erhoffte Wirkung hervorruft. Eine Frage, die bleibt, ist, ob eine schwedische Strategie ohne Lockdown funktionieren kann, wenn alle anderen Variablen, die das Infektionsgeschehen negativ beeinflussen können, entsprechend durch Masken, Abstand, Tests und Quarantäne kontrolliert werden.

Schließlich wäre aus vergleichender politikwissenschaftlicher Perspektive interessant zu versuchen, ein „Framework“ zu entwickeln, welches es ermöglicht, abzuschätzen, wann ein Land wie, warum, womit erfolgreich eine Pandemie bekämpfen kann. Sicherlich kann die Entwicklung einer Strategie weder „a la carte“ erfolgen noch beliebig zusammengestellt werden, aber eine systematischere Untersuchung, welche Bedingungen und Handlungen eine Pandemiebekämpfung begünstigen, wäre sinnvoll und wünschenswert. Zum Beispiel könnte ein mögliches Framework bereits bestehende Theorien wie die Vetospielertheorie inkorporieren und untersuchen, inwieweit die Anzahl der Vetospieler die Pandemiebekämpfung beeinflusst (vgl. Tsebelis 2002).

Literatur

- Andersson, Staffan/Aylott, Nicholas (2020): Sweden and Coronavirus: Unexceptional Exceptionalism. In: *Social Sciences*, 9 (12), 232.
- Baars, Christian/Kuch, Elena/Lambrecht, Oda (2021): Corona in Schweden: Keine Intensivmedizin für über 80-Jährige? Text abrufbar unter: <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/corona-schweden-intensivmedizin-101.html> (Zugriff am 02.06.2021).
- Bates, Stephen (1999): Sweden pays for grim past. In: *The Guardian* am 06.03.1999. Text abrufbar unter: <https://www.theguardian.com/world/1999/mar/06/stephenbates> (Zugriff am 11.08.2021).
- Blenker, Christian (2021): Schwedens Pandemiegesetz: Maßnahmen gegen die Sorglosigkeit. Text abrufbar unter: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/schweden-lockdown-101.html> (Zugriff am 11.08.2021).
- Bylund, Per L./Packard, Mark D. (2021): Separation of power and expertise: Evidence of the tyranny of experts in Sweden’s COVID-19 responses. In: *Southern economic journal*, 87 (4), 1300-1319.
- Chen, Daryl (2017): “Humanity can rise to the challenge”: Yuval Harari in conversation at TED Dialogues | TED Blog. Text abrufbar unter: <https://blog.ted.com/humanity-can-rise-to-the-challenge-yuval-harari-in-conversation-at-ted-dialogues/> (Zugriff am 11.08.2021).
- Europe Elects (2018-2021): Sweden. Grafik abrufbar unter: <https://europeelects.eu/sweden/> (Zugriff am 21.06.2021).

- Foucault, Michel (1977[1976]): Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit I. Übersetzt von Ulrich Raulff und Walter Seitter. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (2001): In Verteidigung der Gesellschaft. Vorlesungen am Collège de France 1975/1976. Übersetzt von Michaela Ott. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hayek, F. A. (1945): The Use of Knowledge in Society. In: *The American Economic Review*, 35 (4), 519–530.
- Mueller, John E. (1970): Presidential Popularity from Truman to Johnson. In: *American Political Science Review*, 64 (1), 18-34.
- Nielsen, Julie Hassing/Lindvall, Johannes (2021): Trust in government in Sweden and Denmark during the COVID-19 epidemic. In: *West European Politics*, 44 (5-6), 1180-1204.
- Reuters (2020): Swedes confidence in PM's handling of coronavirus crisis declining, poll shows. Text abrufbar unter: <https://www.reuters.com/article/us-health-coronavirus-sweden-idUSKBN25T398> (Zugriff am 15.06.2021).
- Ritchie, Hannah/Ortiz-Ospina, Esteban/Beltekian, Diana/Mathieu, Edouard/Hasell, Joe/Macdonald, Bobbie/Giattino, Charlie/Appel, Cameron/Rodés-Guirao, Lucas/Roser, Max (2021a): Sweden: Coronavirus Pandemic Country Profile. Text abrufbar unter: <https://ourworldindata.org/coronavirus/country/sweden> (Zugriff am 11.08.2021).
- Ritchie, Hannah/Ortiz-Ospina, Esteban/Beltekian, Diana/Mathieu, Edouard/Hasell, Joe/Macdonald, Bobbie/Giattino, Charlie/Appel, Cameron/Rodés-Guirao, Lucas/Roser, Max (2021b): Coronavirus (COVID-19) Vaccinations - Statistics and Research. Text abrufbar unter: <https://ourworldindata.org/covid-vaccinations> (Zugriff am 11.08.2021).
- Schmiester, Carsten (2020): Schweden und das Coronavirus - Kaum Restriktionen trotz steigender Opferzahlen. Text abrufbar unter: https://www.deutschlandfunk.de/schweden-und-das-coronavirus-kaum-restriktionen-trotz.1766.de.html?dram:article_id=473458 (Zugriff am 11.08.2021).
- Strittmatter, Kai (2020): Schweden in Corona-Pandemie: Der König attestiert Versagen. In: *Süddeutsche Zeitung* am 17.12.2020. Text abrufbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/coronavirus-schweden-koenig-1.5151678> (Zugriff am 02.06.2021).
- Sveriges Riksdag (2016): The Constitution of Sweden. The Fundamental Laws and the Riksdag Act. Text abrufbar unter: <https://www.riksdagen.se/globalassets/07.-dokument--lagar/the-constitution-of-sweden-160628.pdf> (Zugriff am 11.08.2021).
- Tagesspiegel (2020): BIP sinkt um 8,6 Prozent: Auch in Schweden bricht die Konjunktur wegen Corona stark ein. In: *Tagesspiegel* am 05.08.2020. Text abrufbar unter: <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/bip-sinkt-um-8-6-prozent-auch-in-schweden-bricht-die-konjunktur-wegen-corona-stark-ein/26067746.html> (Zugriff am 02.06.2021).
- The Economist (2021): Tracking covid-19 excess deaths across countries. Text abrufbar unter: <https://www.economist.com/graphic-detail/coronavirus-excess-deaths-tracker> (Zugriff am 07.06.2021).
- The Public Health Agency (2021): FAQ about COVID-19 - The Public Health Agency of Sweden. Text abrufbar unter: <https://www.folkhalsomyndigheten.se/the-public-health-agency-of-sweden/communicable-disease-control/covid-19/covid-19-faq/> (Zugriff am 07.06.2021).
- Tsebelis, George (2002): Veto players. How political institutions work. New York/Princeton: Princeton University Press.

14. Der französische Umgang mit der ‚Corona‘-Pandemie aus Foucault’scher Perspektive

Mareike Hoeck

Schon 1947 hat Alfred Camus in seinem Bestseller „Die Pest“ erkannt, dass Seuchen für uns Menschen immer eine Abstraktheit, etwas Unerklärbares darstellen. „Weil die Seuche das Maß an Menschlichem übersteigt, sagt man sich, sie sei unwirklich, ein böser Traum, der vergehen werde“ (Camus 1947: 33). Über 70 Jahre später wird die Furcht vor einer wütenden, skrupellosen „Heimsuchung“ (Camus 1947: 82) wieder aktuell. Es waren während der Verbreitung im letzten Frühjahr daher viele internationale Reaktionen zu beobachten, die ihr Namen gaben und ihre Vorgänge und Akteure nahbar machen wollten. Begriffe wie „Coronawelle“, „Coronatsunami“ (Klosa-Kückelhaus 2020) transportieren Bilder, mit denen wir uns das unbekannte Virus vorstellen können. Verstärkt unter den bildhaften Ausdrücken sind vor allem militärische Ausdrücke, z.B. „Virusfront“ oder „Quarantänefestung“. Als Präsident Emmanuel Macron am 16. April 2020 seine zweite große Fernsehansprache hielt, blieb daher besonders folgender Absatz in den Köpfen der Bevölkerung: „*Nous sommes en guerre. [...] Mais l'ennemi est là, invisible et insaisissable, et il progresse. Nous sommes en guerre*“³⁷ (Macron 2020). In diesem Kontext wurde an den kollektiven Geist der französischen Bevölkerung appelliert zur gemeinsamen Gegenwehr gegen einen ‚unsichtbaren Feind‘. Macron nutzt hier die Kriegsrechtlogik ganz bewusst, denn der Aufruf zum Kampf gegen ein gemeinsames Feindbild besitzt traditionsgemäß großes Mobilisierungspotential in der französischen Bevölkerung. Denkt man zurück an den *appel du dix-huit juin* 1940, wo Charles de Gaulles zum Widerstand gegen das besetzte Frankreich aufgerufen hat, wurde auch hier der aktive Kampf gegen „unsere Feinde“ (De Gaulle 1940) als hoffnungsstiftende Strategie für die Überwindung einer Krise genutzt. Michel Foucault malt in seinen Werken „Wahnsinn und Gesellschaft“ (1961) und „Überwachen und Strafen“ (1975) ebenfalls ein Bild vom ‚Feind‘. Hier sind die Feinde Seuchen, welche Foucault erfassbar macht. Er beobachtet, wie Seuchen als gesellschaftspolitische Machttechniken schematisch funktionieren können, um ihre normative Macht auf Individuen anzuwenden (Hannah et al.2020: 3). Dazu leitet er „in idealtypischer Zuspitzung“ (Sarasin 2005: 89) Fragen nach der Macht und der Gouvernementalität von den drei klassischen Infektionskrankheiten Lepra, Pest und Pocken ab. Foucault ist der Ansicht, dass der politische Umgang mit einer Seuche Rückschlüsse zulässt auf den Zustand bzw. auf die ‚Verfasstheit‘ einer politischen Ordnung und ihrer Regierung (Gaschke 2020).

Der vorliegende Text beschäftigt sich mit dem politischen Umgang des europäischen Frankreichs mit der ‚Corona‘-Pandemie. Ausgewählte Bewältigungsstrategien der französischen Regierung sollen im Folgenden in das Modell-Cluster von Michael Foucault (1961, 1975)

³⁷ Übersetzung durch Verfasserin: „Wir sind im Krieg. Ein sanitärer Krieg, natürlich. Wir kämpfen nicht gegen eine Armee oder eine Nation. Aber der Feind ist da, unsichtbar und schwer fassbar, und er rückt vor. Wir sind im Krieg“ (Macron 2020) (Auszug aus der Volksansprache am 16.03.2020).

eingeorordnet werden, um so über mögliche Beweggründe nachzudenken. Die philosophische Betrachtung der französischen Regierungstechniken als gesellschaftspolitische Machttechnik könnte damit die interventionistischen, staatlichen Bewältigungsstrategien aus den Eigengesetzlichkeiten einer Seuche heraus erklären und so einen Beitrag leisten, verschwörungsideologischen und zynischen Annahmen etwas entgegenzusetzen, wenn dies auch ein vergebliches Unterfangen ist.

Frankreichs Bewältigungsstrategien im Foucault'schen Modell-Cluster

Foucaults Modelle

Michael Foucault diskutiert in „Wahnsinn und Gesellschaft“ (1961) und „Überwachen und Strafen“ (1975) machttechnische Vorgehen während einer Seuche bzw. einer Unordnung anhand von drei wesentlichen Modellen, um aufzuzeigen, wie diese sich auf das Individuum auswirken.

Die Lepra als erstes Modell ruft im Mittelalter „Reaktionen der Trennung, des Ausschlusses und der Reinigung hervor“ (Sarasin 2005: 89). Die Leprosorien sind hier bildhaft für den Umgang mit der damals neuen Krankheit zu verstehen: Aus Angst vor der abstrakten Infektionsgefahr wurden Lepra-Kranke stigmatisiert, in Asyle außerhalb der Städte verbannt und so vom Rest der Gesellschaft ausgeschlossen.

Zur Bewältigung der Pest, als zweites Modell, im 17. Jahrhundert wurde ein in die Tiefe gehendes „System lückenloser [Überwachung und] Kontrollen aller Grenzen und Übergänge in der Stadt“ (Sarasin 2020) umgesetzt. Bürger*innen wurden zur sorgfältigen Erfassung in ihre Häuser gebannt. „Dahinter steckt die Angst vor den Ansteckungen, vor der Pest, vor den Aufständen, vor den Verbrechen [...] vor den Leuten, die ungeordnet auftauchen und verschwinden, leben und sterben.“ (Sarasin 2005: 99).

Das dritte Modell der Pocken im 18. Jahrhundert war ein System der internalisierten Disziplin, der statistischen Beobachtung der Krankheitsfälle und einem empirischen Vorgehen durch Impfung zum Schutz der Bevölkerung. Das Modell der liberalen Gouvernamentalität sieht die Freiheit der Individuen als grundlegend an und verzichtet daher auf eine auferlegte Disziplinierung. Es möchte durch das Sammeln von Daten und Statistiken das Virus lokalisieren, um so ein weitgehend öffentliches Leben weiterhin zu ermöglichen. Bei diesem Modell bleibt die Gefahr, ob das umfassende Sammeln von Bewegungsdaten nach Krisenzeiten wirklich abgestellt wird, denn wandelt sich das Pocken-Modell zurück zum Pest-Modell, wird die Macht totalitär (Sarasin 2020, 2005: 103).

Einordnung ausgewählter staatlicher Bewältigungsstrategien

Frankreich, als eines der in Europa am stärksten von der Pandemie betroffenen Länder (Kempin et al. 2020), fuhr zur anfänglichen Seuchenbekämpfung von März bis Juni 2020 ein sehr zentral gelenktes Krisenmanagement³⁸ (Brändle 2020). Durch Ausrufung des Gesundheitsnotstandes hatte die Regierung ab März 2020 die Möglichkeit, Beschlüsse schnell per Verordnung durchzusetzen (ZDF 2020). „Mit beispielloser Intensität breitet sich im Zuge der

³⁸ Im Zuge der Lockerungen ab August 2020 wurde schließlich über die Aufteilung des Landes in sogenannte grüne und rote Zonen regional mitbestimmt (Brändle 2020).

Virusbekämpfung der Polizeiapparat aus, auf allen Kreuzungen des Landes und vor jeder Haustür.“ (Koenig 2020). Demokratische Gegengewichte zur Regierung, wie das Parlament, mussten sich währenddessen auf eine konsultative Rolle beschränken, Verfassungsbeschwerden wurden bis auf weiteres aufgehoben (Koenig 2020). Zu nennen ist hier die 55-tägige Ausgangs- und Kontaktsperre, welche am 16. März angeordnet wurde und bereits tags darauf galt. Aus Foucault'scher Sicht ist die Maßnahme und ihre strenge polizeiliche Überwachung einzuordnen in das disziplinierende Pest-Modell. Die umfassende Sichtbarkeit menschlicher Körper und Verhaltensweisen „[...] bildet die Grundlage für sorgfältig kalibrierte Verhältnismäßigkeiten zwischen Regelverstößen und entsprechender Bestrafung.“ (Hannah et al. 2020: 2). Macht wirkt in diesem Modell nicht nur souverän, bzw. „von oben herab“, sondern kann auch unter Individuen entstehen. Je nachdem, wie automatisch behördliche Anordnungen in das persönliche Verhalten übernommen werden, lässt die Disziplinarmacht durch radikale Reduzierungen der öffentlichen Aktivität eine Vordergrund-Hintergrund-Struktur entstehen, vor dem sich diejenigen, die noch in der Öffentlichkeit präsent sind, deutlicher abheben und somit einfacher und effizienter von Autoritäten und der Gesellschaft kontrolliert werden können (Hannah et al. 2020: 16). Im Juni 2020 wurde die freiwillige Kontakt-Nachverfolgungs-App *StopCovid* (heute: *TousAntiCovid*) veröffentlicht. Fällt ein Coronavirus-Test positiv aus, kann das Ergebnis per Code vom Labor, Arzt oder Krankenhaus eingepflegt werden, woraufhin die Apps anderer Nutzer*innen, welche vorher per Bluetooth-Signal Kontakt hatten, informiert werden. Diese können sich anschließend testen oder in Quarantäne begeben (Wachs 2020). Die App ist einzuordnen in das Pocken-Modell und könnte nach Foucault als ein liberales Versprechen gesehen werden, das öffentliche Leben und die Wirtschaft neben der Pandemie weiter funktionieren zu lassen. Sie spricht das Verhalten eines einzelnen Menschen an und verlangt dessen internalisierte Disziplin und individuelle Anpassung. Von einer verpflichtenden Nutzung einer Tracking-App zur größtmöglichen „rigorosen Nachverfolgung“ der Bevölkerung wie in China (Deuber 2021) ist die freiwillige französische App noch weit entfernt. Dennoch besteht in diesem Modell grundsätzlich die Gefahr, dass das umfassende Sammeln von Bewegungsdaten nach Überwindung der „Corona-Wellen“ nicht einfach abgestellt wird (Sarasin 2020). Weitere Aspekte der Disziplinarlogik können aus Macrons Kriegsrhetorik abgeleitet werden. In der Ansprache vom 16. März 2020 wurden zur Bewältigung der Pandemie patriotische Selbstaufopferung³⁹ sowie zentralstaatlich-gelenkte Maßnahmen als notwendig konnotiert (Macron 2020: 6). Der disziplinarische Charakter einiger dieser Maßnahmen ist eindeutig, insbesondere im Fall der vollständigen Quarantäne (Hannah et al. 2015: 16) und der Stilllegung des öffentlichen Lebens. Nach Thießen (2015: 10) kann Seuchenbekämpfung in der Moderne als „Aktivposten“ fungieren, mit dem Interventionsstaaten ihre Leistungsfähigkeit im Sieg über die Seuche unter Beweis stellen können. Macrons fast schon martialischer Aufruf zum Kampf gegen den ‚unsichtbaren Feind‘ soll ihn als starke Führungskraft auftreten lassen. Auch im weiteren Verlauf der Pandemie ist immer wieder von einer „Feldherrnrhetorik“ (Krohn 2021) oder einem „Mann, der alles entscheidet“ (Pantel 2021) die Rede. Macron möchte keine politische Angriffsfläche bieten, was seine Wiederwahl im Jahr 2022 gefährden könnte (Klimm

³⁹ „Plus nous agirons en citoyens, plus nous ferons preuve de la même force d'âme, de la même abnégation patriote que démontrent aujourd'hui nos personnels soignants, [...] plus vite nous sortirons de cette vie au ralenti. Nous y arriverons, mes chers compatriotes, en étant unis, solidaires“ (Macron 2020) (Auszug aus der Volksansprache am 16.03.2020).

2021). Die reale Bilanz seiner Regierungszeit ist jedoch wenig überzeugend und so scheint der Appell an den ‚patriotischen Geist‘ der Franzos*innen vergebens. Schon vor der Pandemie herrschte aufgrund der ‚Gelbwesten‘-Proteste viel Unmut in der Bevölkerung. Die anschließende Unschlüssigkeit der Regierung, die organisatorischen Mängel im Gesundheitssystem und der Skandal über mangelnde Masken und Tests haben die Glaubwürdigkeit Macrons zusätzlich untergraben (Balmer 2020). Die Kriegsmetapher wurde von öffentlicher Seite stark kritisiert. In der gegenwärtigen Situation schüre sie lediglich Panik und erwecke den Eindruck, als politisches Instrument ‚nach den Klängen der Marseillaise‘ (Wiegel 2020) autoritäre Strukturen und hierarchische Machttechniken rechtfertigen zu wollen.

Fazit

Der vorliegende Text hat sich mit der Einordnung ausgewählter ‚Corona‘-Bewältigungsstrategien der französischen Regierung in das Foucault’sche Seuchen-Schemata beschäftigt. Die landesweite Ausgangssperre ab Mitte März 2020 weist einen deutlich disziplinarischen Charakter auf und ist daher im Pest-Modell zu verordnen. Ebenso lässt sich die Kriegsterminologie Macrons (2020) in diesem Modell lokalisieren. Da hier jedoch die Bevölkerung nicht gezwungen, sondern zur Befolgung der zentralstaatlichen Maßnahmen an ihren kollektiven Geist appelliert wird, wirkt diese Strategie sehr viel subtiler. Die Tracking-App ist als Versuch einer gouvernementalen Lösung zu betrachten und wird daher im liberalen Pocken-Modell eingeordnet. Anhand dieser drei Strategien kann jedoch keine allgemeingültige Aussage über den gesamten französischen Umgang mit der Pandemie erfolgen, dafür wäre eine weitaus umfangreichere Betrachtung notwendig. Obwohl Macron und Foucault gänzlich verschiedene Anhaltspunkte in ihrer Auseinandersetzung mit Seuchen finden, eint beide das Motiv, dem ‚unsichtbaren Feind‘ nicht ohnmächtig gegenüberzustehen zu wollen, zu dessen Zwecke sie die Seuche erfassbar machen. Frankreichs regierungspolitische Machttechniken beziehen sich dabei auf eine starke zentralistische Entscheidungsgewalt. Diese wird nochmals verstärkt durch Macrons Bestreben, in Anbetracht der vorherigen Unruhen und mit Blick auf seine angestrebte Wiederwahl im Jahr 2022 sich als Führungskraft beweisen zu wollen. Foucaults Werk dagegen suggeriert durch die Analyse der Machttechniken von unterschiedlichen Regimen das individuelle Potential zum Widerstand, bzw. die Entwicklung von Selbsttechniken: sich schützen, ohne sich dabei zu verhalten, wie die Macht es vorgegeben hat. ‚Das Verhältnis zu sich selbst ist der letzte Ankerpunkt des Widerstandes‘ (Foucault 1982: 450). Dennoch ist es ein schwieriges Unterfangen, aus einer vergangenen oder aktuellen Seuche Pläne für die Zukunft zu schmieden. Krisen wie die Schweinegrippe, SARS, MERS, Zika und Ebola erzeugten in den letzten Jahren im medizinischen Bereich bereits Warnungen (Grotheer 2020), trotzdem haben sie eine Gesellschaft und den Staat mehr oder weniger unvorbereitet getroffen. Christian Drosten formuliert es treffend: ‚There is no glory in prevention‘ (Drosten et al. 2020). Trotz Berechnungen aller möglichen Faktoren, bleibt stets das Rest-Risiko einer Infektion. Oder wie es Alfred Camus beschreibt: ‚Es hat auf der Welt genauso viele Pestepidemien gegeben wie Kriege und doch treffen Pest und Krieg die Menschen immer unvorbereitet.‘ (Camus 1947: 46).

Literatur

- Balmer, Rudolf (2020): Eine Krise – dreifaches Nachspiel. In: *Die Tageszeitung* am 15.06.2020. Text abrufbar unter: <https://taz.de/Umgang-mit-Corona-in-Frankreich!/5689638/> (Zugriff am 30.03.2021).
- Brändle, Stefan (2020): Rote und grüne Corona-Zonen in Frankreich. In: *Frankfurter Rundschau* am 11.05.2020. Text aufrufbar unter: <https://www.fr.de/panorama/corona-krise-frankreich-lockerungen-massnahmen-zonen-gruen-rot-regionen-zr-13757357.html> (Zugriff am 30.03.2021).
- Camus, Albert (1947): *Die Pest*. Hamburg: Rowohlt-Taschenbuch-Verlag.
- De Gaulle, Charles (1940): Appel du 18 juin 1940 - l'appel à la Résistance lancé par le général de Gaulle. Abrufbar unter: <https://web.archive.org/web/20170618083946/http://www.charles-de-gaulle.org/pages/l-homme/accueil/discours/pendant-la-guerre-1940-1946/appe-du-18-juin-1940.php> (Zugriff am 30.03.2021).
- Deuber, Lea (2021): Mit massiver Überwachung gegen das Virus. In: *Die Süddeutsche* am 18.02.2021. Text abrufbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/coronavirus-china-ueberwachung-1.5207525> (Zugriff am 14.11.2021).
- Drost, Christian/ Hennig, Korinna (2020): Coronavirus-Update. Folge 48. NDR Info. Skript abrufbar unter: <https://www.ndr.de/nachrichten/info/Coronavirus-Update-Die-Podcast-Folgen-als-Skript,podcastcoronavirus102.html> (Zugriff am 30.03.2021).
- Foucault, Michel (1961): *Wahnsinn und Gesellschaft. Eine Geschichte des Wahns im Zeitalter der Vernunft*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (1975): *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (1982): *Vorlesung am Collège de France 1982/83*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Gaschke, Susanne (2020): Wie eine Gesellschaft mit Seuchen umgeht, sagt etwas über ihre Verfasstheit. In: *Die Welt* am 18.10.2020. Text abrufbar unter: <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article218092624/Corona-Wie-eine-Gesellschaft-mit-Seuchen-umgeht-sagt-etwas-ueber-ihre-Verfasstheit.html> (Zugriff am 30.03.2021).
- Grotheer, Manfred (2020): There is no glory in prevention. In: *Worldpress* am 03.04.2020. Text abrufbar unter: <https://controlling.wordpress.com/2020/04/03/there-is-no-glory-in-prevention/> (Zugriff am 30.03.2021).
- Hannah, Matthew/Hutta, Jan Simon/Schemann, Christoph (2020): *Thinking Corona measures with Foucault*. University of Bayreuth. Text abrufbar unter: <https://www.kulturgeo.unibayreuth.de/de/news/2020/Thinking-Corona-measures-with-Foucault/Thinking-Corona-measures-with-Foucault.pdf> (Zugriff am 29.11.2021).
- Macron, Emmanuel (2020): *Allocution du Président de la République sur le Coronavirus – Covid19*. Paris. Text abrufbar unter: <https://www.elysee.fr/emmanuel-macron/2020/03/16/adresse-aux-francais-covid19> (Zugriff am 29.11.2021).

- Kempin, Ronja/Rehbaum, Dominik (2020): Emmanuel Macrons »neuer Weg«: Weichenstellungen für eine Wiederwahl 2022. In: *SWP-Aktuell*, 67. Berlin. <https://doi.org/10.18449/2020A67>.
- Klimm, Leo (2020): Sieg mit beschränktem Nutzen. In: *Süddeutsche Zeitung* am 22.07.2020. Text abrufbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/macron-eu-corona-1.4975400> (Zugriff am 30.03.2021).
- Klosa-Kückelhaus, Annette (2020): Bilder und Metaphern im Wortschatz rund um die Coronapandemie. In: *Aktuelle Stellungnahmen zur Sprache in der Coronakrise*. - Mannheim: Leibniz-Institut für Deutsche Sprache (IDS).
- Koenig, Gaspard (2020): Um glücklich wie Gott zu leben, muss man in Frankreich die Gesetze umgehen. In: *Neue Züricher Zeitung* am 22.05.2020. Text abrufbar unter: <https://www.nzz.ch/feuilleton/coronavirus-frankreich-antwortet-mit-zentralismus-und-burokratie-ld.1557256> (Zugriff am 30.03.2021).
- Krohn, Knut (2021): Macrons verlorene Corona-Wette. In: *Stuttgarter Zeitung* am 22.03.2021. Text abrufbar unter: <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt/frankreichs-praesident-in-der-krise-macrons-verlorene-corona-wette.5f9de34e-8214-47be-8e98-b5e58a5ca4e8.html> (Zugriff am 30.03.2021).
- Pantel, Nadia (2021): Der Mann, der alles entscheidet. In: *Süddeutsche Zeitung* am 28.03.2021. Text abrufbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/meinung/corona-frankreich-macron-lepen-1.5249273?reduced=true> (Zugriff am 30.03.2021).
- Sarasin, Philipp (2005): „Ausdünstungen, Viren, Resistenzen. Die Spuren der Infektion im Werk Michel Foucaults“. In: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften*, 3, 88-107.
- Sarasin, Philipp (2020): Mit Foucault die Pandemie verstehen? In: *Geschichte der Gegenwart* am 25.03.2020. Text abrufbar unter: <https://geschichtedergegenwart.ch/mit-foucault-die-pandemie-verstehen/> (Zugriff am 30.03.2021).
- Thießen, Malte (2015): Infizierte Gesellschaften: Sozial- und Kulturgeschichte von Seuchen. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 20/21, 11-18.
- Wachs, Sabine (2020): Wie Frankreichs Corona-App funktioniert. Ort. Abrufbar unter: <https://www.tagesschau.de/ausland/corona-app-frankreich-103.html> (Zugriff am 30.03.2021).
- Wiegel, Michaela (2020): Macron und der sechsfache Krieg. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* am 17.03.2020. Abrufbar unter: <https://www.faz.net/aktuell/politik/corona-krise-in-frankreich-macron-erklaert-virus-den-krieg-16682743.html> (zuletzt aufgerufen am 29.11.2021).

Autor*innenverzeichnis

Dr. Sonja Bastin ist Soziologin am Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik der Universität Bremen, Arbeitsgruppe Lebenslauf, Familie und Arbeit. Sie hat am Max-Planck-Institut für demografische Forschung in Rostock ihre Dissertation geschrieben und zuvor in Bremen und Melbourne Sozialforschung studiert. Sie ist Mitinitiatorin des Bremer Projektes "carat – caring all together" und hat während der Covid19-Pandemie auf Anfrage des Bremer Senats Empfehlungen zum Umgang mit sorgearbeitenden Eltern ausgesprochen.

René Böhme hat den Master Sozialpolitik an der Universität Bremen absolviert und ist seitdem als Sozialwissenschaftler am Institut Arbeit und Wirtschaft der Universität Bremen beschäftigt. Seine Forschungsschwerpunkte im Rahmen drittmittelfinanzierter Projekte liegen bei Fragen der sozialen Ungleichheit und der lokalen Sozial-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik.

Dr. Caterina Bonora ist Geschäftsführerin des Instituts für Politikwissenschaft (IPW) der Universität Bremen und Redakteurin der IPW-Working-Paper-Reihe. Von 2017 bis 2019 war sie Universitätslektorin am Institut für Europastudien der Universität Bremen. Sie promovierte zum Thema Transitional Justice im ehemaligen Jugoslawien an der Bremen International Graduate School of Social Sciences.

Mirelle Dierksen studierte Soziologie an der Universität Bremen, wo sie sich unter anderem thematisch mit sozialer Ordnung auseinandersetze. Nachdem sie sich bereits beruflich mit Krisensituationen, insbesondere der Corona-Pandemie, beschäftigte, studiert sie aktuell im Master Integrated Safety and Security Management an der Hochschule Bremerhaven.

Angela Großkopf ist Soziologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Bremen. Sie arbeitet aktuell in einem Projekt zu Corona und der Lebensführung von Mittelschichtenangehörigen und in einem weiteren Projekt im Kontext des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt.

Mareike Hoeck studiert im Bachelor Politikwissenschaft und Kommunikations- und Medienwissenschaften an der Universität Bremen.

Dr. Jude Kagoro ist Soziologe und war bis vor kurzem Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Internationale und Interkulturelle Studien (InIIS) der Universität Bremen, wo er ab April 2022 zur Politik militärischer Interventionen in Ostafrika forschen wird.

Florian König studiert im Master Soziologie und Sozialforschung an der Universität Bremen. Den Bachelor hat er ebenfalls dort absolviert. Besonders interessiert ihn die Bedeutung sozialer Netzwerke im Lebenslauf sowie die Verknüpfung von qualitativen und quantitativen Forschungsmethoden.

Sven Lange studiert im Master Politikwissenschaft an der Universität Bremen und legt dabei seinen Fokus auf vergleichende Politikwissenschaft. Auch den Bachelor in Politikwissenschaft hat er bereits in Bremen absolviert und mit einer Bachelorarbeit zum Thema "Politische Determinanten für den Erfolg von Impfstrategien" abgeschlossen.

Dr. phil. Sylke Meyerhuber ist Sozial- und Arbeitspsychologin und arbeitet seit 1996 als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Bremen. Am artec Forschungszentrum

Nachhaltigkeit forscht sie über sozial nachhaltiges Handeln in Organisationen und lehrt dazu am Institut für Soziologie im Fachbereich 8 der Universität Bremen.

Marie-Denise Peronne studiert im Bachelor Soziologie an der Universität Bremen und beschäftigt sich vor allem mit sozialpolitischen Fragestellungen.

Alexandra Quaas studiert im Bachelor Politikwissenschaft. Darüber hinaus arbeitet sie als studentische Hilfskraft am SOCIUM und interessiert sich insbesondere für das Feld der Vergleichenden Politikwissenschaft.

Prof. Dr. Uwe Schimank ist Soziologe und war Professor für Soziologische Theorie an der Universität Bremen. Seine aktuellen Forschungsfelder sind die soziologische Gesellschaftstheorie, Wissenschafts- und Hochschulforschung, Organisationssoziologie und die Soziologie der Mittelschichten.

Prof. Dr. Klaus Schlichte ist Professor für Internationale Beziehungen und Weltgesellschaft an der Universität Bremen. Er forscht zu Fragen der politischen Gewalt und zu internationalisierter Herrschaft.

Bente Schult studiert im Master Lehramt an Gymnasien/Oberschulen auf die Fächer Geografie und Englisch an der Universität Bremen.

Laura Starke studiert im Master Sozialpolitik an der Universität Bremen und legt ihren Fokus primär auf Familienpolitik und Bildungsungleichheiten. Den Bachelor absolvierte sie in Soziologie ebenfalls an der Universität Bremen.

Dr. Kai Unzicker ist Senior Project Manager bei der Bertelsmann Stiftung und dort verantwortlich für das Thema „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“. Mit dem »Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt« untersucht er seit 2011 wie sich das gemeinschaftliche Miteinander in Deutschland und im internationalen Vergleich verändert hat. Bevor er zur Bertelsmann Stiftung kam, hat er von 2004 – 2011 als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld gearbeitet und dort 2010 dort promoviert. Zuvor hat er an der Philipps-Universität Marburg Soziologie, Psychologie und Philosophie studiert.

Nadine Wunderer studiert im Master International Relations: Global Governance and Social Theory an der Universität Bremen und der Jacobs University. Sie arbeitet als studentische Hilfskraft im Collaborative Research Centre 1342 an der Universität Bremen. Das Paper entstand während ihres Erasmus-Aufenthalts in Italien an der Università degli Studi di Firenze. Ihr wissenschaftliches Interesse gilt dem Konstruktivismus.

Die Working-Paper-Reihe des Instituts für Politikwissenschaft ermöglicht die Veröffentlichung von herausragenden studentischen Arbeiten, Seminarergebnissen oder hochschul- und fachdidaktischen Beiträgen, welche im Rahmen von Lehrveranstaltungen des Instituts für Politikwissenschaft entstanden sind. Die Working Paper können auf breitgefächerte politikwissenschaftliche Themen von theoretischen, empirischen, interdisziplinären und/oder didaktischen Perspektiven Bezug nehmen.

*Die Working Papers können von Studierenden, Lehrenden, oder von Studierenden und Lehrenden gemeinsam abgefasst werden. Die Begutachtung der Papiere erfolgt durch fachlich kompetente Wissenschaftler*innen des Instituts für Politikwissenschaft und gewährt somit ihre wissenschaftliche Qualität.*

Die Working Paper werden auf der Website des Instituts für Politikwissenschaft (<https://www.uni-bremen.de/ipw/>) veröffentlicht. Für weitere Informationen steht Dr. Caterina Bonora (cbonora@uni-bremen.de), Geschäftsführerin des Instituts für Politikwissenschaft, gerne zur Verfügung.

Impressum

Herausgeber: Institut für Politikwissenschaft (IPW)
Fachbereich 08 – Sozialwissenschaften
Bibliothekstraße 1, 28334 Bremen

Redaktion: Caterina Bonora

Cover und Gestaltung der Innenseiten: Andreea Hopinca

Ausgabe: Nr. 5, Januar 2022